

Leichtes Aufatmen für die Wirtschaft

Allmähliche Erholung nach schwerer
Rezession – Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft bis 2014



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Nach der schwersten Rezession seit den 1930er-Jahren wird das Bruttoinlandsprodukt in Österreich von 2010 bis 2014 real um durchschnittlich 1,8% pro Jahr zunehmen. Aufgrund der Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird das Wachstum jährlich um knapp $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte geringer ausfallen als im Durchschnitt

des letzten Jahrzehnts vor der Wirtschaftskrise 2008/09. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes verringert sich deutlich, auch weil die Dynamik der Exporte nach Ostmitteleuropa schwach bleiben dürfte und der Finanzsektor weiterhin fragil ist. Vor allem auf den Arbeitsmarkt und die öffentlichen

Haushalte wirkt die Rezession noch länger nach, die Inflation wird dagegen niedrig bleiben. Ab dem Jahr 2011 werden Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen, aber eine Senkung des Budgetdefizits bewirken.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



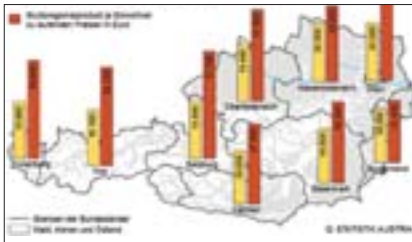
Die Seite 2



Neue Wissenschaftsministerin S 7



Migration: Quo vadis Austria? S 10



Wirtschaftsleistungen der Regionen S 34



Nordumfahrung Wiens komplett S 42



Bioresorbierbare Knochen-Implantate S 54

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1 u. 2: <http://www.bilderbox.biz>; S. 2: ÖVP/J. Glaser; Statistik Austria; ASFINAG; BOKU Wien; Kunsthistorisches Museum Wien; Österreichisches Theatermuseum; Österreich Journal; Filmarchiv Austria; ORF/Alf Schaffler; ÖÖ. Tourismus/Röbl

Aus dem Inhalt

Neue Wissenschaftsministerin	7
Zukunftsfrage Migration: Quo vadis, Austria?	10
Die Migranten sind unter uns	12
Holocaust-Gedenktag	14
Auch Österreich hilft auf Haiti	17
Österreich und Europa: Liebe auf den zweiten Blick?	20
Raumordner gestalten Zukunft der Kernregion Salzburg/Bayern	22
Vorarlberg neues Vorsitzland	25
»Oberösterreich International«	26
Briefwahl neu	27
Neue EU-Regelungen über die Sozialversicherung	28
Zwei Tage lang hat die Südtiroler Landesregierung in Ulten getagt	29
Frauen, Frieden und Sicherheit	32
Erholung in Österreichs Industrie	33
Wirtschaftsleistung der Regionen	34
Vermögensaufbau priv. Haushalte	35
Wien: Neues Standortabkommen	36
Unternehmen Sicherheit	38
Mehr Post für Österreich	40
404 Projekte und Erstkontakte	41
Nord-Umfahrung Wiens komplett	42
Das neue Haus im Montafon	44
Rucksackprojekt in Kindergärten	45
Innsbruck: Daseinsvorsorge	47
»Eisvogel« im Wiener Hafen	48
Schüler machen Zeitung	49
»Wiener Eistraum«	50
»Schweizerhaus« ausgezeichnet	51
Ehrungen für Matic u. Henisch	52
Hofrat als Radiomoderator	53
Bioresorbierbare Knochen-Implantate	54
Quantensimulation	56
Neu: »Grüner« Schnee	57
Digitales Langzeitarchiv	58
Molekulare Spurensuche	59
Ein Gebäude als Botschafter?	60
Vermeer »Die Malkunst« im KHM	62
»TABAK in der KARIKATUR«	66
Madness & Modernity.	67
Tatiana Trouvé	69
»Wunderkind« Gustav Mahler	70
Wiener Festwochen 2010	75
Lisztomania 2011	77
Romy Schneider. Wien-Berlin-Paris	78
45 Mio. sahen das Neujahrskonzert	80
Golden Globes für Haneke u. Waltz	82
20 Mio. Euro für Österreichs Film	83
Serie »Österreicher in Hollywood« - die Schauspielerin Lilia Skala	84
Schnaps und Edelbrände in OÖ	86
Salzburg: »Via Culinaria«	89



Vermeer »Die Malkunst« im KHM S 62



»Wunderkind« Gustav Mahler S 70



Romy Schneider-Ausstellung in Berlin S 78



Wiener Festwochen 2010 S 75



Neujahrskonzert 2010 S 80



Ein geistreicher Landstrich S 86

Innenpolitik

➤ Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise löste in Österreich Ende 2008 die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren aus. Wie die empirische Evidenz zeigt, erholt sich die Wirtschaft nach einer Finanzmarktkrise und einer weltweiten Rezession nur sehr langsam. Getragen von der sehr expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den grossen Wirtschaftsräumen trat Mitte 2009 eine Trendwende ein; ab 2010 wird mit einer Erholung gerechnet. Die österreichische Wirtschaft wird von 2010 bis 2014 mit +1,8% pro Jahr um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte langsamer expandieren als in den 10 Jahren vor der Wirtschaftskrise 2009 (+2½% p. a.)¹⁾. Selbst in den besten Jahren des Prognosezeitraumes (2012 bis 2014) wird das BIP-Wachstum nicht an diesen Durchschnittswert heranreichen. Die Weltwirtschaft wird die Folgen der Finanzmarktkrise nur allmählich überwinden, die Vergabe von Risikokapital für Unternehmen sowie die Kreditversorgung des privaten Sektors zur Finanzierung von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen und Konsum bleiben restriktiv. Das Wachstum des Potentialoutputs wird nicht mehr so hoch sein wie in der Vergangenheit. Der Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes wird geringer, nicht zuletzt da die Exporte nach Ostmitteleuropa an Dynamik verlieren dürften.

Die österreichische Wirtschaftspolitik wirkte den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit einer vorgezogenen Steuerreform, zwei Konjunktur- und zwei Arbeitsmarktpaketen entgegen. Da manche der größeren Bauprojekte 2009 noch nicht umgesetzt werden konnten, sollte ihre Wirkung im Jahr 2010 zum Tragen kommen und damit den Aufschwung unterstützen. Die österreichische Wirtschaft profitierte auch von den Konjunkturbelebungsmaßnahmen, die im Rahmen des „European Economic Recovery Plan“ (EERP) von den EU-Nachbarländern und den anderen bedeutenden Handelspartnern (Schweiz und USA) getätigt wurden. Diese Rückwirkungen sind nach WIFO-Schätzungen in etwa gleich hoch wie jene Maßnahmen, die die österreichische Bundesregierung (einschließlich staatsnaher Unternehmen) selbst getätigt hat.

Die durch Sonderfaktoren und wirtschaftspolitische Maßnahmen begünstigte Entwicklung der verfügbaren realen Haushaltsein-

kommen (Steuerreform, niedrige Inflation, hohe Lohnabschlüsse im Jahr 2008, Ausweitung der Transfereinkommen) ermöglichte im Jahr 2009 in Österreich, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern des Euro-Raumes, eine Zunahme des privaten Konsums (+½%). Jedoch floß ein größerer Teil des Einkommensanstiegs als in den letzten Jahren in die Ersparnisse. Für den Prognosezeitraum 2010/2014 wird mit einem Konsumwachstum von 1% gerechnet, das um knapp ½ Prozentpunkt niedriger ist als in der Fünfjahresperiode vor der Krise. Dabei wird unterstellt, daß die Sparquote der privaten Haushalte wieder kontinuierlich zurückgeht.

Der reale Außenbeitrag wird im Prognosezeitraum dem Wirtschaftswachstum Impulse geben. Der Exportprognose liegt die Einschätzung zugrunde, daß die Weltwirtschaft die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise allmählich überwindet und im Jahr 2010, getragen von den weltweiten Konjunkturprogrammen und niedrigen Zinssätzen, eine Erholung einsetzt. Die Belebung des Welthandels bewirkt eine Zunahme der österreichischen Exporte um durchschnittlich 5½% pro Jahr, um knapp 1 Prozentpunkt weniger als in den zehn Jahren vor der Krise. Das Anspringen der Exportkonjunktur wird im Jahr 2010 aufgrund der sehr geringen Kapazitätsauslastung noch keine Belebung der Investitionstätigkeit auslösen. Über den gesamten Prognosezeitraum sollten die Investitionen um durchschnittlich 2% p. a. zunehmen. Rezessionsbedingt erreichte die Arbeitslosigkeit 2009 das höchste Niveau seit Mitte der 1950er-Jahre. Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Kurzarbeit, Schulungen und Bildungskarenz bremste den Anstieg der Arbeitslosenzahl im Jahr 2009 zwar um etwa 13.000, die Arbeitslosigkeit wird aber eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre bleiben. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte von 2008 bis 2014 um gut 90.000 auf über 300.000 steigen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 dürfte die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) 8,1% erreichen. Im Falle einer ungünstigeren Entwicklung der Wirtschaft würde die Arbeitslosigkeit jedoch noch stärker wachsen. Die Beschäftigung wird in den Jahren 2010 bis 2014 um 0,4% pro Jahr zunehmen, die Vollzeitbeschäftigung dürfte aber erst gegen Ende der Prognoseperiode stärker ausgeweitet werden.

Der freie Zustrom von Fachkräften aus den neuen EU-Ländern seit dem Jahr 2009 und das Ende der Übergangsfristen im Jahr

2011 werden die Pendler- und Zuwanderungsströme erhöhen. In erster Linie hängt das Ausmaß dieser Wanderungsbewegungen aber von der heimischen Nachfrage nach Arbeitskräften ab.

Die Dämpfung der Staatseinnahmen durch die Krise und die Steuerreform sowie die rezessionsbedingte Ausweitung der Staatsausgaben werden das Defizit der öffentlichen Haushalte 2010 auf 5¼% des BIP steigen lassen. Neben der Verbesserung durch die Konjunkturerholung müssen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung ergriffen werden, falls die Defizitquote bis zum Jahr 2014 wieder auf unter 3% des BIP gesenkt werden soll.

Nach dem Preisverfall von Mitte 2008 bis ins I. Quartal 2009 kehrte sich der Trend auf den internationalen Rohstoffmärkten um. Auch in den kommenden Jahren werden die Rohöl- und Rohstoffpreise anziehen. Die Prognose nimmt einen Anstieg des Rohölpreises mit der Erholung der Weltkonjunktur von 60 \$ je Barrel im Jahr 2009 auf 100 \$ im Jahr 2014 an. Von inländischen Faktoren werden in den kommenden Jahren kaum inflationäre Effekte ausgehen. Im Zeitraum 2010 bis 2014 dürfte die Inflationsrate in Österreich durchschnittlich 1½% betragen.

Die in der vorliegenden Prognose unterstellte Erholung der Wirtschaft hängt wesentlich von der Verbesserung der internationalen Konjunktur ab. Sollte sich diese nicht im erwarteten Ausmaß einstellen, würde das auch die Belebung in Österreich beeinträchtigen. Ebenso ist die Stabilisierung der Finanzmärkte und des Bankensystems noch fragil. Das starke Engagement der österreichischen Banken in Ostmitteleuropa und Südosteuropa birgt hier noch beträchtliche Risiken.

Budgetkonsolidierung

Faymann: Es geht um Einsparungen und nicht um Steuererhöhungen

„Die Koalition will den Österreicherinnen und Österreichern beweisen, daß wir gemeint vorgehen, wenn Geld sinnvoll eingespart werden muß. Wir werden eine gemeinsame Lösung finden“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) beim Pressefoyer im Anschluß an die Sitzung des Ministerrates am 26. Jänner. Bei der Konsolidierung des Budgets ginge es nicht um Steuererhöhungen. „Im Vordergrund steht für uns die Ausgabenseite, und daß quer durch alle Ministerien nach Sparpotentialen gesucht wird.“ Sozialabbau und Einsparungen bei der

1) Die Wachstumsprognose für die Jahre 2010 und 2011 entspricht der kurzfristigen WIFO-Prognose vom Dezember 2009. Für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

Innenpolitik

Foto: BKA/HOPF-MEDIA / Bernhard J. Holzner



Sitzung des Ministerrates unter der Leitung von Bundeskanzler Werner Faymann im Bundeskanzleramt

Bildung seien jedoch zu vermeiden. Doch wenn es darum gehe, fair und gerecht zu sparen, sei die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Bankensolidarabgabe sinnvoll. „Bei der Finanztransaktionssteuer, die auf österreichische Anregung hin EU-weit erörtert wird, ist sich die Koalition ja einig“, sagte der Bundeskanzler, „über die Einführung der Solidarabgabe werden wir weiter diskutieren“.

Auf dieser Basis wurde im Ministerrat das Stabilitätsprogramm 2009 bis 2013 beschlossen. Der notwendige Konsolidierungspfad sieht vor, daß das Budgetdefizit, das derzeit bei 4,7 Prozent liegt, bis 2013 schrittweise auf 2,7 Prozent reduziert wird.

Der Kanzler betonte, es werde genau beobachtet, ob und wie andere EU-Staaten konsolidieren und wie sich das auf die Wirtschaftsentwicklung des gesamten Kontinentes auswirke.

Pröll: Defizit konsequent zurückführen

„Das ist ein ambitioniertes Programm“, sagte Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll (ÖVP). „Unser Pfad orientiert sich an der aktuellen Konjunkturprognose, und es schaut gut aus, daß wir unser Ziel schaffen.“ Die österreichische Ausgangslage sei mit 4,7 Prozent vergleichsweise besser als in ande-

ren EU-Staaten. So läge etwa das französische Defizit bei neun Prozent.

Auf den Weg gebracht soll das Bundesfinanzrahmengesetz, das die Budgetrahmen für die einzelnen Ministerien festlegt, im ersten Halbjahr 2010 werden. Die Verhandlungen über die Details des Budgets 2011 sind für den Spätherbst vorgesehen. Für 2012 und 2013 ist ein Doppelbudget geplant.

„Wir haben heute das Stabilitätsprogramm bis 2013 beschlossen und damit einen genauen Pfad vorgegeben, um im Jahr 2013 ein Defizit von 2,7 Prozent zu erreichen. Die Umsetzung dieses ambitionierten Programms bedeutet noch sehr viel Arbeit, insbesondere weil die Konsolidierung über die Ausgabenseite absolute Priorität hat.“

Strache: Keine Steuererhöhungen, sondern Liquiditätsprogramm für den Mittelstand!

Das im Ministerrat beschlossene „Stabilitätsprogramm“ sei ein klares Zeichen dafür, daß schon im Herbst nach den Landtagswahlen kräftige Steuererhöhungen zu erwarten seien, erklärte FPÖ-Bundesparteibeamten HC Strache. Bis dahin versuche die Bundesregierung, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Strache kritisierte, daß die Bundesregierung die Krise nicht mit struktu-

rellen Reformen bekämpfe, sondern weiter Geld in den heimischen Bankensektor gepumpt werde. Notwendige Stabilitätsmaßnahmen seien nur durch Einsparung in der Struktur zu unternehmen. Die entsprechenden Vorschläge lägen seit fünfzehn und mehr Jahren auf dem Tisch.

Strache warnte davor, die breite Masse durch Steuererhöhungen zur Kasse bitten zu wollen. Es brauche ein Liquiditätsprogramm für den heimischen Mittelstand.

Grosz: Bankenpaket einfrieren statt auf Rücken der Bürger sparen

Bevor SPÖ und ÖVP über ein neues Sparpaket nachdenken, sollten sie das Bankenpaket umgehend einfrieren. „Hier liegen noch genug Milliarden herum die nur darauf warten, von den Konrads und Treichls der Republik verspeist zu werden. Es ist schlichtweg pervers, den Bürgern auf der einen Seite ein Sparpaket aufs Auge zu drücken, damit man auf der anderen Seite mit Milliarden Euro Steuergeld die Spekulationsgeschäfte der Banken abdeckt“, so BZÖ-Rechnungshofsprecher Gerald Grosz in einer Reaktion zur Diskussion um neuerliche Sparpakete.

„Bevor man bei den Spitälern und der Gesundheitsversorgung der Bürger spart,

Innenpolitik

sollte man rasch die Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten vorantreiben. Anstatt neue Gebühren zu erfinden, wäre eine groß angelegte Reform mit einem Einsparungseffekt von bis zu 100 Millionen Euro jährlich zweckmäßiger. Zudem muß die Regierung endlich das österreichische Parteienförderungswesen entfilzen. Hier schmeißen sich die Altparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ/FPK Millionen Euro in den Rachen – aber auf Kosten der Bürger wollen sie sparen“, so der Rechnungshofspracher.

Kogler: Pröll und Faymann haben keinen Budget- sondern Phantasiepfad vorgeschlagen

„Was Pröll und Faymann heute zur Budgetsanierung vorgelegt haben, ist kein Budget- sondern ein Phantasiepfad. Es gibt nicht einmal andeutungsweise eine Vorfestlegung auf die Anteile der Einsparungs- und der Einnahmenseite. Die Behauptung, über die sogenannte Verwaltungsreform einen Sparbeitrag leisten zu können, bleibt so lange lächerlich, als sich Faymann und Pröll von ihren reformunwilligen Landeshauptleuten jeweils zugehöriger Coleur auf der Nase herumtrampeln lassen. Blieben also nur milliardenschwere Kürzungen bei Sozialleistungen“, stellt Werner Kogler, stv. Klubobmann und Budgetsprecher der Grünen, fest.

Die Grünen sind jedenfalls dafür, daß Effizienzpotentiale gehoben und Förderungen etc. überdacht werden. Aber heute schon ist klar: Es wird ohne Einnahmenerhöhungen nicht gehen. „Wenn Finanzminister Pröll sich aus taktischen Gründen nicht festlegen lassen will, droht vor allem von ÖVP-Seite klipp und klar, daß untere EinkommensbezieherInnen zuerst von den Sozialeinschnitten getroffen werden, und danach von der von der ÖVP beabsichtigten Erhöhung der Massensteuern wie der Mehrwertsteuer“, so Kogler.

Diese Vorhaben braucht Pröll gar nicht in Angriff nehmen, so lange nicht spürbare Beiträge von den Reichen und Superreichen, Konzernen und Banken geleistet werden. „Allein schon gebietet es die Vernunft so vorzugehen, wenn einem der soziale Friede anliegen ist“, so Kogler.

Leitl: Wachstumspaket und rasche Strukturreformen helfen bei Budgetsanierung ab 2011

Das von Finanzminister Josef Pröll vorgestellte Stabilitätsprogramm mit dem Ziel, das österreichische Budgetdefizit bis 2013 wieder unter die von der EU verlangte Drei-



Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) und Finanzminister Josef Pröll bei der Pressekonferenz nach dem Ministerrat.

Prozent-Schwelle zu bringen, wird von der Wirtschaftskammer Österreich „ausdrücklich“ unterstützt, betont Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. „Gerade jetzt ist das richtige ‚Timing‘ das Um und Auf. Zunächst geht es darum, daß die Wirtschaft wieder auf Touren kommt. Zugleich müssen wir jetzt alle notwendigen Einsparungen und Effizienzsteigerungen bei Verwaltung, Schul- und Gesundheitsbürokratie und Pensionssystem vorbereiten. Das sieht Brüssel so, das sieht Josef Pröll so und das sieht auch die österreichische Wirtschaft so.“ Ab 2011 führe dann kein Weg an einer Rückführung der öffentlichen Defizite vorbei.

Die Wirtschaftskammer unterstützt den ausgabenseitig angelegten Sanierungspfad des Finanzministers und spricht sich weiterhin strikt gegen Steuererhöhungen aus. Diese würden dem dringend notwendigen Aufschwung und somit der Schaffung von Arbeitsplätzen zuwider laufen. Richtig und sinnvoll ist es hingegen, umgehend strukturelle Reformen zur Bremsung der Verschuldungsdynamik und Vermeidung übermäßiger Defizite des Gesamtstaates in Österreich anzugehen. „Das reicht von der Bürokratie bis zu den Pensionen, wo eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters von 58 auf 62 Jahre rund 5 Mrd. Euro an Einsparungen im Staatshaushalt bringt. Wir sind es den künftigen Generationen schuldig, diesen Schatz endlich zu heben.“

Um Jobs zu sichern bzw. neue Arbeitsplätze schaffen zu können, sei ein BIP-Plus von zwei Prozent notwendig, so Leitl weiter.

Davon sei Österreich derzeit jedoch weit entfernt. Schon jetzt sollten die Ausgaben auf wachstumsfördernde Positionen konzentriert werden. Das von der WKÖ geforderte Wachstumspaket setzt die richtigen Impulse, etwa durch höhere Mittel für die thermische Sanierung und durch einen Handwerkerbonus mit steuerlichen Vergünstigungen für Handwerkerdienstleistungen. Diese Maßnahmen haben einen hohen volkswirtschaftlichen Multiplikator in bezug auf Wachstum und Beschäftigung und sorgen dafür, daß umgehend wieder Geld in die öffentlichen Haushalte zurückfließt.

Zudem würden die rasche Umsetzung eines Wachstumspakets sowie von Strukturreformen die Budgetsanierung massiv erleichtern und neue Steuern verhindern. „Jeder zusätzliche Prozentpunkt an Wachstum senkt das Defizit um rund einen halben Prozentpunkt. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen“, so der WKÖ-Präsident abschließend.

Foglar: Höheres Arbeitslosengeld als Stütze für Aufschwung wichtig

„Wir begrüßen die offensiven Vorschläge für Wachstum und Beschäftigung, die WIFO-Chef Karl Aiginger ... geäußert hat“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Wichtig ist es jetzt, das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren und alles zu tun, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Aigingers Forderung, die Regierung müsse vorrangig für mehr Wachstum sorgen, entspricht unseren Vorstellungen.“

Innenpolitik

Die Forderungen Aigingers zum Abbau der Arbeitslosigkeit unterstützt der ÖGB: „Wir müssen jetzt dringend in die Offensive gehen und nicht nur Arbeitslosigkeit verwalten, sondern aktiv gegensteuern“, sagt Foglar. „Ein wichtiger Impuls für Wachstum und für nachhaltige Schaffung neuer Arbeitsplätze wäre auch eine Sozial- und Bildungs- und Bildungsmilliarde.“

Durch Investitionen in die Infrastruktur bei Kindergärten, Schulen, Universitäten, in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen könne langfristig Beschäftigung geschaffen werden. „Das muß Hand in Hand gehen mit besserer Ausbildung der KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen, des Betreuungs- und Pflegepersonals, und in der Folge mit besserer Entlohnung in den gesamtgesellschaftlich gesehen so wichtigen Sozialberufen.“

Gleichzeitig erneuert der ÖGB-Präsident die Forderung des ÖGB nach höherem

Arbeitslosengeld als Maßnahme zur Stabilisierung der Konjunktur: „Wir brauchen ein höheres Arbeitslosengeld um Armut zu vermeiden und auch um die Konjunktur nicht abzuwürgen. Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, und wenn man nicht jetzt dafür sorgt, daß der Konsum stabil bleibt bzw. steigt, wird der zarte Wirtschaftsaufschwung gleich wieder abgewürgt. Höheres Arbeitslosengeld ist eine Maßnahme, um dem entgegenzuwirken.“

Beyrer: Industrie begrüßt Beschluß des Stabilitätsprogramms 2009 bis 2013

Die Industriellenvereinigung (IV) begrüßt das im Ministerrat beschlossene Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 von Finanzminister Josef Pröll. „Langfristig ist die Budgetkonsolidierung eine ‚conditio sine qua non‘ im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes“, betonte IV-Generalse-

ekretär Markus Beyrer. Anderenfalls drohe Österreich seine Handlungsfähigkeit zur Zukunftsgestaltung und Reaktion auf zukünftige Konjunkturrückgänge zu verlieren. „Wir

dienst von mehr als 11 Mrd. Euro realistisch, was den geplanten Aufwendungen für Bildung und Forschung im Jahr 2013 entspreche. „Wir würden dann für die Bedienung der

Staatsschulden mehr aufwenden als für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. Es ist daher höchst an der Zeit, hier gegenzusteuern“, betonte Beyrer. Anzugehen sei daher einmal der „Dauerbrenner Verwaltungsreform“. Diese sei „kein Selbstzweck, sie dient vielmehr dem Umbau der ‚Hoheitsverwaltung‘ in Richtung eines modernen leistungsfähigen Dienstleistungsstaats. Effizienz und Kundenorientierung müssen tragende Grundprinzipien für einen modernen Verwaltungsapparat sein.“

Ebenfalls bekannt seien die Einsparungspotentiale im Bereich Pensionen: „Erstens: das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter heranzuführen. Alleine eine Erhöhung des tatsächlichen Antrittsalters



Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht ganz vorne auf der Agenda.

müssen rasch daran gehen, das Budget zu sanieren, dies ist durch zeitsensible Ausgabenreduktionen UND Wachstum möglich“, plädierte Beyrer für eine rasche Umsetzung der seit Jahren fälligen Struktur-reformen. „Wir brauchen Spielraum für die entscheidenden Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Innovation, wenn das Industrieland Österreich weiterhin im globalen Wettbewerb bestehen können soll.“ Aus standortpolitischer Sicht seien zudem neuen Steuern vehement abzulehnen: „Neue Steuern wären wachstumsfeindlich und daher eine Gefahr für Arbeitsplätze und Wohlstand“, so Beyrer, der etwa darauf verwies, daß Österreich bereits heute ein stark umverteiltes Hochsteuerland sei.

Wenn nicht rasch gehandelt werde, würde die öffentliche Verschuldung bis auf 83 Prozent des BIP steigen. Für die Bedienung der Schulden sei damit nach 2013 ein Zinsen-

um ein Jahr würde bereits Einsparungen von jährlich 1,2 Mrd. Euro bewirken. Zweitens: Auslaufen der ‚Hacklerregelung‘: Die gänzliche Zurücknahme der Verlängerung von 2010 bis 2013 würde die dafür aufzubringenden 2 Mrd. Euro einsparen, das Volumen im Jahr 2013 beträgt 560 Mio. Euro. Drittens: den Vollzug der Harmonisierung der Pensionssysteme von Bund, Ländern und Gemeinden“, skizzierte Beyrer. In der Schulverwaltung könne man von einem weiteren Einsparungspotential von rd. 1 Mrd. Euro ausgehen.

Ebenfalls dringender denn je sei eine tatsächliche Gesundheitsreform, die sich nicht um den großen Bereich der Spitäler herumdrücken dürfe, so Beyrer: „Der heutige Beschluß ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nur wenn wir heute die richtigen Weichen stellen, werden wir unser Wohlstandsniveau morgen halten können.“ ■

Neue Wissenschaftsministerin

Beatrix Karl folgt als neue Wissenschaftsministerin
Johannes Hahn, der als designierter EU-Kommissar künftig in der
Europäischen Union für regionale Themen zuständig sein wird.

Als „die richtige Entscheidung für ein wichtiges Zukunftsressort“ präsentierte ÖVP-Bundesparteiohmann Finanzminister Josef Pröll Beatrix Karl als neue Wissenschaftsministerin und damit vierte Frau im ÖVP-Regierungsteam. „Beatrix Karl hat in ihrer beruflichen Laufbahn alle entscheidenden Stationen durchlaufen, die man als Anforderungen für die vor ihr liegende Herausforderung überhaupt durchlaufen kann“, so Pröll weiter. Seit mehr als 20 Jahren ist Beatrix Karl nun im universitären Bereich tätig, seit fünf Jahren in der Politik. „Im Nationalrat hat sie wichtige Aufgaben als Wissenschaftssprecherin der ÖVP übernommen und ist seit einem halben Jahr als Generalsekretärin des ÖAAB entscheidender

Bestandteil der Erneuerung der Volkspartei“, hob der ÖVP-Bundesparteiohmann hervor.

Schon seit längerer Zeit war die ÖAAB-Generalsekretärin in der engeren Auswahl als Nachfolgerin von Johannes Hahn im Wissenschaftsressort. „Ich freue mich, daß der Bundesparteiivorstand heute meinen Vorschlag einstimmig angenommen hat und wir nun mit Stolz die vierte Frau im ÖVP-Regierungsteam begrüßen können.“ Beatrix Karl sei nicht nur die erste, sondern ohne Zweifel auch die beste Wahl, um die Herausforderungen, die dieses wichtige Zukunftsressort bereithalte, mit ganzer Kraft zu bewältigen, so Pröll.

Die neue Ressortchefin

„Es wird eine sehr spannende Aufgabe und ich trete sie mit viel Freude, Stolz, aber auch mit dem nötigen Respekt an“, erklärte die designierte Wissenschaftsministerin Beatrix Karl. „Im vergangenen halben Jahr ist es mir gelungen, im ÖAAB eine Erneuerung zu

bewirken und diese Erneuerung werde ich auch als Wissenschaftsministerin vorantreiben“, so Karl. Im Moment gebe es an den Universitäten und Hochschulen sowie im Forschungsbereich eine schwierige Situation. „Es gibt genug zu tun“, so Karl, die betonte,

sind. Bezüglich der Studenten, die wochenlang aus Protest einige Universitätshörsäle besetzt hatten, betont Karl, daß sie zum Dialog bereit sei: „Ich werde natürlich das Gespräch mit den Studierenden suchen, weil sie wichtige Akteure an der Universität sind.“

Ihr sei aber auch bewußt, daß die Situation an manchen Fakultäten, bei Massenkursen, oft keine tragbare ist. „Als Lösungsmodell sind daher Zugangsregelungen gewiß notwendig.“

Die Neue Mittelschule sieht Karl als eine Aufwertung der Hauptschule. Das finde sie sehr positiv und begrüßungswert, betont aber auch, daß es sich um Modellversuche handle, die erst evaluiert werden müßten. Sie spricht sich aber auch für eine weiterhin blei-

bende Langform des Gymnasiums aus. „Man muß schauen, wie sich das alles entwickelt, wir kommen ja erst in die Evaluierungsphase.“

Schmied hat Beatrix Karl als innovationsfreudige Persönlichkeit kennengelernt

„Ich habe Beatrix Karl als innovationsfreudige Persönlichkeit kennengelernt – genau das brauchen wir gerade im Bildungsbereich“, so Bildungsministerin Claudia Schmied zur Bestellung der neuen Wissenschaftsministerin. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit, so Schmied, die auch betonte: „Jetzt gibt es für die Bildung Frauenpower am Minoritenplatz.“

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl gratulierte Beatrix Karl zur neuen Aufgabe und freut sich „auf eine konstruktive Zusammenarbeit“. Auf die neue Wissenschaftsministerin warten nun große Herausforderungen: „Ich hoffe sehr, daß die neue Wissenschaftsministerin in ihrer Politik vom



Die neue Wissenschaftsministerin Beatrix Karl

daß sie diese Herausforderung gerne annehme: „Ich komme aus dem Herzen der Universität. Die Erfahrungen und das Vorwissen aus meinem bisherigen Berufsleben und insgesamt 23 Jahren an der Universität werden mir als Wissenschaftsministerin helfen“, so Karl.

Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sieht die neue Wissenschaftsministerin unter anderem in der Förderung von Arbeitsplätzen. „Die Arbeitsplätze der Zukunft finden sich im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Und ich werde mich dafür einsetzen, daß diese gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Universität auch umgesetzt wird. Wir wollen, daß die Qualität an den Universitäten wieder steigt, Österreich bei der Forschung und Entwicklung in Europa an die Spitze kommt und Österreich ein Land der hellen Köpfe wird. Es gibt viel zu tun und ich freue mich auf diese Herausforderung“, so Karl.

In ersten Interviews stellte Karl klar, was ihre Ziele und Vorhaben für die Zukunft

Foto: BKA/HBF / Andy Wenzel



Am 26. Jänner 2010 wurde im Beisein von Bundeskanzler Werner Faymann (m.) und Vizekanzler Josef Pröll in der Hofburg Beatrix Karl von Bundespräsident Heinz Fischer (li.) als Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung sitzend angelobt, da sie sich wenige Tage zuvor eine Beinverletzung zugezogen hatte.

Grundsatz ausgehen wird, daß Österreich mehr gut ausgebildete junge Menschen braucht. Junge Menschen brauchen mehr Chancen und nicht mehr Hürden. Bezüglich des Hochschulzugangs muß die neue Ministerin umgehend aktiv Verhandlungen mit der EU aufnehmen, um zu einer Regelung auf europäischer Ebene zu kommen, die eine für Österreich tragbare Lösung im Umgang mit deutschen Numerus-Clausus-Flüchtligen ermöglicht“, so Kuntzl. „Am besten wäre hier eine primärrechtliche Regelung, die das Herkunftslandprinzip ermöglicht.“

„Wir haben fast drei Monate auf die Bestellung einer neuen Wissenschaftsministerin gewartet. Beatrix Karl übernimmt nun eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe und es warten einige große Baustellen. Wir werden die Ministerin gerne dabei unterstützen, endlich die dringend notwendigen Ressourcen für die Universitäten und Fachhochschu-

len durchzusetzen“, so Kuntzl die es begrüßt, daß die Regierung mit Beatrix Karl nun über ein weiteres weibliches Mitglied verfüge.

Graf: Karl muß ihrem Parteichef mehr Geld für die Universitäten entlocken

Hohe Erwartungen richtet FPÖ-Wissenschaftssprecher Martin Graf an die neue Wissenschaftsministerin: „Kein anderes Ressort steckt derart tief im Chaos wie dieses. Karl wird viel Elan brauchen, um die Mißstände einigermaßen zu beheben.“ Inhaltlich sieht Graf eine Fülle von Aufgaben auf die neue Wissenschaftsministerin zukommen, vor allem im Bereich der Universitäten: „Das finanzielle Aushungern und die verpfuschte Reform des Universitätsgesetzes rächen sich derzeit bitter. Die Studienbedingungen sind zum Teil indiskutabel. Das Bologna-Prinzip ist für viele Studienrichtungen untauglich und darf daher nicht weiter

kompromißlos durchgedrückt werden“, so Graf, der von Karl einen Teilausstieg aus dem Bologna-Prozeß verlangt. Am wichtigsten sei derzeit aber mehr Geld: „Da kann Karl gleich ihren Ruf als gute Verhandlerin unter Beweis stellen, wenn es gilt, ihrem Parteichef und Finanzminister zusätzliche Mittel zu entlocken.“ Die von der FPÖ beantragte Uni-Milliarde sei ein Gebot der Stunde, um Österreich in den nächsten fünf Jahren wieder konkurrenzfähig zu machen.

„Ich erwarte mir von Karl, die ja als Professorin eine Fachfrau ist, differenzierte Lösungen, als sie ihr Vorgänger anzubieten hatte, der auf alles mit der Forderung nach Zugangsbeschränkungen und flächendeckender Wiedereinführung von Studiengängen reagiert hat“, erklärt Graf und präsentiert auch gleich das Gegenkonzept dazu: „Karl soll sich in der EU dafür einsetzen, daß das Herkunftslandprinzip wieder gilt und nur solche Studenten hier studieren dürfen, die auch in ihren Heimatländern die Berechtigung aufweisen.“

Zudem fordert Graf eine Rückverlagerung der Uni-Diskussion ins Parlament: „Der Hochschuldialog ist schön und gut, aber leider auch unverbindlich und langwierig. Für Gesetze ist das Parlament zuständig“. Es könne nicht angehen, daß sämtliche Anträge im Wissenschaftsausschuß auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagt würden, weil sich die Ministerpartei damit nicht auseinandersetzen wolle. Zu allererst wünscht Graf der neuen Wissenschaftsministerin auch gute Besserung: „Ich hoffe, daß sie sich von den Folgen ihres Unfalls schnell erholt und die Krücken bald ins Eck stellen kann.“

Bucher fordert von Karl Umsetzung des BZÖ-Uni-Bonus-Modells

„ÖVP-Chef Josef Pröll war die Show rund um seinen Superpraktikanten offenbar wichtiger als die Bestellung einer neuen Wissenschaftsministerin. Hier zeigt sich einmal mehr, wo die Prioritäten beim Vizekanzler liegen. Seit Monaten herrscht Chaos an den österreichischen Universitäten und Pröll lässt sich über drei Monate mit einer Nachfolge für Johannes Hahn Zeit. Eigentlich wären damit die 100 Tage Schonfrist für Beatrix Karl bereits vorbei, wir hoffen jedoch, daß die neue Wissenschaftsministerin das Chaosressort rasch in den Griff bekommt, sofort handelt und die Mißstände an den Universitäten beseitigt“, stellt BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher fest.

Bucher gibt Beatrix Karl auch eine BZÖ-Forderung mit auf den Weg, nämlich die

Innenpolitik

Umsetzung des BZÖ-Uni-Bonus-Modells. Es sei zu befürchten, daß aufgrund der Verkürzung der Schulzeit in Deutschland gleich zwei Jahrgänge die Österreichischen Universitäten überschwemmen. „Jeder, der in Österreich die Matura oder die Studienberechtigungsprüfung absolviert hat, soll einen zweckgebundenen Uni-Bonus von 5000 Euro erhalten. Gleichzeitig soll eine Uni-Einschreibgebühr von 5000 Euro eingeführt werden. Damit müssen die deutschen Studenten 5000 Euro zahlen, während die österreichischen Maturanten den Uni-Bonus dafür verwenden können. Bei 60.000 deutschen Studenten würde das 300 Millionen Euro für die Universitäten bringen.“

Weiters verlangt der BZÖ-Obmann die Wiedereinführung der Studiengebühren sowie eine verpflichtende Studieneingangsphase. „Diese Maßnahmen sind nötig, um die Ordnung an den Unis wiederherzustellen und ordentliche Studienbedingungen für die Studierenden zu schaffen“, so Bucher.

Grünwald: »Karls Ansichten über Uni-Politik sind bedenklich«

„Die Bestellung von Beatrix Karl zur Wissenschaftsministerin gibt keinen Anlaß zu Vorschußlorbeeren“, so der Wissenschaftssprecher der Grünen, Kurt Grünwald. Karl sei bisher vornehmlich durch Nibelungen-treue gegenüber der ÖVP in Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik aufgefallen. „Jedem Realitätssinn zum Trotz wurden auch von Karl bestehende Defizite hartnäckig geleugnet und die Lage an den Unis einfach ignoriert. Die Anliegen der Studierenden und von ExpertInnen wurden von Karl nie ernst genommen. Ihr Umgang mit berechtigter Kritik, wie aus der gemeinsamen parlamentarischen Tätigkeit nur zu gut bekannt, ist keinesfalls ein gutes Omen für eine ernsthafte und tragfähige Zusammenarbeit zum Wohl der Universitäten“, zeigt sich Grünwald skeptisch. Die Grundfrage der Uni-Misere ist eine, die Finanzminister Josef Pröll zu beantworten hat: „Wo bleibt das Geld für einen guten und zukunftssträchtigen Uni-Betrieb? Die Regierung ist noch immer die notwendige Erhöhung des Uni-Budgets um jährlich 200 Millionen Euro ab 2009 schuldig, damit das angestrebte 2% des BIP-Ziels erreicht werden kann.“

In Fragen der Studiengebühren habe sich Karl darüber hinaus als Hardlinerin erwiesen: „Karl hält stur an der Wiedereinführung der Studiengebühren fest und hat im Parlament nicht einmal davor zurück geschreckt zu fordern, daß Studiengebühren als Steue-

rungsinstrumente eingesetzt werden sollten. Ich erwarte mir daher“, so Grünwald, „daß Karl umgehend zu den Forderungen der Studierenden und aller Beteiligten des Hochschuldialogs Stellung bezieht. Hier wird sich zeigen, ob die Regierung gedenkt, den tertiären Sektor in Zukunft wertzuschätzen oder ob die Aushungerung der Universitäten weiter ungebremst fortgesetzt wird.“

„Ich erwarte mir außerdem, daß neben der Umsetzung der ausstehenden parlamentarischen Beschlüsse von 2008 zur Finanzierung der Universitäten eine Einbeziehung des Parlaments in die Wissenschaftspolitik stattfindet. Nur auf diesem Weg kann die Identifikation der Regierung mit den Zielen und Aufgaben des tertiären Bildungssektors verbessert werden“, so der Grüne Wissenschaftssprecher. „Wir bevorzugen eine konstruktive Kooperation, scheuen aber keine Konfrontation wenn dies die Lage an den Unis weiterhin erfordert. Wenn es um mehr Geld für die Unis, bessere Ausstattung und eine zukunftsorientierte Wissenschaftspolitik geht, hat die neue Ministerin sicher unsere Unterstützung.“

Landertshammer: Die anstehenden Herausforderungen müssen dringend angegangen werden

Mit der lang erwarteten Entscheidung über die Ministernachfolge im Wissenschaftsministerium verbindet Michael Landertshammer von der Wirtschaftskammer Österreich nicht nur Erleichterung über die nun getroffene Entscheidung sondern eine ganze Reihe von Erwartungen für die nächsten Monate. „Viel Zeit zur Einarbeitung wird Beatrix Karl wohl kaum bleiben, denn die anstehenden Herausforderungen an das österreichische Hochschulsystem müssen dringend angegangen werden.“

Eine aus Sicht der Wirtschaft maßgebliche Herausforderung stellt die Notwendigkeit effizienter und qualitativ hochwertiger Studienangebote gerade im Bereich der Technik und Naturwissenschaften dar. Die Wirtschaft als maßgeblicher Abnehmer der hochschulischen Leistungen in Forschung und Lehre erwarte sich ein Hochschulsystem, das nicht nur den Bedürfnissen der Studierenden entspricht, sondern auch dem, was in Wirtschaft und Gesellschaft gebraucht wird. „Hochschulpolitische Mogelpackungen, also Hochschulstudien, die nur unzureichende Bezüge zur Berufs- und Wirtschaftswelt aufweisen, seien in keinem Fall zielführend. Eine bedarfsorientierte Studienangebotsplanung bedeutet nicht, daß Studienrichtungen

allein mit den Neigungen der Studierenden korrespondieren, sondern es muß auch um die Studiereignung und um die real bestehenden beruflichen Möglichkeiten für Hochschulabsolventen gehen.“

Denk: ÖAW erfreut über Bestellung von Beatrix Karl

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) begrüßt die Bestellung von Universitätsprofessorin Beatrix Karl zur neuen Wissenschaftsministerin. „Es freut mich ganz besonders, daß mit Beatrix Karl eine hochkarätige Wissenschaftlerin dieses Amt übernimmt“, betont ÖAW-Präsident Helmut Denk.

„Die ÖAW ist überzeugt, daß die neue Ministerin großes Interesse und Verständnis für die Erfordernisse der Grundlagenforschung und deren Finanzierung mitbringt. Als führende Trägerorganisation der Grundlagenforschung in Österreich erwartet die ÖAW daher eine positive Entwicklung in diesem Bereich“, so Denk. Darüberhinaus sei aufgrund des Werdeganges von Ministerin Beatrix Karl ein besonderes Verständnis für die Bedeutung der Förderung von DoktorandInnen und HabilitandInnen zu erwarten, die auch der ÖAW sehr am Herzen liegt. ■

<http://www.bmwf.gv.at>

Die wichtigsten Stationen der neuen Wissenschaftsministerin

Beatrix Karl wurde am 10. Dezember 1967 in Graz geboren. Nach der Reifeprüfung studierte Karl Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz, welches sie 1996 mit dem Doktorat abschloss. Bereits 1991 erfolgte die Bestellung zur Universitätsassistentin am Institut für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Graz, wo sie 2003 auch die Lehrbefugnis als Universitätsdozentin für die Fächer Arbeitsrecht, Sozialrecht und Europarecht erhielt und im selben Jahr zur außerordentlichen Universitätsprofessorin ernannt wurde. Beatrix Karl ist seit 18 Jahren an der Universität tätig. Der Bereich Wissenschaft und Forschung zählt auch zu ihrer Kernkompetenz.

Beatrix Karl ist seit 30. November 2006 Abgeordnete zum Nationalrat und seit Anfang Dezember 2008 auch Sprecherin der ÖVP für Wissenschaft und Forschung. Am 20. Juli 2009 wurde sie zur Generalsekretärin des ÖAAB bestellt. Beatrix Karl ist unverheiratet.

Zukunftsfrage Migration

Quo vadis, Austria?

Österreich ist seit jeher ein Einwanderungsland für Menschen aus Mittel- und Südosteuropa. Zahlreiche kulturelle Bande haben die Zeiten der k.u.k. Monarchie überdauert und erleichtern Migranten und Migrantinnen den Eintritt. Doch wie wirkt sich Migration auf die Gesellschaft aus? Eine Frage, die nicht nur die Politik interessiert, sondern auch die Migrationsforschung

Von Christoph Neuschäffer.

Österreich ist ohne Frage eines der Länder, die als Beispiel für den Erfolg der Europäischen Union gelten können. Seit ihrem Beitritt im Rahmen der Norderweiterung 1995, als neben der Alpenrepublik auch Schweden und Finnland sich der EU anschlossen, hat Österreich – nicht zuletzt dank einer Verdreifachung der ausländischen Investitionen auf etwa 37 Milliarden Euro bis 2006 – einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. So liegt das Wirtschaftswachstum Österreichs seit 2001 nach Angaben der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) konstant über dem EU-Durchschnitt und betrug 2008 mit 1,8 Prozent rund das

Doppelte der Eurozone beziehungsweise der EU 27. Zudem erreicht Österreich mit einer Erwerbstätigenquote von 72,1 Prozent einen deutlich höheren Wert als die Eurozone mit 66,1 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit beträgt mit 3,8 Prozent nur rund die Hälfte des Euroraums.

Positiver Wanderungssaldo

Wie sehr sich die positive wirtschaftliche Entwicklung Österreichs auf die Zuwanderung zwischen Bregenz und Eisenstadt ausgewirkt hat, zeigen die beiden ersten österreichischen Migrations- und Integrationsberichte, die 2003 beziehungsweise 2007 herausgegeben wurden. Allein zwischen 2001 und 2005 verzeichnete Österreich eine Netozuwanderung von insgesamt 203.000 Personen. In diesem Zeitraum kamen durch-

schnittlich 112.000 Zuzüge auf 75.600 Wegzüge, was einen mittleren internationalen Wanderungssaldo von jährlich fast 40.000 Personen ergab. Zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs besitzen

ner Nachbarvölker zu einem interessanten Einwanderungsland macht. Zum einen ist die österreichische Wirtschaft auf höherwertige Güter spezialisiert, weshalb vor allem Menschen mit mittlerer Qualifizierung von

der österreichischen Wirtschaft gesucht werden. Eine weitere Ursache mag im leicht zugänglichen Sozialsystem der Alpenrepublik liegen. „Während in Großbritannien und Irland der Zugang zum Wohlfahrtssystem in jüngster Zeit erheblich eingeschränkt wurde und auch in Schweden durch versteckte Beschränkungen wie dem Gewerkschaftszwang als Voraussetzung für den Erhalt von Arbeitslo-

sengeld die Regeln verschärft wurden, ist das österreichische System vergleichsweise offen“, erläutert Gudrun Biffl¹⁾, Arbeitsmarktforscherin und Leiterin des neu ge-



einen ausländischen Paß. 1,346 Millionen Menschen, also 17 Prozent der Gesamtbevölkerung, weisen einen Migrationshintergrund auf, was einem der höchsten Anteilswerte in der Europäischen Union entspricht. Knapp ein Drittel sind Angehörige eines EU-Staates, allerdings stellen Serben und Montenegriner mit rund 137.000 Personen die größte Gruppe der Zuwanderer noch vor den Deutschen (in etwa 114.000 Personen) und Türken (in etwa 109.000 Personen) in Österreich dar. Damit arbeiten beispielsweise heute mehr Deutsche in Österreich als umgekehrt.

Neue Rekordwerte bei der Zuwanderung

Es ist jedoch nicht allein der wirtschaftliche Erfolg, der Österreich in den Augen sei-

Mit dem Magazin „upgrade“ beleuchtet die **Donau-Universität Krems** Trends der universitären Weiterbildung und Themen von gesellschafts- und bildungspolitischer Relevanz aus unterschiedlichen Perspektiven und schafft Raum für interdisziplinäre Ansätze. Diese folgenden zwei Beiträge dürfen wir der Ausgabe 04/2009 entnehmen, wofür wir uns auch an dieser Stelle bedanken.

<http://www.donau-uni.ac.at>



Innenpolitik

schaffenen Departments für Migration und Globalisierung an der Donau-Universität Krems.

Historische Verbindungen wirken nach

Aber auch die historischen Verbindungen Österreichs zu den Ländern, mit denen es ehemals als k.u.k. Monarchie verbunden war, hat ein Stück weit die Zeit des Eisernen Vorhangs überdauert. „History is an externality“ heißt es so schön auf Englisch – auch in Großbritannien wirkt die Geschichte nach, viele Zuwanderer aus den ehemaligen Kolonien leben dort. „Für uns ÖsterreicherInnen bedeutet das, daß wir mit unseren Nachbarländern immer noch ein gemeinsames Kulturverständnis haben, daß diese Länder ein ähnliches duales Bildungssystem beibehalten haben und ein größeres gegenseitiges Vertrauen aufweisen“, umschreibt Biffl den quasi externen Effekt der gemeinsamen Vergangenheit von Österreichern und Tschechen, Slowaken, Kroaten und Ungarn.

Unterschiedliche Zuwanderungsgruppen

Ein genauer Blick auf die Zuwanderung zeigt jedoch, daß es den typischen Zuwanderer nicht gibt, sondern viele unterschiedliche Gruppen. Auf der einen Seite sind das qualifizierte und sozial anerkannte MigrantInnen, die im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft verstärkt nach Österreich kommen und hier erwerbstätig sind, sowie jene, die aus dem EU-Raum stammen und hier studieren oder ihren Lebensabend verbringen. Und auf der anderen Seite gibt es die große Zahl ausländischer Erwerbspersonen, die im Bereich der Bauwirtschaft, des Tourismus, des Handels und Verkehrs, der sozialen Dienste oder der Metall-, Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie tätig sind. Während die MigrantInnen aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei in hohem Maße Hilfs- und Anlernarbeiten ausführen, findet man Personen aus dem westlichen Europa und aus Übersee häufig in leitenden Funktionen in der Wirtschaft oder in internationalen Organisationen. Als Resultat trifft die aktuelle Wirtschaftskrise, die Österreich nach Schätzungen der WKO einen Rückgang von rund vier Prozent beim BIP für 2009 bringen wird, vor allem Männer, viele davon mit Migrationshintergrund, mit geringem Bildungsstatus.

Frage der Staatsbürgerschaft

In der politischen Debatte um Migration geht es vor allem um die Frage, ob Einbürgerung erst am Ende eines Prozesses der Nie-

derlassung und Integration stehen soll, oder auch ein Mittel sein kann, um diesen Prozeß zu fördern und zu beschleunigen. Einbürgerung setzt in der Regel einen längeren Aufenthalt und Sprachkenntnisse und damit auch Integration voraus. Rainer Bauböck²⁾, Professor für soziale und politische Theorie am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz, der zu Fragen des Staatsbürgerschaftsrechts forscht, gibt hier jedoch einige Punkte zu bedenken: „Eine frühe Einbürgerung beseitigt rechtliche Hindernisse für Integration durch die Gleichstellung bei allen Bürgerrechten und das Recht auf Daueraufenthalt. Zudem reduziert der Zugang zum Wahlrecht durch Einbürgerung das gravierende Demokratiedefizit, durch das ein erheblicher Teil der Bevölkerung im Parlament nicht repräsentiert ist, und trägt dadurch zur politischen Integration der Gesellschaft bei. Und schließlich bedeutet der Wechsel der Staatsbürgerschaft nicht das Ende des Integrationsprozesses.“ Denn wie Studien zeigen, sind auch Zuwanderer, die einen österreichischen Paß besitzen, oftmals weiterhin mit Benachteiligungen konfrontiert. Dazu kommt, daß die Hürden für Einbürgerung in Österreich besonders hoch sind. In dieser Hinsicht belegt Österreich unter vergleichbaren europäischen Staaten mit längerer Einwanderungstradition zusammen mit Dänemark und Griechenland die letzten Plätze.

Neue Migrationschancen

Was in der Diskussion um die Staatsbürgerschaft häufig jedoch völlig übersehen wird, ist, daß ihr Erwerb nicht nur die Niederlassung in einem Land erleichtert, sondern auch neue Migrationschancen eröffnet. In ihrer Außenwirkung bedeutet Staatsbürgerschaft primär ein unbedingtes Einwanderungsrecht, weil kein Staat seine eigenen Bürger zurückweisen darf. Einfache Staatsbürger haben das Recht auf Rückkehr; Doppelstaatsbürger ein weitgehendes individuelles Recht auf Freizügigkeit zwischen zwei Staaten. Europäische Unionsbürger schließlich genießen aufgrund der Staatsangehörigkeit in einem Mitgliedsland Freizügigkeit in 26 anderen Staaten. „Gerade in Europa ist daher der Zugang zur Staatsbürgerschaft nicht ein Endpunkt von Migrationsprozessen, sondern auch ein Mittel zu ihrer Erweiterung“, so Migrationsexperte Bauböck.

Migrationsforschung im Spannungsfeld

Bis Ende der 80er-Jahre wurde Migrationspolitik in den meisten europäischen Staaten hinter dicht verschlossenen Türen

gemacht, in Österreich vor allem in den von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden beschickten Sozialpartnern. Untersuchungen waren überwiegend Auftragsforschung zum Zweck der Datenbeschaffung und Politikberatung. Das wissenschaftliche Feld hat sich seither emanzipiert; es gibt deutlich mehr Antragsforschung und Theorieproduktion. „Gleichzeitig wurde aber die Migrationspolitik selbst politisiert, indem sie zu einem dominanten Thema in Wahlkämpfen und Massenmedien wurde“, sagt Bauböck. Daraus ergäbe sich einerseits eine Chance für akademische Migrationsforschung, auch in der Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft Gehör zu finden und politische Debatten auf diesem Weg zu beeinflussen. „Andererseits wurde das Verhältnis zwischen der unabhängigen Forschung und Politik vielfach deutlich gespannter“, weiß Bauböck.

Stimmenfang mit Fremdenfeindlichkeit

Mit Fremdenfeindlichkeit läßt sich vor allem bei Menschen mit geringem Bildungsstand und in ländlichen Räumen auf Stimmenfang gehen, in denen es kaum Zuwanderung gibt. „Prinzipiell ist die breite Masse der Bevölkerung indifferent und jeweils zehn Prozent der Wähler sind für oder gegen die Zuwanderung eingestellt, was sich an den Ergebnissen der Grünen und der FPÖ ablesen läßt“, stellt Biffl fest. Dabei läßt sich empirisch belegen, daß vor allem in Fragen der Integrations- und Staatsbürgerschaftspolitik kontraproduktive Verschärfungen mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien einhergehen. „Wo, wie in Österreich, solche Kräfte über längere Zeit erfolgreich sind, dort setzen die Zentrumsparteien selbst auf populistische Rezepte, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen. Wo dagegen, wie etwa in Deutschland, dieser Druck von rechts außen schwächer ist, gibt es mehr Respekt für Migrationsforschung als kritisches Korrektiv und Debatten zwischen Politik und Forschung auf gleicher Augenhöhe“, erläutert Bauböck.

Migrationsforschung im Wandel

Überhaupt hat sich die Migrationsforschung in den vergangenen zwanzig Jahren in Europa kräftig entwickelt. „Sie ist heute ein Feld, in dem sich viele akademische Disziplinen tummeln: Rechtswissenschaften, Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft, Demografie, Humangeografie, Geschichte und Kultur- und Sozialanthropologie“, umschreibt Bauböck die Bandbreite der Fach-

richtungen, die sich mit Migration und ihren Folgen für Gesellschaft und Politik beschäftigen. Diese themenbedingte Multidisziplinarität ist auch der Grund dafür, daß es bislang nur wenige Lehrstühle für Migrationsforschung gibt, aber viele universitäre und außeruniversitäre Forschungszentren. Dieses Forschungsfeld ist auch zunehmend europäisch vernetzt, wie das derzeit laufende NORFACE-Programm und das von der EU geförderte Exzellenznetzwerk IMISCOE (International Migration, Integration and Social Cohesion in Europe) zeigen. Während NORFACE ein Verbund nationaler Forschungsfonds ist, der Projekte zu Migrations-themen finanziert, fördert IMISCOE, an dem Österreich auch stark beteiligt ist, den länderübergreifenden Zusammenschluß und Wissensaustausch von Forschungskapazitäten in Europa.

Zentrum für Migrationsforschung

Ein weiterer wichtiger Trend in diese Richtung sind interdisziplinäre Masterstudienlehrgänge und die starke Zunahme von Migrationsthemen in disziplinär verankerten PhD-Programmen, die Bauböck auch am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz beobachtet. „Zukünftige Generationen von akademisch qualifizierten Politikern, Journalisten, Beamten und Sozialforschern werden mit Migrationsthemen wesentlich besser vertraut sein“, ist der Migrationsforscher überzeugt. In Österreich ist die Einrichtung eines Lehrstuhls für Migrationsforschung an der Donau-Universität Krems seiner Ansicht nach ein erster wichtiger Schritt. Die nächsten wären ein international anerkanntes Zentrum für Migrationsforschung und ein breiteres Angebot an Master-Lehrgängen. „Die Voraussetzungen an fachlich qualifiziertem Personal sind in Österreich vorhanden. Was fehlt, ist der politische Wille, das Thema Migration auch durch Investition in die Forschung positiv zu besetzen.“ ■

Die Migranten sind unter uns

Von Emil Brix³⁾

Migration ist kein Phänomen unserer Tage, auch wenn die aktuellen Debatten dies manchmal so erscheinen lassen. Die Menschheitsgeschichte ist voller Beispiele für Wanderungsbewegungen. Und Migration war auch immer mit kulturellen Krisen verbunden. Denn wenn Menschen sich in eine ungewohnte Umgebung begeben, bedeutet dies für alle Beteiligten eine Integrationsleistung.

Neu ist allerdings der Begriff der Integrationspolitik, also des sachorientierten Handelns, um Lösungen für die Folgen der Migration zu entwickeln. Wenn die Zahl der Zuwanderer wächst, müssen Umverteilungs- und Arbeitsmarktgarantien neu gedacht werden.

Auf diese Herausforderung sind demokratische Wohlfahrtsstaaten schlecht vorbereitet und daher reduziert sich Integrationspolitik derzeit oft auf Fragen und Sicherheit, auf rechtliche Regelungen zur Lenkung (Beschränkung) von Zuwanderung und auf Maßnahmen zur Reduzierung von Ängsten in der Mehrheitsbevölkerung. Migration fordert den modernen Staat aber gerade dort, wo er am anfälligsten ist: dort, wo es um sein Versprechen einer immer besseren Absicherung der materiellen Lebensbedingungen und um sein Versprechen einer prinzipiellen Gleichheit aller Bürger als Gegenleistung für Loyalität geht.

Je globalisierter die Welt wird, desto geringer ist die Zahl jener Menschen, die ihr gesamtes Leben an einem einzigen Ort verbringen. Aus Sicht der Entwicklungspolitik könnte dies nachhaltigere positive Wirkun-

gen zeigen als so manche klassische Entwicklungshilfe. Der aktuelle Jahresbericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) fordert daher, daß die Mobilität von Arbeitskräften deutlich erhöht, Transaktionskosten von Migration vermindert und Grundrechte für Migranten garantiert werden. Dies stellt an die Politik, an die Gesellschaft und an den Einzelnen ganz neuartige Anforderungen, weil die gewohnten und akzeptierten Vorstellungen von Herkunftsgemeinschaften immer weniger der Realität entsprechen.

Für Europa, das in den letzten Jahrhunderten ein Auswanderungskontinent war, bedeutet der Wandel zum Einwanderungskontinent, daß Integrationspolitik zum Gradmesser der Qualität von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wird. Die Bandbreite politischer Forderungen und Lösungen liegt zwischen völliger Anpassung an die jeweilige Mehrheitsbevölkerung und multikulturellem Miteinander.

Die eigentliche Frage lautet: Welche Lernprozesse müssen in Gang gesetzt oder unterstützt werden, um erfolgreiche Identitätskonstruktionen zu ermöglichen, die der wachsenden Vielfalt nicht mit neuen Formen der Abgrenzung und Ausschließung begegnen? Gefragt sind mehr denn je interkulturelle Kenntnisse und die Fähigkeit, kulturelle Unterschiede für gemeinsame Ziele zu integrieren. Interkulturelles Lernen darf nicht nur als Potenzial für erfolgreiches globales Wirtschaften gesehen werden. Es geht längst um ein faires globales Zusammenleben – denn die Migranten sind unter uns. ■

1) **Univ.-Prof. Dr. Gudrun Biffl** ist Professorin für Migration, Integration und Sicherheit an der Donau-Universität Krems. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) mit Schwerpunkten in der Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Gender- und Migrationsforschung. Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren in den USA, in Großbritannien, Australien und Neuseeland. Seit 1977 ist Biffl Konsultantin der OECD für Migrationsfragen (SOPEMI-Correspondent). Mitglied des Editorial Boards von Journal of Immigrant and Refugee Studies, Journal of Contemporary Issues in Business and Government.

2) **Univ.-Prof. Dr. Rainer Bauböck** ist Professor für soziale und politische Theorie am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Zuvor war er Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien und an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren unter anderem an den Universitäten Warwick, Princeton, Malmö, Bristol, Pompeu Fabra, der Central European University Budapest und Yale. Forschungsschwerpunkte und Veröffentlichungen zu den Themen Migration, Multikulturalismus, Nationalismus, Staatsbürgerschaft und politische Theorie. Er koordiniert ein Observatory on Citizenship in Europe.

3) **Dr. phil. Emil Brix** ist Historiker und seit 1982 im Österreichischen Diplomatischen Dienst tätig. Als Botschafter leitet er seit 2002 die Kulturpolitische Sektion im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten. Brix ist stellvertretender Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) sowie Generalsekretär der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (ÖFG), deren Arbeitsgemeinschaft „Wege zur Civil Society in Österreich“ er leitet. Er ist im Beirat des Fachbereichs Interkulturelle Studien an der Donau-Universität Krems. Als Autor hat er zahlreiche Bücher zur österreichischen und europäischen Geschichte verfaßt.

Zahlen & Fakten

Bevölkerungsverteilung in Österreich

2009 lebten insgesamt 8,4 Mio. Menschen in Österreich, davon 870.704 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 10,4 Prozent. Etwa 317.000 der Zuwanderer entstammten Ländern der EU, davon 181.000 aus den 14 „alten“ EU-Staaten, 95.000 aus den zehn im Jahr 2004 beigetretenen Ländern und 40.000 aus Bulgarien und Rumänien. Knapp 293.000 Personen stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) sowie rund 110.000 aus der Türkei.

Orientierung: Religion versus Staat

Die GfK Austria befragte 2008 2000 MigrantInnen der ersten und zweiten Generation aus Ex-Jugoslawien (ohne Slowenien), der Türkei, Polen, Bulgarien, Rumänien und der Russischen Föderation nach ihrer Orientierung. 54 Prozent der Befragten wurden als säkular klassifiziert. 28 Prozent gelten als religiös-politisch orientiert. Unter den befragten MuslimInnen erwiesen sich 12 Prozent als säkular eingestellt und 15 Prozent als religiös-politisch. Bei christlichen MigrantInnen betrug das Verhältnis 35 zu 12 Prozent.

Internationaler Wanderungssaldo

Mit 110.074 Zuzügen und 75.638 Wegzügen verzeichnete Österreich 2008 einen internationalen Wanderungssaldo von +34.436 Personen. Die Staatsangehörigkeiten der MigrantInnen unterstreichen, daß Österreich von Wanderungen zwischen den Staaten der EU stark profitiert. So entfielen etwa zwei Drittel des Wanderungsgewinns bei den nichtösterreichischen Staatsangehörigen auf EU-BürgerInnen – vor allem aus Deutschland, aber auch aus Ungarn, der Slowakei, Bulgarien und Polen.

Was fördert die Integration?

Das Erlernen der deutschen Sprache ist sehr wichtig für eine funktionierende Integration – dieser Meinung sind laut der Befragung „Migrantibus 2008“ über drei Viertel der Migrant/innen in Österreich. Mehr als die Hälfte stimmten außerdem überein, daß es sehr wichtig ist, ohne staatliche Unterstützung zu leben. Breite Zustimmung auch hinsichtlich der Anpassung an die österreichische Kultur und Lebensweise. Etwas zurückhaltender fiel die Einschätzung bezüglich der Identifikation mit dem neuen Heimatland aus.

Staatsangehörigkeit in Prozent

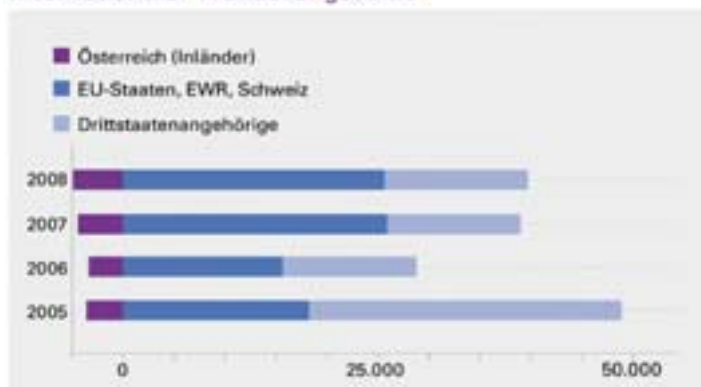
Quelle: Statistik Austria



Was ist für Sie wichtiger: die Vorschriften Ihrer Religion oder die Gesetze des österreichischen Staates?



Internationaler Wanderungssaldo



Was ist für eine funktionierende Integration sehr wichtig, eher wichtig oder nicht so wichtig?



Holocaust-Gedenktag

zum 65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau

Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch.“[1] Theodor W. Adornos berühmtes Zitat rührt an ein Problem, das nicht nur die Lyrik im Allgemeinen, sondern jegliche mediale Beschäftigung mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und seiner Verbündeten betrifft: Die Unsäglichkeit dieser Taten führt letztlich zum Scheitern aller Darstellungsversuche. Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung stößt in diesem Zusammenhang an ihre Grenzen.

Denn einerseits gibt es keine Beschreibungsform, die dem Geschehenen gerecht werden könnte, andererseits jedoch ein großes Bedürfnis nach klaren und klärenden Zahlen, Bildern oder Worten. Dies belegt etwa der immer wieder aufbrechende Streit um die Benennung des bürokratisch geplanten Völkermordes an den europäischen Juden und Jüdinnen. So

wird der Begriff „Holocaust“ bisweilen wegen seiner religiösen Bezüge kritisiert.[2] Von solcher Kritik ist auch keine begriffliche Alternative (wie etwa „Shoah“ oder „Churban“) frei geblieben.[3] Die Heftigkeit mancher Reaktion erklärt sich aus der Radikalität des Geschehenen, das zu beschreiben ist. Dies sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, daß es ein berechtigtes Bedürfnis nach Repräsentationsformen gibt: Wer das Geschehene nicht beschweigen möchte, muß Worte und andere mediale Formate dafür finden, seien diese auch noch so unzulänglich.

Das einleitende Adorno-Zitat belegt, daß das Wort „Auschwitz“ eines der Synonyme für die europaweiten Massenmorde ist, die von den Schergen und Verbündeten des NS-Regimes begangen wurden. Auch dieser Begriff ist problematisch, reduziert er doch ein komplexes geografisches Netzwerk von sehr unterschiedlich zu bewertenden Tatorten auf einen einzelnen Ort ins Extreme gesteigerter Grausamkeit. Zudem wird in

diesem Fall wieder das gesamte Tatgeschehen auf die Ereignisse in einem Lager(-komplex) verdichtet und noch dazu an einer Stätte verortet, die im heutigen Polen liegt. Der Begriff „Auschwitz“ birgt also die Gefahr, daß der Alltag im Herrschaftsbereich des NS-Regimes vom Holocaust abgekoppelt, dessen gesamteuropäische Dimension ausgeblendet und die Verbrechen sozusagen in eine Art erinnerungskulturelles Niemandsland verbannt werden.

deren größtes, Monowitz, 1941 für die IG Farben errichtet wurde, um eine Produktionsstätte für synthetischen Kautschuk (Buna) zu schaffen. In der Folge kam es zu weiteren Industrieansiedlungen. Neben Häftlingen mußten hier Tausende zwangsverpflichtete ArbeiterInnen aus verschiedenen europäischen Staaten ihren Dienst tun. Der größte Bereich des Lagerkomplexes, Auschwitz-Birkenau, entstand 1941/1942 und wurde bis kurz vor Kriegsende immer wieder er-

weitert. Bis zu ca. 100.000 Häftlinge waren zeitgleich in diesem Vernichtungslager untergebracht. Deren Zahl änderte sich aufgrund der Massenmorde ständig.

Zu den strategischen Vordenkern des antisemitischen nationalsozialistischen Mordprogramms zählte neben Adolf Hitler und Heinrich Himmler auch der Chef des Reichssicherheits-

Hauptamtes, Reinhard

Heydrich, als ein zentraler Organisator fungierte der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Doch letztlich waren Hunderttausende „an den Schreibtischen wie auf den Schauplätzen“[5] am Völkermord beteiligt, sodaß es sich keineswegs nur um „Hitlers Massenmorde“[6] handelte. Die ideologische Radikalisierung ging mit zunehmender Effizienz der Tötungsmaschinen einher: Seit 1942 wurden die Tötungskapazitäten in Auschwitz II massiv aufgerüstet; 1943 gingen dort vier Krematorien mit Gaskammern in Betrieb. In diesem Zusammenhang entstand bis zum Mai 1944 auch ein Nebengleis bei den Krematorien II und III im Lager Birkenau, um den Transport der Opfer und damit die Logistik des Massenmordes zu perfektionieren. Dort fanden die Selektionen statt, die über den sofortigen Tod oder das zumindest kurzfristige Weiterleben der Angekommenen entschieden. Gegen Ende des Jahres bzw. Anfang 1945 wurden die Krematorien dann gezielt zerstört, um Spuren zu verwischen. Die Gesamtzahl der



Blick auf das Haupttor des Konzentrationslagers Auschwitz und Geleise

Gegen diese Tendenz zur Verunklärung lassen sich einige historische Fakten stellen: So hat das größte nationalsozialistische Konzentrations- und Vernichtungslager, das den Namen der nahe gelegenen Stadt Auschwitz (heute wieder: Oświęcim) weltweit bekannt machte, zur Tatzeit während der ersten Hälfte der 1940er-Jahre offiziell zum Territorium des Deutschen Reiches gehört.[4] Es handelte sich genau genommen um einen Lagerkomplex, der seit Ende 1943 aus drei selbstständigen Bereichen bestand: Stammlager (Auschwitz I), Birkenau (Auschwitz II) und Monowitz (Auschwitz III). Das Stammlager entstand etwa seit Mitte 1940, als Kommandant fungierte zunächst Rudolf Höß, der dazu vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, ernannt wurde. Die im Stammlager untergebrachten Häftlinge, häufig polnischer Herkunft, wurden durch Zwangsarbeit (u.a. in SS-eigenen Produktionsstätten) gequält und getötet, wobei auch andere Exekutionsformen an der Tagesordnung waren. Auschwitz III war ein Netzwerk von Nebenlagern,

Österreich, Europa und die Welt

in Auschwitz getöteten Menschen ist nicht definitiv zu klären. Beispiellos ist die Zahl von über einer Million jüdischer Mordopfer aus ganz Europa, v.a. aus Ungarn und Polen.[7] Im Auschwitz Lagerkomplex starben zudem jeweils Abertausende Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene, nicht-jüdische Polinnen und Polen sowie Angehörige anderer Nationalitäten.

Die ehemalige Tötungsfabrik Auschwitz ist seit 1947 eine Gedenkstätte und gehört seit 1979 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Sichtbare architektonische Überreste, Abbildungen oder visuelle Symbole können und sollen das Grauen von Auschwitz nicht „realistisch“ reproduzieren. Das gilt beispielsweise auch für die vielen Tausend Schuhe, die in Auschwitz über Jahrzehnte hinweg stumm an jene deportierten Menschen gemahnt haben, die sie einst trugen. Solche Objekte und Bilder können jedoch dabei helfen, den Weg der Erinnerung zu beschreiten bzw. ihn zu verschließen.[8] Die jeweiligen nationalen und andere visuelle Erinnerungskulturen stehen dabei nicht still, sondern haben sich immer wieder gewandelt.[9]

Dankend entnommen aus: Drechsel, Benjamin, Bildaufsatz der Ikone „Auschwitz“, in: Online-Modul Europäisches Politisches Bildgedächtnis. Ikonen und Ikonographien des 20. Jahrhunderts, 09/2009, ein Projekt der Forschungs Kooperation des Demokratiezentrum Wien mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit Wien und dem Zentrum für Medien und Interaktivität an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Drechsel war von 2005–2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Wien und ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen.

<http://www.demokratiezentrum.org>

Die Befreiung am 27. Jänner 1945

Die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee jährt sich am



Foto: Tullio Bertorini / cc-by-sa-2.0.

Der berüchtigte Schriftzug »Arbeit macht frei« am Eingangstor des KZ Auschwitz

27. Jänner zum 65. Mal. Zwischen 1940 und 1945 wurden dort mehr als eine Million Menschen ermordet, die meisten von ihnen waren Juden. Als sowjetische Soldaten das Lager im damals besetzten Polen am 27. Jänner 1945 offiziell befreiten, fanden sie nur noch etwa 7.000 Überlebende vor. Rund 100 von ihnen haben 65 Jahre danach an der Gedenkfeier in Auschwitz teilgenommen, zu der auch Staats- und Regierungschefs aus etwa 20 Ländern angereist waren.

Auschwitz-Birkenau war das größte Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten und ist nach Angaben der Gedenkstätte das einzige, das heute noch so erhalten ist wie 1945. Um ihre Spuren zu verwischen, hatten die Nationalsozialisten andere Lager im besetzten Polen wie Sobibor und Treblinka zerstört. „Die Deutschen haben dort die Erde umgepflügt, Wälder gepflanzt oder Bauernhöfe errichtet“, wie Museumsleiter Piotr M. A. Cywinski berichtet.

Der Originalschriftzug „Arbeit macht frei“ ist bei der Gedenkfeier nicht über dem Tor des Lagers gegangen: Er war im Dezember 2009 gestohlen worden und muß nun erst restauriert werden, da er von den Dieben in drei Teile zerlegt worden war.

Beim Anblick der Ruinen der Gaskammern und Brennöfen von Auschwitz-Birkenau sowie der rund 300 Baracken, die sich über das knapp 200 Hektar große Gelände erstrecken, fährt den Besuchern auch heute noch der Schrecken in die Glieder. Um den Lagerkomplex als Gedenkstätte weiterhin zu erhalten, hat Polen eine Stiftung eingerichtet. Deutschland hat die Hälfte der benötigten 120 Millionen Euro in Aussicht gestellt, damit die Instandhaltungsarbeiten auch in den nächsten Jahren finanziert werden können.

Faymann: Niemals vergessen, niemals verschweigen!

„Die schrecklichen Verbrechen an der Menschheit, die durch das mörderische Regime des Dritten Reiches auf der Grundlage einer menschenverachtenden Ideologie geschehen sind, dürfen niemals in Vergessenheit geraten“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. „Mit dem Jahrestag der Befreiung der Gefangenen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz heute vor 65 Jahren, gedenken wir der sechs Millionen ermordeter Juden aus aller Welt, darunter waren 1,5 Millionen Kinder.“

- [1] Adorno, Theodor W. (1951) 1995. „Kulturkritik und Gesellschaft.“ In Lyrik nach Auschwitz? Adorno und die Dichter, hg. v. Petra Kiedaisch, S. 27-49. Stuttgart: Reclam, hier S. 49. An anderer Stelle hat Adorno sich dann übrigens selbst korrigiert.
- [2] Vgl. etwa Kershaw, Ian. 2000. The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation. London: Arnold (4. Auflage), S. 93. Im Zusammenhang mit einer gleichnamigen TV-Serie wurde zudem im Jahr 2000 die Forderung laut, in Deutschland die Schreibweise „Holocaust“ zu verwenden. Dieser Vorschlag hat sich jedoch nicht durchgesetzt.
- [3] Vgl. Young, James E. 1997. Beschreiben des Holocaust. Frankfurt am Main: Suhrkamp [engl. Original 1988], S. 139–163.
- [4] Als Einführung in die wechselvolle Stadtgeschichte sowie als ersten Überblick über das Geschehen im Lagerkomplex vgl. Steinbacher, Sybille. 2007. Auschwitz. Geschichte und

- Nachgeschichte. München: Beck (2. Auflage).
- [5] Kwiet, Konrad. 2001. „Rassenpolitik und Völkermord.“ In Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hg. v. Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß, S. 50–65. München: dtv (4. Auflage), S. 62.
- [6] Haffner, Sebastian. 2004. Anmerkungen zu Hitler. Frankfurt am Main: Fischer (22. Auflage), S. 143.
- [7] Die genaue Zahl ist umstritten. Piper, Franciszek. 2005. „Das Konzentrationslager Auschwitz: Ein historischer Abriss – Ziele, Aufgaben und Vernichtungsmethoden.“ In Das Auschwitz-Album. Die Geschichte eines Transports, hg. v. Israel Gutman und Bella Guterman, S. 15–41. Göttingen: Wallstein, S. 41 geht von 1 bis 1,35 Millionen ermordeten

- Juden und Jüdinnen und von insgesamt bis zu 1,5 Millionen Mordopfern in Auschwitz aus. Piper ist einer der maßgeblichen Forschenden in diesem Bereich.
- [8] In diesem Sinne schreibt Brink, Cornelia. 1998. Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945. Berlin: Akademie, S. 99 über die Abbildungen aus den befreiten Konzentrationslagern von 1945: „Wie eine Schutzschicht hoben sich die Fotos zwischen die Betrachter und die Wirklichkeit.“
- [9] In Bezug auf Deutschland vgl. etwa Knoch, Hanno. 2001. Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur. Hamburg: Hamburger Edition.

<http://www.demokratiezentrum.org/themen/europa/europaeisches-bildgedaechtnis/auschwitz.html>

Österreich, Europa und die Welt

Gerade in wirtschaftlich schwierigen und angespannten Zeiten, in denen Hoffnungen oft mit falschen Versprechen getäuscht werden, sei es enorm wichtig, Demagogen und Holocaust-Verleugnern vehement zu begegnen und die Jugend zu demokratischer Wachsamkeit aufzurufen. „Das Vermächtnis der Geschichte und die Aufgabe unserer Generation besteht darin, mit ganzer Kraft den

Projekt beteiligen solle: „In welcher Form dies geschehen wird, steht noch zur Verhandlung“ sagte Prammer. Auf Schiene sei auf jeden Fall die Umgestaltung des österreichischen Pavillons auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers, „denn das damalige Konzept entspricht auf keinen Fall mehr dem heutigen Geschichtsverständnis“ betonte Prammer.

schenwürde aufgrund der Verschiedenheit der Herkunft, der Religion, der Nationalität oder der politischen Überzeugung mit Füßen treten“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger.

„Aus der moralischen Mitverantwortung für die Vergangenheit schöpfen wir heute die Kraft, engagiert eine Zukunft des Pluralismus der Meinungen, Überzeugungen und Religionen zu gestalten“, unterstrich der Außenminister. „Auf diesem dunklen Kapitel unserer Geschichte fußt auch die Überzeugung, die heute der österreichischen Außenpolitik zugrunde liegt: Der unbedingte Einsatz für die Herrschaft des Rechts und die Geltung der Menschenrechte sind Grundvoraussetzungen für internationale Sicherheit und Frieden, damit Willkür und Tyrannei nicht Platz greifen.“

Zu besonderer Wachsamkeit mahnte Spindelegger gegenüber allen Formen des Antisemitismus, der gerade in den letzten Jahren wieder stärker auftritt, sei es in Österreich, Europa oder weltweit: „Antisemitismus ist kein Phänomen der Vergangenheit. Vielmehr zeigt sich heute oft die Fratze des Antisemitismus und des Rassismus immer unverhohlener. Hier kann und darf es gerade auch in Österreich keine Toleranz oder Nachsicht geben.“

Österreich sei sich seiner Verantwortung gegenüber den Opfern und den Überlebenden der Shoa bewußt, unterstrich der Außenminister. „Wir haben die Verpflichtung, das Bewußtsein um den größten Völkermord der Geschichte zu schärfen und unsere jungen Generationen zu Toleranz und Achtung der Menschenrechte zu erziehen“, so Spindelegger. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die aktive Mitgliedschaft Österreichs in der internationalen Holocaust Task Force. Mit dem beim Außenministerium mit rund 20 Millionen Euro angesiedelten Zukunftsfonds wie auch durch den Österreichischen Nationalfonds werden Projekte und wissenschaftliche Arbeiten im Interesse und im Gedenken der Opfer des Nazi-Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme sowie die Achtung der Menschenrechte und gegenseitige Toleranz gefördert. „Mit ihrer Zusage Ende letzten Jahres, insgesamt 20 Millionen Euro für die Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich zur Verfügung zu stellen, hat die Bundesregierung jüngst neuerlich ein klares Zeichen gesetzt“, so Außenminister Michael Spindelegger. ■

<http://www.auschwitz.info> (mehrsprachig)

<http://en.auschwitz.org.pl> (englisch)



Foto: Pawel Piotrowski

Botschafter Herbert Krauss und NR-Präsidentin Barbara Prammer bei der Kranzniederlegung im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau

Anfängen zu wehren, die Demokratie weiter zu entwickeln – und dort, wo es erforderlich ist, sie auch mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu schützen und zu verteidigen. Damit sich die Ereignisse von damals heute in keinsten Weise wiederholen können.“

Prammer: Gedenken als Auftrag für die Zukunft

Am dritten Tag ihres offiziellen Besuchs in Polen nahm Nationalratspräsidentin Barbara Prammer an den offiziellen Gedenkfeiern teil. Nach dem Besuch der österreichischen Ausstellung im Museum Auschwitz-Birkenau hielt Prammer fest: „Eine finanzielle Beteiligung Österreichs an der Sanierung der Gedenkstätte ist unumgänglich.“ Es sei nicht nur dem Gedenken an die mehr als 1,1 Millionen Menschen, die in Auschwitz umgebracht wurden, geschuldet, sondern „die Erhaltung der Gedenkstätte für künftige Generationen ist unbedingt nötig, um jetzt schon vorhandenen bedenklichen Entwicklungen entgegenzuwirken“, so Prammer.

Weiters plädierte die Nationalratspräsidentin dafür, daß sich nicht nur einzelne Staaten, sondern die EU insgesamt an dem

In den Gesprächen, die Prammer bei ihrem Aufenthalt in Polen geführt hat, war deutlich spürbar, daß die bisherigen Aktivitäten Österreichs – nicht zuletzt des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds – deutlich registriert wurden. „Die Neugestaltung des Pavillons kann hier nur ein weiterer Schritt sein“, sagte Prammer. Es seien aber noch viele Schritte nötig, um den Blick zurück auf die Gräuelt der Vergangenheit mit einem kritischen Blick auf die Gegenwart zu verknüpfen. „Vor allem junge Menschen sollen befähigt werden zu erkennen, warum der Holocaust und seine Entstehungsgeschichte immer von aktueller Brisanz sind und sein werden“, sagte Prammer abschließend.

Spindelegger: Mahnung zur Wachsamkeit gegenüber neuen Formen von Antisemitismus und Rassismus

„Auschwitz steht heute weltweit als Synonym für den nationalsozialistischen Völkermord, für die Negation aller Menschenwürde. Auschwitz ist beständige Mahnung, allen Ideologien entschieden und unmißverständlich entgegenzutreten, die die Men-

Auch Österreich hilft auf Haiti

Nur wenige Tage nach der schweren Erdbebenkatastrophe ist eine große Hilfsaktion zugunsten der Opfer angelaufen – Aus öffentlichen Mitteln stehen rund 900 Mio. Euro zur Verfügung – »Nachbar in Not« und viele andere sammeln unermüdlich.

Bundeskanzler Werner Faymann drückte am 14. Feber seine große Betroffenheit über das enorme Ausmaß der Erdbebenkatastrophe in Haiti aus, bei der – zu diesem Zeitpunkt noch – zehntausende Todesopfer zu befürchten waren. Österreich habe große Erfahrung bei Hilfeleistungen, auch unter so extremen Bedingungen, wie sie derzeit in Haiti gegeben seien. Und auch die EU habe sofortige Hilfe zugesagt, „wir beteiligen uns selbstverständlich an diesen EU-koordinierten Maßnahmen“, sagte der Bundeskanzler. Österreich werde im Rahmen abgesprochener Hilfsaktionen und bei der Entsendung von Expertenteams dabei sein. Wichtig sei nun, daß diese Hilfe möglichst rasch erfolge, weshalb es besonders wichtig gewesen sei, daß sich die zuständigen EU-Minister, die damals in Segovia tagten, des Problems angenommen hätten.

Nach dem schrecklichen Erdbeben auf Haiti sind umfangreiche und weltweite Hilfsmaßnahmen anlaufen. Österreich beteiligt sich an diesen und hat unmittelbar nach Bekanntwerden einen ersten Experten für Katastrophenhilfe im Rahmen eines EU-Hilfsteams nach Haiti entsandt. Die Katastrophenschutzmechanismen sowohl der EU als auch der Vereinten Nationen wurden aktiviert. Seitens des EU-Krisenstabes wurde angeregt, folgende Unterstützungsleistungen abzustellen: Such- und Rettungsteams, medizinische Hilfe, Zelte und Wasseraufbereitung. In Österreich tagte ein Krisenstab, bei dem die österreichischen Hilfsmöglichkeiten beurteilt und konkret veranlaßt werden.

Innen- und Außenministerium: 700.000 Euro für Soforthilfe

„In dieser schweren Stunde gilt unser tief empfundenes Mitgefühl den Angehörigen der vielen tausenden Menschen, die bei dieser furchtbaren Katastrophe ums Leben gekommen sind und den vielen Verletzten die zu Schaden gekommen sind“, hielten Außenminister Michael Spindelegger und Innenministerin Maria Fekter angesichts der schweren Erdbebenkatastrophe in Haiti fest. An materieller Hilfe wird das Innenministerium Güter im Wert von bis zu 200.000 Euro



Foto: Österreichisches Rotes Kreuz/M. Hechenberger

19 Tonnen Hilfsgüter werden gemeinsam mit einem ERU-Team nach Haiti versandt.

bereitstellen. Das Außenministerium stellt aus dem Auslandskatastrophenhilfsfonds eine Soforthilfe in der Höhe von bis zu 500.000 Euro zur Verfügung.

„Das Bürgerservice des Außenministeriums, zusammen mit unseren Botschaften in der Region ebenso wie mit unserer Ständigen Vertretung in New York unternehmen alle möglichen Anstrengungen, um Kontakt zu vom Erdbeben betroffenen Österreicherinnen und Österreichern herzustellen und, so notwendig, Hilfestellung zu leisten“, betont Spindelegger angesichts der schweren Situation.

„Ich habe bereits gestern (also unmittelbar nach dem Beben, Anm.d.Red.) angeordnet, daß der für Haiti zuständige österreichische Botschafter in Venezuela in die Krisenregion fährt, um sich um das Schicksal der Österreicher zu kümmern“, erklärte der Außenminister, der die intensiven internationalen Bemühungen begrüßte, der Republik Haiti und ihrer vom Erdbeben schwer betroffenen Bevölkerung so rasch als möglich die dringend benötigten Rettungs- und Hilfsmaßnahmen zukommen zu lassen. Österreich sei in diese Bemühungen – insbesondere jener im Rahmen der UNO und der EU – laufend und eng eingebunden.

„Österreich hat auf Hilfsersuchen rasch reagiert und den Vorarlberger Katastrophen-

hilfs-Experten Arthur Weber in das Einsatzgebiet entsendet“ gab Fekter bekannt. „Wir wollen den Menschen im Katastrophengebiet rasch helfen und gemeinsam mit anderen Ländern und Hilfseinrichtungen Sofortmaßnahmen zur Linderung der Not setzen“, so die Innenministerin weiter. „Aktuell gibt es eine Hilfeanforderung nach dringend benötigten Zelten. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz in internationaler Abstimmung so rasch wie möglich Zelte organisieren und zu den Notleidenden bringen“, konkretisierte Fekter die Hilfsmaßnahmen.

Der gesamte Einsatz der österreichischen Katastrophenhilfe für Haiti wird vom Innenministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit für die internationale Katastrophenhilfe und das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement organisiert.

Als Sofortunterstützung wurde bereits am 13. Jänner 2010, nach Einlangen eines internationalen Hilfsersuchens der Regierung Haitis, ein EU-Experte zur Unterstützung eines EU-Koordinationsteams nach Haiti entsandt.

Am 19. Jänner 2010 wurden im Rahmen eines Flugtransports mit Hilfsgütern des Österreichischen Roten Kreuzes zwei „Interagency Emergency Health Kits“ in die Krisenregion gebracht. Damit können

Österreich, Europa und die Welt

20.000 Personen bis zu drei Monate medizinisch erstversorgt werden.

Anschließend wurde im Einvernehmen mit der Europäischen Kommission gemeinsam mit Slowenien und Ungarn ein Gemeinschaftstransport von Hilfsgütern nach Haiti vorbereitet.

Bei diesem Gemeinschaftstransport wurden am 24. Jänner 2010 mit logistischer Unterstützung des Österreichischen Roten Kreuzes und des Landesfeuerwehrverbands Wien (Katastrophenhilfsdienst) Hilfsgüter und ein medizinisches Einsatzteam nach Haiti geflogen.

den“, gab Sissy Mayerhoffer, ORF-Koordinatorin von „Nachbar in Not“, bei einem Pressegespräch am 22. Jänner im „Presseclub Concordia“ bekannt. Gemeinsam mit „Nachbar in Not“-Vorstandsvorsitzendem und Caritas-Auslandshilfechef Christoph Petrik-Schweifer, Michael Opriesnig, zweitem Vorstandsvorsitzenden von „Nachbar in Not“ und Kommunikationschef des Österreichischen Roten Kreuzes und Dagmar Lassmann, Leiterin Diakonie Auslandshilfe und ebenfalls im „Nachbar in Not“-Vorstand, wurden die einzelnen Maßnahmen der Hilfeleistung durch die „Nachbar in Not“-

leben gesichert hat und weiterhin sichert. Was wichtig ist – trotz schwerster Bedingungen, die Hilfe kommt an. Durch den internationalen Einsatz aller Hilfsorganisationen ist schon hunderttausenden Menschen humanitäre Hilfe geleistet worden – aber Hilfe für Millionen Menschen ist notwendig.“

Opriesnig: »Nachbar in Not« ist die humanitäre Visitenkarte

Michael Opriesnig, zweiter Vorstandsvorsitzender von „Nachbar in Not“ und Kommunikationschef vom Österreichischen Roten Kreuz, betonte: „Es ist in der 150jährigen Geschichte der Rot-Kreuz-Bewegung der größte Einsatz, den es jemals in einem Land gegeben hat. Ich glaube, auch das verdeutlicht das Ausmaß der Katastrophe.“ Und weiter: „Das Allerwichtigste ist im Moment nicht nur die Aufbereitung von sauberem Trinkwasser, sondern die Verbesserung der Hygienebedingungen. Gestern ist die erste Hygiene- und Sanitäreinheit – unter anderem auch mitfinanziert aus Mitteln von ‚Nachbar in Not‘ – in Haiti gelandet. Das zeigt auch, daß wir in der ‚Nachbar in Not‘-Hilfe auch international vorne sind.“ Opriesnig abschließend: „Für mich ist ‚Nachbar in Not‘ so etwas wie die humanitäre Visitenkarte Österreichs – der gemeinsame Ausdruck von Hilfsbereitschaft und Solidarität: bekannt, anerkannt und geschätzt – von Jugoslawien bis Darfur, von Pakistan bis Indonesien und jetzt auch bis Haiti.“

Mayerhoffer: Schulterschluss von Medien und Hilfe

Sissy Mayerhoffer, Leiterin des ORF-Humanitarian Broadcasting, erinnerte an die schwierige Situation, in der sich alle – Helfer wie Berichterstatter – vor Ort befinden und dankte allen für ihren Einsatz: „Ich glaube, wir haben bewiesen, daß wir Tag und Nacht damit beschäftigt sind, Informationen auszutauschen und bewegte Bilder und O-Töne unter die Menschen zu bringen. Alle ORF-Medien – Fernsehen, Radio, Internet und ORF TELETEXT – unterstützen diese Aktion. Das ist auch notwendig, um die Menschen um weitere Mithilfe zu bitten: Wir hoffen, daß diese Spendenbereitschaft weitergeht, um die Hilfe, die die Menschen in Haiti jetzt brauchen, zu ermöglichen.“

Lassmann: Medizinische Hilfe ist jetzt vorrangig

Dagmar Lassmann, Leiterin der Diakonie-Auslandshilfe und im „Nachbar in Not“-Vorstand: „Die Diakonie liefert genau



Foto: ORF/Wien/Günther Pichlkostner

Im ORF-Spendenstudio nahmen Prominente, hier im Bild Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll im Gespräch mit Moderatorin Barbara Stöckl, ORF-Stars und Mitglieder von »Team Österreich« – einer Initiative von Hitradio Ö3 und dem Roten Kreuz – an den Telefonen Spenden von ZuseherInnen entgegen.

Das Innenministerium stellte bei diesem Transport 400 Familienzelte zur Verfügung, die insgesamt rund 2400 Personen Platz bieten. Slowenien steuerte 25 Zelte bei und Ungarn beteiligte sich mit medizinischer Ausrüstung und einem sechsköpfigen Medizinteam an diesem Einsatz. Die Europäische Kommission refundiert Österreich aufgrund des neu geschaffenen Finanzierungsinstruments die Hälfte der Transportkosten.

Als zusätzliche Maßnahme wurden am 26. Jänner mit logistischer Unterstützung der Caritas noch weitere zehn Interagency Emergency Health Kits nach Haiti gebracht – für die medizinische Erstversorgung von bis zu 100.000 Personen über einen Zeitraum von bis zu drei Monaten.

4,4 Millionen Euro für »Nachbar in Not«

„10 Tage nach Start der ‚Nachbar in Not‘-Hilfe für die Erdbebenopfer in Haiti sind bereits 4.389.681,46 Euro gespendet wor-

Organisationen vorgestellt und um weitere Unterstützung der so dringend notwendigen Hilfe gebeten.

Petrik-Schweifer: »Hilfe für Millionen Menschen ist notwendig«

„Nachbar in Not“-Vorstandsvorsitzender Christoph Petrik-Schweifer und Caritas-Auslandshilfechef: „Das Ausmaß der Katastrophe ist unvorstellbar. Die Situation vor Ort ist erdrückend. Die Katastrophe hat stattgefunden im ärmsten Land Lateinamerikas. Einem Land, wo die Hälfte der Menschen unter 18 Jahre alt ist. Einem Land, in dem Zwei Drittel der Menschen von weniger als zwei Dollar am Tag leben. Haiti hatte schon die große Katastrophe, bevor die große Katastrophe kam.“ Petrik-Schweifer weiter: „Die ‚Nachbar in Not‘-Hilfsorganisationen haben bereits in den ersten Tagen zehntausenden Menschen geholfen. Ein Schulterschluss der Hilfe hat stattgefunden, der Über-

Österreich, Europa und die Welt

heute in der Region Jacmel Mediakamente, Hygieneartikel und medizinischen Bedarf mit Hilfe von „Nachbar in Not“. Es gibt immer noch viel zu viele unversorgte oder nicht ausreichend versorgte Verletzte. Daher legen alle „Nachbar in Not“-Hilfsorganisationen – Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz, CARE, Malteser, Samariterbund, Volkshilfe, Hilfswerk Austria – gerade jetzt in der ersten Phase ihren Fokus auf medizinische Hilfe jeder Art. Insgesamt wird unsere Hilfe einen langen Atem brauchen – sie wird Wochen, Monate und Jahre beanspruchen.“

3,1 Millionen Zuschauer – 1,3 Millionen Euro für Haiti

Diese Bilanz kann sich sehen lassen – sowohl was das Spendenergebnis als auch die Reichweiten betrifft: Unter dem Motto „Österreich hilft Haiti“ machte der ORF den 25. Jänner 2010 zum „Nachbar in Not“-Aktionstag. Im Mittelpunkt stand dabei der Benefizabend „Österreich hilft Haiti“ ab 20.15 Uhr in ORF 2, moderiert von Barbara Stöckl live aus dem ORF-Zentrum. 1.365.474,00 Euro wurden im Verlauf des Thementages und des Benefizabends gespendet – mit den bisherigen Spenden für „Nachbar in Not“ haben die Österreicherinnen und Österreicher somit bisher insgesamt 6,9 Millionen Euro für die Menschen in Haiti gespendet.

Den gesamten ORF-Aktionstag sahen 3,13 Millionen Zuseherinnen und Zuseher, das entspricht 44,1 Prozent der heimischen TV-Bevölkerung ab zwölf Jahren.

Der Benefizabend mit Barbara Stöckl und zahlreichen Stars erreichte bis zu 510.000 Zuschauer. Im Schnitt waren 437.000 Zuschauer über den langen Zeitraum 20.15 bis 22.49 Uhr via ORF 2 dabei – bei 18 Prozent Marktanteil (17 Prozent KaSat).

Der weiteste Seherkreis lag dabei bei 1,385 Millionen Zusehern und 19,5 Prozent der heimischen TV-Bevölkerung.

Die Stiftung »Nachbar in Not«

„Nachbar in Not“ kann, Dank der überwältigenden Spendenbereitschaft der Bevölkerung, auf eine beeindruckende Geschichte der Hilfsbereitschaft zurückblicken: 1992 haben die Österreicher mit der Hilfsaktion auf den Krieg im Nachbarland Jugoslawien reagiert.

Die gemeinsame Aktion von ORF, Rotem Kreuz und Caritas – vorerst nur für wenige Wochen geplant – wurde innerhalb kürzester Zeit zur größten privaten Hilfsaktion auf

Foto: ASBÖ/Früh



Ein Hilfsteam des Arbeiter-Samariter-Bunds Österreich vor dem Abflug nach Haiti

dem Balkan und zu einem international anerkannten und beeindruckenden Zeichen der Solidarität mit den Opfern.

Im Zuge der Kosovo-Krise wurde „Nachbar in Not“ erweitert und arbeitet nun auf breiter Basis als Stiftung. Neben den Stiftern Caritas und Rotes Kreuz sind das Hilfswerk, die Volkshilfe, die Diakonie, der Malteser Hospitaldienst, der Arbeiter-Samariter-Bund sowie Care Kooperationspartner. Zuletzt war „Nachbar in Not“ 2004 bei der Katastrophe in Darfur/Sudan und für die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien aktiv.

Die gemeinnützige Privatstiftung „Nachbar in Not“ zählt zu jenen Organisationen, die vom Finanzamt als „begünstigte Spendenempfänger“ anerkannt wurden (Registrierungsnummer: SO 1143).

Wiederaufbau wird Jahre dauern

„Wir werden alles tun, um den Kindern, Mitarbeitern und Familien in unseren Einrichtungen vor Ort rasch und nachhaltig zu helfen – und möglichst vielen Kindern und Familien in der Nachbarschaft“, sagt SOS-Kinderdorf-Präsident Helmut Kutin. „Wie durch ein Wunder blieben die SOS-Kinderdörfer in Cap Haitien und Santo bei Port-au-Prince fast unbeschädigt. Daher werden wir dort in den nächsten Tagen und Wochen Notunterkünfte für Kinder und Familien schaffen und ein Zelthospital errichten“, so Kutin weiter. Bereits jetzt sind alle SOS-Kinderdorf-Mitarbeiter hier eingezogen, da ihre Häuser zerstört sind. Wir müssen ihnen helfen, ihre Angehörigen zu finden und sie

dann beim Wiederaufbau ihrer Häuser unterstützen.

„Beide SOS-Kinderdörfer sollen im Rahmen ihrer Kapazität und Möglichkeiten Schutzzonen für Kinder und Frauen sein, bis die schwerste Zeit überstanden ist. Der Wiederaufbau in diesem so schwer geprüften Land wird Jahre dauern“, ist Kutin überzeugt. „Daher appelliere ich an die Menschen in Österreich: Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit für die vielen traumatisierten Kinder und Familien in Haiti jetzt – aber auch in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten...“

Seit 20. Jänner wird vom SOS-Kinderdorf Santo aus versucht, sechs der ursprünglich 16 „Community Centers“ wieder zu reaktivieren. Diese Zentren waren Teil der Familienstärkungsprogramme von SOS-Kinderdorf, um besonders bedürftige und gefährdete Familien zu unterstützen (Hilfe zur Selbsthilfe). Diese Zentren sollen Basis für die Grundversorgung, aber auch psychologische Betreuung sein. Weiters soll das SOS-Hilfsteam die Aufnahme alleinstehender Kinder in die bestehenden SOS-Kinderdorf-Familien organisieren und die SOS-Hermann-Gmeiner-Schule in Santo als Notunterkunft für ca. 300 Kinder vorbereiten. Dafür versucht man jetzt, pensionierte SOS-Kinderdorf-Mütter zu finden und weiteres Personal zu organisieren. ■

Die hier angeführte Liste der Hilfsorganisationen und -initiativen und die angegebenen Spendenbeträge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Redaktion.

<http://nachbarinnot.orf.at>

Österreich und Europa: Liebe auf den zweiten Blick?

Die Ortstafelfrage und der Westbalkan sowie Donau- und Schwarzmeerraum waren die Schwerpunkte einer Grundsatzrede von Außenminister Michael Spindelegger zur österreichischen EU-Politik.

Österreich ist gefragt. In Europa und weit darüber hinaus. Wir brauchen uns nicht zu verstecken, vor niemandem. Unser Beitrag wird geschätzt“, so Außenminister Spindelegger in seiner Rede zu den Schwerpunkten der österreichischen EU-Politik, die der Außenminister am 21.01. an der Wirtschaftsuniversität Wien vor mehr als 250 geladenen Gästen hielt. Dabei ging er auf die Schwerpunkte Österreichs Außenpolitik für das kommende Jahr ein. Etwa die künftigen Herausforderungen der EU durch den neuen Vertrag von Lissabon, das Ziel, bis zum Ende der Dekade den Westbalkan in der EU zu integrieren, die Donau- und Schwarzmeerinitiative, das Ziel, in der Frage der Kärntner Ortstafeln noch heuer zu einer Einigung zu kommen und das Bemühen um eine nachhaltige Lösung für Österreichs Uni-Zugang.

Der Vertrag von Lissabon

Außenminister Spindelegger betonte in seiner Rede die Bedeutung des Lissabon Vertrages und die Rolle der Außenminister: „Jetzt ist der Vertrag in Kraft, und wir stehen in Europa vor einem Paradigmenwechsel: Wir haben neue Regeln, neue Institutionen und neue Köpfe an der Spitze dieser Institutionen. Noch ist die Neuaufstellung Europas aber nicht völlig abgeschlossen“, so Spindelegger weiter. Denn es gäbe da und dort noch einige Ungereimtheiten und Reibungsverluste. Spindelegger warf in diesem Zusammenhang einige zentrale Fragen auf: „Der Europäische Rat hat nun, mit Herman Van Rompuy, einen für zweieinhalb Jahre bestellten Präsidenten. Aber verträgt es sich da, daß seine Mitglieder, die Regierungschefs, gerade jetzt versuchen, nur mehr im kleinsten Kreis zu tagen? Ganz ohne Link zu ihrem Vorbereitungsgremium und ohne Außenminister? Wie wird sich die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen gestalten? Übergibt man dem neuen Auswärtigen Dienst nicht zu viele Kompetenzen?“ Viele Fragen seien noch offen und Österreich sei entschlossen, auch hier einen wichtigen Beitrag zu leisten. „Dieser wird wesentlich

im Außenministerium formuliert werden“ so Spindelegger weiter und ergänzend: „Es wird auch in Zukunft eine klare rot-weiß-rote Außen- und Europapolitik geben.“



Außenminister Michael Spindelegger
bei seinem Vortrag

Hochschulzugang

Spindelegger unterstrich weiters die Bedeutung des Themas Hochschulzugang. Er verwies auf die Bedeutung der Subsidiarität innerhalb Europas und auf die Notwendigkeit, einer tragfähigen europäischen Lösung, so daß Österreich auch weiterhin die Regelung des Uni-Zugangs selber bestimmen kann: „Die Diskussion um den Hochschulzugang macht nur allzu deutlich, daß die Subsidiarität keine akademische Frage ist.

Ohne den Grundsatz der freien Wahl des Studienorts in Frage zu stellen – aber der Ansturm von Studenten aus Deutschland in einigen Studienbereichen schafft massive Probleme für unsere Universitäten“. Weiters ging Spindelegger der Frage nach, ob es wirklich so sein müsse, daß die Europäische Union einen Mitgliedsstaat zwingt, Zugangsbeschränkungen, wie den Numerus Clausus, zu übernehmen. „Die Freizügigkeit der Studenten darf nicht dazu mißbraucht werden, um die Grundsätze des nationalen Bildungssystems in Frage zu stellen“. Hier sei politisches Augenmaß und gerade auch von den EU-Institutionen die Bereitschaft zu differenzierten Lösungen gefordert. „Es ist im eigenen Interesse der neuen Kommission hier eine Lösung zu entwickeln, die die Freiräume der Nationalstaaten respektiert. Wenn dies nicht gelingt, werden wir eine klare Grenzziehung und Absicherung der österreichischen Wahlfreiheit direkt in den EU-Verträgen überlegen müssen“, so Spindelegger weiter.

Europäischer Einigungsprozeß

Der Außenminister unterstrich die Bedeutung der lokalen Ebene im europäischen Einigungsprozeß. Länder und Gemeinden seien jene Stellen, an die sich die Bürger als erste wenden, wenn sie Sorgen und Anliegen an Europa haben. „Europa darf nicht nur dem Europaminister ein Anliegen sein. Es wird uns nicht gelingen, die EU in Österreich verständlicher zu machen, wenn sich Länder und Gemeinden systematisch ihrer Verantwortung entziehen.“ Der Außenminister hatte daher vorgeschlagen, in den österreichischen Gemeinderäten eigene EU-Beauftragte zu etablieren. Sie würden als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen, Erstinformationen geben und Fragen weiterleiten. „Ich freue mich daher, daß dieser Vorschlag in vielen Städten und Gemeinden so positiv aufgenommen wurde“, so Spindelegger weiter.

„Der Vertrag von Lissabon bringt unter anderem auch ein klares Bekenntnis zur

Foto: BMeIA / HOPMedia - Bernhard J. Holzner

Österreich, Europa und die Welt

Sozialen Marktwirtschaft“, so der Außenminister. Als Beispiele in diesem Zusammenhang nannte Spindelegger die spezifischen europäischen Werte wie Solidarität, Nachhaltigkeit und den Schutz der Umwelt. „Europa wird als kleiner, ressourcenarmer Kontinent im globalen Wettbewerb nur bestehen, wenn es seine spezifischen Stärken optimal nutzt – sein Humankapital, die gute Ausbildung und Kreativität seiner Menschen“. Nachhaltiges Wachstum könne nur über Innovation, Forschung, Bildung, Ausbildung und Wissen erreicht werden. „Das sind die wahren Zukunftsthemen“. In diesem Zusammenhang verwies der Außenminister auf die Wirtschaftskrise und die damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen für die Politik: „Wir erleben derzeit die schlimmste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg“. Der Wohlstand in Europa sei zwar da, aber er vermehre sich nicht in die Breite. „Der Mittelstand wird kleiner. Da müssen wir gegensteuern“, so Spindelegger weiter.

Diese Krise müsse auch als Chance begriffen werden und das System hin zu einer menschlicheren Marktwirtschaft verändert werden. Hier liege eine Möglichkeit, aktiv an einem menschlicheren System zu arbeiten. Dabei verwies Spindelegger auf die Diskussion in Österreich und eventuelle Auswege wie etwa ein Zeitwertkonto oder die Mitarbeiterbeteiligung: „Zeitwertkonten sind eine innovative Maßnahme. Die angesparte Zeit aus geleisteten Überstunden ließe sich hier für Kinderbetreuung, Weiterbildung oder längeren Urlaub aufbrauchen. Nicht nur Manager, sondern alle Mitarbeiter in erfolgreichen Unternehmen sollen Boni bekommen. Die Beteiligung aller am Gewinn ist ein Gebot von Leistungsgerechtigkeit“, betonte Spindelegger.

Die Möglichkeit, durch Leistung aufzusteigen, sich selbst zu entfalten sei bislang Europas Markenzeichen gewesen, so der Außenminister ergänzend: „Das muß so bleiben. Die Möglichkeit, durch eine gute Ausbildung, Einsatz und Kreativität aufzusteigen und ein erfolgreiches Mitglied der Leistungsgesellschaft zu werden, ist für mich ein zentraler Bestandteil des Lebensmodells Europa.“

Kärntner Ortstafelfrage

Einen zentralen Stellenwert nehmen für den Außenminister die Beziehungen zu den Nachbarstaaten ein. Obwohl sich insbesondere durch den Fall des Eisernen Vorhangs enorme Chancen für Österreich aufgetan

hätten, müsse Österreich noch einige Hausaufgaben erledigen. „Eine exportorientierte Volkswirtschaft im Herzen Europas, wie es Österreich ist, ist auf eine stabile, prosperierende Nachbarschaft angewiesen. Auf offene Grenzen, auf Austausch und freundschaftliche Beziehungen zu allen unseren Partnern“. Als „unerledigte Hausaufgabe“ nannte Spindelegger die Ortstafelfrage. Österreich könne in Europa nur dann ein gewichtiger und glaubwürdiger Akteur sein, wenn es selbst seine internationalen Verpflichtungen einhalte: „Zu diesen Verpflichtungen gehört es, den Schutz von ethnischen Minderheiten ohne Vorurteile und Vorbehalte zu respektieren. Die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Schutzes slowenischer und kroatischer Minderheiten in Artikel 7 des Staatsvertrags von Wien ist in einem Punkt bis heute nicht ganz erfüllt, nämlich in der Frage zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten.“ Der Verfassungsgerichtshof sei seit Jahren mit Beschwerden von Einzelpersonen und Anträgen der Volksanwaltschaft befaßt, die Entscheidungen überraschen niemanden mehr. „Die Zeit ist längst reif für eine Lösung der Ortstafelfrage durch eine verfassungsgesetzliche Regelung“, hob der Außenminister hervor. „Im Jahr 2006 war man auf der Basis eines Vorschlages des damaligen Bundeskanzlers nahe daran“.

Dieser Vorschlag wäre ein guter Ausgangspunkt für eine neue Initiative: „Es stünde der Republik Österreich gut an, wenn am Nationalfeiertag des Jahres 2010, 55 Jahre nach dem Staatsvertrag, der Welt und den europäischen Nachbarn die Erledigung dieser Hausaufgabe vermeldet werden könnte“. Voraussetzung dafür sei freilich, daß der dafür zuständige Bundeskanzler bis zum Sommer einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten würde. „Es wird nicht reichen, die Verantwortung dafür allein auf Kärnten abzuwälzen. Aber auch in Kärnten sind die politisch Verantwortlichen aufgefordert, endlich Mut zu fassen und den Schritt ins 21. Jahrhundert zu wagen“, betonte der Außenminister.

Österreichs Rolle auf dem Balkan

In weiterer Folge ging Spindelegger näher auf den Balkan ein und unterstrich Österreichs führende Rolle als „Anwalt dieser Region“ und das Interesse Österreichs, die Länder des Westbalkans rasch in die EU zu führen. „Die Vorzeichen stehen gut, daß 2010 zum „Westbalkan-Jahr“ für die EU wird. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und der Deblockade der Verhand-

lungen mit Kroatien hat die EU die Hände frei und kann die Heranführung der Region wieder an die Spitze der EU-Agenda stellen“, so der Außenminister. Österreich werde seine Partner am Balkan auf ihrem Weg nach Europa jedenfalls auch weiter konsequent unterstützen. Dabei gab Spindelegger eine klare Vorstellung des Endziels aus seiner Sicht: „Meine Vision für Europa: Bis 2020 werden wir alle Westbalkanstaaten in die EU aufnehmen.“

Schwarzmeerinitiative

In weiterer Folge skizzierte Spindelegger Österreichs Zukunftschancen in zwei für Europa wesentlichen Regionen, den Donau- und den Schwarzmeerraum. So sei es etwa gelungen beim Europäischen Rat im Juni 2009 die Kommission zu beauftragen, bis Ende 2010 eine EU-Strategie für den Donauraum auszuarbeiten. „Der Grundstein für eine effizientere und besser koordinierte Donauraumpolitik ist damit gelegt. Der nun eingeleitete Prozeß wird gegen Jahresende 2010 in einem Vorschlag der Kommission münden“, so Spindelegger. Es sei ihm wichtig, daß Österreich auch die Perspektiven seiner Wirtschaft in den Ländern des Schwarzen Meeres zu einer Priorität mache. Deshalb sei die Union gefordert, sich mit den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres auseinanderzusetzen. „Die Region spielt auch eine immer wichtigere Rolle in unserer Energieversorgung. Die Gaskrisen der letzten Jahre haben die Frage nach unserer Versorgungssicherheit dramatisch unterstrichen“, so der Außenminister. Gerade in der sensiblen Schwarzmeer-Region müsse aber unser Engagement über das rein wirtschaftliche hinausgehen. „Der Schwarzmeerraum ist von Bedeutung für die nachhaltige Stabilität unseres gesamten Kontinents“. Es sei daher nur logisch, daß Österreich seine Präsenz in der Region weiter ausbaue. „Noch heuer werde ich eine neue österreichische Botschaft in Baku eröffnen“, so Spindelegger weiter.

Mut und Selbstvertrauen

„Gehen wir die österreichische Europa- und Außenpolitik für das 21. Jahrhundert mit Selbstvertrauen und Mut an. Wie kaum ein anderes Land hat Österreich aus der europäischen Einigung Nutzen gezogen – wirtschaftlich, politisch, kulturell, menschlich. Eine gewisse Skepsis bleibt. Aber vielleicht ist das Verhältnis der Österreicher zur EU ja Liebe auf den zweiten Blick“, so Außenminister Spindelegger abschließend. ■

Raumordner gestalten Zukunft der Kernregion Salzburg/Bayern

Politische Umsetzung der Vorschläge nach breiter Diskussion mit allen Beteiligten

Für die Bewältigung der wesentlichen Herausforderungen an die Raumordnungspolitik beim Zusammenwachsen des grenzüberschreitenden Ballungsraumes Salzburg – Bayern liegt nun ein Masterplan mit den Schwerpunkten Wohnen, Wirtschaft, Verkehr und Freiraum vor, der unter der Federführung des Österreichischen Instituts für Raumplanung von einer breiten Expertengruppe ausgearbeitet wurde. Bei der

Präsentation des ersten Entwurfs bei der zweiten Zukunftskonferenz für die Entwicklung der grenzüberschreitenden „Kernregion Salzburg“ am 21. Jänner im bayerischen Teisendorf erklärte Raumordnungs-Abteilungsleiter Hofrat Friedrich Mair, daß nun die grenzüberschreitende Diskussion über die Weiterentwicklung des salzburgisch-bayerischen Ballungsraumes um die Stadt Salzburg auf der Basis der Gutachter-Vorschläge intensiviert werde. Die Experten-

vorschläge müßten nun in einem Dialog gemeinsam mit Gemeinden, Interessenvertretungen, Fachvertretern und politischen Gruppierungen weiterentwickelt werden. Dazu werden BürgerInnen und Institutionen eingeladen, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen. Der Erstentwurf des Masterplans mit seinen Vorschlägen kann im Internet nachgelesen werden.

„Ich bedanke mich bei den Teilnehmern der Arbeitsgruppen, die an diesem Papier mitgearbeitet haben. Dabei wurden Grundlagen des Salzburger Regierungsprogramms 2009 bereits aufgegriffen. Dieser von Experten erstellte Entwurf dient als Grundlage für Gespräche mit den Menschen und Institutionen. Die Politik in Bayern und Salzburg wird die Vorschläge zu überprüfen haben, und die Interessen der Beteiligten müssen

gehört und beurteilt werden“, sagte Raumordnungsreferent Landesrat Walter Blachfellner in einer ersten Reaktion.

EuRegio-Präsident und Landrat Georg Grabner betonte in seiner Begrüßung: „Es stecken viele spannende Themen und Vorschläge im Expertenentwurf, z.B. auch im Verkehr und im Wirtschaftsbereich, die wir nun, auch politisch, in ihren grenzüberschreitenden Folgewirkungen gemeinsam

Der Masterplan enthält Aussagen über die Herausforderungen, Schwerpunktthemen und -projekte, die für das gemeinsame Oberzentrum, die Stadt Salzburg, sowie für 20 Salzburger und bayerische Gemeinden des Nahbereichs in den nächsten 20 Jahren zukunftsweisend sind. Um die positiven Auswirkungen des Masterplans für die Entwicklung der Gesamtregion deutlich zu machen, wird diesem ein Trendszenario vergleichend

gegenübergestellt. Dieses Trendszenario beschreibt, was geschehen würde, wenn die Politik die grenzüberschreitenden Herausforderungen nicht aufgreift und die weitere Entwicklung sich selbst überläßt.

Der Entwurf des Masterplans wurde von einer deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft erstellt. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht aus dem Österreichischen Institut für Raumplanung (ÖIR), der Österreichischen



diskutieren und schließlich darüber entscheiden müssen.“

Der Masterplan für die Kernregion Salzburg wird als EU-kofinanziertes INTERREG-Projekt im Auftrag des Landes Salzburg, der EuRegio, des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, der Stadt Salzburg, der Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein, des Regionalverbandes Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden sowie des Regionsbeauftragten für Südostoberbayern in der Regierung von Oberbayern erarbeitet, teilte Franz Dollinger, Fachreferent für grenzüberschreitende Raumplanung beim Land Salzburg, mit. In zahlreichen Workshops wurden viele Experten und Kommunalpolitiker der Region befragt, deren Anregungen diskutiert und geprüft.

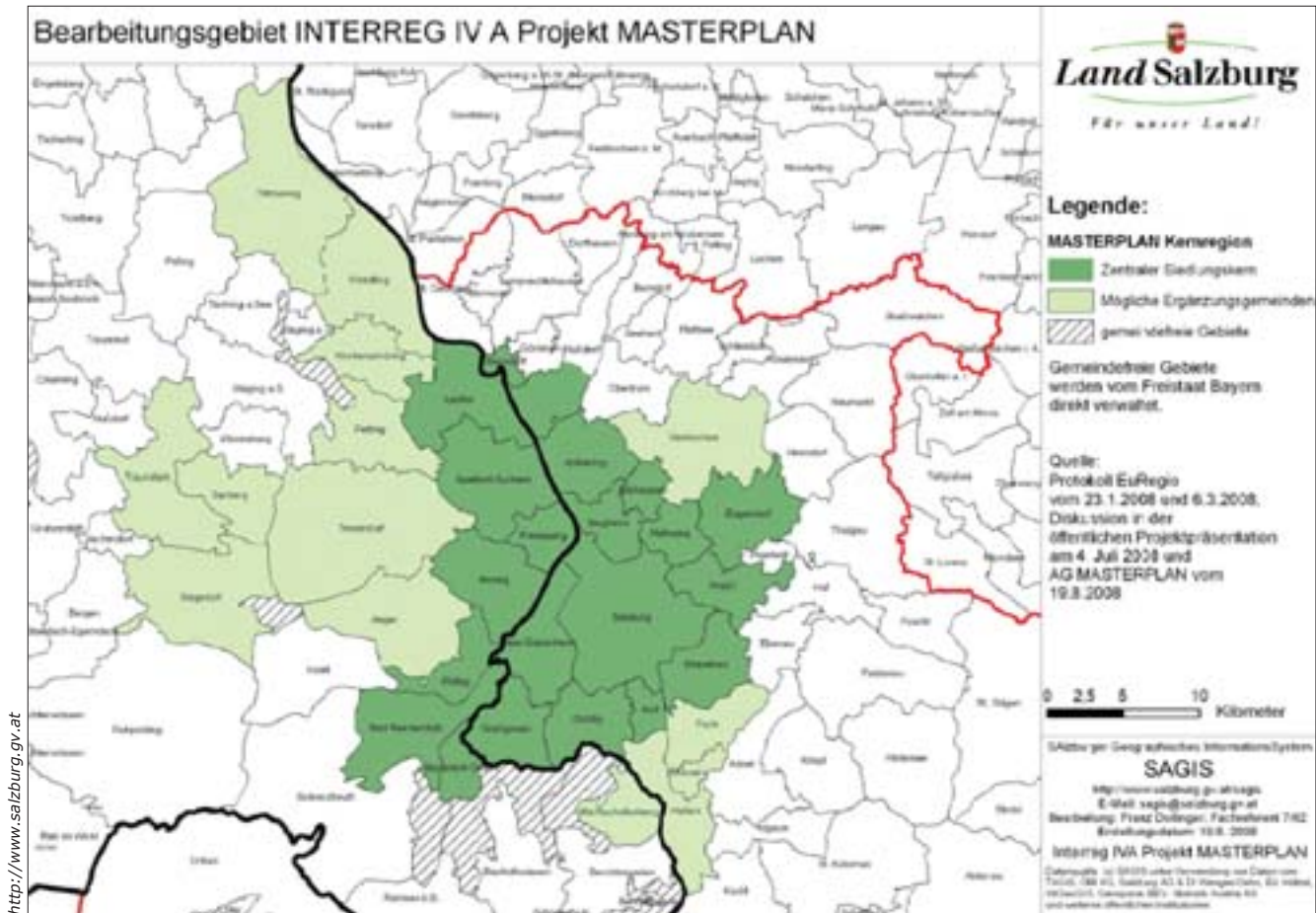
Arbeitsgemeinschaft für Regionalentwicklung (ÖAR), der Gesellschaft für Marktforschung und Regionalanalysen (ConM) in München, der Technischen Universität München, Lehrstuhl für Raumentwicklung und das Fachgebiet für Landschaftsarchitektur, sowie dem Consulting-Unternehmen Ernst Basler + Partner in Zürich. Zudem wurde eine projektbegleitende Steuerungsgruppe eingerichtet.

Die Inhalte des Masterplans im Detail

Beispiele für wesentliche Leitprojekte zur Umsetzung des Masterplans sind laut Christoph Schremmer vom ÖIR:

- Für den Bereich Wohnen wird von den Gutachtern die Steigerung der Wohnbauleistung in der Region, insbesondere in der Stadt Salzburg (auf insgesamt 20.000

Österreich, Europa und die Welt



Masterplan – kooperatives Raumkonzept für die Kernregion Salzburg: Bearbeitungsgebiet

Wohnungen in 20 Jahren) und hier besonders im Bereich des geförderten Mietwohnbaus vorgeschlagen. In der Stadt Salzburg soll dies zu einem wesentlichen Anteil durch Umstrukturierung von größeren schlecht genutzten Gewerbeflächen erreicht werden. Es muß der Bevölkerung erschwingliches Wohnen im Stadtbereich und an geeigneten Siedlungsschwerpunkten entlang der S-Bahn-Achsen ermöglicht werden, um den Verkehrskollaps zu verhindern.

- Im Bereich Wirtschaft wird die Entwicklung von Gewerbestandorten im Nahbereich des Flughafens, in Bergheim/Anthering, am Walserberg, in Piding sowie Freilassing/Saaldorf-Surheim vorgeschlagen. Der Aufbau einer länderübergreifenden Vermarktungs- und Standortagentur mit dem Ziel eines grenzüberschreitenden Flächenpools für Büro-, Gewerbe- und Industrieflächen sowie deren Entwicklung und Vermarktung werden empfohlen.
- Im Bereich Verkehr ist insbesondere die Errichtung einer Stadtregionalbahn Salzburg als Verlängerung der Salzburger

Lokalbahn vom Hauptbahnhof in die Alpenstraße ein wichtiger Vorschlag der Bearbeiter, der sich gut in ein EuRegionales Stadt-Bahn-System einbinden ließe. Die Bearbeiter schlagen eine großteils oberirdische Variante vor. Deren Vorteile wären deutlich niedrigere Errichtungs- und Betriebskosten sowie ein erheblich höheres Fahrgastpotenzial aufgrund der kürzeren Haltestellenabstände sowie verkürzter Stationszugangszeiten. Als begleitend notwendig erachten die Gutachter jedoch den Bau des Kapuzinerbergtunnels zur Verlagerung des Individualverkehrs von der Imbergstraße (keine Kapazitätserweiterung für den IV, aber wesentliche Verkehrsberuhigung im Stadtzentrum).

- Zur verkehrlichen Vernetzung im zentralen Bereich der Kernregion Salzburg erachten die Gutachter im Bereich Bergheim – Freilassing eine Salzachbrücke nur in Kombination mit dem Gitzentunnel und nach Realisierung des Autobahnanschlusses Hagenau als sinnvoll. Diese Brücke ist auch Voraussetzung, um eine weitere Entwicklung der vorgeschlagenen wirtschaftlichen Schwerpunkte in

den Standortbereichen Freilassing/Saaldorf/Surheim und Bergheim/Anthering zu ermöglichen. Parallel dazu wären Entlastungsmaßnahmen auf der Bundesstraße 20 Richtung Piding notwendig, um die dort zu erwartende Mehrbelastungen verträglich zu machen.

- Im Gemeindegebiet Laufen/Oberndorf wird von den Gutachtern eine zusätzliche Brückenverbindung zur Bewältigung der bestehenden örtlichen und teilregionalen Verkehrsprobleme, zur Entlastung der beiden Innenstädte (Feinstaub, Lärm etc.) und zur Unterstützung der Schwerpunktbildung Wohnen und Wirtschaft vorgeschlagen. Damit soll das Entstehen eines gemeinsamen Mittelzentrums nördlich der Stadt Salzburg als Pendant zu Hallein im Süden ermöglicht werden.
- Für den Bereich Freiraum werden von den Gutachtern Leitprojekte mit den Bezeichnungen „Landschaftsnaht Saalach-
aue“ und „Landschaftsnaht Salzach-
aue“ vorgeschlagen, mit denen Uferprojekte mit der Gestaltung von städtischen, vorstädtischen und ländlichen Uferbereichen mit Anbindung an die anliegenden Sied-

Österreich, Europa und die Welt

lungen verwirklicht werden sollen (z.B. Uferpromenaden, weitere Radwege, Freilegung von Sichtbeziehungen, Verbindungsstege für Fußgänger und Radfahrer). Die Idee des Salzburger Grüngürtels soll für die Region als Ganzes in angepaßter Weise weiterentwickelt werden.

Trends bis 2030

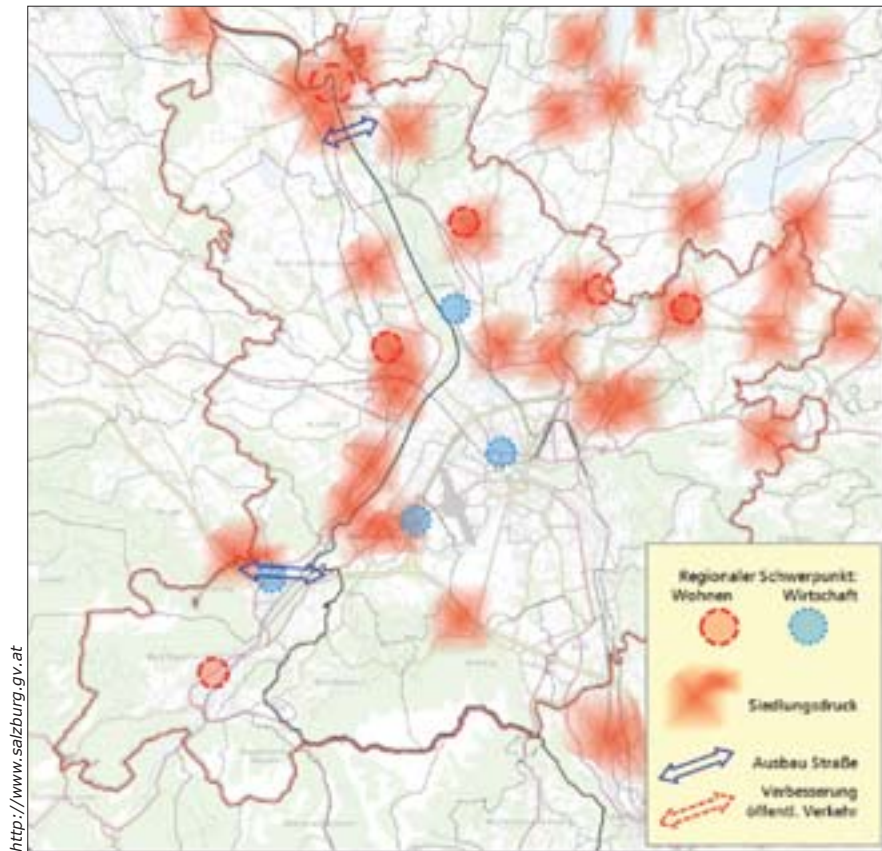
Das Trendszenario 2030 zeigt, daß die Kernregion Salzburg, die in Europa sehr attraktiv und dynamisch wachsend ist – auch bei einem positiven wirtschaftlichen Umfeld –, mit einer Häufung und Verstärkung von negativen Erscheinungen rechnen muß:

- Wohnen wird für immer mehr Menschen zu einem großen Kostenproblem, die Flächenknappheit und hohe Bodenpreise drängen Wohnungssuchende aus Kernbereichen weiter in Randlagen der Region oder darüber hinaus, es drohen soziale Belastungen und Spannungen;
- Verkehrsbelastungen nehmen flächendeckend zu, führen an neuralgischen Punkten regelmäßig zu Verzögerungen oder Blockierungen, die für BewohnerInnen belastend sind und mittelfristig auch die Wirtschaft beeinträchtigen;
- dadurch nehmen Umweltbelastungen weiter zu, vor allem Energieverbrauch, CO₂- und Feinstaubemissionen sowie Lärmbelastung;
- Wirtschaftlich wichtige Standortpotentiale können nicht genutzt werden, weil verkehrliche Engpässe dies verhindern und Standortverlagerungen sich häufen (u.a. Richtung OÖ);
- Landschaftsqualität wird durch Überbeanspruchung, Ausbreitung der Siedlungsentwicklung und Verkehr beeinträchtigt.

Gleichzeitig werden aber große Entwicklungspotentiale der Region nur unzureichend genutzt, insbesondere in der Stadt Salzburg. Der Masterplan zeigt nun einen Weg auf, wie das positive Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum in dieser attraktiven Region zukunftsweisend gestaltet und regionale Wachstumspotentiale gehoben werden können.

Es wird in dem Entwurf zum Masterplan vorgeschlagen, daß bis zum Jahr 2030

- für die ganze Region wichtige, hochrangige Potenzialflächen in der Stadt Salzburg entwickelt werden und damit Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum ermöglichen und dabei gleichzeitig zu Verkehrsverringerung und Entlastung vieler Gemeinden und der Landschaft beitragen;



Trendszenario für die Kernregion Salzburg

- Flächenangebote für geförderten (Miet-) Wohnungsbau aktiv geschaffen werden, erschwinglicher Wohnungsbau verstärkt in zentralen Lagen entsteht und in flexiblen Bauformen auf eine moderne Gesellschaft ausgerichtet wird;
- beim Verkehr durch ein attraktives, regionales ÖV-Angebot und die Ausrichtung der Bautätigkeit auf geeignete Standorte die Straße entlastet wird, andererseits aber einige strategische (Straßen-)Infrastrukturinvestitionen auch die wirtschaftliche Standortqualität verbessern;
- die wertvolle Landschaft neben der Entlastung vom Siedlungsdruck auch durch gezielte Entwicklungsmaßnahmen gepflegt und für BewohnerInnen und Gäste gut zugänglich gemacht wird.

Die Umsetzung des Masterplans erfordert Entscheidungen und Maßnahmen von Land, Landkreisen und Gemeinden, die im regionalen Interesse große, positive Wirkungen entfalten können, so Geschäftsführer Steffen Rubach von der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein. Die in dieser Region besonders komplexen Entscheidungs- und Umsetzungsabläufe sollten im Hinblick auf die geeigneten Perspektiven in

einem gemeinsamen verstärkten Dialog verbessert werden.

Es ist vorgesehen, den zweiten Entwurf und die näheren Ausführungen zum geplanten Vertiefungs- und Umsetzungsprozeß dann in einer dritten Zukunftskonferenz für die Kernregion Salzburg im Juni 2010 in Salzburg zu präsentieren. Der Masterplan soll ein kompaktes, konkretes und auf den langfristigen Erfolg ausgerichtetes Instrument sein, das von allen Beteiligten (Land Salzburg, Gemeinden, Landkreise, Ministerien und Regierung in Bayern) in ihrem eigenen Wirkungsbereich unterstützt werden sollte. Die Vorschläge sollten dann in die Fortschreibung der jeweiligen Regionalprogramme und örtlichen Entwicklungskonzepte einfließen. Dies liegt in der autonomen Verantwortung der zuständigen Entscheidungsträger, da der Masterplan selbst kein verbindliches Planungsinstrument ist.

Viele wesentliche Projekte, wie zum Beispiel Erschließung und Nutzung von potentiellen Top-Standorten in zentraler Lage der Stadt Salzburg für Wohnen, Büros, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, stehen nun somit zur Diskussion. ■

<http://www.salzburg.gv.at/rp2-masterplan>
<http://www.interreg-bayaut.net>

Vorarlberg neues Vorsitzland

Internationale Bodenseekonferenz: LH Herbert Sausgruber will die Jugend für den gemeinsamen Lebensraum sensibilisieren.

Mit 1. Jänner 2010 hat Vorarlberg für ein Jahr den Vorsitz in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) übernommen. Landeshauptmann Herbert Sausgruber als neuer Vorsitzender kündigt an, speziell in den Bereichen Jugend und Nachhaltigkeit Schwerpunkte setzen zu wollen. Daneben werden Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der Bodenseeregion sowie für Bildung und Ausbildung gesetzt. Auch die Themen Gesundheit, Kultur, Mobilität und Tourismus-Entwicklung will Vorarlberg vorantreiben. „Ziel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist es, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und weiter auszubauen“, erläutert Sausgruber das übergeordnete Bestreben des Zusammenschlusses.

1972 lediglich als Zweckverband zur Verbesserung der Wasserqualität am Bodensee und an weiteren Gewässern der Region ins Leben gerufen, umfaßt die Agenda der Internationalen Bodenseekonferenz inzwischen eine Vielzahl von wichtigen Politikfeldern. Grundlage für die heutige Zusammenarbeit ist das 2008 von den Regierungschefs unterzeichnete Leitbild der IBK für den Bodenseeraum. Zusammen mit dem dazugehörigen Maßnahmenkatalog bildet das Leitbild eine Orientierungshilfe und regelt die Arbeit der sieben IBK-Fachkommissionen, die laufend länderübergreifende Begegnungsprojekte anregen bzw. durchführen. „Solche Projekte sind ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Grenzen in der Region“, ist Landeshauptmann Sausgruber überzeugt.

Jugend und Nachhaltigkeit im Fokus

Unter der Vorsitzführung Vorarlbergs soll ein umfangreiches und vielfältiges Programm umgesetzt werden. Ziel dabei ist, das Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger für den gemeinsamen Lebensraum weiter zu stärken. Insbesondere jungen Menschen soll die Arbeit der Internationalen Bodenseekonferenz nähergebracht werden. „Die Jugend unseres Landes für die grenzüberschreitende und zukunftsorientierte Zusammenarbeit zu begeistern, ist für uns ein zentrales Anliegen“, macht Sausgruber deutlich. Immerhin sei die Kooperation im Rahmen der IBK auch ein Beitrag dazu, daß den Jugendlichen



Foto: VLK/Dietmar Mathis

Schon im Dezember 2009 reichte Regierungsrat Claudius Graf-Schelling (Kanton Thurgau) als symbolische Geste das Steuerrad der IBK an Landeshauptmann Herbert Sausgruber, den neuen IBK-Vorsitzenden, weiter.

einmal eine attraktive Region mit hoher Lebensqualität übergeben werden kann, in der sie gerne leben und mit der sie sich identifizieren, erklärt der Landeshauptmann. Von großer Bedeutung wird während dem Vorsitz Vorarlbergs auch das Miteinander der Generationen sein.

Internationale Bodenseekonferenz

Die 1972 gegründete IBK ist ein kooperativer Zusammenschluß der Regierungen an den Bodensee angrenzenden und mit ihm verbundenen Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell-Ausser rhoden, Appenzell-Innerrhoden, Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern. Im Kerngebiet der „Regio Bodensee“ wohnen auf rund 14.460 Quadratkilometern etwa 3,6 Millionen Menschen.

Gutes tun - und darüber reden

2010 verleiht die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) zum vierten Mal einen Preis für Gesundheitsförderung und Prävention. Er soll besonders innovative, nachhaltige und multiplizierbare Ideen der Gesundheitsförderung und Prävention aus dem IBK-

Gebiet würdigen. Interessierte können sich über <http://www.ibk-gesundheit.org> bewerben. Einsendeschluß ist der 12. März 2010.

„Die verstärkte Zusammenarbeit der IBK im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention kommt den Menschen in allen IBK-Mitgliedsländern und -kantonen gleichermaßen zugute“, lobt Roman Wüst, Generalsekretär beim St. Galler Gesundheitsdepartement, die Initiative. „Es geht darum, gute Ideen über die Grenzen bekannt zu machen und gleichzeitig neue Impulse anzuregen“, erläutert der Vorsitzende der IBK Kommission Gesundheit und Soziales weiter. Im günstigsten Fall würden die Wirkung und der Nutzen von regional gesetzten Maßnahmen vervielfacht, ergänzt Roman Wüst.

Der 4. Wettbewerb steht unter dem Motto „Gutes tun – und darüber reden“. Teilnahmeberechtigt sind Einzelpersonen und Organisationen wie Schulen, Gemeinden, Vereine und Betriebe, deren Projekte im IBK-Gebiet angesiedelt sind. Dazu gehören Vorarlberg, Baden-Württemberg, Bayern, das Fürstentum Liechtenstein sowie die Kantone Appenzell-Ausser rhoden, Appenzell-Innerrhoden, Thurgau Schaffhausen, St. Gallen und Zürich. ■

<http://www.bodenseekonferenz.org>

»Oberösterreich International«

LH Josef Pühringer: Netzwerk wächst weiter – Bereits mehr als 500 Botschafterinnen und Botschafter Oberösterreichs weltweit

Bereits mehr als 500 ehrenamtliche Botschafterinnen und Botschafter aus insgesamt 76 Ländern sind seit der Gründung des Netzwerkes „Oberösterreich International“ im März 2007 dem Netzwerk beigetreten. „500. Mitglied“ darf sich die gebürtige Traunerin Irene Forstner-Müller, Leiterin des Österreichischen Archäologischen Instituts der Zweigstelle in Kairo, nennen.

Das Netzwerk „Oberösterreich International“ wurde auf Initiative von Landeshauptmann Josef Pühringer im März 2007 mit dem Ziel gegründet, Oberösterreich international weiter zu vernetzen. Bis dato zählt das Netzwerk 510 Mitglieder aus 76 Ländern. Der Großteil der Mitglieder, nämlich 307, ist in dem Bereich Wirtschaft tätig, gefolgt von den Bereichen Wissenschaft, Verwaltung, Tourismus, Kultur, Entwicklungszusammenarbeit und Sport. Zwei Drittel der Mitglieder sind männlich. 313 der 510 oberösterreichischen Netzwerker sind in Europa tätig, 94 in Amerika, 72 in Asien, 20 in Afrika und elf in Australien.

Irene Forstner-Müller: „Ich finde es großartig, daß sich Oberösterreich hier weltweit vernetzt und austauscht“, so das neue Netzwerk-Mitglied.

Landeshauptmann Josef Pühringer will mit dem Netzwerk die Erfahrungen und die Kontakte der Auslandsöberrösterreicherinnen und -öberrösterreicher nutzen, um „den internationalen Stellenwert unseres Bundeslandes weiter zu steigern. Ihr Wissen wird im Netzwerk ‚Oberösterreich International‘ gebündelt“, so Pühringer.

Dies ist alleine im heurigen Jahr mehrmals gelungen: so konnte die „Zukunftsalianz Wirtschaft OÖ 2020“ bei einer Veranstaltung mittels Live-Video Konferenzen mit Mitgliedern des Netzwerkes diskutieren. Auch die Automotive 2009 wurde von einem Netzwerkmitglied, Heinz Hollerweger, Leiter des Gesamtfahrzeugbaus bei AUDI, mitgestaltet. Kooperationen entstanden auch zwischen US- und oberösterreichischen IT-Einrichtungen und Institutionen, unter anderem mit dem Softwarepark Hagenberg, durch den Kontakt von Gerhard Eschelbeck, Chief Technology Officer und Senior Vice President of Engineering in einem kalifornischen Unternehmen. Ein Treffen der Aus-

landsöberrösterreicherinnen und -öberrösterreicher fand zudem anlässlich des International Plastics Showcase in Chicago im Juni 2009 statt.

„Wie erfolgreich unsere Netzwerk-Mitglieder sind, zeigen auch die zahlreichen Auszeichnungen in diesem Jahr“, so Pühringer: Mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst wurde Friedrich Weingartner, Jesuitenpater in Taiwan, ausgezeichnet. Den Neptun Wasserpreis erhielt Entwicklungshelfer Hans Gnadlinger für sein Engagement zur Verbesserung der Trinkwassersituation in Brasilien. Die Kulturmedaille des Landes OÖ wurde an den israelischen Regisseur und Produzenten Micha Shagrir und das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich an den erfolgreichen Reeder Präsident Helmut Sohlen übergeben. Zudem erhielt Monika Mensah für das Entwicklungshilfeprojekt „Gesundheitseinrichtung in Ghana“ den „Eduard Ploier Preis 2009“.

Irene Forstner-Müller studierte an der Universität Wien Ägyptologie, klassische Archäologie und Feldarchäologie. Seit 1991 nimmt sie an den Grabungen des Österreichischen Archäologischen Instituts in Tell el-Daba/Ägypten teil. Nach ihrer Promotion und Dissertation „Die Gräber des Areals A/II

von Tell el-Daba“ im Jahr 2002, avancierte sie im selben Jahr zur stellvertretenden Leiterin der Zweigstelle Kairo und zur Ko-



Foto: privat

Irene Forstner-Müller

Grabungsleiterin der Grabungen in Tell el-Daba. Seit 2002 unterrichtet sie am Institut für Ägyptologie mit dem Schwerpunkt Ägyptische Feldarchäologie.

<http://www.oee-international.at>



Foto: Land OÖ/Dedl

Das Logo des Netzwerkes »Oberösterreich International«

Briefwahl neu

Gemeinsamer SP/VP-Antrag sichert bürgerfreundlichere Gestaltung und Portofreiheit – Wittmann: Briefwahl wird bei allen Bundeswahlen erleichtert – Molterer: Briefwahl wird optimiert und noch bürgerfreundlicher gestaltet

Zufrieden zeigte sich SPÖ-Verfassungssprecher und Ausschußvorsitzender Peter Wittmann über die Einigung hinsichtlich einer Vereinfachung der Briefwahl bei allen Bundeswahlen. „Es ist erfreulich, daß künftig alle Wahlen noch bürgerfreundlicher gestaltet sind. Umso unverständlicher, daß Teile der Opposition gegen diese Optimierung und Vereinfachung stimmen“, so Wittmann am 21. Jänner. Außerdem übernimmt künftig der Bund die Portokosten.

„Die Briefwahl wird optimiert und noch bürgerfreundlicher gestaltet“, erklärte ÖVP-Verfassungssprecher Wilhelm Molterer, der den entsprechenden Antrag der Regierungsparteien gemeinsam mit seinem SPÖ-Pendant Peter Wittmann initiiert hat.

Mit diesem Antrag werden vor allem Verbesserungen für die Durchführung der Briefwahl vorgenommen, wie sie bereits im letzten Jahr für die Europawahlordnung gegolten haben, allerdings nicht für alle anderen bundesweiten Wahlgesetze beschlossen wurden. Das betrifft vor allem die Angaben auf der Wahlkarte: Auf der Briefwahlkarte soll vom Wähler bzw. der Wählerin künftig statt der detaillierten Angaben zu Wahlort, Uhrzeit und Datum nur mehr die eidesstattliche Erklärung (= Unterschrift) abgegeben werden müssen, erläuterte Molterer.

Folgende weitere Punkte sind Inhalt des Antrages:

- Neugestaltung der Wahlkarte: Einführung eines Patentverschlusses, der den Bedenken des Datenschutzrates vollinhaltlich Rechnung trägt (verschiebbare Lasche);
- „Wahlkarten-Abo“ nicht nur für AuslandsösterreicherInnen, sondern auch für behinderte Menschen (Umsetzung einer Anregung der Volksanwaltschaft);
- obligate Bereitstellung der BewerberInnen-Listen sowohl im Weg der Wahlkarten, als auch durch Aushang vor den Wahllokalen (auch das ist die Umsetzung einer Anregung der Volksanwaltschaft);
- generelle Abschaffung von Kundmachungen in der Wiener Zeitung, statt dessen auf Amtstafeln und im Internet (das erspart durchschnittlich mindestens 17.500 Euro jährlich);
- Auswertung der Vorzugsstimmen auf der Ebene der örtlichen Wahlbehörden und nicht mehr auf Ebene der Bezirkswahlbehörden;
- Nicht-Auswertung von Wahlkarten des eigenen Regionalwahlkreises bei jenen Wahllokalen, die ausschließlich als Wahlkarten-Wahllokal fungieren, z.B. an einem Flughafen, um das Wahlgeheimnis zu wahren (Risiko einer zu geringen Stimmenanzahl);
- Klarstellungen und Bereinigungen betreffend die Wahlbehörden, insbesondere hinsichtlich der Frage der Beschlußfähigkeit von nicht vollständig besetzten Wahlbehörden und der Bestellung von Stellvertreter(inne)n des Wahlleiters bzw. der Wahlleiterin auf allen Wahlbehörden-ebenen;
- Klarstellung, daß der/die Zustellungsbevollmächtigte(r) eines Wahlvorschlages passiv wahlberechtigt sein muß. Das ist die Reparatur einer seit langem übersehenen Sicherheitslücke im Bundespräsidentenwahlgesetz 1971;
- Klarstellung, daß bei Nationalratswahlen auf Bundesparteilisten weder die Kandidatur für mehrere Parteien noch die Kandidatur für andere Parteien möglich ist, wenn ein Bewerber (eine Bewerberin) bereits auf einem Landeswahlvorschlag aufscheint;
- Schaffung einer Kollisionsnorm, die die Doppelkandidatur bei Europawahlen verhindert;
- Festlegung einer Deadline für die Beibringung von Erklärungen und Unterlagen durch nicht-österreichische UnionsbürgerInnen, die bei Europawahlen kandidieren wollen; Klarstellung, daß Bescheinigungen innerhalb bestimmter Frist nachgebracht werden dürfen;
- Klarstellung, daß dem Präsidenten des Europäischen Parlaments sämtliche Daten der gewählten und nicht gewählten BewerberInnen, also auch die Anschriften, bekanntzugeben sind (Unterschied zum veröffentlichten Wahlvorschlag, wo aufgrund gesetzlicher Vorgabe keine Anschriften enthalten sind).

„Vor allem die Änderungen betreffend die Briefwahl sind für die Wählerinnen und Wähler sicherlich eine Verbesserung und Erleichterung“, schloß der ÖVP-Verfassungssprecher.

„Die Daten des Wählers unter einer Lasche vor der Öffentlichkeit zu verbergen, ist zwar begrüßenswert, geht aber am eigentlichen Problem vorbei“, nahm der freiheitliche Verfassungssprecher, Harald Stefan, zur Tagesordnung des Verfassungsausschusses Stellung. In diesem Ausschuss solle unter anderen Punkten die Neugestaltung der Briefwahl derart beschlossen werden, daß die Daten des Wählers künftig unter einer Lasche verborgen wären, diese könne man dann zur Identitätsfeststellung so öffnen, daß der Verschluß der Wahlkarte nicht darunter leiden würde. Die Gefahr einer Schummelwahl, durch einen Wahlvorgang nach der eigentlichen Wahl wäre damit jedoch nicht behoben, womit Wahlbetrug nach wie vor Tür und Tor geöffnet wäre, so Stefan.

„Ein freies, gleiches, persönliches und allgemeines Wahlrecht ist damit nicht garantiert, und die Briefwahl weiterhin demokratiepolitisch mehr als bedenklich“, kritisiert Stefan weiter. Daran ändere auch die beibehaltene eidesstattliche Erklärung nichts. Um hier Abhilfe zu schaffen, wäre es zumindest notwendig, einen Posteingangsnachweis spätestens am Tag der Wahl zu verlangen. Bei einer Abgabe der Wahlkarte in einer österreichischen Vertretung im Ausland, z.B. in einer Botschaft, oder bei einem Militärkommando, solle ein Eingangsnachweis bis zum Tag vor der Wahl verlangt werden. Eine briefliche Zusendung aus dem Ausland müsse so aufgegeben werden, daß die Wahlkarte spätestens am Tag vor der Wahl bei der zuständigen Wahlbehörde einlange.

Innerhalb Österreichs solle ein Wahlvorgang dann gültig sein, wenn die Wahlkarte bis zum Wahltag bei der Wahlbehörde einträte, sonntags eventuell per Botendienst.

„Solange die demokratische Unbedenklichkeit bei der Briefwahl nicht gegeben ist, wird sich die FPÖ auch nicht damit abfinden, und weiterhin gegen die Briefwahl auftreten“, versichert Harald Stefan abschließend. ■

Neue EU-Regelungen über die Sozialversicherung ...

... von Personen, die in mehreren Ländern beschäftigt sind.

Das neue Jahr bringt Änderungen für jene Personen, die auch in einem EU-Mitgliedsstaat, EWR-Staat oder der Schweiz erwerbstätig sind oder waren bzw. auf die aus anderen Gründen die Freizügigkeitsrechte der EG anzuwenden sind. Ab 1. Mai 2010 werden nämlich, wie der Generaldirektor-Stellvertreter des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, Christoph Klein, ausführt, die derzeit anzuwendenden Verordnungen (EWG) Nr.1408/71 und Nr. 574/72 durch neue Verordnungen ersetzt, die sowohl für die Betroffenen als auch für die Finanzen der österreichischen Sozialversicherung sowie für die mit zwischenstaatlichen Verfahren beauftragten Einrichtungen (Sozialversicherungsträger und andere) bedeutende Verbesserungen zur Folge haben werden.

So können GrenzgängerInnen künftig auch als PensionistInnen leichter eine Krankenbehandlung im ehemaligen Beschäftigungsstaat in Anspruch nehmen. Z.B. ein Pensionist, der in seiner aktiven Zeit zur Arbeit nach Deutschland gependelt ist, kann derzeit ohne spezielle Bewilligung ab Pensionsantritt nicht mehr den Arzt in Deutschland aufsuchen, bei dem er jahrelang in Behandlung war. Auf Grund der neuen Rechtslage kann erstens eine begonnene Behandlung – auch bei einer chronischen Erkrankung – weiter fortgesetzt werden; zweitens kann der Pensionist, wenn er mindestens zwei der letzten fünf Jahre vor Pensionsantritt als Grenzgänger in Deutschland beschäftigt war, generell bei seinem bisherigen Arzt bleiben. Damit wird eine langjährige Forderung der Grenzgängerverbände erfüllt.

Eine weitere Errungenschaft der neuen Verordnungen ist die Festlegung, daß die Verfahrensabwicklung zwischen den betroffenen Ländern zukünftig nicht mehr in Papierform, sondern im Wege eines elektronischen Datenaustausches erfolgen wird. Der elektronische Datenaustausch, der bis 1. Mai 2012 vollständig die Tonnen von Papierformularen ersetzen soll, die derzeit zwischen den Sozialversicherungsträgern und anderen Institutionen der Mitgliedsländer zirkulieren, wird zu einer wesentlichen Beschleunigung der zwischenstaatlichen

Verfahren in den grenzüberschreitenden Versicherungsfällen beitragen und nicht nur für die Versicherten, sondern u.a. auch für die österreichischen Sozialversicherungsträger große Vorteile bringen. So werden z.B. Pensionsverfahren für Menschen, denen auch Leistungen aus anderen Ländern, in denen das EG-Recht anzuwenden ist, gebühren, wesentlich schneller abgewickelt werden können – die Betroffenen werden daher



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

rascher als bisher ihre österreichische Pension und die ausländischen Renten erhalten.

In die neuen Verordnungen wurden weiters Regelungen über eine Beschleunigung der Erstattungsverfahren zwischen den Trägern sowie die Verrechnung von Zinsen bei Nichteinhaltung der vorgegebenen Fristen aufgenommen. Das Problem jahrelanger Verzögerungen bei der Überweisung der in erster Linie von den österreichischen Spitalerhaltern vorfinanzierten Behandlungskosten für die in Österreich behandelten ausländischen Touristen durch einzelne Mitgliedsstaaten, das in der Vergangenheit immer wieder auch zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt hat, wird dadurch ganz wesentlich entschärft werden.

Zu erwähnen ist schließlich noch ein Punkt, der zu einer gerechteren Verteilung

der Beitragsaufbringung in der Krankenversicherung der Pensionisten und zu einer dringend notwendigen finanziellen Entlastung der Krankenversicherungsträger beiträgt: Derzeit haben PensionistInnen, die ihr ganzes Berufsleben in Österreich gearbeitet haben, von ihrer vollen Pension die Krankenversicherungsbeiträge zu leisten. Hat ein in Österreich krankenversicherter Pensionist hingegen nur wenige Berufsjahre in Österreich verbracht (z.B. die Zeit seiner Lehr- ausbildung in einem Handwerksberuf) und dann Jahrzehnte bei guter Bezahlung im Ausland gearbeitet, beträgt seine österreichische Pension dementsprechend nur wenige Euro, während an ausländischer Leistung 2.000 Euro und mehr gebühren. Dieser Pensionist bezahlt derzeit nur einen lächerlich geringen Krankenversicherungsbeitrag, nämlich auf der Grundlage der winzigen österreichischen Pension, und lacht damit all jene Pensionisten aus, die „brav“ von ihrer österreichischen Vollpension ihren Beitrag zu leisten haben. Die neuen Verordnungen ermöglichen demgegenüber künftig auch die Einhebung der Krankenversicherungsbeiträge von den ausländischen Leistungen; die technische Umsetzung dieser für die Finanzen der Krankenversicherung wesentlichen Maßnahme muß nun in Angriff genommen werden.

Die Sozialversicherung garantiert unabhängig von Alter, Einkommen, sozialer Herkunft und Bildung hochwertige Gesundheitsversorgung und eine sichere Pensionsvorsorge. Aktuell sind rund 8,2 Millionen Menschen anspruchsberechtigt (Versicherte und mitversicherte Angehörige). Der Behandlungsanspruch aus der Krankenversicherung wird beim Arzt durch das e-card-System angezeigt: Die e-card als Schlüsselkarte enthält keine medizinischen Daten, ermöglicht dem Arzt aber die Überprüfung des Versicherungsstatus eines Patienten bzw. einer Patientin und die Nutzung weiterer Services. Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ist das organisatorische Dach über der solidarischen Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung Österreichs. ■

<http://www.hauptverband.at>

Steuern, Bürokratie und Filme

Zwei Tage lang hat die Südtiroler Landesregierung in Ulten getagt, um die wichtigsten anstehenden Themen im Detail zu beraten.



Zwei Tage lang hat sich die Landesregierung nach Ulten zurückgezogen. Rechts im Bild: Landeshauptmann Luis Durnwalder.

Am 8. Jänner haben Südtirols Landeshauptmann und LH-Stellvertreter die wichtigsten Entscheidungen im Rahmen der Klausur bekannt gegeben. Die Palette reicht von der Entbürokratisierung über die neue Finanzregelung, die Schulreform und die Energie bis hin zu Südtirol als Film-Location.

Zwei sehr intensive Arbeitstage habe die Landesregierung hinter sich, betonte Landeshauptmann Luis Durnwalder bei der Vorstellung der wichtigsten Entscheidungen mit den beiden Landeshauptmann-Stellvertretern Hans Berger und Christian Tommasini. Man habe sich in Ulten sehr eingehend mit dem Arbeitsprogramm im Jahr 2010 und den wichtigsten anstehenden Problemen und Initiativen auseinandergesetzt.

Positives Zeugnis für die Landesregierung

Durnwalder hat zunächst die Daten einer Umfrage vorgelegt, die der Landesregierung

im Rahmen der Klausurtagung in Ulten vorgestellt worden sind. Die Umfrage zeigt, daß Herr und Frau Südtiroler glauben, die Wirtschaftskrise hinter sich zu haben. „Im April waren noch acht Prozent der Befragten der Meinung, es gehe in der Wirtschaft wieder aufwärts, zu Jahresende waren es bereits 56 Prozent“, so der Landeshauptmann.

Zufrieden ist die Bevölkerung – immer den Ergebnissen der Umfrage nach zu schließen – auch mit dem Beitrag der Landesregierung zur Überwindung der Krise bzw. zur Abfederung von deren Folgen. Waren im Frühjahr noch rund ein Drittel der Befragten der Meinung, die Landesregierung habe ausreichende Maßnahmen gesetzt, um der Krise zu begegnen, waren es nun rund die Hälfte, die der Landesregierung eine positive Note gegeben haben.

„Die Umfrageergebnisse zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind und die Bevölkerung wieder optimistischer in die Zukunft blickt“, so Durnwalder heute.

Finanzregelung: Steuern, Kompetenzen, Förderungen

Thema der Klausurtagung war auch die neue Finanzregelung, die mit Rom ausgehandelt worden ist. „Dies nicht zuletzt, weil nun eine Reihe offener Fragen zu klären ist“, so Landeshauptmann Luis Durnwalder, der auf einzusetzende Kommissionen, zu treffende Abkommen und auszuhandelnde Verträge verwiesen hat.

Erster Punkt, der in Ulten von der Landesregierung eingehend diskutiert worden ist, war jener der Steuern, nachdem die neue Finanzregelung dem Land größere Freiheiten bei der Gestaltung der Steuern einräumt. „Wann immer der Staat den Regionen einen Zuschlag auf bestimmte Steuern innerhalb eines klar festgelegten Rahmens zugesteht, können wir diesen Zuschlag künftig auch unter die vom Staat festgelegte Mindestgrenze senken“, so der Landeshauptmann.

Während man den Landeszuschlag bei der IRAP bereits auf Null gesenkt habe, gehe

Aus Südtirol

es nun um die Entscheidung, den Zuschlag auf die Einkommenssteuer IRPEF unter die bisher erlaubten 0,6 Prozent zu drücken. „Würden wir den IRPEF-Zuschlag auf Null senken, würden uns Einnahmen in Höhe von rund 62 Millionen Euro fehlen“, so der Landeshauptmann. Diese Mindereinnahmen könnten nur kompensiert werden, wenn die Bereitschaft bestehe, auf der anderen Seite auf bestimmte Förderungen zu verzichten. „Dies gilt es nun mit allen Beteiligten zu diskutieren“, so Durnwalder.

Diskutiert hat die Landesregierung zudem, wie man mit dem mit Rom ausgehandelten Rahmen von 100 Millionen Euro umgehe, innerhalb dessen das Land neue Kompetenzen an sich ziehen könne. „40 Millionen Euro gehen an die angrenzenden Gemeinden, mit dem Rest könnten wir aber die lokale RAI finanzieren, eventuell die Postverteilung übernehmen oder Uni und Konservatorium gänzlich finanzieren.“

Im Raum stehe auch die Übernahme von Bauarbeiten für den Staat. „Konkret geht es um den Neubau des Bozner Gefängnisses“, so Durnwalder. Dieser würde rund 70 Millionen Euro kosten. Es gehe nun darum, mit dem Staat einen Modus der Finanzierung auszuhandeln. „Wir denken an einen Tausch mit dem alten Gefängnis, das rund 20 Millionen Euro wert ist und das wir übernehmen würden, sowie an eine Finanzierung der restlichen rund 50 Millionen Euro in zwei oder drei Jahresraten“, erklärte Durnwalder.

Bürokratieabbau: Kommt die "DIA"?

Eine ganze Menge an Vorschlägen zum Bürokratieabbau hatte die Landesregierung in Ulten zu diskutieren. Um Ordnung ins Chaos zu bringen, sollen die Vorschläge nun innerhalb von 60 Tagen von den zuständigen Abteilungsdirektoren geordnet und danach noch einmal der Landesregierung vorgelegt werden.

Im Zuge der Diskussion rund um den Bürokratieabbau sei allerdings auch ein – wie Durnwalder es ausdrückte – „revolutionärer Vorschlag“ geboren worden. So prüft die Landesregierung nun, ob die Bau-Gesetzgebung dadurch neu gefaßt werden könnte, daß künftig nur noch eine Baubeginnmeldung („denuncia inizio attività“, kurz: DIA) gemacht werden müßte.

Der Iter wäre demnach folgender: Zunächst sind es die Gemeinden, die die Durchführungspläne für ihre Zonen im Detail ausarbeiten und darin bereits den Rahmen für jegliche Bautätigkeit vorgeben. Will ein Privater nun auf einer solchen

Fläche bauen, muß er sich an diesen Rahmen halten, allerdings nur einen Plan bei der Gemeinde einreichen und ihr gleichzeitig mit Hilfe der DIA den Baubeginn melden. Stoppt die Gemeinde den Baubeginn innerhalb von 30 Tagen nicht, gilt er als genehmigt. „Während des Baus und nach der Fertigstellung wird kontrolliert, ob alle Richtlinien des Durchführungsplans eingehalten worden sind, vor Baubeginn braucht es aber keine weiteren Genehmigungen“, so der Landeshauptmann.

Der Vorschlag der Einführung der DIA muß nun allerdings mit den direkt Betroffenen, in erster Linie also den Gemeinden diskutiert werden. „Sollte sie eingeführt werden, wäre dies aber ein konkreter Schritt in Richtung einer bürokratischen Entlastung“, so Durnwalder.

Energie: Wasserkraft, KlimaHaus, Autarkie

Das bereits vor wenigen Wochen von Landesrat Michl Laimer eingebrachte und grundsätzlich beschlossene Klimapakete der Landesregierung wurde in Ulten noch einmal in den Details besprochen. Bestätigt wurde dabei die Ausrichtung, bereits Mitte des Jahres auf strengere KlimaHaus-Standards für Neubauten zu setzen. „Ab Juni sollen alle Neubauten nur mehr das Energie-Äquivalent von fünf anstatt der bisherigen sieben Liter Heizöl pro Quadratmeter und Jahr verbrauchen“, so Durnwalder. Im Jahr 2015 soll diese Schwelle noch einmal gesenkt werden, und zwar auf drei Liter.

Bestätigt wurden auch die Ziele, nur CO₂-neutrale Events in Südtirol zuzulassen, für neue Hotels ab Juni den KlimaHaus-Standard B vorzuschreiben und den Energieverbrauch der Landesverwaltung zu senken. Letzteres soll einmal durch das Anbringen von Photovoltaikanlagen auf den landeseigenen Dachflächen erreicht werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt wird noch in diesem Jahr auf dem Dach des Landhauses am Bozner Boden gestartet. Zudem strebt man die Ausschreibung eines Energiemanagement-Konzepts an, das dem Land eine Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent bringen soll.

Übergeordnetes Ziel der Landesregierung bleibt, Südtirol in Sachen Energie bis 2020 zur Autarkie zu führen. Das heißt nichts anderes, als daß der gesamte Energieverbrauch (ohne Verkehr) über heimische alternative Quellen gedeckt werden soll. „Wir setzen dabei auf die Wasserkraft, aber auch auf Fernheizwerke, Biogas, Sonne oder Wind“,

so Durnwalder, der auch zwei neue Stoßrichtungen nannte. Zum einen soll verstärkt Erdwärme genutzt werden (entsprechende Vorschläge liegen bereits vor) und auch die Pumpspeicherkraftwerke (ähnlich dem auf dem Ritten geplanten) sind nicht vom Tisch.

In Sachen Energie hat Durnwalder heute auch noch einmal zu den Diskussionen rund um die Stromkonzessionen Stellung genommen. „Ich verstehe die Kritik nicht, haben wir doch seit Jahrzehnten nichts anderes versucht, als den Strom wieder in Südtiroler Hand zu bekommen“, so der Landeshauptmann. Dies sei nun gelungen und man werde auch die Gemeinden und die Bevölkerung an diesem Kapital beteiligen. So denke man an die Ausgabe von Volksaktien oder festverzinslichen Obligationen, die jedermann ankaufen könne.

„Wir dürfen auch nicht vergessen, daß im Zusammenhang mit den vergebenen Stromkonzessionen in den nächsten 30 Jahren 330 Millionen Euro an Umweltinvestitionen in unser Land fließen“, so Durnwalder. Allein für die drei Gemeinden Ulten, St. Pankraz und Lana seien dies nicht weniger als 90 Millionen Euro. „Das sind Investitionen von einer Million Euro pro Gemeinde und Jahr“, so der Landeshauptmann.

Darüberhinaus erinnerte Durnwalder daran, daß die Landesenergiegesellschaft SEL bereits die günstigsten Tarife (mit Ausnahme der Genossenschaften) ihr Eigen nenne. „Wir wollen nun prüfen, ob eine Ausdehnung der Sparpakete für Familien auch auf benachteiligte Schichten oder auf die Senioren möglich ist“, so der Landeshauptmann.

Was schließlich die Stromverteilung betreffe, verhandle man noch mit dem Energieriesen Enel. „Wenn wir zu einem Abschluß kommen, sind wir bereit, die Verteilung den Gemeinden zu überlassen“, so Durnwalder.

Durchführungsbestimmungen voranbringen

Druck will die Landesregierung in Rom ausüben, um einige überfällige Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut voranzubringen, allen voran jene Bestimmung, die den Zweisprachigkeitsnachweis neu regeln soll. „Ein Text ist bereits ausformuliert, liegt derzeit aber noch im römischen Ministerratspräsidium auf Eis“, so der Landeshauptmann. Zu klären seien in diesem Zusammenhang allerdings noch zwei offene Fragen. Zum einen stellt sich die Frage, wie mit den Ladinern verfahren werden soll, die bereits eine zwei- bzw. dreisprachige Schule besuchen, zum anderen jene nach der Be-

Aus Südtirol

handlung der Absolventen der Gesundheits-Fachhochschulen.

Ausständig sei zudem auch eine Neuregelung jener Bestimmung, die den Mülltransport in Privatfahrzeugen verbietet. „Heute müßte jeder Friseur, der eine Spraydose zum Recyclinghof bringen möchte, eine eigene Firma anheuern.“ Hier erwägt die Landesregierung allerdings auch, eine eigene Regelung über die Bestimmungen zum Gütertransport einzuführen.

Klärungen, so waren sich Landeshauptmann und Landesräte in Ulten einig, bedürfe es auch im Zusammenhang mit den Kontrollen der staatlichen Organe, vor allem im Hygienesektor. Und auch die Regelung, die die Abgabe von Gratisstrom von Seiten des Staates an das Land vorsieht, müsse überarbeitet werden. „Die Rahmenbedingungen haben sich mit der Liberalisierung des Strommarkts komplett geändert, weshalb eine Anpassung gefunden werden muß“, so Durnwalder.

Oberschulreform ab dem Schuljahr 2011/12

Die Oberschulen in Südtirol sollen im Zuge der staatlichen Reform neu geordnet werden. „Auch wenn die staatlichen Dekrete zur Reform noch ausstehen, bereiten wir uns vor, die Reform auf unsere Verhältnisse anzupassen und im Schuljahr 2011/12 zu starten“, so Landeshauptmann Luis Durnwalder. Betroffen seien nicht zuletzt die Lehranstalten und Berufsschulen für die eine größere Durchlässigkeit angestrebt werde.

Einwanderungsgesetz: Leitlinien stehen

Auch über das neue Landesgesetz zur Einwanderung hat die Landesregierung in Ulten diskutiert. Die Leitlinien des Entwurfs stünden nun, müssten allerdings noch formuliert und im Detail festgeschrieben werden, erklärte Durnwalder.

Im Entwurf werde geregelt, wie die Kontingente festgelegt würden, wie der Spracherwerb gefördert werden könne, wie die gesundheitliche Betreuung oder die Zuweisung von Wohnungen geregelt werden und wie die Schulen auf die Herausforderung Zuwanderung antworten sollen. Auch die Familienzusammenführung ist Gegenstand des Gesetzentwurfs. „Und schließlich wollen wir verstärkt auch die heimische Bevölkerung in den Arbeitsmarkt einbinden, etwa indem wir strengere Regeln für die Vermittlung von Arbeitslosen festlegen.“

Der Entwurf wird nun in den nächsten vier bis fünf Wochen Stück für Stück in der

Landesregierung behandelt, bevor der endgültige Text an den Landtag weitergeleitet wird.

Skipistengesetz: Entwurf genehmigt

Der von Alpinlandesrat Hans Berger ausgearbeitete Entwurf eines neuen Skipistengesetzes war ebenfalls Gegenstand der Klausur der Landesregierung. Im Entwurf, der mit den Nachbarregionen abgestimmt worden ist, werden die Pistenregeln ebenso festgeschrieben, wie die Prozedur zur Ausweisung neuer Pisten, die damit zusammenhängenden Enteignungen oder die anfallenden Strafen.

Euregio als europäische Kulturhauptstadt?

Auf den Tisch gebracht wurde bei der Klausur der Landesregierung auch der Vorschlag, die Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino solle sich im Jahr 2019 als europäische Kulturhauptstadt bewerben. „Die Tendenz geht immer mehr dahin, keine Hauptstädte mehr zu benennen, sondern ganze Regionen und wir würden als Grenzregion und als dreisprachiges Gebiet die besten Voraussetzungen mitbringen“, ist Landeshauptmann Luis Durnwalder überzeugt. Der Vorschlag sei allerdings erst aufgeworfen worden und müsse in jedem Fall mit den Partnern in Trient und Innsbruck diskutiert werden.

Im Zusammenhang mit Europa wies der Landeshauptmann zudem darauf hin, daß eine Neubesetzung der Spitze der Europaabteilung des Landes anstehe und künftig auch einige neue Programmpunkte aufgegriffen werden sollten.

Krise: Anstrengungen für Familien und Wirtschaft

Um die Folgen der Wirtschaftskrise weiter abzufedern, setzt die Landesregierung nicht nur auf die Stützung der Wirtschaft, sondern auch auf die Unterstützung der Familien. So soll etwa die Zahl der Kinderhortplätze bis 2015 um 800 angehoben werden. Zudem soll der Finanztransfer an die Familien besser organisiert werden. „Anstatt wie bisher mit Staat, Region und Land gleich drei Ansprechpartner zu haben, soll künftig die Zahlung aller Sozialmaßnahmen und -leistungen im Zusammenhang mit der Krise vom Fürsorgeinstitut Inps abgewickelt werden“, so der Landeshauptmann.

Durnwalder betonte zudem, daß die 2009 gesetzten Sondermaßnahmen in Sachen Krise auch 2010 weitergeführt werden sollen. So soll es weiterhin den außerordent-

lichen Lohnausgleich bzw. die Aufstockung des Arbeitslosengeldes geben. Zudem wirke auch die Aufstockung des Rotationsfonds, die stärkere Exportförderung, die Förderung von Ansiedlung und Wissenstransfer nach. 2010 soll darüber hinaus darauf hingearbeitet werden, die fünf existierenden Bürgerschafts-Genossenschaften zu einer einzigen zusammenzulegen. „Das Land steht dann mit sechs Millionen Euro an Risikokapital bereit“, so Durnwalder.

In Verhandlungen stehe man zudem mit der Europäischen Investitionsbank. Bei dieser will das Land eine Bürgschaft über Kapital in Höhe von 200 Millionen Euro übernehmen. Dieses soll über die Banken heimischen Firmen zur Verfügung gestellt werden. „Dies, um die Liquidität der Unternehmen zu sichern“, so Durnwalder, der darüber hinaus auf die Bedeutung der Zusammenarbeit von Kleinbetrieben verwies. „Damit diese konkurrenzfähig bleiben, müssen sie Partnerschaften anstreben, die wir fördern.“

Südtirol als Film-Location: Terence Hill wird Waldmensch

Südtirol könnte zum Set einer italienischen TV-Serie werden. „Ein entsprechender Vorschlag ist von einer Produktionsfirma an uns herangetragen worden“, so der Landeshauptmann. Die römische „Luxvide“ wolle demnach in Südtirol die Serie „L'uomo dei boschi“ drehen, in der neben Terence Hill der Wald, die Landschaft, die Natur die Hauptrolle spielen soll. Das Projekt wäre ein erster Schritt hin zur Bewerbung Südtirols als Film-Location.

Mobilität: Investitionen und Tarif-Reform

Schließlich hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Klausur auch über die Zukunft der Mobilität in Südtirol beraten. Auf den Tisch kam nicht nur das im Zusammenhang mit der Vollendung des Südtirol-Takts notwendige Investitionsprogramm (Bahnhöfe, Haltestellen, Riggertal-Schleife) in Höhe von rund hundert Millionen Euro, sondern auch eine mögliche Tarif-Reform. „Derzeit sind die Tickets der öffentlichen Verkehrsmittel in Südtirol derart billig, daß oft sogar deren Bearbeitung teurer ist als deren Preis“, so Landeshauptmann Luis Durnwalder. So sei es möglich, für einen Euro von Innichen nach Bozen zu fahren. „Auf lange Sicht sind so niedrige Preise nicht zu halten, weshalb wir uns mit allen Beteiligten zusammensetzen werden, um ein neues Tarifsysteem zu erarbeiten“, so Durnwalder abschließend. ■

<http://www.provinz.bz.it>

Frauen, Frieden und Sicherheit

EU und NATO fördern gemeinsam friedens- und sicherheitsstiftende Rolle von Frauen

Die Vizepräsidentin der Kommission Margot Wallström und der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen waren am 27. Jänner Gastgeber einer in den Räumlichkeiten der Europäischen Kommission veranstalteten hochrangigen Konferenz zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“, an der die spanische Erste Vizeregierungspräsidentin María Teresa Fernández de la Vega, die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright sowie Vertreter der Zivilgesellschaft, des Militärs, hochrangige politische Entscheidungsträger und weitere Beobachter teilnahmen. Tenor der Konferenz war, daß alle Operationen unter der Leitung der EU und der NATO mit den UN-Resolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Einklang stehen und durch geeignete Mechanismen für allgemeine und berufliche Bildung, Überwachung und Bewertung unterstützt werden müssen.

„Ich begrüße ausdrücklich die verstärkte Zusammenarbeit mit der NATO im Themenbereich Frauen, Frieden und Sicherheit sowie unsere gemeinsame Verpflichtung zur konsequenteren Durchsetzung des geltenden internationalen Rechts. Nur wenn wir zusammenarbeiten – international, regional und mit den Vertretern der Zivilgesellschaft – werden wir in der Lage sein, die Marginalisierung der Frauen zu bekämpfen, die eine echte Bedrohung für die globale Sicherheit darstellt“, erklärte Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission.

„Nach meiner Auffassung stellt die Sicherheit der Frauen den aussagekräftigsten Indikator für die Sicherheitslage einer Nation dar. Solange wir den Frauen weltweit nicht mehr Rechte und mehr Verantwortung geben, werden wir unsere außenpolitischen Ziele nicht bzw. nicht dauerhaft verwirklichen können. Mit den UN-Bestimmungen verfügen wir über einen soliden Rechtsrahmen für die Bekämpfung der geschlechtsbezogenen Gewalt – nun ist es an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen“, sagte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström.

Die spanische Erste Vizeregierungspräsidentin María Teresa Fernández de la Vega stellte heraus: „Viele Kämpfe in den Konfliktzonen werden ohne Waffen ausge-



Foto: European Union, 2010

Cpt. Linda Johansson, Madeleine Albright, María Teresa Fernández de la Vega, Anders Fogh Rasmussen und Margot Wallström (v.l.)

tragen. Bei diesen Kämpfen stehen Frauen häufig an vorderster Front, indem sie versuchen, menschenwürdige Lebensbedingungen für die Haushalte und Gemeinschaften sicherzustellen. Eines der Ziele des spanischen EU-Ratsvorsitzes ist die Förderung der Rolle der Frauen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Friedenssicherung.“

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärte: „Wir müssen die Rolle der Frauen stärken und der Viktimisierung von Frauen entgegenreten, wenn wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Bereich Sicherheit bewältigen wollen. Und dies ist nicht nur eine Aufgabe der NATO, sondern eine Herausforderung, der sich die Allianz, die Europäische Union und die Vertreter der Zivilgesellschaft gemeinsam stellen müssen. Der auf der heutigen Konferenz deutlich gewordene gemeinsame Ansatz stimmt mich hoffnungsvoll, was diese Aufgaben angeht.“

Die zusammen mit der Security and Defence Agenda als Informationsveranstaltung im Vorfeld des 10. Jahrestages der Verabschiedung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates über Frauen, Frieden und Sicherheit veranstaltete Konferenz zählte etwa 500 Teilnehmer. Im Rahmen der Konferenz fand ein Meinungsaustausch zwi-

schen den Rednern und den Teilnehmern im Saal zu folgenden Themen statt: konsequente Strafverfolgung, Stärkung der Frauenrolle und Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften. Die Diskussionsteilnehmer waren übereinstimmend der Meinung, daß den internationalen Akteuren wie der NATO, der EU und der UN bei der umfassenden Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in ihren Maßnahmen eine wichtige Rolle zukommt.

Im Hinblick auf die für Oktober 2010 geplante UN-Revisionskonferenz auf Ministersebene zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit stellten die Konferenzteilnehmer abschließend fest, daß es stärkerer Bemühungen der internationalen Gemeinschaft bedarf, um die vollständige Umsetzung der UN-Resolution 1325 und der daraus abgeleiteten Rechtsvorschriften zu gewährleisten. Dazu gehören konsequentere Maßnahmen zum Schutz von Frauen in Konfliktzonen und zur Stärkung der Rolle der Frauen bei friedenssichernden Maßnahmen und Friedenskonsolidierungsprozessen: eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern auf Posten der höheren Führungsebene, ein verstärkter Einsatz von Gleichstellungsberatern bei Missionen und Operationen sowie die Förderung von Maßnahmen der Zivilgesellschaft in diesen Bereichen. ■

Erholung in Österreichs Industrie gefestigt

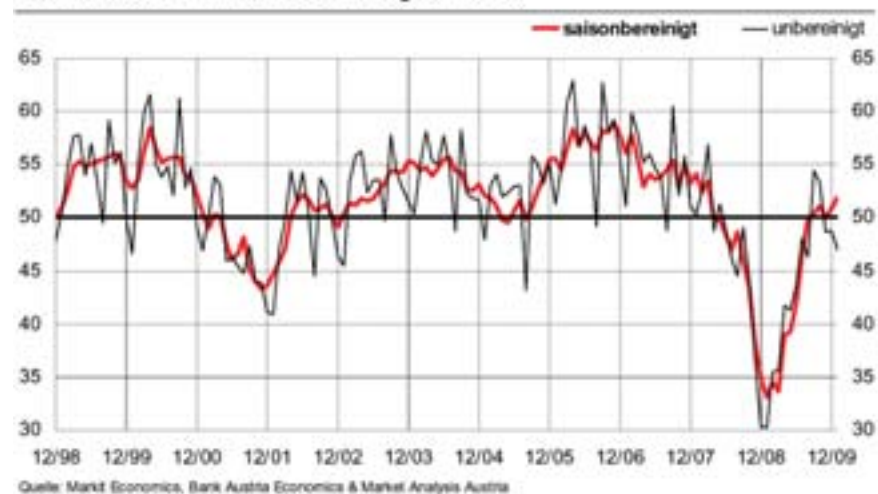
Bank Austria EinkaufsManagerIndex steigt im Jänner auf höchsten Wert seit 22 Monaten – Produktionsausweitung dank höherer Auftragseingänge

Der Bank Austria EinkaufsManagerIndex (EMI) stieg im Jänner von 50,8 auf 51,8 Punkte. „Die österreichische Industrie präsentiert sich zu Jahresbeginn wieder etwas stärker. Die Erholung im Sektor kommt Schritt für Schritt voran“, meint der Chefvolkswirt der Bank Austria, Stefan Bruckbauer. Seit einem halben Jahr pendelt der Indikator um die Wachstumsgrenze von 50 Punkten. Der dritte Anstieg in Folge auf den höchsten Wert seit März 2008 bestätigt, daß sich der bislang schlingernde Aufwärtstrend der heimischen Industrie mehr und mehr festigt. Die Aussichten auf einen stabilen Wachstumstrend in den kommenden Monaten verbessern sich.

Erstmals seit mehr als zwei Jahren haben sich im Jänner alle Komponenten des EinkaufsManagerIndex tendenziell verbessert. Das Wachstum der Auftragseingänge hat sogar kräftig zugelegt. Während der Anstieg des Neugeschäfts bislang von der Nachfrage aus dem Ausland dominiert war, stützten im Jänner auch die heimischen Abnehmer stark den positiven Trend. „Die Geschäfte gehen wieder besser, denn die derzeit räumlich recht ausgeglichene Nachfrage nach österreichischen Industrieprodukten zieht robust an“, meint Bruckbauer. Der Index für die gesamten Auftragseingänge liegt aktuell mit 53,2 wieder über dem Vergleichswert der vergangenen beiden Monate und zeigt mittlerweile den siebenten Monat in Folge einen Zuwachs. Da nun auch die Auftragsbücher voller geworden sind, wurden im Jänner stillgelegte Produktionskapazitäten wieder in Betrieb genommen bzw. die Auslastung erhöht. Die Industrieunternehmen haben die Produktion wieder stärker erhöht. Der Index für die Produktionsleistung stieg von 52,8 im Dezember auf 54,5 im Jänner. Damit ist der Output so stark gestiegen, wie seit März 2008 nicht mehr.

Die weltweite Erholung der Industrie verteuert die Rohstoffe. Insbesondere durch den Preisauftrieb von Energie hat sich der Anstieg der Einkaufspreise im Jänner nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch beschleunigt. Aufgrund des starken Wettbewerbsdrucks mußten dagegen die Verkaufspreise

Bank Austria EinkaufsManagerIndex



stärker gesenkt werden als im Vormonat. „Die aktuellen Preistrends belasten die Unternehmen in einer noch verhaltenen Aufschwungsphase. Der Druck zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ist daher weiter gegeben, der Jobabbau wird noch fortgesetzt“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Allerdings hat sich das Tempo des Beschäftigungsabbaus im Sektor im Jänner abermals eingebremst. Die Trendwende ist aber erst in einigen Monaten zu erwarten.

Die österreichischen Industrieunternehmen spüren zum Jahresbeginn 2010 wieder etwas stärkeren Rückenwind. Der aktuelle Anstieg des EinkaufsManagerIndex, insbesondere das nun schon seit acht Monaten günstige Verhältnis zwischen dem Index für das Neugeschäft und jenem für die Lagerbestände, das sich stets als guter Indikator für die Industriekonjunktur erwiesen hat, stützt die Einschätzung der Bank Austria Ökonomen, daß die Industrie nun auf einen stabileren Wachstumspfad einschwenkt. „Nach dem scharfen Einbruch um rund 13 Prozent im vergangenen Jahr erwarten wir für 2010 wieder einen Anstieg der Industrieproduktion in Österreich um 4 Prozent“, so Pudschedl.

„Die günstigsten Aussichten verlorenes Terrain wieder aufzuholen und 2010 ein Industriewachstum über dem Österreichdurchschnitt zu erreichen, haben jene Bun-

desländer, die strukturell breiter aufgestellt sind und international sehr wettbewerbsfähig sind“, sagt Bruckbauer. „Dazu zählen nach unserer Einschätzung insbesondere Oberösterreich und Vorarlberg.“ Die Industrieentwicklung war bereits im vergangenen Jahr regional sehr unterschiedlich. Die Steiermark hat aufgrund der Schwierigkeiten der Fahrzeug- und der Metallindustrie einen Rückgang bei der Herstellung von Waren um 20 Prozent hinnehmen müssen. Auch Salzburg, bedingt u.a. durch Neustrukturierungen in der Zellstoffindustrie, und Kärnten haben 2009 stärkere Einbußen als Gesamtösterreich erlitten. Die niederösterreichische und die Tiroler Industrie haben im Vorjahr durchschnittlich abgeschnitten, während überraschend die Industrieschwergewichte Oberösterreich und Vorarlberg ein etwas günstigeres Ergebnis eingefahren haben. Wien und Burgenland blieben zwar von der globalen Nachfrageschwäche nicht verschont, die starke Ausrichtung auf die Herstellung konsumorientierter Güter begrenzte den Einbruch im vergangenen Jahr zumindest auf einstellige Prozentwerte.

Anmerkung: Werte des EMI über 50,0 weisen auf ein Wachstum gegenüber dem Vormonat hin, Notierungen unter 50,0 signalisieren einen Rückgang. Je weiter die Werte von 50,0 entfernt sind, desto größer sind die Wachstums- bzw. Schrumpfungstendenzen. ■

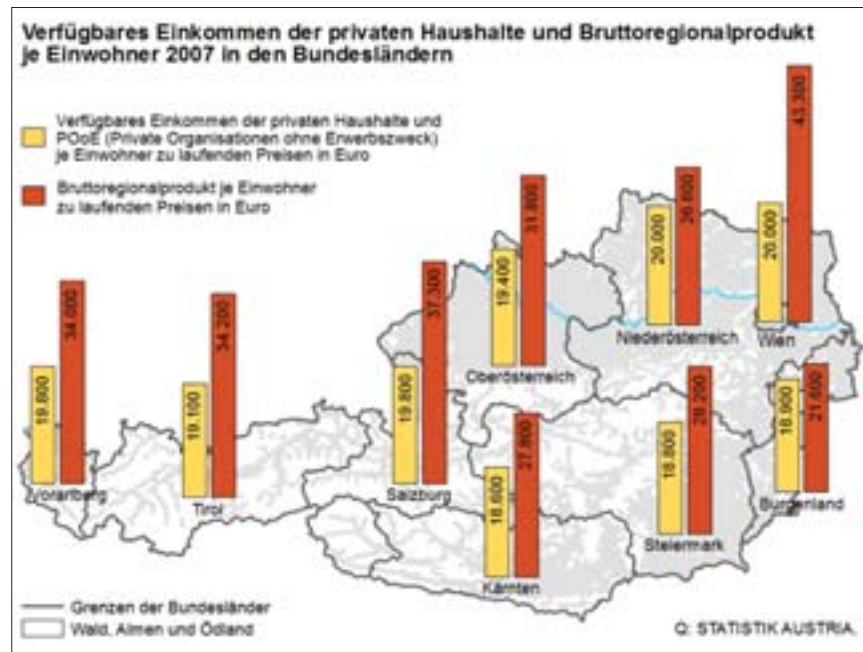
Wirtschaftsleistung der Regionen Österreichs 2007

Wien und Landeshauptstadt-Regionen beim regionalen BIP pro Kopf nach wie vor an der Spitze

Wien liegt, gemessen am BIP pro Kopf (regionales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, nominell), mit einem Wert von 43.300 Euro im Jahr 2007 nach wie vor an der Spitze. Danach folgen die Regionen Linz-Wels (41.900 Euro), Salzburg und Umgebung (40.900 Euro), das Wiener Umland-Südteil (38.700 Euro) und an fünfter Stelle die Region Graz mit 37.900 Euro. Wie aus den Berechnungen der Statistik Austria zu den NUTS 3-Regionen Österreichs weiters hervorgeht, gehören die Gebiete in den nördlichen und südöstlichen Randlagen Österreichs zu den Regionen mit den niedrigsten BIP-pro-Kopf-Werten. Die niedrigsten Werte weisen die nördlichen Regionen Weinviertel mit 16.500 Euro und Mühlviertel mit 18.100 Euro auf. Die südöstlichen Regionen, die an Ungarn bzw. Slowenien grenzen, weisen BIP-pro-Kopf-Werte zwischen 19.100 Euro (Südburgenland) und 21.300 Euro (West- und Südsteiermark, Oststeiermark) auf. Der Österreichwert lag im Jahr 2007 bei einem BIP von 32.600 Euro je Einwohner (Tab. 1).

Generell ist, abgesehen von den Landeshauptstadt-Regionen und Wien, ein West-Ost-Gefälle zu erkennen (s. Kartogramm). Nur zehn der 35 NUTS 3-Regionen lagen über dem Österreichwert, die übrigen 25 Regionen darunter. Unter den zehn Regionen mit dem höchsten Bruttoregionalprodukt sind noch das Außerfern, die Region Innsbruck, das Tiroler Unterland und die beiden Vorarlberger Regionen Bludenz-Bregenzer Wald und Rheintal-Bodenseegebiet zu finden.

Betrachtet man die Entwicklung des BRP je Einwohner im Beobachtungszeitraum 1995-2007, fällt auf, daß der Abstand von Wien zur zweitstärksten Region (Linz-Wels) deutlich kleiner geworden ist. Dies liegt nicht nur an einer knapp überdurchschnittlichen Entwicklung des regionalen BIP in Linz-Wels und einer etwas unter dem Österreichschnitt verlaufenden Entwicklung des regionalen BIP in Wien, sondern insbesondere auch an der Entwicklung der Wohnbevölkerung, die sich in Wien überdurchschnittlich entwickelte, in Linz-Wels dage-



gen unterdurchschnittlich. Die schwächste Region, das Weinviertel, konnte dagegen trotz eines Rückgangs der Wohnbevölkerung aufgrund seiner schwachen wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufholen.

Die mit Abstand größte Wirtschaftsleistung der NUTS 3-Regionen – gemessen in absoluten Zahlen – hat Wien mit einem regionalen BIP von 72,3 Mrd. Euro im Jahr 2007, das entspricht einem Anteil von 26,7% am Österreichwert von rd. 270,8 Mrd. Euro. Das zweitgrößte Bruttoregionalprodukt erwirtschaftet die Region Linz-Wels mit 22,8 Mrd. Euro und kommt damit auf einen Anteil von 8,4% des gesamtösterreichischen BIP, Graz erreicht mit einem regionalen BIP von 14,7 Mrd. Euro 5,4%; danach folgen Salzburg und Umgebung (14 Mrd. Euro, Anteil 5,2%) und Wiener Umland Südteil (12 Mrd. Euro, 4,4% Anteil). Die bevölkerungsärmsten Regionen Lungau, Mittelburgenland und Außerfern erreichen jeweils weniger als 0,5% des österreichischen BIP.

Regionales BIP und Hauptaggregate

Im Rahmen der Regionalen Gesamtrechnungen werden für die 35 österreichischen

NUTS 3-Regionen gemäß ESVG-Lieferprogramm folgende Aggregate errechnet: nominelle Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen, Erwerbstätige und Arbeitnehmer (Beschäftigungsverhältnisse). Zusätzlich werden Berechnungen zum Bruttoregionalprodukt (BRP = regionales BIP) sowie zum BRP je Einwohner zur Verfügung gestellt.

Die Aggregate Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen und Arbeitnehmer wurden bis zum Berichtsjahr 2005 zurückrevidiert. Bei der Betrachtung der BRP-je-Einwohner-Daten ist zu beachten, daß die Werte für die Wohnbevölkerung bis zum Berichtsjahr 2001 zurückrevidiert wurden. Da die Selbständigen auf nationaler Ebene bis zum Jahr 1995 revidiert wurden, kam es bei den Erwerbstätigen auf regionaler Ebene zu entsprechenden Anpassungen der gesamten Zeitreihe (1995-2007). Die regionalen Daten sind konsistent mit den VGR-Hauptaggregaten zum Stand Juli 2009.

Die Publikation durch Statistik Austria erfolgt wie bisher in der Gliederung nach „Wirtschaftssektoren“ A3 (A-B, C-F, G-P der ÖNACE 2003).

<http://www.statistik.at>

Vermögensaufbau privater Haushalte

Verlangsamt durch geringere Sparneigung – Geldvermögensbildung und Finanzierung im dritten Quartal 2009

Die Spartätigkeit der privaten Haushalte kühlte sich im dritten Quartal 2009 gegenüber den ersten Quartalen des Jahres etwas ab. Diese Entwicklung wurde von einem leicht gestiegenen Konsumverhalten begleitet. Hand in Hand mit der geringeren Ersparnisbildung veranlagten private Haushalte weniger in Finanzanlagen. Im dritten Quartal 2009 betrug der Vermögensaufbau 2,3 Mrd. Euro. In den ersten neun Monaten 2009 machten die Finanzinvestitionen 10,7 Mrd. Euro aus. Das Geldvermögen aller privater Haushalte hatte Ende September 2009 einen Marktwert von 436,6 Mrd. Euro. Private Kreditnehmer verschuldeten sich im dritten Quartal 2009 mit 0,8 Mrd. Euro, nachdem in der ersten Jahreshälfte netto Kredite getilgt worden waren. Der Schuldenstand der privaten Haushalte belief sich am Ende des dritten Quartals auf 145,5 Mrd. Euro.

Private Haushalte investierten im dritten Quartal 2009 2,3 Mrd. Euro in Finanzanlagen. Das entspricht rund einem halben Prozent ihres Geldvermögens zur Jahresmitte 2009. Die Veranlagungstätigkeit im dritten Quartal 2009 fand im Umfeld niedriger Leitzinsen statt, die auch auf die Interbankzinssätze und auf die Bankenzinssätze im Kundenneugeschäft wirkten. Die internationalen Aktienmärkte zeigten seit dem zweiten Quartal 2009 Kursanstiege, die auch die aktuellen Bewertungen der Portefeuilles privater Wertpapierbesitzer positiv beeinflussten.

Die Sparquote sank im dritten Quartal 2009 auf Jahresbasis auf 11,2%¹⁾. Die reduzierte Sparneigung erfolgte vor dem Hintergrund einer geringen Inflation (HVPI September 2009: 0,0%), und einer gegenüber 2008 steigenden Arbeitslosenquote (September 2009: 5,5% nach EU-Konzept). Die Sparneigung ist ein Indikator für die Höhe der Geldvermögensbildung.

Private Haushalte bevorzugten im dritten Quartal 2009 bei der Wahl des Finanzierungsinstrumentes täglich fällige Einlagen, die um 3,2 Mrd. Euro stiegen und zum Teil aus Umschichtungen von gebundenen Gut-

haben gebildet wurden. Per saldo machte die Erhöhung der Einlagen 1,2 Mrd. Euro bzw. rund die Hälfte der gesamten Geldvermögensbildung aus. Diese liquiditätsorientierte Veranlagung dürfte einerseits vor dem Hintergrund der Unsicherheit auf den Kapitalmärkten und andererseits aufgrund des Wunsches nach schneller Verfügbarkeit getroffen worden sein.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die Ansprüche aus Lebensversicherungen erhöhten sich um 0,5 Mrd. Euro bzw. jene aus Pensionskassen um 0,2 Mrd. Euro und stellten somit die zweite wichtige Veranlagungskategorie im dritten Quartal 2009 dar. Neben der langfristigen (Alters-)Vorsorge spielt überdies das Ansparen in Lebensversicherungen als Tilgungsträger für endfällige Kredite eine Rolle in diesem Segment des Vermögensaufbaus.

Handelbare Wertpapiere²⁾ konnten erstmals seit drei Quartalen wieder – wenn auch nur im Umfang von netto rund 100 Mio Euro – an private Haushalte abgesetzt werden. Privatanleger kauften vor allem Bankanleihen sowie Investmentzertifikate. Trotz einer weiteren Belebung der Aktienmärkte durch steigende Kurse und zaghafter Neuemissionen kauften Privatanleger per saldo keine Aktien.

Ungeachtet geringer Investitionen in Wertpapiere stieg der Marktwert der Wertpapierportefeuilles im dritten Quartal 2009 weiter an. Dies ist auf Bewertungsgewinne in Höhe von 5,2 Mrd. Euro zurückzuführen, die vor allem aus Kurssteigerungen von Aktien bzw. Aktienfonds resultieren. Der aktuelle Marktwert aller handelbaren Wertpapiere belief sich Ende September 2009 auf 86,7 Mrd. Euro bzw. 20% des gesamten Finanzvermögens und entspricht damit wieder etwa dem Wert vom September 2008.

Das gesamte Finanzvermögen³⁾ der österreichischen Privatanleger erreichte zum Ultimo September 2009 einen Wert von rund 436,6 Mrd. Euro – ein Plus von 4,3% gegenüber dem Ultimo Dezember 2008.

Die Neuverschuldung privater Haushalte lag im dritten Quartal 2009 bei 0,8 Mrd. Euro und zeigt damit gegenüber der ersten Jahreshälfte 2009 eine leichte Belebung. Die Kreditausweitung erfolgte vor dem Hintergrund weiterhin sinkender Zinsen im Neugeschäft bzw. einer leichten Lockerung der Kreditrichtlinien für Wohnbaufinanzierungen der Banken. Rund die Hälfte der netto neu aufgenommenen Kredite entfiel im dritten Quartal 2009 auf Wohnbaukredite.

Private Kreditnehmer hatten zum Ultimo September 2009 Schulden in Höhe von 145,5 Mrd. Euro, davon rund zwei Drittel Wohnbaukredite.

Die Nettovermögensposition⁴⁾ erhöhte sich von 272,8 Mrd. Euro zum Jahresende 2008 um knapp 7% auf 291,1 Mrd. Euro Ende September 2009.

Weitere statistische Informationen unter: <http://statistik.oenb.at>

¹⁾ Die Statistik Austria publiziert die Sparquote auf Basis der Summenwerte über die letzten vier Quartale. Im Jahr 2008 betrug die Sparquote 12%.

²⁾ Verzinliche Wertpapiere, Bundesschatzscheine, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate.

³⁾ Bargeld, Einlagen, verzinliche Wertpapiere, Aktien und sonstige Beteiligungen, Investmentzertifikate, Ansprüche gegenüber Versicherungen, Pensionskassen und betrieblichen Vorsorgekassen sowie sonstige finanzielle Aktiva aber kein Liegenschaftsbesitz.

⁴⁾ Geldvermögen (Finanzvermögen) abzüglich aushaftender Schulden.

Gemeinsam für einen starken Standort

IV Wien und Stadt Wien: Neues Standortabkommen legt Schwerpunkte der Zusammenarbeit fest

Foto: RK / Harri Mannsberger



IV und Stadt: Gemeinsam für einen starken Standort – Georg Kapsch, Vbgmin Renate Brauner und Bgm Michael Häupl (v.l.)

Mit dem nunmehr dritten Standortabkommen wird die erfolgreiche Zusammenarbeit von Stadt Wien und Industriellenvereinigung (IV) Wien fortgesetzt. Ziel ist es, gemeinsam optimale Rahmenbedingungen zu schaffen und zusammen mit allen Verantwortungsträgern Maßnahmen zugunsten des Industrie-, Technologie- und Arbeitsstandortes zu initiieren und umzusetzen. Schwerpunkte dabei sind die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung, Migration und Integration sowie Infrastruktur. Die erfolgreiche Bilanz der bisherigen Zusammenarbeit und die Eckpunkte der neuen Vereinbarung präsentierten Wiens Bürgermeister Michael Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, der Präsident der IV Wien, Georg Kapsch, und Johannes Höhrhan-Hochmiller, Geschäftsführer der IV Wien, am 26. Jänner.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen alle Kräfte im Interesse des Standortes Wien zusammenarbeiten. Stadt Wien und IV Wien tun das. Nicht in Form von reinen Lippenbekenntnissen sondern mit klar definierten und im nunmehr dritten Standortabkommen festgeschriebenen gemeinsamen Maßnahmen und Zielen. Den Erfolg dieser Zusammenarbeit beweist die positive Bilanz der bisher gemeinsam umgesetzten Projekte“, so Brauner.

„Einiges haben wir in den letzten Jahren bereits erreicht, vieles gibt es aber mit einem umfassenden Ansatz noch zu tun“, ergänzt Kapsch. „Das Thema Bildung ist dabei besonders grundlegend. Damit Wien dem Bildungsanspruch einer modernen Gesellschaft weiter gerecht wird brauchen wir ein Maßnahmenbündel. Denn intellektuelles Kapital wird immer zentraler für die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsstandorten. Migration und Integration sind jetzt und in Zukunft absolute Schlüsselthemen, vor allem für Metropolregionen. Wir wollen Wien hier als europäisches Vorbild etablieren. Denn aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Stadt den Wohlstand ohne geregelte Zuwanderung nicht halten können.“

Schwerpunkt Bildung: Vom Kindergarten über die Lehre bis zur Uni

Die Bildung einer Gesellschaft, die alle Talente unabhängig von Geschlecht, Herkunft und sozialer Lage fördert, ist die beste Basis für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zur Stärkung des Bildungsbereiches treten Stadt Wien und IV Wien für die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres, den verstärkten Einsatz von LehrerInnen mit Migrationshintergrund in Volksschulen mit einem hohen An-

teil an ZuwandererInnen sowie den Ausbau der Modellversuche der Neuen Wiener Mittelschule ein. Der Fokus auf Sprachen – vor allem auf Englisch – soll in den Wiener Schulen verstärkt und weitere Internationale Schulen in Wien angesiedelt werden. Weiteres gemeinsames Ziel ist die stetige Verbesserung der Lehrstellensituation. Beispielsweise soll mit einem Modellprojekt während der Sommerferien der Übertritt in Lehrberufe attraktiver und effizienter gestaltet werden. Damit Wiens Hochschulen für die Zukunft wettbewerbsfähig bleiben, setzen sich Stadt Wien und IV Wien darüber hinaus für eine Weiterentwicklung von Forschung und Lehre ein. Konkret bedarf es einer Gesamtstrategie für den österreichischen Hochschulsektor und neuen Wegen in der Hochschulfinanzierung.

Schwerpunkt Innovation: Wissen verstärkt wirtschaftlich nutzbar machen

Die Wiener Universitäten und Fachhochschulen haben derzeit mehr als 120.000 Studierende. Hinzu kommen 200.000 SchülerInnen. Wien verfügt damit über ein außerordentliches Wissens- und Know-how-Potenzial. Diesen Wettbewerbsvorteil gilt es zukünftig noch stärker zu nutzen und die Ansiedelung einer wissensbasierten Industrie zu fördern. Forciert werden soll insbe-

Wirtschaft

sondere die Zusammenarbeit von Forschung und Unternehmen um die anwendungsorientierte Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte und Leistungen zu erhöhen. Wiener Unternehmen sollen künftig noch stärker bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer Pilotprojekte gefördert werden. Angepeilt werden auch Kooperationsmodelle der wissenschaftlichen Einrichtungen in Wien mit dem Institute of Science and Technology – Austria (I.S.T. Austria) in Klosterneuburg.

Schwerpunkt Infrastruktur: Grenzen überwinden, Clusterbildung forcieren

Das vorhandene Angebot an Infrastruktur bestimmt maßgeblich die Attraktivität eines Standortes. Stadt Wien und Industrie definieren im gemeinsamen Abkommen folgende notwendigen Maßnahmen in diesem Bereich: Ausbau und Fertigstellung des hochrangigen Straßennetzes um und in Wien, Etablierung der Region als europäischer Logistik-Hub, Ausbau der IKT-Infrastruktur sowie die Revision des ÖPNRV-Gesetzes. Ebenso forciert wird die Entwicklung der Stadterweiterungsgebiete „Seestadt Aspern“ und Hauptbahnhof Wien unter Einbindung der Entwicklungszonen Erdberger Mais, Aspengründe und Arsenal. Zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der „Twin City“ Region Wien-Bratislava soll der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene) zwischen den beiden Städten beispielsweise durch den Einsatz von PPP-Modellen beschleunigt werden. Synergieeffekte zwischen den beiden Flughäfen sollen gesteigert und die Schifffahrt ausgebaut werden. Auch die weitere Prüfung der Option einer Verlängerung des russischen Breitspurbahnnetzes bis nach Wien mit dem Ziel der Anbindung an die Logistikzentren in der Twin City Region ist in der gemeinsamen Erklärung festgeschrieben.

Schwerpunkt Migration und Integration: Wien als europäisches Vorbild

Wien gehört international zu den attraktivsten Standorten. Wirtschaft und Arbeitsmarkt profitieren enorm von der Vielfalt und der Internationalität der Menschen in dieser Stadt. Die Nutzung dieser Standortvorteile kann aber nur dann gelingen, wenn eine intelligente Zuwanderungspolitik dem Wirtschaftsstandort überhaupt erst die Möglichkeit gibt, diese Attraktivität im globalen Wettbewerb zu verwerten. Um sowohl auf die Erfordernisse von Arbeitsmarkt und Wirtschaft, als auch auf die demografische



Foto: RK / schreinerkaster

So könnte es in Zukunft in der »Seestadt Aspern« aussehen.

Entwicklung rechtzeitig und effizient reagieren zu können, ist in Österreich eine Neudefinition der Zuwanderungspolitik hin zu einer qualifizierten Immigration notwendig. Industrie und Stadt Wien treten daher ge-

auch Handlungsempfehlungen an den Bund erarbeiten. Stadt und IV Wien setzten sich darüber hinaus dafür ein, daß Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des sozialen Aufstiegs durch Einbindung in wesentliche Funktionen und Positionen in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Medien stärker sichtbar gemacht werden.



Foto: Wien Holding GmbH

Im Bereich Infrastruktur konnten maßgebliche Projekte, wie der Ausbau des Hafens Freudenau, erfolgreich initiiert bzw. umgesetzt werden.

meinsam für ein modernes, kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell jenseits des Quotensystems ein, das sich an den Bedürfnissen einer Wirtschaftsmetropole orientiert. Wien hat mit der Zuwanderungskommission bereits ein vorbildliches Instrumentarium, um Zuwanderung klar, transparent und nachvollziehbar zu regeln. Die Wiener Zuwanderungskommission wird in diesem Sinne

Erfolgsbilanz der bisherigen Zusammenarbeit

Über die bisherige Zusammenarbeit im Rahmen der ersten beiden Standortabkommen aus den Jahren 2006 und 2008 wurde heute positiv Bilanz gezogen. Im Bereich Infrastruktur konnten maßgebliche Projekte in allen Bereichen – vom öffentlichen Verkehr über die Straße, die Schiene bis zum Flug- und Schiffsverkehr erfolgreich initiiert bzw. umgesetzt werden: Von der Inbetriebnahme der S1 über die vierte U-Bahn-Ausbauphase, der Bahnhofsoffensive bis hin zum Ausbau des Hafens Freudenau und Verbesserung der Erreichbarkeit von Wien und Bratislava durch die direkte Autobahnverbindung über die Spange Kittsee. Auch im Forschungs- und Entwicklungsbereich war das gemeinsame Auftreten im Interesse des Standortes wirkungsvoll. Beispiele sind das „Wiener Forschungskonjunkturpaket“, die erfolgreiche Wiener Beteiligung am Forschungsprogramm des Bundes „COMET“, der Ausbau des „Campus Vienna Biocenter“ oder das Projekt „WienWin“ des ZIT – einer Initiative der Stadt Wien zur innovationsorientierten öffentlichen Beschaffung. ■

<http://www.wien.gv.at>

<http://www.iv-wien.at>

Unternehmen Sicherheit: Kooperation mit der Wirtschaft

Innenministerin Maria Fekter und der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, vereinbarten eine Kooperation bei der Kriminalprävention.



Foto: BM.I/Egon Weissheimer

Der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, Christoph Leitl, und Innenministerin Maria Fekter bei der Präsentation

Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt. Laut einem Ranking des 'World Economic Forum' liegt Österreich bei der Sicherheit und beim Schutz von Eigentum unter 133 Ländern an sechster Stelle. Die aktuelle Market-Studie hat ergeben, daß 68 Prozent der Unternehmer ein hohes Sicherheitsniveau als sehr wichtig für einen attraktiven Wirtschaftsstandort halten“, sagte Innenministerin Maria Fekter bei der Vorstellung des Kooperationsabkommens zwischen dem Innenministerium und der Wirtschaftskammer. „80 Prozent der befragten Unternehmen fühlen sich in Österreich sicher oder sehr sicher. Unser Ziel ist: Österreich – das sicherste Land der Welt mit der höchsten Lebensqualität. Um das zu erreichen, gestalten wir gemeinsam Sicherheit.“

„Sicherheit in Betrieben ist für viele Unternehmerinnen und Unternehmer ein wichtiges Thema. Die enge Zusammenarbeit ist das beste Fundament gegen Kriminelle“, betonte Fekter. Vor allem die Kriminalprävention gewinnt im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung immer mehr Bedeutung. Durch präventive Maßnahmen werden Straftaten nicht nur im Vorfeld verhindert, vor allem wird das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig verbessert. „Wir

setzen in Österreich 850 Präventionsbeamte ein. Im Vorjahr haben diese Expertinnen und Experten 356.048 Personen kriminalpolizeilich beraten“, berichtete Fekter.

„Mit der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftskammer und Polizei tragen wir dem Sicherheitsbedürfnis der Unternehmen rasch Rechnung“, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. Die Wirtschaftskammer wird sich dafür einsetzen, daß die Zusammenarbeit mit der Polizei auf Landesebene intensiviert wird und die Kommunikationsmedien der Wirtschaftskammern genutzt werden. Gleichzeitig wird zwischen der Wirtschaftskammer, den Unternehmen und der Polizei als auch zu den Mitgliedsunternehmen ein Know-how Transfer im Bereich der Kriminalprävention stattfinden. Zunächst werden fünf Projekte umgesetzt:

SMS-Infodienst

Der SMS-Infodienst ist ein bedarfsorientiertes Informations- bzw. Warnsystem auf SMS-Basis für Mitgliedsunternehmen der WKÖ. Im Rahmen der Kooperation soll das bestehende Service evaluiert und verbessert werden, sodaß durch einen österreichweit einheitlichen Qualitätsstandard ein Mehrwert für die Unternehmen erzielt werden kann.

Service- und Kommunikationsoffensive

Die Beratungsdichte und somit der Informationsstand der österreichischen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention soll beispielsweise durch österreichweite Schwerpunktwochen zum Thema Sicherheit, durch Schulungsmaßnahmen der Polizei für Unternehmen und durch unterschiedliche Service-dokumente erhöht werden.

Wirtschaftskriminalität international

Gemeinsames Ziel im Kampf gegen internationale Wirtschaftskriminalität ist es, bei den Unternehmen das Know-how und Problembewußtsein zu stärken. Dafür werden Informationsschnittstellen aufgebaut. Bei internationalen Betrugsfällen wird eine engere, professionalisierte Zusammenarbeit der Wirtschaftskammer und der Polizei angestrebt. Dabei werden auch die Außenhandelsstellen und die internat. Handelskammer einbezogen.

IT-Sicherheit

Die Gefahren im Bereich IT- und Datensicherheit nehmen ständig zu. Durch Bewußtseinsbildung und richtige IT-Lösungen können sich vor allem Klein- und Mittel-

Wirtschaft

betriebe wieder besser auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Die Kooperationspartner werden ihr bestehendes Schulungsangebot ausweiten, umfassende Informationsangebote erstellen sowie individuelle Sicherheits- und Servicepakete schnüren, damit das Bewußtsein zum Thema IT-Sicherheit und möglichen Präventionsmaßnahmen insbesondere bei den österreichischen Klein- und Mittelunternehmen und deren Mitarbeitern geschärft wird.

Branchenprojekte

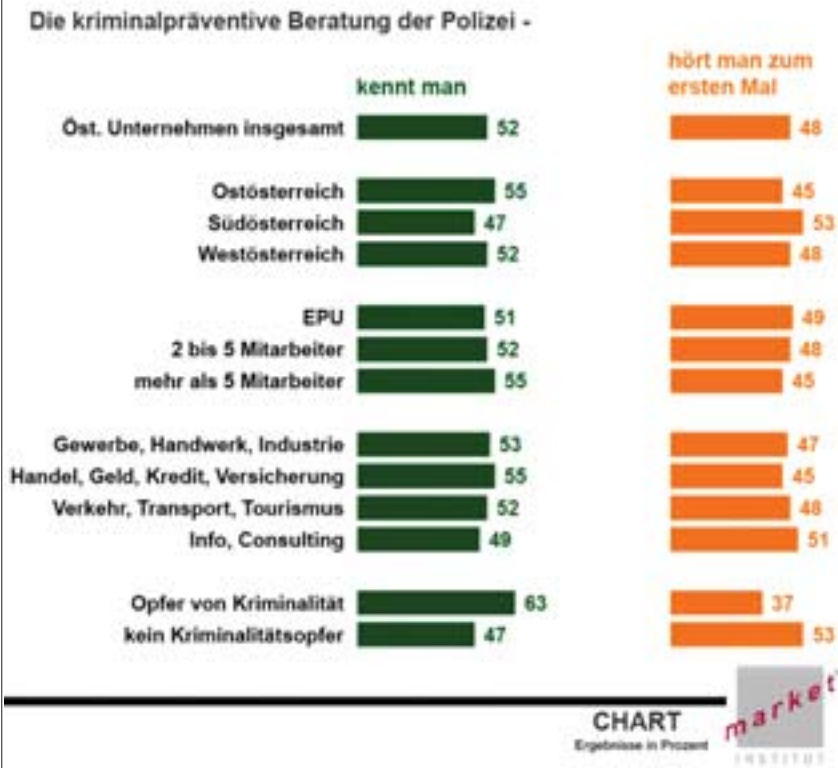
In einzelnen Branchen besteht Bedarf an periodischem Know-how-Transfer zur Kriminalprävention, weshalb in speziellen Projekten durch Experten beider Kooperationspartner für einzelne Branchen wirksame Strategien inklusive konkreter Umsetzungsvorschläge zur Verbrechensvermeidung erarbeitet werden. Zudem sollen sowohl nationale als auch internationale Best-Practice-Beispiele in einer Risikoanalyse bewertet werden. Für einzelne Wirtschaftsbereiche sollen auf Expertenebene Sicherheitskonzepte entwickelt werden. Einen Schwerpunkt bilden zum Beispiel Tankstellen. ■

<http://www.bmi.gv.at>

<http://www.wko.at>

Die Hälfte kennt Kriminalberatung

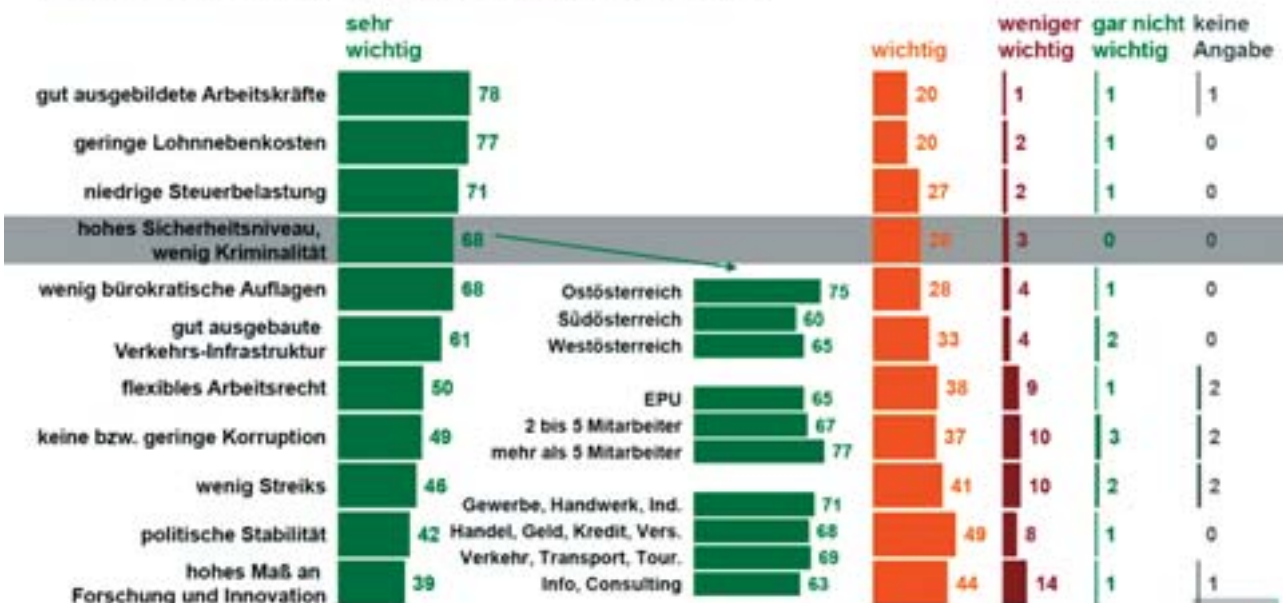
Frage 11: Kennen Sie die kriminalpräventive Beratung der Polizei oder hören Sie davon heute zum ersten Mal?



Aspekte für einen attraktiven Wirtschaftsstandort

Frage 1: Gleich zu Beginn: Ich lese Ihnen verschiedene Punkte vor, die für einen attraktiven Wirtschaftsstandort wichtig sein können. Sagen Sie mir bitte jeweils, wie wichtig bzw. unwichtig dieser Aspekt für einen attraktiven Wirtschaftsstandort ist: Sehr wichtig (1), wichtig (2), weniger wichtig (3) oder gar nicht wichtig (4).

Folgende Aspekte sind für einen attraktiven Wirtschaftsstandort -



Documentation der Umfrage F707.0912.PS.1

n=500 telefonische CATI-Interviews repräsentativ für die österreichischen Unternehmen
Erhebungszeitraum: 07. bis 18. Dezember 2008, maximale statistische Schwankungsbreite bei n=500 ± 4,48 Prozent

Mehr Post für Österreich

Wirtschaftskammer, Gemeindebund und Post
präsentieren neue Service- und Partneroffensive

Die Österreichische Post AG rückt die Wünsche ihrer Kunden noch stärker in den Mittelpunkt. Als ersten Baustein ihrer Serviceoffensive präsentiert das Unternehmen am 25. Jänner das Post.Partner-Konzept 2010. Es trägt den Wünschen der Kunden nach guter Erreichbarkeit und besseren Öffnungszeiten der Postgeschäftsstellen gerade im ländlichen Raum noch stärker Rechnung. Die Post macht jetzt allen Gemeinden im Rahmen ihrer Partneroffensive ein Angebot: Eine Postgeschäftsstelle für jede Gemeinde. In Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund und der Wirtschaftskammer Österreich sollen im ganzen Land neue Post.Partner gefunden werden. „Dies ist der erste Schritt unseres Programms für mehr Service und größere Kundennähe der Post“, erklärt Post-Generaldirektor Georg Pölzl.

Eine neue Studie stellt den Post.Partnern Österreichs ein sehr gutes Zeugnis aus. Von 500 Befragten aus jenen Gemeinden, in denen in den letzten Monaten ein Post.Partner eröffnet wurde, zeigen sich 77 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden. Besonders die Öffnungszeiten, oft auch am Samstag, sowie die Möglichkeit, die Postgeschäfte mit anderen Erledigungen zu verbinden, werden als die Vorteile angesehen. „Wir wollen daß die Österreicherinnen und Österreicher flächendeckend auf moderne und Service-orientierte Weise mit Post-Dienstleistungen versorgt werden – auch über den gesetzlichen Auftrag hinaus. Daher bieten wir den Gemeinden an, mit uns über die Möglichkeit eines Post.Partners in ihrem Ort zu sprechen. Für unsere Kunden bedeutet das in Zukunft noch mehr Service, noch kürzere Wege, noch längere Öffnungszeiten“, startet Pölzl die bundesweite Suche nach neuen Partnern für die Post: „Der Fokus dieser Initiative mit Gemeindebund und Wirtschaftskammer liegt ganz klar auf der Verdichtung unseres Geschäftsstellennetzes und Verbesserung der Serviceorientierung. Die Post trägt damit dem Auftrag des Postmarktgesetzes Rechnung, die flächendeckende und nachhaltige Versorgung mit Post-Dienstleistungen sicherzustellen.“

„Im Rahmen des rot-weiß-roten Erfolgsmodells Post-Partnerschaft leisten heimische Unternehmen in ganz Österreich einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Nah-

versorgung. Rund 420 Post-Partnerschaften zeigen anschaulich, daß es möglich ist, daß Menschen nicht auf Postdienstleistungen verzichten müssen“, unterstreicht Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl.

„Die Post-Partnerschaft ist eine wesentliche Unterstützung, daß Nahversorger, etwa lokale Lebensmittelhändler, wirtschaftlich überlebensfähig bleiben. Die Übernahme von

in denen es bisher kein Postamt gab.“ Dies sei einerseits wichtig, damit die Post ihrem Auftrag der flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen nachkommen könne. „Es ist vor allem aber auch eine Chance zur Belebung des ländlichen Raums“, so Mödlhammer. Leider könne man dauerhaft vermutlich nicht überall verhindern, daß das klassische Postamt geschlossen werden muß: „Es liegt aber auch an uns, aktiv dazu beizutragen, Post.Partner zu finden.“

Die Rolle des Gemeindebundes in der gemeinsamen Offensive mit der Post und der Wirtschaftskammer sieht Mödlhammer so: „Wir werden dauerhaft und nachhaltig unsere Bürgermeister/innen über die Möglichkeiten, neue Poststellen zu schaffen, informieren. Die Ortschefs spielen hier eine wichtige Rolle, sie können vieles in der Gemeinde bewegen und mithelfen, geeignete Partner für Poststellen zu finden. Vor allem für jene Gemeinden, in denen es derzeit weder Postamt, noch Post.Partner gibt, ist das eine gute Chance“, so Bgm. Mödlhammer.

Daß das Post.Partner-Modell seit Jahren eine Erfolgsgeschichte ist, ist laut Herbert Götz, im Vorstand der Post für das Filialnetz zuständig, längst bewiesen. Allein seit Sommer letzten Jahres wurden mehr als 200 Post.Partner eröffnet. Die Österreichische Post AG betreibt somit erfolgreich insgesamt 419 Filialen gemeinsam mit Post.Partnern, zusätzlich zu den 1.133 selbstgeführten Postfilialen. Seit einer Vertragsänderung im Vorjahr verfügen die Post.Partner über ein erweitertes Produktportfolio, sie bieten nun die gleichen Dienstleistungen wie ein Kleinpostamt an.

„Nun treten wir – gemeinsam mit unseren Partnern Gemeindebund und Wirtschaftskammer – in den Dialog mit Gemeinden und Wirtschaftstreibenden. Uns ist es wichtig, aktiv auf die Bürgermeister zuzugehen und gemeinsam die optimale Lösung für die lokale Postversorgung zu finden“, führt Götz aus. Und ergänzt: „Gleichzeitig starten wir aber auch im gesamten Filialnetz weitere Serviceverbesserungen, sowohl bei den Post- als auch bei den Bankdienstleistungen. Wir erweitern beispielsweise das Produktportfolio und die Öffnungszeiten.“ ■

<http://www.post.at/postpartner>



Foto: Christian Houdek für Österreichische Post AG

Ein Post.Partner in Dürnstein

Postdiensten stellt eine dreifache Win-Situation dar: Es sichert nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen, sondern die Post.Partner gewinnen zusätzliche Kunden und Einnahmen und die Post kann im Wettbewerb besser bestehen“, so Leitl.

„Wir wollen Poststellen aufsperrern, statt welche zuzusperren“, betont Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Helmut Mödlhammer. „Das Ziel ist, daß es bald in jeder Gemeinde eine Poststelle gibt, auch in jenen,

404 Projekte und Erstkontakte

LR Dobernig präsentierte Bilanz der Entwicklungsagentur Kärnten für 2009 – 32 Projekte realisiert, 930 neue Arbeitsplätze geschaffen und gesichert

Die Entwicklungsagentur Kärnten (EAK) kann trotz eines schwierigen Umfelds auch im Jahr 2009 eine Erfolgsbilanz vorweisen. Das gab Finanzlandesrat Harald Dobernig am 11. Jänner bekannt. „Insgesamt wurden 32 Projekte im Bereich der Betriebsansiedlungen und bei Expansionen realisiert. Damit konnten wir 930 neue Arbeitsplätze schaffen und sichern“, so Dobernig. Insgesamt wurden 404 Projekte und Erstkontakte bearbeitet. Zusätzlich konnten 69 Investitionsprojekte betreut werden.

Im Neuansiedlungsbereich erfolgten 2009 trotz der Wirtschaftskrise eine Reihe von erfolgreichen Firmengründungen: Aus Italien konnte mit der Firma „Refrion“ eine Nachfolgefirma für die Firma Intercold in Hermagor gefunden werden. Mit 37 Mitarbeitern werden Wärmetauscher für die Kältetechnik produziert. Mit der Firma „Petrarglas“ konnten 40 neue Arbeitsplätze im Industriepark St. Veit geschaffen werden. Ebenfalls aus Italien hat sich die Medizintechnikfirma „THI“ mit 20 Mitarbeitern in Klagenfurt angesiedelt. Aus Rußland kommt der Werkzeugspezialist „Kraftool“, der mit einem Logistik- und Verteilungszentrum in Hohen-thurn 60 neue Arbeitsplätze schafft.

Mit dem Dämmstoffproduzenten „EPS Industries“ hat sich ein österreichisches Unternehmen mit 40 Mitarbeitern im Industriepark St. Veit angesiedelt. Aus Deutschland kommt die Internetkommunikationsfirma „Lantiq“ mit mittelfristig 60 neuen Mitarbeitern und 90 gesicherten Arbeitsplätzen in Villach. Es handelt sich bei der Firma um eine Auslagerung des Infineon-Konzerns. Auch die deutsche Firma „ECO Schulte“ hat sich ihren Standort im Dreiländereck für die Expansion nach Südosteuropa ausgesucht.

Besonderes Augenmerk legt die EAK seit 2007 auf den Bereich Aftercare und damit auf die Nachbetreuung von Unternehmen bei ihren Erweiterungsinvestitionen. „Die Strategie, daß wir uns verstärkt auch um bestehende Unternehmen kümmern, hat sich als richtig erwiesen. So konnten wir 2009 etwa die Betriebe ‚Weissenseer Holz-System-Bau‘ in Greifenburg und ‚Payr Engineering‘ in Patergassen bei ihren Ausbauaktivitäten unterstützen. Hier werden 40 neue Arbeitsplätze geschaffen“, berichtete Dobernig.



Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler bei der Eröffnungsfeier THI

Die EAK ist auf drei Bereiche spezialisiert: die klassischen Betriebsansiedlungsaktivitäten (aktive Akquisition), das After-care-Service sowie das Finanzinvestorenservice. Dabei verfolgt man eine selektive Ansiedlungsstrategie. Mit Ansiedlung von Unternehmen sollen Lücken in den regionalen Wertschöpfungsketten geschlossen werden. Weiters sollen die Stärkefelder der Kärntner Wirtschaft zusätzliche Impulse erhalten. Als Schwerpunkte werden im Bereich der klassischen Betriebsansiedlungsaktivitäten Österreich, Italien und Deutschland sowie im Bereich des Finanzinvestments die Hoffnungsmärkte im Osten wie zum Beispiel in Rußland bearbeitet.

Insgesamt wurden seit 1999 mit 210 realisierten Projekten 4693 neue Arbeitsplätze geschaffen und 688 bestehende Arbeitsplätze gesichert. „Auch in Zukunft werden wir uns gemeinsam mit der EAK besonders um neue Investoren bemühen, um wichtige Arbeitsplätze für Kärnten zu schaffen und bestehende abzusichern. 2010 werden wir aber auch die Gründung der interkommunalen Wirtschaftsregionen weiter vorantreiben“, teilte Dobernig mit.

Präsentationen im Ausland

Im November 2009 fand der 8. Deutsche Außenwirtschaftstag in Bremen statt. Unter dem Motto „Good New Europe – Märkte der

Zukunft“ bot diese Messe den rund 800 Gästen einen Überblick über die Wirtschafts- und Technologiestandorte in Europa.

Auch die EAK nutzte diese Möglichkeit, den Wirtschaftsstandort Kärnten zu präsentieren. Im Rahmen eines Fachvortrages bei dem begleitenden Kongreß informierte Sonja Nirschl (Projektmanagerin, EAK) die Zuhörer über die Standortvorteile Kärntens, besonders für deutsche Unternehmen. Zusätzlich hatten die Besucher die Möglichkeit sich an dem Messestand der EAK ausführliche Informationen zum Standort Kärnten zu holen und individuelle Gespräche mit den Projektmanagern der EAK zu führen.

Erst vor wenigen Wochen präsentierte sich der Wirtschaftsstandort Kärnten im exklusiven Rahmen in der Speisemeisterei im Schloß Hohenheim in Stuttgart. Die Entwicklungsagentur Kärnten (EAK) lud gemeinsam mit der Außenhandelsstelle München, der Wirtschaftstreuhand- und Steuerberatungs GmbH Pöschl & Partner und der Carinthian Tech Research (CTR) AG zu einem informativen Abend zum Wirtschaftsstandort Kärnten.

Rund 60 Unternehmer aus dem Raum Stuttgart waren gekommen, um sich persönlich über die Chancen und Möglichkeiten, die Kärnten deutschen Unternehmen bietet, zu informieren. ■

<http://www.madeinkarnten.at/>

Nord-Umfahrung Wiens komplett

Schrittweise ab Sonntag, 31. Jänner 2010, erfolgte die Verkehrsfreigabe des Projekt Public Private Partnership (PPP) Ostregion Ypsilon, eines der größten Infrastrukturbauprojekte Österreichs.

Unter Teilnahme von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll sowie Vertretern des Konzessionärs und der ASFINAG wurde am 29. Jänner der zweite Streckenteil des Projektes Y, die A 5 Süd und die S 1 West, feierlich eröffnet.

Das PPP Projekt umfaßt die Strecken S 2 Umfahrung Süßenbrunn, S 1 Landesgrenze Wien / NÖ bis zum Knoten Korneuburg und die A 5 Nord Autobahn bis Schrick. Es stellt strukturell einen Teil des Regionenrings dar. Der Regionenring wird im Endausbau 2018 die gesamte Ostregion optimal vernetzen und an die Nachbarländer Österreichs anbinden. Zudem wird er für das Stadtgebiet Wien eine massive verkehrliche Entlastung bringen. Das Autobahnen- und Schnellstraßennetz wird mit der Verkehrsfreigabe des PPP Projektes um weitere rd. 50 km hochrangige Straße ergänzt und damit die Gesamtlänge auf insgesamt 2170 km erhöht. Die Gesamtauftragssumme des Projektes beträgt 933 Mio. Euro, die Baukosten machen rund 800 Mio. Euro aus.

Pröll: Wichtiger Bestandteil des Regionenrings

Pröll sprach anläßlich der Eröffnung von einem „historischen Tag für die Region Weinviertel und das gesamte Land Niederösterreich“. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges vor 20 Jahren sei eine vollkommen neue Perspektive für die Region entstanden, rief der Landeshauptmann in Erinnerung. Mit dieser Eröffnung würden Standortqualität und wirtschaftliche Dynamik in der Region eine weitere „unglaubliche Chance“ erhalten, so Pröll. Eine große Entlastung, mehr Verkehrssicherheit und eine massive Steigerung der Lebensqualität bedeute dieses Projekt vor allem für die Bevölkerung in der Region, für die nun „eine neue Zeitrechnung“ beginne. Der 29. Jänner sei aber „noch nicht der Endpunkt“, hob der Landeshauptmann hervor: „Bis spätestens 2014“ solle die Nordautobahn bis zur tschechischen Grenze ausgebaut sein, so Pröll.

Alois Schedl, Vorstand der ASFINAG: „Die Strecken des PPP Projektes sind ein wichtiger Bestandteil des Regionenrings, sie verknüpfen die von Osten und Westen kommenden Verbindungen und stellen eine di-

rekte Anbindung an Tschechien dar. Damit ist eine gute Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete entlang dieser Achse geschaffen worden.“

PPP Projekt Ostregion – das Resümee

Klaus Schierhackl, Vorstand der ASFINAG, unterstreicht die sehr gute Zusammen-

arbeit der Beteiligten und er betont die präzise Einhaltung der vereinbarten Bauzeit. Mit dem Modell PPP Ostregion wurde die Beteiligung Privater auch im hochrangigen Straßennetz begonnen. „Nicht übersehen werden darf aber das Thema der Finanzierung. Hier ist die ASFINAG aufgrund der Haftung des Bundes in einer weitaus besseren Posi-



Chronik

tion, um auch in schwierigen Zeiten kostengünstig finanzieren zu können. Aus diesem Grund ist im Moment auch kein weiteres PPP Projekt bei der ASFINAG in Vorbereitung oder Umsetzung.“

Hinsichtlich des Betriebes blickt die ASFINAG gespannt in die Zukunft. Schedl: „Erstmals haben wir die Möglichkeit, einen Vergleich in einem der Kerngeschäfte der ASFINAG mit einem externen Betreiber zu erhalten. Diese Benchmarks werden wir für weitere Entscheidungen gut nutzen können.“

Schrick – Poysbrunn: UVP-Verfahren abgeschlossen

Das Umweltverträglichkeitsprüfungs-(UVP)-Verfahren für die A 5 Nord Autobahn im 25 km langen Abschnitt von Schrick bis Poysbrunn wurde am 20. November 2009 mit der Ausstellung des UVP-Bescheides durch das Bundesministerium für Infrastruktur abgeschlossen.

Damit geht die A 5 im nördlichen Abschnitt in die nächste Phase: Mit dem Bau der Autobahn kann damit nach der Abwicklung der Materienrechtsverfahren (Wasserrecht, Naturschutz, Forstrecht, etc.) und der Grundeinlöse begonnen werden. Für den folgenden 9 km langen Abschnitt von Poysbrunn bis zur Staatsgrenze bei Drasenhofen wird der Bescheid voraussichtlich im Frühjahr 2010 ergehen.

Die A 5 Nord Autobahn wird als Hauptverkehrssträger die beiden Wirtschaftsräume Wien und Brunn vernetzen. Als überregionale Verbindung schafft die A 5 zukünftig vor allem auch eine leistungsfähige und sichere Verbindung für das Weinviertel.

Sie wird je zwei Fahrstreifen und durchgehende Abstellstreifen je Richtungsfahrbahn aufweisen. Ausgestattet mit vier Anschlußstellen sowie zahlreichen Straßen- und Grünbrücken gewährleistet sie nicht nur optimale Verkehrsanbindungen für die Region, sondern auch eine ausgezeichnete Einbindung in die Weinviertler Kulturlandschaft.

PPP – Public Private Partnership

Mit der 2006 erfolgten Vertragsunterzeichnung des Konzessionsvertrages mit der Bonaventura Straßenerichtungs-GmbH startete das erste derartige Public Private Partnership Projekt in Österreich, welches durch einen privaten Betreiber finanziert, gebaut und in den kommenden 30 Jahren betrieben wird. Wie international üblich, erfolgt die Vergütung der Bonaventura leistungsbezogen durch die ASFINAG, im konkreten Fall durch ein Verfügbarkeitsentgelt und eine verkehrsab-



Foto: ASFINAG

Für den folgenden 9 km langen Abschnitt von Poysbrunn bis zur Staatsgrenze bei Drasenhofen wird der Bescheid voraussichtlich im Frühjahr 2010 ergehen.

hängige Komponente, der Schattenmaut. Bei der Schattenmaut erhält der Konzessionär für jedes Fahrzeug einen bestimmten Betrag, getrennt nach PKW und LKW. Bei der zweiten Vergütungskomponente, dem Verfügbarkeitsentgelt, erhält der Konzessionär in Abhängigkeit der Verfügbarkeit der Konzessionsstrecke sein Entgelt. Schierhackl: „Für die Kunden dieser neuen Strecke entsteht keine zusätzliche finanzielle Belastung, da auch die neue Strecke mit der Vignette bzw. der GO-Box benutzt werden kann.“

Topsichere Tunnel

Mit 1. Februar 2010 wird ein Teil der Wiener Nordumfahrung, und zwar die Wiener Außenring Schnellstraße (S1) zwischen der Donauufer Autobahn (A22) bei Korneuburg und Eibesbrunn, für den Verkehr freigegeben. Gleichzeitig wird auch die Nord Autobahn (A5) bis Schrick bei Mistelbach befahrbar sein. Schon seit Dezember gibt es ja einen Lückenschluß von Eibesbrunn über Süßenbrunn zur Wiener Nordrand Schnellstraße (S2) in Wien und damit zur Wiener Südosttangente.

Auf diesem neuen Abschnitt der Außenring Schnellstraße (S1) zwischen Korneuburg und Eibesbrunn mußten in erster Linie aus Umweltgründen drei Großtunnel sowie auf der Nord Autobahn (A5) ein Tunnel nördlich von Eibesbrunn mit insgesamt 7,4 Kilometer Länge gebaut werden. Die Grundkonstruktion und damit die Sicherheitspakete dieser Tunnel erfolgten unter Beratung des ÖAMTC-Tunnelexperten Willy Matzke. „Wie bei der S1 zwischen Vösendorf und Schwechat hat der ÖAMTC auch hier durchgesetzt, daß alle Tunnel durchgehende Pannenstreifen haben, das ist einmalig in Öster-

reich und auch in Europa“, sagt Matzke. Taghelle Beleuchtung und alle nötigen Sicherheitseinrichtungen wurden unter Aufsicht des ÖAMTC einer strengen Kontrolle samt Brand-Katastrophenübung unterzogen.

Bei neuen Straßenabschnitten nicht blind aufs Navi vertrauen

Im Kartenmaterial vieler Navis sind neue Straßenabschnitte, wie etwa die A5 oder der neue Abschnitt der S1, vorerst noch nicht enthalten und somit in der Navigation nicht berücksichtigt. „Gerade hier gilt besonders, daß man dem Navi nicht blind vertraut, denn das kann womöglich zu gefährlichen Situationen führen. Ein Navi ist kein Autopilot, sondern nur Hilfsmittel“, warnt ÖAMTC-Experte Steffan Kerbl. „Autofahrer sollten daher auf diesen neuen Abschnitten unbedingt die Beschilderungen beachten.“

Vignetten-Kleben nicht vergessen!

Ab 1. Feber gilt nur mehr die neue, fließerfarbene Mautvignette – daher nicht vergessen, sich eine neue Vignette zu kaufen. Das gilt speziell für alle, die am kommenden Wochenende in die Semesterferien starten und auf dem Weg zu den Schneepisten die Autobahn benützen.

Wichtig ist es, die Vignette nicht nur zu kaufen, sondern auch zu kleben. „Nur was pickt, gilt!“ Es ist auch darauf zu achten, daß die Vignette gut sichtbar angebracht ist und nicht womöglich unter einem Tönungsstreifen, rät der ARBÖ. Wer ohne gültige Vignette von den Mautsheriffs erwischt wird, zahlt mindestens 120 Euro und muß sich – für das Benützen der Autobahn und Schnellstraßen – erst recht wieder einen neue Vignette kaufen. ■

Das neue Haus im Montafon

Neues touristisches Angebot für junge Gäste und Familien –
Jugend- und Familiengästehaus im Montafon feierlich eröffnet

Im Beisein von Vorarlbergs Landesrat Siegi Stermer ist am 22. Jänner in Bartholomäberg das neu errichtete Jugend- und Familiengästehaus (JUFA) Montafon offiziell eröffnet worden. Nach jenem in Bregenz ist es das zweite JUFA Gästehaus in Vorarlberg. Das neue Haus im Montafon verfügt über 165 Betten, zwei Multimediaräume, eine kleine Sporthalle sowie einen Kletterbereich, der sich über alle drei Etagen des Gebäudes erstreckt. „Die attraktive Erweiterung des touristischen Angebotes wird sich für die ganze Region positiv auswirken“, betonte Stermer bei der feierlichen Eröffnung.

Gut ein Jahr wurde am neuen Jugend- und Familiengästehaus in Bartholomäberg gebaut. Im Dezember ging die als Begegnungsstätte konzipierte Einrichtung in Betrieb. Das integrierte Café im Erdgeschoß mit Sonnenterrasse stellt auch eine Bereicherung im gastronomischen Angebot der Gemeinde dar. Neben Ballsporthalle und Kletterbereich warten auf die sportbegeisterten Gäste der „Montafuner Fünfkampf“, wo verschiedene Erlebnisstationen zum Testen der eigenen Geschicklichkeit einladen, sowie großzügig bemessene Spiel- und Relaxzonen. Zum Kochen und Probieren lädt eine Schauküche ein, in der Schulklassen im Rahmen von speziellen Programmen einen bewußteren Zugang zu einer gesunden Ernährung erhalten sollen.

Attraktive Region

Geplant ist zudem eine enge Zusammenarbeit mit anderen touristischen Anbietern in der Region, etwa dem Aktivpark Montafon, dem Sportzentrum Schruns, der Silbertaler Waldschule, dem Alpine Coaster oder dem Waldseilpark. Im ersten Monat verzeichnete das Gästehaus bereits 1600 Nächtigungen. Mittelfristig rechnen die Betreiber mit 22.000 Nächtigungen pro Jahr. Für Stermer wird von der touristischen Aufwertung über die Gemeinde Bartholomäberg hinaus das ganze Tal profitieren. Das Projekt sei ein beachtlicher Impuls für die dörfliche Infrastruktur. Zudem hob der Landesrat die wirtschaftliche Bedeutung hervor. Lobend äußerte sich Stermer zur Philosophie der JUFA Gästehäuser, die auf heimische Nahrungsmittel aus der Region setzen.



Foto: VLK/W. Michell

Das neue Jugend- und Familiengästehaus (JUFA) Montafon

„Das JUFA Gästehaus vermittelt mit seinem sportlich-aktiven Angebot nicht nur einen positiven Zugang zu Sport, Bewegung und gesunder Ernährung sondern macht – ganz nach dem Motto ‚die jungen Gäste von heute sind die erwachsenen Gäste von morgen‘ – das Montafon nachhaltig bekannt“, betonte Sportlandesrat Stermer. Das Haus sei auch für die Menschen aus der Umgebung eine tolle Sache, weil es vielfältige Möglichkeiten eröffnet und für die Talschaft eine echte Bereicherung darstellt. Davon werden sich laut Stermer auch die Schülerinnen und Schüler heimischer Schulen überzeugen können, wenn sie ihre Alpinwochen im JUFA Gästehaus Montafon verbringen.

Touristischer Impuls

An der Realisierung des Projekts war auch die Vorarlberger Illwerke AG maßgeblich beteiligt. Für Vorstandsdirektor Ludwig Summer werden mit dem Gästehaus weitere interessante Gäste-Zielgruppen angesprochen. In der Folge würden davon auch die umliegenden Tourismus-Angebote im Tal positiven Nutzen ziehen. „Die regionale Entwicklung in den ländlich geprägten Gebieten des Landes liegt illwerke vkw am Herzen. Im Montafon betreiben wir unser Kerngeschäft – die Wasserkraftnutzung“, erklärt Summer das Engagement des Konzerns.

Gute Rückmeldungen

Der Bürgermeister der Gemeinde Bartholomäberg, Martin Vallaster, erwartet sich

vom JUFA Gästehaus einen starken jugendtouristischen Impuls für seine Kommune. „Schon im ersten Monat sind viele neue Gäste zu uns gekommen. Die erhaltenen Rückmeldungen sind durchwegs positiv ausgefallen“, zog Vallaster eine erste, zufriedene Bilanz. Weil das Haus allen Menschen in der Gemeinde offen stehe, spiele es auch für das dörfliche Leben eine nicht unwesentliche Rolle, so der Bürgermeister.

Bereits 14.000 Buchungen

Das JUFA Gästehaus im Montafon bietet eine ansprechende Kombination aus Sport und Bewegung, gesunder Ernährung und abwechslungsreicher Unterhaltung, erläuterte Gerhard Wendl, Vorstand der JUFA Gästehäuser. In Zeiten von Fast Food und Bewegungsmangel sei dies genau die richtige thematische Schwerpunktsetzung, die sich auch perfekt in das Angebot der JUFA Gästehäuser einfüge. So veranstaltet die Organisation seit Jahren professionell begleitete und international anerkannte Gesundheitsferienprogramme für Kinder und Jugendliche. „Alle gesunden und sportlich-aktiven Angebote des JUFA Gästehauses sollen nicht nur seinen Gästen, sondern vor allem auch den Menschen in der Region und den Schulen im Montafon zur Verfügung stehen“, so Wendl weiter. Für das erste Jahr seien im JUFA Montafon bereits 14.000 Buchungen eingegangen, informierte der Vorstand abschließend. ■

<http://www.jufa.at>

Rucksackprojekt in Kindergärten

Die Stadt Linz fördert Integration – Die Förderung der Mehrsprachigkeit bei Migrantenkindern – Die Stärkung der Erziehungskompetenz, des Selbstwertgefühls der zugewanderten Mütter und Kinder, der interkulturellen Kompetenz und des Mehrsprachenkonzeptes der Einrichtung



Aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse kommt gerade der Bildungsarbeit im vorschulischen Bereich, im Hinblick auf den gesamten Bildungsverlauf der Kinder, eine immer größere Bedeutung zu.
Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die bestmögliche Integration von MigrantenInnen bildet für die Stadt Linz ein wichtiges Ziel. Durch umfangreiche Angebote soll dies erreicht werden. Vor allem bei Kindern ist ein relativ leichtes und schnelles Erlernen einer Zweitsprache möglich. Aus diesem Grund betreibt die Stadt Linz seit 2008 in mehreren Kindergärten ein Pilotprojekt. Bei diesem sogenannten Rucksack-Modell handelt es sich um ein mehrstufiges Programm, das nicht nur die Förderung der Mehrsprachigkeit bei Migrantenkindern zum Ziel hat. Durch eine intensive Einbindung der Eltern in den Prozeß erhalten diese auch eine Stärkung der Erziehungskompetenz und ihres Selbstwertgefühls.

Zu den bestehenden vier Rucksackgruppen in den städtischen Kindergärten kommen ab 2010 zwei weitere hinzu. Rund 14.000 Euro investiert die Stadt Linz für das vom Institut für interkulturelle Pädagogik geleitete Projekt.

„Mit der Ausweitung des Rucksack-Modells intensiviert die Stadt ihre Bemühungen um eine bessere Integration von MigrantenInnen. Besonders der Erwerb der korrekten Sprache spielt dabei eine Schlüsselrolle, ist sie doch die wichtigste Voraussetzung für Kinder um die Schule erfolgreich zu absolvieren.“, sagt der zuständige Sozialreferent Vizebürgermeister Klaus Luger.

Erfolgreiches Pilotprojekt zur Sprachförderung

Seit dem Betriebsjahr 2008 / 2009 laufen an fünf städtischen Kindergärten Rucksack-Pilotprojekte, an dem insgesamt 65 Kinder und 57 Mütter teilnehmen. Teilnehmende Kindergärten sind: Bürgerstraße (Zentrum), Cremerstraße (Franckviertel), Kraußstraße (Bulgariplatz), Pestalozzistraße (Kleinmünchen) sowie Breitwiesergutstraße (Andreas-Hofer-Platz), der allerdings als eigenständiges Projekt der Kinder- und Jugend-Services

geführt wird. 2010 werden diese Projekte nun fortgesetzt und um die zwei Kindergärten Anastasius-Grün-Straße (Bulgariplatz) und In der Auerpeint (Neue Heimat) erweitert. Mit der Durchführung wurde das Institut für interkulturelle Pädagogik beauftragt. Die Gesamtkosten für die Stadt Linz betragen knapp 14 000 Euro.

Die Idee für dieses Rucksack-Projekt stammt aus den Niederlanden und wird dort – und mittlerweile auch in Deutschland – umgesetzt. Konkret handelt es sich dabei um ein Konzept zur Sprachförderung und Elternbildung im Elementarbereich. Für die städtischen Kinder und Jugend-Services ist es ein Teil der Aufgaben für eine gelungene Integration von Familien mit migrantischem Hintergrund.

Intensive Einbeziehung der Eltern

Aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse kommt gerade der Bildungsarbeit im

Chronik

vorschulischen Bereich, im Hinblick auf den gesamten Bildungsweg der Kinder, eine immer größere Bedeutung zu. Mit diesen Rucksackgruppen sollen gezielt zur pädagogischen Arbeit in den Kindergärten ebenfalls die Potenziale der Eltern genutzt werden. Sie werden dabei in die Bildungsarbeit des Kindergartens intensiv eingebunden. Außerdem wird ihre Erziehungs- und Förderkompetenz gesteigert sowie ihr persönliches Engagement verstärkt, an der Bildungsarbeit ihrer Kinder gezielt mitzuarbeiten. Erreicht werden soll dies dadurch, daß die Eltern parallel zur Förderung der deutschen Sprache im Kindergarten die muttersprachliche Kompetenz ihrer Kinder unterstützen und fördern. Gleichzeitig sollen die Eltern Anerkennung und Wertschätzung der vorhandenen vielfältigen Familienkulturen erfahren, um ihnen damit den Zugang zur „neuen“ Kultur zu erleichtern.

Wesentliche Zielsetzungen des Rucksackprogramms

1. Die Förderung der Mehrsprachigkeit bei Migrantenkindern

Die Wertschätzung der Muttersprache bedeutet auch Erziehung zu Respekt vor anderen Werten. Die Förderung der Erstsprache ist darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für den korrekten Erwerb der Zweitsprache. Mehrsprachigkeit ist mittlerweile für die soziale und berufliche Teilhabe an unserer Gesellschaft eine Schlüsselqualifikation geworden.

2. Die Stärkung der Erziehungskompetenz

Mütter sollen als Erziehungsexpertinnen gestärkt werden und Verantwortung für die Bildung ihrer Kinder übernehmen.

3. Stärkung des Selbstwertgefühls der zugewanderten Mütter und Kinder

Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl der zugewanderten Mütter werden durch das eigene Lernen und die Übernahme von Aufgaben maßgeblich gefördert. Auch das Anknüpfen an die eigenen Stärken wird durch eine intensive Mitarbeit ebenfalls angeregt. Die Kontaktaufnahme zu Müttern bzw. Eltern der eigenen kulturellen Gruppe und der Mehrheitsgesellschaft wird durch das Projekt stark gefördert. Damit geht eine Stärkung der Entwicklung des eigenen Kindes einher.

4. Stärkung der interkulturellen Kompetenz und des Mehrsprachigkeitskonzeptes der Einrichtung

Jeder Kindergarten übernimmt die Verantwortung für die Entwicklung der Kinder in

bezug auf ihre Mutter- und Zweitsprache. Dazu wird dort ein Konzept für Mehrsprachigkeit und Interkulturalität entwickelt. In diesem Rahmen erfolgt auch die Umsetzung des Rucksackprogramms, was zu einer steigenden Qualifikation der Einrichtung beiträgt.

Wie funktioniert das Rucksack-Modell?

Rucksack zielt auf die Förderung der Muttersprachenkompetenz, auf die Förderung des Deutschen und auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung ab. Dabei werden die Mütter als Expertinnen für das Erlernen der Erstsprache angesprochen. Durch Anleitung von TrainerInnen und mit Hilfe von Arbeitsmaterialien werden sie auf die Förderung der Muttersprache vorbereitet. Sie treffen sich einmal in der Woche für zwei Stunden und machen gemeinsame Aktivitäten, die sie dann mit ihren Kindern unter der Woche zu Hause durchführen sollen. Dabei lernen sie den Wert von Literatur, Bilderbüchern, Liedern sowie die Verbindung des Spielens und Malens mit Sprache und Handeln für die Entwicklung ihres Kindes in der alltäglichen Beschäftigung kennen. In der Regel gehören die am Programm beteiligten Mütter der bildungsfernen Schicht an. Die kontinuierliche Vermittlung des Programms über rund neun Monate stärkt die muttersprachliche Kompetenz – ein Zuwachs, der sich unmittelbar auf die Sprachentwicklung des Kindes auswirkt.

Die Anbindung an den Kindergarten ist dabei sehr wichtig und Bedingung für dieses Programm. Denn hier soll die Förderung in der deutschen Sprache parallel zu der Arbeit mit den Müttern erfolgen. Die Kindergärten koordinieren ihr Programm mit dem der

Mütter für den Kindergartenalltag. Die Programme sind nicht nur Sprach- und Lernprogramme, sondern reflektieren soziokulturelle Themen aus den Erfahrungsfeldern der Migrantenfamilien, Schule, Alltag, Freizeit, Feiertage, Feste und Religion. Die aufbereiteten Themenfelder sind gleichzeitig Anregung für den Kindergarten, den Alltag interkulturell zu gestalten. Elternbegleiterinnen, Mütter und ErzieherInnen finden sich in dem Prozeß zugleich als Lernende und Gebende.

Allgemeine Sprachförderung im Kindergarten

Abseits des Rucksackmodells findet in den städtischen Kindergärten regelmäßig drei Mal pro Woche eine Sprachförderung für bis zu acht Kindern pro Gruppe statt. Insgesamt 48 SprachtrainerInnen beschäftigen dazu das städtische Kinder- und Jugend-Service (KJSL).

Aufgrund von Beobachtungen des Sprachverhaltens durch standardisierte Erhebungsbögen wird der Entwicklungsstand des Kindes festgehalten und über das angestrebte Lernziel entschieden. Sprachangebote in Themenbausteinen aus der Lebenswelt der Kinder bauen darauf auf. Zum Beispiel: Das bin ich, Hier im Kindergarten, Meine Familie, mein Stadtteil usw.. Darüber hinaus entstehen Gruppen mit gleichem Sprachniveau für bessere Lernerfolge. Besondere Fähigkeiten und Interessen werden ebenfalls genutzt um Kindern zusätzliche Sprachförderung zu ermöglichen. Übungen zu Satzteilen und Satzstrukturen, Artikel, Zeiten und Verben finden vor allem im Alltag der größeren Kinder Platz. ■



Beim Rucksack-Modell handelt es sich um ein mehrstufiges Programm, das nicht nur die Förderung der Mehrsprachigkeit bei Migrantenkindern zum Ziel hat.

Daseinsvorsorge

Erfahrungsaustausch Innsbrucks mit Vorarlberg

Es ist wichtig, sich über Angebote und Systeme der Daseinsvorsorge in anderen Gemeinden zu informieren“, erläuterte die für Senioren und Seniorinnen ressortzuständige Vizebürgermeisterin der Stadt Innsbruck, Christine Oppitz-Plörer. Daher besuchten Mitglieder des gemeinderätlichen Ausschusses für soziale Daseinsvorsorge sowie des Seniorenausschusses und Mitarbeiter der Innsbrucker Sozialen Dienste (ISD) am 28. Jänner das IAP Sozialzentrum Ludesch und das Haus der Generationen in Götzis.

Integrierte Altenpflege in Ludesch

Die Gemeinde Ludesch geht mit der integrierten Altenpflege Ludesch einen Weg der Daseinsvorsorge, der besonders auf die Vernetzung ambulanter und stationärer Dienste abzielt. Unter dem Schlagwort „Case Management“ versucht man dort individuell auf jeden einzelnen Fall einzugehen, Lösungen zu finden und Wahlmöglichkeiten anzubieten.

Sozialzentrumsleiter Dieter Jenny empfing die Gäste aus Innsbruck im 200 Jahre alten Bauernhof, der liebevoll zum Sozialzentrum umgebaut wurde. Neben entsteht derzeit ein Erweiterungsbau für 20 Pflegebetten und Seniorenwohnungen. Gemeinsam mit dem Arzt und „Case Management Coach“ Dr. Klaus Zitt erklärte Jenny sehr anschaulich das Ludescher Modell. Das Angebot im Haus reicht von Beratung der Angehörigen über die Organisation von Hauskrankenpflege, Kurzzeit- und Langzeitpflege bis hin zu Seniorenwohnungen. Die ambulanten Pflegebetten stehen kundenorientiert und flexibel rund um die Uhr und kurzfristig zur Verfügung. „Wir wollen Dienstleister sein“, so Zentrumsleiter Jenny. Damit erreicht das Sozialzentrum Ludesch, daß weniger Menschen in Langzeitpflege untergebracht sind.

<http://www.ludesch.at>

Haus der Generationen in Götzis

Die zweite Station der Innsbrucker Delegation war das Haus der Generationen im Zentrum von Götzis, in dem von der Kinderkrippe, über Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler, freie Jugendarbeit, betreutes Wohnen bis hin zum Pflege-



Im Bild: 1. Reihe v.l. GR Peter Pipal, GRin Renate Kramer-Stark, GRin Sigrig Marinell, GRin Herlinde Ladurner-Keuschnigg, Barbara Hutter; 2. Reihe v.l. Case Management Coach Klaus Zitt, ISD-Sozialservice-Leiter Robert Senn, Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer, ISD-Qualitätsmanager Reinhard Griener, Hubert Innerebner; 3. Reihe v.l. Sozialzentrumsleiter Dieter Jenny und ISD-Geschäftsführer Hubert Innerebner

heim, Institutionen für alle Generationen der Gemeinde untergebracht sind. Dadurch ergeben sich oft auch spontane Kontakte zwischen Jung und Alt, von denen, wie der Leiter der Sozialdienste Götzis GmbH Martin Herburger und Pflegedienstleiterin Ruth Weiskopf erklärten, alle profitierten. Im hellen, freundlichen Haus wohnen 80 ältere Menschen aller Pflegestufen, die von 116 Angestellten betreut werden. Auch die ambulanten Dienste sowie die Tages- und Urlaubsbetreuung sind im Haus der Generationen stationiert.

<http://www.goetzis.at>

Die TeilnehmerInnen

Organisiert wurde die Informationsfahrt von Barbara Hutter vom Referat Frauenförderung, Familien und Senioren der Stadt Innsbruck. Teilgenommen haben neben Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer auch die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen Herlinde Ladurner-Keuschnigg, Renate Krammer-Stark, Sigrig Marinell und Peter Pipal sowie der ISD-Geschäftsführer Hubert Innerebner, Robert Senn (Leitung ISD-Sozialservice) und ISD-Qualitätsmanager Reinhard Griener. ■

<http://www.innsbruck.gv.at>

»Eisvogel« im Wiener Hafen

Freie Fahrt: 36 Tonnen Stahl und 520 PS im Kampf gegen das Eis

Hoch „Robinson“ verhilft einer Kaltfront über Europa derzeit zu vollem Durchbruch. Die Kältewelle hat auch Wien voll erfaßt und macht vor dem Wiener Hafen, einem Unternehmen der Wien Holding, nicht halt: Die frostigen Temperaturen lassen das Wasser zu einer dicken Eisschicht erstarren. Ab minus sechs Grad frieren die Fahrrinnen der Hafenbecken innerhalb eines Tages zu. Deshalb sorgt die „Eisvogel“ – der Eisbrecher des Wiener Hafens – dafür, daß der Hafen für die Schifffahrt offen bleibt. In der letzten Jännerwoche war das Schiff in diesem Winter zum ersten Mal im Einsatz, um in bis zu 15 Zentimeter dicke Eisplatten Wasserwege zu brechen.

36 Tonnen bringt der 32 Meter lange und sechseinhalb Meter breite Eisbrecher auf die Waage. Um sich mit noch größerer Wucht auf die Eisplatten zu hieven, kann das Schiff das Doppelte seines Gewichtes zusätzlich an Wasserballast aufnehmen. 14 Millimeter dicker Stahl schützt den Rumpf vor den scharfen, harten Eisschollen. Die 520 PS starken Dieselmotoren schieben den Koloss im Schrittempo Meter für Meter voran. Noch ist die Eisedecke im Wiener Hafen nicht besonders dick. „Bis zu 60 Zentimeter dickes Eis schaffen wir locker“, erklärt Kapitän Wolfgang Steindl. Zuletzt war das 1985 der Fall, bei tagelanger klirrender Kälte mit bis zu minus 28 Grad. Dann vibriert im Kampf gegen die Eismassen der ganze Schiffskörper, Heckwasser schäumt auf und laut knirschend bricht das Eis in Stücke“, so Steindl.

„Ein bis maximal zwei Stunden werden derzeit benötigt, um eine Fahrrinne in einen der drei Wiener Häfen zu brechen. Fünf Mann Besatzung arbeiten auf der „Eisvogel“: ein Kapitän, ein Maschinist, zwei Steuerleute und ein Matrose“, erklärt Hafen-Direktor Rudolf Mutz. Der Job ist kein einfacher bei dem vielen Lärm unter Deck. Auch die Steuerung des großen Ruders ist oft Schwerarbeit und erfordert gleichzeitig Fingerspitzengefühl, wenn das Schiff bis auf wenige Millimeter an die Kaimauer heranmanövriert wird.

Auch im Winter in Vollbetrieb

„Als größter Donauhafen Österreichs und einer der wichtigsten Donauhäfen in Europa muß der Wiener Hafen auch im Winter nicht



Foto: Christian Fürtner / PID

Eisbrecher »Eisvogel« war in diesem Winter erstmals im Einsatz im Wiener Hafen.

nur für die Güter, die per Schiene und LKW hier umgeschlagen werden, sondern auch für die Schifffahrt offen sein“, erklärt Direktor Mutz. Pro Jahr werden im Logistikzentrum Wiener Hafen von allen dort ansässigen Unternehmen bereits rund 12 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Etwa die Hälfte der Güter werden per LKW, 35 Prozent per Bahn und 15 Prozent per Schiff umgeschlagen.

In allen drei Häfen (Hafen Albern, Hafen Freudenau und Ölhafen Lobau) werden pro Jahr fast 1.700 Frachtschiffe abgefertigt. „Im Winter sind es immerhin bis zu 400 Schiffe“, so der neue Hafen-Co-Direktor Herbert Szirta. „Per Schiff werden vor allem Mineralölprodukte (über 60%) sowie Streusalz, Baustoffe wie Zement, Sand oder Stahlprodukte bzw. landwirtschaftliche Produkte wie Getreide und Kunstdünger transportiert. Der Wiener Hafen betreibt für den Winterdienst der Stadt Wien auch eine Soleanlage. Damit stellt der Hafen Wien als Nahversorger Wiens u.a. auch sicher, daß im Winter ausreichend gestreut und damit zur Sicherheit der Strassen beigetragen werden kann.“ Genau deshalb ist die „Eisvogel“ im Winter immer startklar, um das Eis im Hafenbecken aufzubrechen, den Schiffen die Ein- und Ausfahrt zu ermöglichen, vor allem aber um den Kähnen den gigantischen Druck des Eises zu nehmen. Denn das Hafenbecken kann rasch zufrieren. Ab minus 15 Grad sogar innerhalb weniger Stunden. In diesem Geschäft ist die

„Eisvogel“ bereits ein „alter Hase“, der sich seit 1955 erfolgreich bewährt.

Der Wiener Hafen

Mit einer Fläche von 3,5 Millionen m² ist das Logistikzentrum Wiener Hafen das größte Güterverkehrszentrum in Österreich. Es beherbergt den größten öffentlichen Donauhafen Österreichs mit den Frachthäfen Freudenau und Albern sowie dem Ölhafen Lobau. Auch die Personenhäfen bei der Reichsbrücke und am Donaukanal gehören dazu. Neben den Gesellschaften der Wiener Hafengruppe haben sich mittlerweile rund 120 hauptsächlich logistiknahe Unternehmen angesiedelt, darunter weltweit agierende Logistiker wie etwa Schenker, Kühne & Nagel, DHL oder die Rail Cargo Austria sowie zahlreiche Unternehmen aus dem Handels- und Baubereich oder der Treibstoffbranche. Insgesamt arbeiten rund 5000 Beschäftigte im Logistikzentrum Hafen Wien. Rund 2000 Kilometer entfernt vom Schwarzen Meer und rund 1500 Kilometer von der Nordsee, punktet der Wiener Hafen mit seiner optimalen direkten Anbindung an die drei Verkehrsträger Schiff, Eisenbahn und LKW sowie mit der Nähe zum Flughafen Wien-Schwechat. Diese Standortvorteile steigern die Bedeutung des Wiener Hafens für die Wirtschaft im gesamten CEE-Raum und machen ihn zum idealen Hub zwischen Ost und West. ■

<http://www.hafenwien.com>

Schüler machen Zeitung

Improvisationstheater in Graz sorgte zum Auftakt für lockere Atmosphäre



Bildungslandesrätin Grossmann folgte der Aufforderung des Improvisationstheaters und sorgte für eine Stimulation des Kreativitätszentrums bei Harry Lange.

Der Altersschnitt bei Veranstaltungen im Weißen Saal der Grazer Burg ist üblicherweise um einiges höher, doch am Nachmittag des 27. Jänner erfuhr der ehrwürdige Saal eine Frischzellenkur der besonderen Art: Bei der Auftaktveranstaltung zu „Schüler machen Zeitung“ – einem Projekt der „Kleinen Zeitung“ mit Unterstützung des Landes Steiermark – hatten eindeutig die rund 140 Jugendlichen das Zepter in der Hand. Das hochkarätig besetzte Podium – neben Landeshauptmann Franz Voves waren auch Landesrätin Elisabeth Grossmann, „Zweitfrau“-Sängerin Diana Lueger, die Eishockey-Profis Harry Lange und Florian Iberer von den Graz99ers und „Kleine Zeitung“-Chefredakteur-Stellvertreter Thomas Götz anwesend – ließ sich ebenso wie die versammelten Schüler vom Auftritt des Improvisationstheaters „BaggerindaMur“ mitreißen.

Nachdem das Eis gebrochen war, leitete Moderatorin und „Kleine Zeitung“-Redakteurin Claudia Gigler über in eine Podiumsdiskussion zu den Themen Mitbestimmung, Auslandserfahrung, Jugendliche Finanzwelt, Fankultur und Glück.

Landeshauptmann Voves zeigte sich vom Engagement und der Beteiligung der Ju-

bringen und aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen.“

Nach der Diskussion folgte ein Wechsel in den Roten Saal, wo die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit hatten, Experten Fragen zu stellen, Fotos zu machen, zu diskutieren und guten Eindruck zu hinterlassen: „Es zeigt sich mir immer wieder, daß viele junge Menschen für wichtige Themen wie Politik, Wirtschaft und Soziales aufgeschlossen sind. Deshalb freue ich mich ganz besonders, daß heute so viele von euch hier sind und mitreden wollen“, streute Bildungslandesrätin Grossmann den Jugendlichen Blumen.

Unter allen Schulen, die sich für den Projektunterricht beworben haben, wurden insgesamt 20 Teams (fünf bis acht Schüler je Schule) ausgewählt. Diese Teams bekommen nun die Möglichkeit, erste Erfahrungen als Redakteur zu sammeln. Im Newsroom der „Kleinen Zeitung“ wird jedes Schüler-team ein Thema „zeitungsfertig“ machen, und auch in der Online-Redaktion warten spannende Projekte und die Chance im



Heitere Gesichter bei der Show des Improvisationstheaters »BaggerindaMur« am Podium (v.l.): Bildungslandesrätin Elisabeth Grossmann, Redakteurin Claudia Gigler, Landeshauptmann Franz Voves, Chefredakteur-Stv. Thomas Götz und »Zweitfrau« Diana Lueger.

Fotos Landespressedienst / Gruber

gendlichen begeistert: „Politik, die nicht hinein hört in die Menschen, ist keine gute Politik. Deshalb freue ich mich immer wieder, mit jungen Menschen zusammen zu kommen, die ‚mitmischen‘ wollen, die sich ein-

tagesaktuellen Geschehen in die Welt der „Online News“ einzutauchen. Insgesamt werden die Schüler zu 20 Themen Artikel schreiben, eine Prämierung der besten Artikel, Fotos, etc. ist für Ende Juni geplant. ■

»Wiener Eistraum«

Neues Erscheinungsbild zum 15 Jahre-Jubiläum –
Eislandschaft in beiden Parkhälften, 190-Meter-Schleife

Wollen Sie einen richtigen Eistraum erleben, müssen Sie nach Wien fahren“, so bezeichnete CNN die Wiener Eislandschaft im Herzen Wiens. „Das zeigt, daß der Wiener Eistraum mittlerweile zum weltweiten Markenzeichen für Wien geworden ist und nicht nur von den WienerInnen positiv angenommen wird“, freut sich Stadtrat Christian Oxonitsch. „92 Prozent der BesucherInnen sind mit dem Eislaufserlebnis vor dem Rathaus hoch zufrieden und bewerten es mit Bestnoten!“

Von ursprünglich 1800 Quadratmetern Eisfläche hat sich der „Wiener Eistraum“ zu einer traumhaften Eis-Erlebnislandschaft mit nunmehr fast 5600 Quadratmetern entwickelt. „Damit ist der Eistraum die größte mobile Eislandschaft der Welt und zieht jährlich über 400.000 Menschen an“, betont Oxonitsch. „Ein international beneidetes Juwel also, das den WienerInnen ab 21. Jänner 2010 wieder vergnügliche Wintersportmöglichkeiten bietet!“

Märchenhafte Eislandschaft

Zum 15-Jahres-Jubiläum gibt es am Wiener Eistraum eine einzigartige Neuerung: Der Traumpfad, der bisher im Südpark die zwei großen Eisflächen miteinander verband, bekommt 2010 eine neue 190 m lange Schleife, die erstmals den Nordpark erschließt. Neben den nunmehr drei Kurven, die der romantische 600 m lange Pfad durch beide Parkhälften zieht, bekommt auch die große Fläche vor dem Rathaus ein neues Erscheinungsbild. Nicht rechteckig, sondern in abgerundeter und kurvig-gewellter Form fügt sie sich in die romantische Eislandschaft ein.

Mit 11. Jänner ging die neue Homepage <http://www.wienereistraum.com> online und präsentiert in englischer und deutscher Sprache alle Infos und viel Service rund um den Wiener Eistraum. Dies wird ganz besonders den Eisstockschiützen gefallen: Denn neben der online-Anmeldung und Reservierung der Bahnen sind nun erstmals Handy- und Kreditkartenzahlung möglich, was die Abwicklung für die Gäste wesentlich erleichtert. Zusätzlich zur Eistraum Hotline (40 900 40), die schon seit 5. Jänner aktiviert ist, gibt es am Wiener Eistraum erstmals auch einen



Foto: Pressefoto Votava

Infostand bei den Kassen von 9 bis 22 Uhr. Hier sind Anregungen und Feedback zur Veranstaltung herzlich willkommen.

Neben diesen neuen Informationstools wurden 2010 auch die sanitären Anlagen erweitert: Zusätzlich stehen sieben Damen-toiletten und – dem Wunsch zahlreicher Mütter entsprechend – ein neuer Wickelraum zur Verfügung. Das große Wärmezelt verfügt erstmals über eigene sanitäre Anlagen, die direkt vom Lokal aus zugänglich sind. Damit wird den Gästen in Zukunft der Weg über den Platz erspart.

Der Schlittschuhverleih bietet für die Eistraum BesucherInnen über 1200 Paar mit Warmluft vorgewärmte Schlittschuhe in den Größen 25 bis 50. Auf Anfrage gibt es dazu kostenlos atmungsaktive Einwegsocken. Sicherheit hat oberste Priorität und so stehen für die kleinsten Gäste neben den kostenlosen Sicherheitshelmen auch gratis verstellbare Doppelkufen in den Größen 21 bis 25 zur Verfügung.

Erstmals schmückt auch ein knapp 280 m² großes Gastronomie-Wärmezelt mit verglastem Loungebereich den Rathausplatz. Damit verwöhnen insgesamt neun Gastronomen mit Tiroler Gröstl, Bauernbrot, knusprigen Waffeln, Käsespätzle, Ofenkartoffeln und vielen anderen Köstlichkeiten die Gäste am Rathausplatz.

Auch heuer können wieder alle Wiener Buben und Mädchen vom Kindergartenalter bis zur 4. Volksschulklasse am Wiener Eistraum gratis ihre Runden zu drehen.

Besucherstromanalyse und Umweltsrentabilität

Laut einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien sind 73 Prozent der BesucherInnen des Wiener Eistraums WienerInnen, 12 Prozent der BesucherInnen kommen aus den Bundesländern und 15 Prozent aus dem Ausland. Für 77 Prozent der BesucherInnen ist Besuch des Wiener Eistraums im Winter ein fixer Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung.

78 Prozent der befragten WienerInnen, 77 Prozent der BesucherInnen aus den Bundesländern und 70 Prozent der BesucherInnen aus dem Ausland würden keine andere Sport- und Freizeitaktivität ausüben, wenn es den Wiener Eistraum nicht gäbe. Das Besondere am Wiener Eistraum ist für den größten Teil der Gäste die Lage mitten in der Stadt (39 Prozent), die tolle Eislandschaft (29 Prozent), der einzigartige „Traumpfad“ (24 Prozent) und generell die Atmosphäre und das Ambiente (23 Prozent).

Insgesamt löst der Wiener Eistraum inlandswirksame Ausgaben in der Höhe von jährlich 14,30 Mio. Euro aus und leistet einen Beitrag zum BIP von 16,44 Mio. Euro. Dies entspricht 292 Ganzjahresarbeitsplätzen. An Steuern nimmt die Stadt durch den Wiener Eistraum insgesamt 4,45 Mio. Euro, an Abgaben 570.000 Euro ein. Die Stadt Wien kann somit alle investierten Steuergelder in der Höhe von 490.000 Euro durch unmittelbare Steuerrückflüsse – zu 117 Prozent – refinanzieren. ■

<http://www.wienereistraum.com>

»Schweizerhaus« ausgezeichnet

Tourismuspreis der Wiener Wirtschaft beim Wiener Tourismusabend 2010

Der diesjährige Tourismuspreis der Wiener Wirtschaft ging am Abend des 20. Jänner an das Restaurant „Schweizerhaus“. Im Rahmen des Wiener Tourismusabends, der unter dem Titel „Menschlichkeit und Marketing – ein Widerspruch?“ stand, übergaben KommR Brigitte Jank, Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien und KommR Josef Bitzinger, Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft, vor den Augen von rund 450 geladenen Gästen die Auszeichnung an die Familie Kolarik. Die Begründung der Jury: Das Schweizerhaus ist ein Wiener Traditionsbetrieb, der als gastronomisches Markenzeichen für Wien fungiert. Die hohen Besucherzahlen von rund 700.000 Gästen pro Saison und die Beschäftigung von über 100 Mitarbeitern spiegeln die wirtschaftliche Bedeutung des Betriebs für Wien wider. Das Schweizerhaus ist eine Genußoase in Wien, die das Image der Stadt Wien seit Jahren aktiv mitbildet. Deshalb ist eine Honorierung dieses Traditionsbetriebs mehr als gerechtfertigt.

Seit 23 Jahren stiftet die Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Wien einen Ehrenpreis für besondere Verdienste um den Wiener Fremdenverkehr. Ausgezeichnet werden Personen und Institutionen, die durch außergewöhnliche Aktionen dem Wiener Fremdenverkehr neue Impulse verleihen. Zu den bisherigen Preisträgern zählen etwa Friedensreich Hundert-



Foto: Michael Weinwurm

V. l.: KommR Karl-Jan Kolarik, KommR Josef Bitzinger und KommR Brigitte Jank

wasser, Ex-Tiergarten-Direktor Helmut Pechlaner, die Original Sacher-Torte, der Wien Marathon, Thomas Schäfer-Elmayer, die Wiener Sängerknaben oder der Stephansdom.

Qualitätsvolle Werbung für Wien

„Als Werbung für die hohe Qualität und das hervorragende Service der Wiener Gastronomiebetriebe hat das Schweizerhaus einen unschätzbaren Wert“, sagt Jank. „Der Familie Kolarik ist es gelungen, aus ihrem Lokal eine Wiener Institution zu machen, die im In- und Ausland gleichermaßen bekannt und beliebt ist. Darüber hinaus ist der Familienbetrieb mit mehr als 100 Arbeitsplätzen seit langem ein wichtiger, zuverlässiger Arbeitgeber.“

„Sowohl im In- wie auch im Ausland ist ein Besuch im Schweizerhaus oft fixer Bestandteil eines Wien-Aufenthaltes. Auch die New York Times hat schon über diesen Traditionsbetrieb und über die hohe Qualität dieses Lokals berichtet. An heißen Tagen werden bis zu 7000 Krügel Budweiser Bier ausgeschenkt. Daß dieser Betrieb reibungslos funktioniert, ist dem Zusammenwirken von Hightech und perfekter Logistik sowie dem hochprofessionellen Service zu verdanken“, so Bitzinger.

<http://www.schweizerhaus.at>



Foto: Clemens Pfeiffer, 1190 Wien {{cc-by-sa-2.0-at}}

Typisch für das »Schweizerhaus«: Die Stelze mit Beilagen und das Krügel Bier.

Wien: Hohe Ehrungen für Peter Matic und Peter Henisch

Mailath-Pokorny: »Persönlichkeiten, denen das Wort wichtig ist«

Vor entsprechend prominenter Gratulantenschar, so etwa Wiens 2. Landtagspräsidentin Marianne Klicka, Franz Ferdinand Wolf und Bernhard Dworak, aber auch Bundestheater-Holding-Chef Georg Springer oder Heribert Sasse, überreichte Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny am 18. Jänner Kammerschauspieler Peter Matic und dem Schriftsteller Peter Henisch hohe Auszeichnungen des Landes Wien.

In einer Zeit, in der dem Wort immer geringere Aufmerksamkeit zuteil werde, so Pokorny, hätten sich beide um den besonderen Wert des gesprochenen (Matic) oder geschriebenen (Henisch) Wortes seit langer Zeit verdient gemacht. Die Laudationes hielten Gerhard Blasche vom Burgtheater (Matic), wie auch Walter Grünzweig von der TU Dortmund (Henisch). Blasche erinnerte in seiner Rede an die Vielfalt der Rollen, die der „alterslos“ wirkende Matic in Berlin, wie auch in Wien gespielt habe. Auch seine Qualitäten als Sänger, etwa in der Volksoper, hob Blasche hervor, der auch daran erinnerte, daß Matics Sohn, Peter Matic, erfolgreich in die Fußstapfen des Vaters getreten sei. Grünzweig, der den Werdegang von Henisch seit geraumer Zeit als Freund und Rezensent („Der Standard“) begleitet, hob bei diesem vor allem dessen zunehmendes Interesse an der Spiritualität hervor. Aus dem Chronisten der 68er-Generation sei, so die These Grünzweigs, aktuell der „theologischste Schriftsteller des deutschsprachigen Raumes“ geworden. Darüberhinaus empfahl er, Henischs Wien-Roman „Pepi Prohaska Prophet“ demnächst in der Gratis-Aktion des „Wiener Stadtbuches“ anzubieten. Insbesondere hob er auch die Bedeutung des Nachkriegszeit-Romans „Der schwarze Peter“ hervor, der Wiens Jahre nach 1945 aus der Sicht eines afro-österreichischen Kindes und späteren Musikers erzählt.

Matic betonte, daß er nicht so kokett sei, zu behaupten, daß ihm diese Auszeichnung nichts bedeute. „Ganz im Gegenteil!“ Und: „Wien hat mir immer Glück gebracht.“ Henisch hielt fest, daß er immer noch gerne in Wien arbeite und schreibe. Auch in Zukunft werde er dazu beitragen, die „Präsenz des Geistes in Wien wach zu halten.“



Foto: media wien

v.l.: Peter Henisch, StR Andreas Mailath-Pokorny und Peter Matic

Peter Matic

Sein erstes Engagement hatte Kammerschauspieler Peter Matic in den Jahren 1960 bis 1968 am Theater in der Josefstadt. Danach wechselte er nach Berlin ans Schillertheater bis zu dessen Schließung 1994. Der 1937 geborene Wiener feierte 1993 seine Premiere am Burgtheater in der österreichischen Erstaufführung des Stückes „Kroatischer Faust“ in der Regie von Hans Hollmann. Viele weitere Auftritte folgten an der Burg, insgesamt sind es bereits über 50 Rollen, in denen er zu sehen war. Unter der Direktion Klaus Bachler spielte er unter anderem den Pandarus in Shakespeares „Troilus und Cressida“ (2000) oder den Onkel Gustav in „Feuerwerk“ (2003). 2001 erhielt Matic als fünfter Träger den Albin-Skoda-Ring, 2005 wurde er, der aktuell Marcel Prousts „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ einspielt, von der ORF-Hörspiel-Jury zum „Schauspieler des Jahres“ gewählt. Bei den heurigen Festspielen Reichenau wird Matic, der seine Ausbildung seinerzeit noch bei Dorothea Neff erhielt, im Juli in Ibsens „Volksfeind“ zu sehen sein.

Peter Henisch

Henisch, Jahrgang 1943, zählt zu den produktivsten heimischen Schriftstellern. In Erdberg und Favoriten aufgewachsen, gab die Bundeshauptstadt immer wieder in seinen zahlreichen Romanen die Handlungsfolie her, so etwa in der „Schwarze Peter“ (2000) oder früher in „Der Mai ist vorbei“ (1978). Berühmt ist Henisch, der mit Helmut Zenker und Gustav Ernst zu den Gründungsmitgliedern der 1969 gegründeten Literaturzeitschrift „Wespennest“ zählt, vor allem mit seinem Klassiker „Die kleine Figur meines Vaters“ (1975) geworden, einer intimen Auseinandersetzung mit seinem realen Vater Walter Henisch, der als Fotograf im Zweiten Weltkrieg, später bei der „Arbeiter Zeitung“ tätig war. Im Herbst 2007 setzte er seiner Großmutter mit dem Roman „Eine sehr kleine Frau“ ein literarisches Denkmal. Vergangenes Jahr erschien sein bislang letzter Roman „Der verirrte Messias“ (2009), der, laut einer APA-Rezension, sowohl als „schräge Liebesgeschichte“ wie auch als „literarischer Reiseführer durch Israel“ gelesen werden kann. ■

Hofrat als Radiomoderator

Der 87jährige Wiener Hans Ruiner wurde im australischen Taree würdig gefeiert.

Aus den unvollendeten Memoiren des Hans Ruiner ist ersichtlich, wie schwer sich seine Jugend nach dem frühen Tode seines Vaters und der Krankheit seiner Mutter gestaltet hat. Nach der Realschule absolvierte er die „Finanzschule“, die ihm die Matura mit zusätzlichem Latein ermöglichte – um an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wien inskribieren zu können. Das Studium hatte er jedoch abgebrochen, um sich voll seinem Arbeitsgebiet in der Zollverwaltung stellen zu können. Mit 27 Jahren wurde er bereits Kassenleiter beim Hauptzollamt Wien, baute das Kassenwesen nach neuen Gesichtspunkten auf, lehrte an der Finanzschule, die auch als „Akademie“ bezeichnet werden kann, schrieb Lehrbehelfe, war Prüfer auch für teilnehmende Finanzakademiker und brachte den Gedanken der automatisierten Abgabeneinhebung ins Finanzministerium. Bald darauf wurde er dorthin berufen, um maßgeblich daran mitzuarbeiten.

Als Zentralinspektor bereiste er die Bundesländer Österreichs, kontrollierte und belehrte, um anschließend den jeweiligen Finanzpräsidenten zu berichten. Interessant ist, daß er diese Dienstreisen weitgehend im eigenen Kraftwagen mit seiner, im Jahre 1944 angetrauten Frau Hermine und der Boxer-Hündin Cora unternahm.

Seine poetische Ader war bereits in der Schule bekannt. Einer seiner Spitznamen war kein geringerer als „Dichterfürst“. Stets fand er einige Minuten, ein Gedicht niederzuschreiben. Einige davon brachte seine Frau zur „Unzufriedenen“, einer Zeitung, die später auf „Die Frau“ umbenannt wurde, wo sie auch veröffentlicht wurden. Zwischendurch schrieb er ein lyrisches Drama „Der Wanderer“ und 1951 erschien der Gedichtband „Zu Dir“ im Europäischen Verlag.

Hans Ruiner faßte seine Tätigkeit stets als Hobby auf, auch wenn sein zweiter Gedichtband „kennst du es auch“ bei einem Wettbewerb mit dem Preis ausgezeichnet wurde, der ihm im Finanzministerium überreicht wurde. Er wurde vom damaligen Finanzminister Hannes Androsch und dessen Sekretär und späterem Bundeskanzler Franz Vranitzki (1986-1997) als „Hausdichter“ bezeichnet, es wurde auch im Rundfunk und Fernsehen über ihn berichtet. Er schrieb Prologe, Essays und Kurzgeschichten, die in ver-



v.l.: Dan Adam, Luzia Bokulic, Alex Brewer, Allison Flippence, Jacob Cass, Scott Pereira, Rob Meaton und Andy Colvin – im Vordergrund: Jubilar »Hofrat Hans«

schiedenen Monatszeitschriften erschienen sind. Lesungen erfolgten im „Blauen Salon“ des Finanzministeriums in der Himmelpfortgasse, dem ehemaligen Winterpalais von Prinz Eugen. An einer dieser Lesungen nahm auch Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970-1983) teil, der ihn anschließend nach Schönbrunn einlud.

Ein weiterer Gedichtband „Haben sie schon Gedichte gelesen?“ erschien im Grenzverlag 1970.

Den Familienwohnsitz verlegte er nach Eichgraben im Wienerwald, wo er neben Hunden verschiedene exotische Tiere in seinem Besitze hatte wie eine Boa Constrictor, einen Leguan, ein kleines Seidenpinselfläschchen und andere mehr. Diese Tiere regten ihn an, Kurzgeschichten und Gedichte über sie zu schreiben.

Einige Male besuchte er Australien mit seiner Frau, um deren Sohn Wolfgang, der sich dort ansässig gemacht hatte, zu besuchen. Dies führte letzten Endes dazu, die heimatlichen Zelte abzubauen und 1984 nach Australien auszuwandern. Keiner seiner Freunde dachte ernsthaft daran, daß er diese Absicht verwirklichen würde.

Nunmehr lebt er schon 26 Jahre in diesem gastlichen Lande. Leider ist seine Frau Hermine nach 56jähriger ungetrübter Ehe

am 22. Dezember 2000 verschieden. Anlässlich eines Besuches in Taree (New South Wales), er wohnt außerhalb, traf er beim deutschen Metzger Rudi Mentgens seine jetzige Freundin Luzia, die, wie er, in Wien geboren worden war. Sie war es, die ihn zu „2 BOB Radio“ brachte und ihn zu weiterer Schaffenskraft anspornte. Er schreibt Essays, Geschichten, Sketche und Gedichte, welche gut ankommen, dieweil ihn Luzia mit Musik und als Partnerin in den Sketches unterstützt. Nunmehr ist bereits das vierte Gedichtbändchen im Eigenverlag erschienen und einige weitere sind in Vorbereitung.

Hofrat Hans Ruiner wurde an seinem 87. Geburtstag bei „2 BOB Radio“ in Taree, wo er als ehrenamtlicher Moderator tätig ist, von seinen Freunden, die, wie er, in Ethnik-Programmen tätig sind, mit Glückwünschen überhäuft und einer wunderschönen Torte überrascht. Diese Gelegenheit hat ein Lokalreporter ergriffen, sein reichhaltiges Leben mit Foto in seiner Zeitung zu veröffentlichen. Die einleitende Zeile lautete: „Wir gratulieren zum Geburtstag, Hans!“

<http://www.2bobradio.org.au/>

Die ÖJ-Redaktion schließt sich gerne den vielen Gratulationen an und wünscht dem Jubilar weiterhin Gesundheit, viel Freude und Erfolg bei seinen vielfältigen Tätigkeiten!

Bioresorbierbare Knochen-Implantate

Knochenimplantate spielen besonders in der Unfallchirurgie seit jeher eine große Rolle. Im neuen Laura-Bassi-Zentrum BRIC (BioResorbable Implants for Children), das von der Medizinischen Universität Graz zusammen mit TU Wien und TU Graz sowie BOKU beantragt wurde, sollen Knochenimplantate speziell für Kinder entwickelt und getestet werden.

Implantate für Kinder müssen natürlich genauso wie für Erwachsenen bioverträglich sein, d.h. sie sollen nicht zu Entzündungen des Gewebes führen, haben aber ansonsten anderen Anforderungen als beim Erwachsenen gerecht zu werden. Ihre Größe und mechanische Belastbarkeit sind z.B. je nach Alter des Kindes sehr unterschiedlich. Der kindliche Knochen verändert außerdem seine Größe etwa bis zum 19. Lebensjahr, solange die Wachstumsfuge, von der das Wachstum ausgeht, noch offen und aktiv ist, was beim Implantieren berücksichtigt werden muß. Vor allem sind aber Biomechanik und Molekularbiologie der Knochenheilung bei Kindern weitgehend unerforscht.

Ein weiteres Problem tritt auf, wenn das Implantat nach der Verheilung des Knochens wieder entfernt wird. Es ist eine zweite Operation notwendig, die besonders für Kinder eine große Belastung darstellt. Diese zu vermeiden, ist eines der Hauptziele des Laura Bassi Zentrums BRIC. Das Ziel ist, Implantatwerkstoffe zu entwickeln, die sich nach einiger Zeit im Körper auflösen und somit ohne Operation verschwinden. Ihre Festigkeit muß zunächst genügend hoch sein, um die Belastungsfähigkeit des Knochens zu ersetzen. Mit der Zeit kann sich diese aber in dem Ausmaß verringern, als der Knochen seine ursprüngliche Tragfähigkeit mit zunehmender Heilung wieder zurückgewinnt und wird schließlich überflüssig. Das ist der ideale Zeitpunkt, an dem sich das Implantat im Körper aufgelöst haben soll.

Solche sich selbst im Körper auflösende Implantate gibt es schon seit einiger Zeit, und sie finden vor allem als zarte Gitterröhrchen in der Gefäßchirurgie („stents“) verbreitete Anwendung. Während für herkömmliche Knochenimplantate meist Stähle oder Titanlegierungen verwendet werden, sind die Grundmaterialien für bioresorbierbare Implantate meist spezielle Polymere.

Im Laura Bassi Zentrum sind somit sowohl ChemikerInnen und Verfahrenstech-

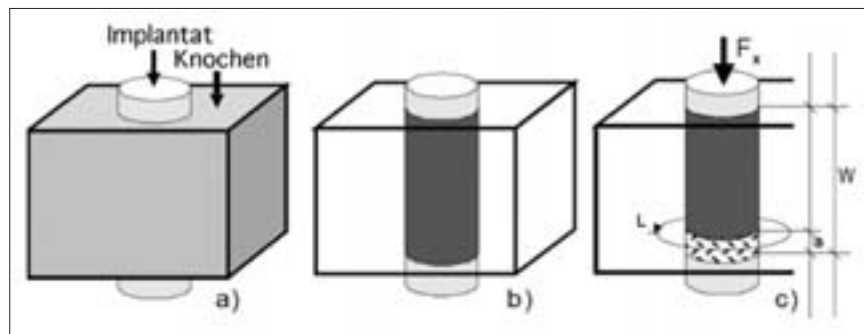
Foto: Universität für Bodenkultur Wien



Laura Bassi Gruppe BRIC an der BOKU (v.l.): Martin Meischel, Veronika Doblhoff-Dier, Stefanie Tschegg und Ulrike Karr

nikerInnen, als auch MaterialphysikerInnen notwendige KooperationspartnerInnen der Kinderchirurgie. ChemikerInnen und VerfahrenstechnikerInnen sind für die Entwicklung der neuen Polymerwerkstoffe verantwortlich, die nicht nur bioverträglich sein und eine hinreichend hohe Festigkeit besit-

zen müssen, sondern auch bioresorbierbar sind. Die Rolle der Produktion maßgeschneiderter Polymere haben zwei Institute der Technischen Universität Graz übernommen. Daneben sollen auch bioresorbierbare metallische Werkstoffe getestet werden. Es handelt sich dabei um Magnesiumlegierungen,



Schema des Durchstoßversuchs (aus Diplomarbeit M. Rödhammer, TU Wien und BOKU, April 2000)

a) schematisierte Anordnung vor dem Durchstoßen
b) ideale Spannungsverteilung über die gesamte Grenzfläche
c) beginnendes Auflösen der Bindung

welche vom Industriepartner des Laura Bassi Zentrums zur Verfügung gestellt werden.

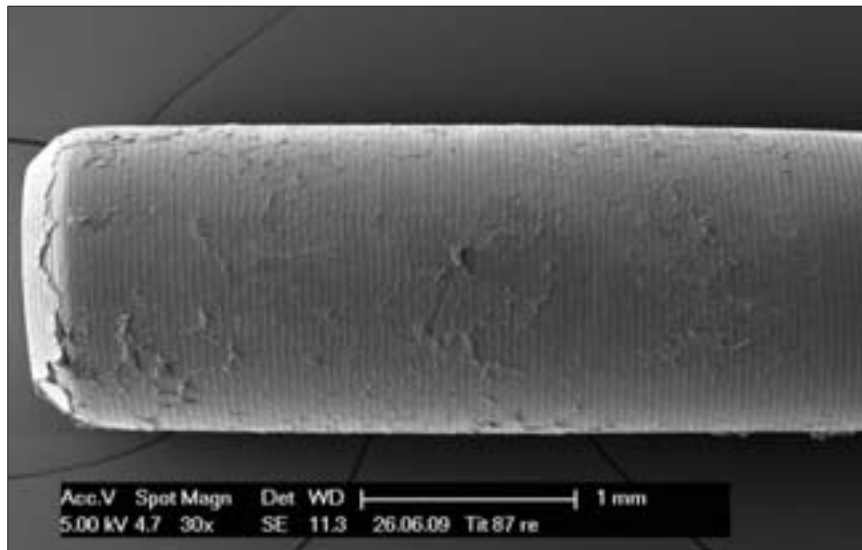
Die mechanischen und strukturellen Eigenschaften der Werkstoffe werden an der BOKU, am Institut für Physik und Materialwissenschaft in der Gruppe um Stefanie Tschegg und an der TU Wien am Institut für Hochbau und Technologie, Labor für Materialwissenschaft, untersucht. Die Werkstoffe benötigen die ideale Mischung aus Steifigkeit und Verformbarkeit. Sie müssen in Kombination mit dem Knochen diesem genügend Stabilität verleihen, dürfen aber auch nicht zu steif sein, um den Heilungsprozeß nicht zu behindern, wobei bei Kindern vor allem das Knochenwachstum an der Wachstumsfuge zu berücksichtigen ist.

Es ist also die Steifigkeit und Verformbarkeit der Kombination aus (gebrochenem) Knochen und Implantat ausschlaggebend. Diese werden vorerst an Knochenimplantat-Systemen von Versuchstieren (heranwachsenden Ratten) untersucht. Nach deren Operation werden die mechanischen Eigenschaften in Durchstoßversuchen (Herausdrücken) des Implantats aus dem Knochen mittels einer Materialprüfmaschine gemessen, nachdem das Implantat zuvor verschieden lange Zeit bereits eingewachsen war. So können die Scherfestigkeit und die für das Herausdrücken benötigte Energie bestimmt werden, und man kann damit beurteilen, wie gut und schnell ein bestimmtes Implantat einwächst, aber auch, ob und wie schnell es seine Festigkeit durch Auflösen im Körper allmählich wieder verliert.

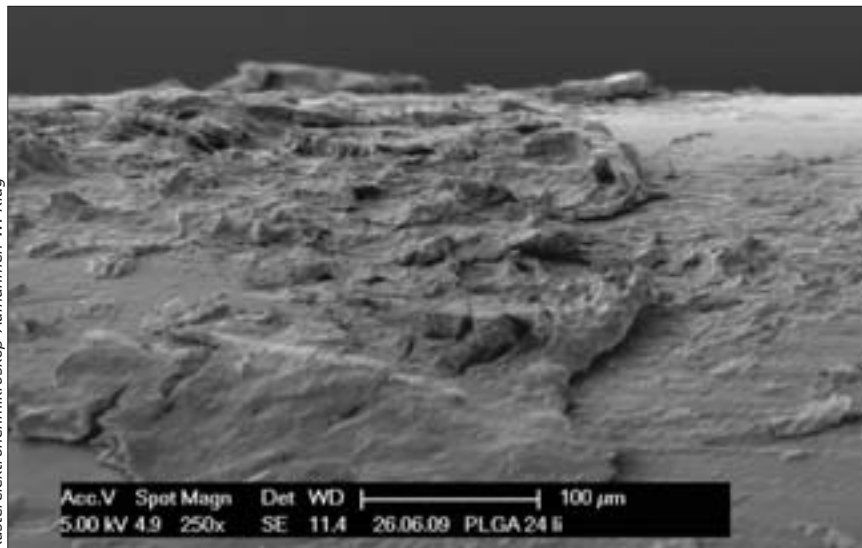
Wichtig ist es auch zu wissen, in welcher Weise und wie stark ein Knochen-Implantatssystem – z.B. gebrochener Unterschenkelknochen plus Implantat – beim Gehen beansprucht wird. Die charakteristischen Werte werden an diesen Systemen mit verschiedenen Lastspektren ermittelt, um eine Aussage über die zumutbaren Belastungen bzw. Schädigungen machen zu können.



Knochen mit Magnesium-Implantatstift vor Ausstoßversuch (aus Bakkalaureatsarbeit Gerald Holzlechner TU Wien)



Implantatstift aus Titanlegierung nach 1-monatiger Implantation: erste Knochengewebeanteile haben sich gebildet.



Polymerimplantat nach sechsmonatiger Implantation: Es hat sich schon eine massive Knochenschicht gebildet.

Parallel zu diesen mechanischen Messungen werden auch die mikrostrukturellen Details an Knochen-Implantat-Systemen untersucht, indem die Implantate nach den Durch-

stoßversuchen im Rasterelektronenmikroskop analysiert werden. Damit kann man zum Beispiel feststellen, wie gut Knochengewebe in verschiedenen Implantatmaterialien einwächst und wie lange der Heilungsprozeß dauert. Man kann aber auch feststellen, in welcher Weise und wie schnell sich bioresorbierbares Material auflöst.

Erste vergleichende Untersuchungen an Titan-, sowie Magnesiumlegierungen und an einem neuen PLGA Polymer waren bereits erfolgreich: Diplomarbeit R. Lindtner, Med-Uni Graz, April 2009; Bakkalaureatsarbeit G. Holzlechner, TU Wien, Februar 2008; Forschungsarbeiten S. Tschegg und W. Klug, Institut für Physik und Materialwissenschaft, BOKU, August 2009.

<http://www.w-fforte.at/de/laura-bassi/>

Quantensimulation eines relativistischen Teilchens

Dirac-Gleichung, ein Eckstein der Physik, von Innsbrucker Quantenphysikern simuliert

Forscher des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) verwendeten ein Ion zur Simulation eines relativistischen Quantenteilchens und konnten dabei ein Phänomen nachweisen, das in der Natur nie direkt beobachtet wurde: die sogenannte Zitterbewegung. Sie berichten darüber in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift „Nature“.

Nachdem sich die Quantenmechanik in den 1920er-Jahren etabliert hatte, gelang es dem britischen Physiker Paul Dirac 1928 erstmals, diese Theorie auch mit der von Albert Einstein postulierten Speziellen Relativitätstheorie zu verbinden. Damit konnte die Quantenphysik auch auf Teilchen anwendbar gemacht werden, für die relativistische Verhältnisse gelten, die sich also mit extrem hoher Geschwindigkeit (nahe der Lichtgeschwindigkeit) bewegen. Aus der von Dirac formulierten Gleichung entsprangen einige bahnbrechende neue Erkenntnisse wie jene, daß es zu jedem Teilchen auch ein Antiteilchen (die Antimaterie) gibt, sowie eine natürliche Erklärung für die Existenz des Elektronenspins. Der österreichische Nobelpreisträger Erwin Schrödinger postulierte in der Folge 1930 die Existenz der sogenannten Zitterbewegung, einer Art Fluktuation in der Bewegung relativistischer Teilchen. „Nach der Dirac-Gleichung bewegt sich ein solches Teilchen im freien Raum nicht geradlinig fort, sondern ‚zittert‘ in allen drei Raumdimensionen“, erklärt Christian Roos vom Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). „Es ist unklar, ob sich diese Zitterbewegung in der Natur direkt beobachten läßt.“

Quantensimulation eines Quantenteilchens

Physikalische Phänomene werden oftmals durch Gleichungen beschrieben, die zu kompliziert sind, um sie exakt zu lösen. In diesem Fall stützen sich Wissenschaftler oft auf Computersimulationen, um Antworten auf offene Fragen zu erhalten. Da diese Strategie selbst für relativ kleine Quanten-



Christian Roos
Institut für Quantenoptik und
Quanteninformation der ÖAW

systeme an der mangelnden Rechenleistung der Computer scheitert, haben Forscher wie Richard Feynman vorgeschlagen, diese Phänomene in anderen Quantensystemen experimentell zu simulieren. Voraussetzung dafür sind freilich sehr detaillierte Kenntnisse der Physik dieser Systeme und eine extrem gute Beherrschung der Technologie. All dies hat die Forschungsgruppe um Prof. Rainer Blatt mit ihren Experimenten zu Quantencomputern in den vergangenen Jahren in Innsbruck aufgebaut und ist daher nun in der Lage, solche Quantensimulationen im Labor durchzuführen. „Die Herausforderung besteht darin, die Gleichungen in dem Quantensystem gut nachzubilden, die verschiedenen Parameter

über einen weiten Bereich zu kontrollieren und die Ergebnisse zu messen“, sagt Christian Roos. Die Innsbrucker Experimentalphysiker haben dazu ein Kalziumatom in einer Ionenfalle gefangen und mit Lasern stark abgekühlt. In diesem wohldefinierten Zustand wurden dem Teilchen mit Hilfe von weiteren Lasern die Eigenschaften des zu simulierenden relativistischen Teilchens eingeschrieben. „Unser Quantensystem verhielt sich nun genau so wie ein freies, relativistisches Teilchen, das den Gesetzmäßigkeiten der Dirac-Gleichung gehorcht“, erklärt Rene Gerritsma, niederländischer Postdoc am IQOQI und Erstautor des Beitrags in der Fachzeitschrift „Nature“. Mit Hilfe von Messungen konnten die Wissenschaftler schließlich die Eigenschaften dieses simulierten Teilchens charakterisieren. „So gelang es uns, die Zitterbewegung in der Simulation nachzuweisen. Auch konnten wir die Wahrscheinlichkeit bestimmen, mit der sich das Teilchen an einem bestimmten Ort befindet“, erläutert Gerritsma. In dem sehr kleinen Quantensystem bildeten die Physiker die Dirac-Gleichung nur für eine räumliche Dimension nach. „Es handelt sich um ein Demonstrationsexperiment“, sagt Roos, „das mit entsprechendem technologischen Aufwand auch auf dreidimensionale Verhältnisse umgelegt werden kann.“

Auch Antiteilchen simuliert

Das Innsbrucker Experiment zeichnet sich durch eine extrem gute Beherrschung der physikalischen Eigenschaften des simulierten Teilchens aus. So konnten die Physiker zum Beispiel die Masse des Objekts verändern und auch Antiteilchen simulieren. „Letztendlich war unser Zugang sehr einfach, aber man muß erst einmal auf die Idee kommen, es so zu machen“, sagt Christian Roos, dessen Team sich dabei vom theoretischen Vorschlag einer spanischen Forschergruppe inspirieren ließ. Finanziell unterstützt wurden die Forscher unter anderem vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und der Europäischen Kommission. ■
<http://www.quantumoptics.at>

Neue Erfindung erzeugt »grünen« Schnee

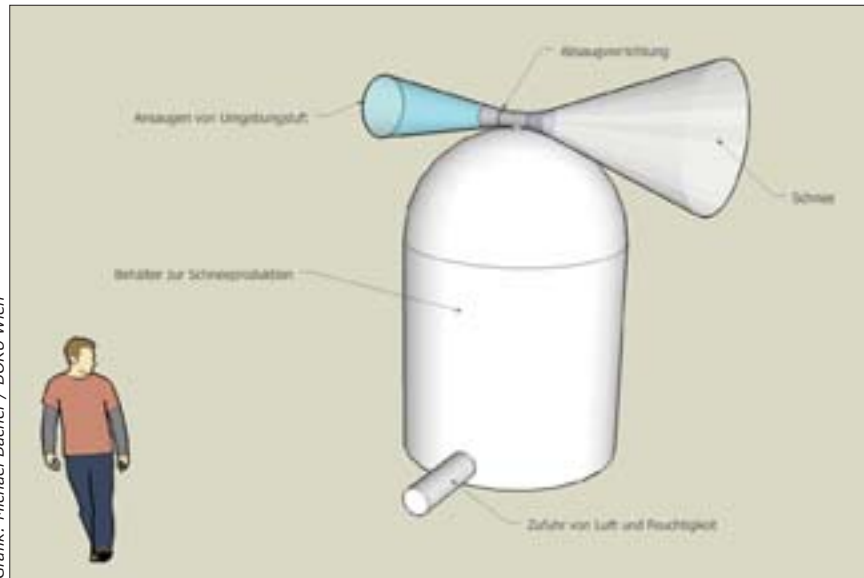
Wissenschaftler der Technischen Universität (TU) Wien und der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) haben den »Dendrite Generator« zur Erzeugung von naturidentem Kunstsnee erfunden. Die neue Technologie wurde von beiden Universitäten gemeinsam zum Patent angemeldet.

Bestehende Technologien zur künstlichen Erzeugung von Schnee sind durch einen hohen Energie- und Wasserverbrauch gekennzeichnet. Aufgrund der Konsistenz von bisher produziertem Kunstsnee (gefrorene Wassertropfen) können ökologische Nachteile für Flora und Fauna auf Skipisten entstehen. Aufgabe des neuen »Dendrite Generators« ist es, naturidenten Schnee (d.h. echte Schneekristalle mit hoher Porosität, geringer Dichte) zu erzeugen und dabei den Energie- und Wasserbedarf zu reduzieren. Diese Revolution in der Beschneigungstechnik kann die Anpassung des Wintersports an die Klimaänderung erleichtern. Der »Generator« erzeugt Kunstsnee mit sehr geringer Dichte, der natürlichem, trockenem Schnee sehr ähnlich ist. Der geringe Energieaufwand und die spezielle Technik der Schnee-Erzeugung ermöglichen einen weitreichenden Einsatzbereich, auch außerhalb von Skipisten.

Technologie

Die entwickelte Technologie besteht aus einem Behälter, in dem Bedingungen simuliert werden, wie sie auch in der Atmosphäre bzw. in Wolken vorkommen. Im Gegensatz zu diesen, sind die physikalischen Parameter in der hier entwickelten »künstlichen Wolke« kontrollierbar. Kalte und feuchte Luft werden im Behälter vermischt. Die entstehenden Eiskristalle wachsen durch die ständige Zufuhr von Feuchtigkeit und werden dabei in Schwebe gehalten. Auf diese Weise können aus den Eis-Nuklei (»Eisteilchen«) Schneekristalle unterschiedlichster Art entstehen, wobei bevorzugter Weise dendritische Formen erzeugt werden. Die fertigen Schneekristalle und Schneeflocken werden am oberen Ende des Behälters ausgeblasen und in die Umgebung verteilt. Durch die geringe Dichte des Schnees werden dafür keine aufwendigen und leistungsstarken Düsen bzw. Propeller mehr benötigt, um eine gleichmäßige Verteilung im Umkreis zu erreichen.

Die Patentanmeldung in Österreich erfolgte im September 2009 im Namen der TU



Grafik: Michael Bacher / BOKU Wien

Prinzipische Skizze des Prototypen: Der Behälter besteht aus einem Leichtbaurahmen mit Wandelementen zur Isolierung. Die Grundfläche und die Bauhöhe des Behälters können variabel gestaltet werden. In der Regel nimmt der Behälter ein Volumen von ca. 2m x 2m x 3m (b x l x h) ein und kann auf einer ebenen Fläche aufgestellt werden.

Wien und der BOKU. Für das Projekt konnte auch der »PRIZE«, die Prototypenförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend im Rahmen des uni:invent-Programmes, gewonnen werden. Damit ist der Prototypenbau für ein Jahr gesichert (Projektstart 01. Feber 2010).

Verwendung und Vorteile

Die mögliche Verwendung des »Generators« liegt im Beschneien von Skipisten (auch Indoor-Skianlagen) bzw. Flächen für Wintersport im Allgemeinen, der Optimierung von landwirtschaftlichen Kulturtechniken, in der kleinflächigen Beschneigung in Wohnhausanlagen, Parks oder Schulen für Sport- und Erholung und in der Beeinflussung des lokalen Bio- und Mikroklimas. Hier wird vor allem auf die Albedo Erhöhung, also dem Rückstrahlvermögen von diffus reflektierenden, nicht selbst leuchtenden Oberflächen, abgezielt. Die Innovation besticht im Vergleich zu konventionell her-

gestelltem Kunstsnee durch eine Reihe von Vorteilen:

- Erzeugung von Schnee mit geringer Dichte, was zu einer höheren Akzeptanz von künstlich beschneiten Pisten bei SkitouristInnen führt
- Weniger Wasserverbrauch pro m³ Schnee
- Geringerer Energiebedarf
- Keine Lärmentwicklung

Das Kooperationszentrum »Technik.Tourismus.Landschaft« (TTL), in welchem MitarbeiterInnen verschiedener Institute von mehreren Fakultäten an der TU Wien zusammenarbeiten, beschäftigt sich disziplinübergreifend mit Themen der kombinierten Technologie- und Landschaftsentwicklung in einem touristischem Zusammenhang. Es feiert am 1. Februar 2010 das 5jährige Bestehen. Zu diesem Anlaß wird auch der »Dendrite Generator« vorgestellt. ■

<http://ttl.tuwien.ac.at>

<http://www.boku.ac.at/ian>

Digitales Langzeitarchiv

Siemens errichtet das elektronische Gedächtnis der Republik im Österreichischen Staatsarchiv.

Das Bundeskanzleramt hat gemeinsam mit dem Österreichischen Staatsarchiv Siemens IT Solutions and Services (SIS) mit der Errichtung des elektronischen Archivs der Republik Österreich beauftragt. Mit der Errichtung des elektronischen Staatsarchivs wurde außerdem eine Generallizenz geschaffen, die es Ländern, Städten und Gemeinden erlaubt, die Siemens-Archivlösung kostenfrei zu nutzen. Das Österreichische Staatsarchiv, eines der bedeutendsten Archive der Welt, ist nicht nur Zentralarchiv für die Bundesministerien und die obersten Organe der Republik Österreich, sondern in seinen historischen Abteilungen insbesondere Hüter der archivalischen Überlieferung der Zentralbehörden der ehemaligen Habsburgermonarchie, der obersten Organe des Heiligen Römischen Reichs, sowie Besitzer einer umfangreichen babenbergisch-habsburgischen Urkundensammlung, die bis in das Jahr 816 zurückreicht. Siemens wird das elektronische Archiv acht Jahre betreuen und zusätzlich einen Webshop für das Staatsarchiv errichten. Der Auftragswert des gesamten Projekts beträgt 4,58 Mio. Euro.

„Bei diesem Projekt ist Siemens Österreich mit nichts Geringerem als der Errichtung des elektronischen Gedächtnisses der Republik Österreich betraut. Dieser Auftrag setzt großes Vertrauen unserer Kunden voraus. Das Vertrauen konnten wir mit einem umfassenden Konzept und viel Know-how aus zahlreichen vergangenen Projekten zum Thema Langzeitarchivierung gewinnen. Genau wie das Österreichische Staatsarchiv ist auch Siemens ein Unternehmen mit einer langen Geschichte und Tradition, darum freut es mich besonders, daß wir mit dem Staatsarchiv gemeinsam einen Schritt in die Zukunft gehen können“, sagt Brigitte Ederer, Vorsitzende des Vorstandes der Siemens AG Österreich.

„Im Sinne der Kosteneffizienz und um die KollegInnen von Ländern, Städten, Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften zu unterstützen, haben wir eine Generallizenz für die Archivlösung ausgeschrieben. Dadurch kann jede öffentliche Körperschaft die Archivlösung von Siemens nutzen ohne erneut Lizenzgebühren zahlen zu müssen“, berichtet Sektionschef Manfred Matzka.



v.l.: Manfred Matzka, Leiter der Sektion I (Präsidium) des Bundeskanzleramtes, Brigitte Ederer, Vorsitzende des Vorstandes der Siemens AG Österreich, und Hon.-Prof. Lorenz Mikoletzky, Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs.

„Das Österreichische Staatsarchiv verwahrt, erschließt und sichert über 1000 Jahre österreichischer Geschichte und wertvolles Kulturgut von gesamteuropäischer Bedeutung. Das digitale Langzeitarchiv ist ein ebenso notwendiger wie zukunftsweisender Baustein für das historisch so bedeutende Österreichische Staatsarchiv. Das Unternehmen Siemens verfügt über viel Erfahrung in der Realisierung von Projekten im öffentlichen Bereich und ist deshalb ein verlässlicher Partner bei der Errichtung unseres elektronischen Archivs“, sagt Hon.-Prof. Lorenz Mikoletzky, Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs.

Archiv-Lösung verhindert Verlust und Verfälschung von digitalen Daten

Aufgrund der flächendeckenden Einführung des elektronischen Aktes in der Bundesverwaltung 2004 ist die Errichtung eines elektronischen Staatsarchivs notwendig. Die in diesem Zusammenhang erlassene Büroordnung sieht die Abgabe elektronischer Akten spätestens 10 Jahre nach deren letzter Bearbeitung vor. Die Aufgabe von Siemens IT Solutions and Services ist es, über technische, infrastrukturelle und organisatorische Maßnahmen jeglichen Verlust und jegliche

Verfälschung der Informationen zu verhindern, die im digitalen Langzeitarchiv archiviert werden. Die Software wird von Siemens gemeinsam mit dem englischen Archivspezialisten Tessella plc geliefert. Um die Daten dauerhaft und verlustfrei zu sichern, werden mehrfach redundante Speicher eingesetzt und die Daten an zwei Standorten, dem Siemens Rechenzentrum in Wien und im zentralen Ausweichsystem (ZAS) des Bundes gespeichert. Das ZAS dient als Hochsicherheitsdatenspeicher und befindet sich in einem Bunker in 300 Metern Tiefe in St. Johann in Pongau. Darüber hinaus sind auch die Betriebserrichtung inklusive der Bereitstellung der Hardware, Erneuerung derselben nach 60 Monaten und die Lieferung der technischen Infrastruktur Teil des Auftrages.

Wichtige Siemens-Projekte im Bereich der Archivlösungen

Seit der Inbetriebnahme von CyberDOC, dem Urkundenarchiv der Notare 2001, hat Siemens noch zahlreiche weitere Archive, wie beispielsweise Archivium, das Urkundenarchiv der Rechtsanwälte oder das Archiv des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen in Betrieb genommen. Die Archive CyberDOC und Archivium dienen

der zeit- und ortsunabhängigen Einsichtnahme in die elektronische Urkundensammlung, speichern alle Dokumente dauerhaft und sicher und gewährleisten die Beibehaltung eines gleich bleibend hohen Rechtssicherheitsniveaus. Für das EU-Projekt SPOCS (Simple Procedures Online for Cross-border Services) entwickelt Siemens IT Solutions and Services einen Dokumenten-Safe, in dem alle relevanten Daten gespeichert werden. Mit SPOCS sollen künftig EU-weit alle notwendigen Formalitäten für die Gründung eines Dienstleistungsgewerbes elektronisch abgewickelt werden können.

Das Österreichische Staatsarchiv

Das Österreichische Staatsarchiv verfügt über 126 MitarbeiterInnen, die insgesamt 177.700 Regallaufmeter Archivgut betreuen. Zu den bedeutendsten Stücken zählen Martin Luthers 95 Thesen, ein Exemplar der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV, Vertragsinstrumente des Westfälischen Friedens sowie eine beglaubigte Kopie des Staatsvertrages. Durch den übernationalen Charakter seiner Bestände ist das Österreichische Staatsarchiv Anlaufstelle für ForscherInnen aus aller Welt. In der Archivbibliothek stehen den BenutzerInnen ca. 800.000 Bände zur Information und Recherche über historische Daten und Ereignisse zur Verfügung.

Die allgemeine Benutzung von digitalem Archivgut im digitalen Langzeitarchiv erfolgt über ein Web-Interface, somit kann rund um die Uhr auf die Daten zugegriffen werden. Der Benutzer erhält auf Anfrage eine signierte Kopie des Originals im digitalen Langzeitarchiv. Für die Entrichtung von Entgelten im Sinne der Benutzungsordnung soll ein webbasiertes Verrechnungssystem (Billingsystem) zur Verfügung stehen. Für einen Aktenproduzenten gelten in Hinblick auf die Einsichtnahme in sein Schriftgut keine Schutzfristen.

Innerhalb des Österreichischen Staatsarchivs arbeitet eine Projektgruppe an der Umsetzung des digitalen Langzeitarchivs. Anfangs 2010 werden archivtechnische Standards und Prozessabläufe definiert, damit im Echtbetrieb elektronische Akten übernommen werden können bzw. in der Folge eine Entlehnung auch möglich ist. Ab der Mitte des Jahres erfolgt die Implementierung des Systems und am Ende des Jahres ist ein Probebetrieb vorgesehen. Der Echtbetrieb des digitalen Langzeitarchivs im Österreichischen Staatsarchiv ist mit Dezember 2010 vorgesehen. ■

<http://www.oesta.gv.at>

Molekulare Spurensuche im arktischen Sediment

Ölquellen und die Tiefen der Erdkruste sind wohl der Ursprung hitzeliebender Bakterien im arktischen Meeressediment. Zu diesem Ergebnis hat ein vom Wissenschaftsfonds FWF unterstütztes Projekt beigetragen, in dessen Mittelpunkt molekularbiologische Methoden zur Untersuchung solcher „fehlplatzierten“ Bakterien stehen. Die Möglichkeit, daß auch molekularbiologische Methoden Hinweise auf Erdölvorkommen liefern können, gibt dem Projekt eine spannende wirtschaftliche Facette.

Vor mehr als 50 Jahren fand man sie – woher sie kommen, blieb rätselhaft: Bakterien, die sich eigentlich erst ab 50 Grad Celsius so richtig wohlfühlen, aber im arktischen Meeresbodensediment vor Spitzbergen bei Temperaturen um den Gefrierpunkt leben. Dabei ist „leben“ relativ zu verstehen, denn die gefundenen Bakterien zeigen dort wenig Neigung zu Stoffwechselaktivität und fristen ihr Dasein als Sporen, einer Überdauerungsform. Doch gerade ihr Stoffwechsel wäre eigentlich besonders interessant, sind einige doch als „Sulfatreduzierende Mikroorganismen“ (SRMs) zum Abbau organischer Materie bei fehlendem Sauerstoff fähig. Und genau diese Fähigkeit gab erste Hinweise auf eine mögliche Herkunft dieser mikrobiellen Migranten.

Aus der Tiefe

„An bestimmten Orten unseres Planeten herrschen Lebensbedingungen, die wir als unwirtlich bezeichnen würden, bei denen sich andere aber wohlfühlen. Thermophile SRMs lieben Temperaturen über 50 Grad Celsius und die Abwesenheit von Sauerstoff. Unter solchen Umständen können diese Mikroorganismen organisches Material abbauen“, erläutert Projektleiter Alexander Loy vom Department für Mikrobielle Ökologie der Universität Wien und ergänzt: „Unterseeische Ölquellen, aber auch Lebensräume tief in der Erdkruste bieten solche Plätze und waren unsere erste Vermutung über die Herkunft thermophiler SRMs in arktischem Sediment.“

Zur Klärung dieser Hypothese mußten Loy und sein Team zunächst entsprechende molekularbiologische Methoden anwenden, die eine Bestimmung der Verwandtschaften der thermophilen Bakterien erlaubten. Im Mittelpunkt der vom Wissenschaftsfonds

FWF unterstützten Arbeit stand dabei die sogenannte 16S rRNA, ein Bestandteil bakterieller „Proteinfabriken“. Aufgrund ihrer essenziellen Bedeutung für das Leben der Bakterien wird die 16S rRNA im Laufe der Evolution nur wenig verändert. Und diese wenigen Veränderungen erlauben Rückschlüsse auf die Verwandtschaften: Teilen zwei Arten eine dieser Veränderungen, so ist eine engere Verwandtschaft anzunehmen.

Verwandtschaft in Prozenten

Der Erfolg dieser Arbeit stellte sich rasch ein und im September 2009 konnten erste Fakten vom Team um Loy gemeinsam mit Daten von KollegInnen des Bremer Max-Planck-Instituts für Marine Mikrobiologie sowie der Universitäten in North Carolina (USA) und Aarhus (Dänemark) in SCIENCE veröffentlicht werden. Zu den Ergebnissen dieser „Ahnenforschung“ meint Loy: „Die engsten Verwandten der thermophilen Bakterien aus der Arktis kommen aus Erdölvorkommen in der Nordsee. Bis zu 96 Prozent der 16S rRNA stimmten zwischen diesen Arten und jenen aus dem arktischen Sediment überein.“ Das war ein erster Hinweis.

Ein weiterer wurde durch eine Analyse der Anzahl vorhandener Endosporen geliefert, die von Loys internationalen KollegInnen durchgeführt wurde. Denn aufgrund der gefundenen Anzahl wurde berechnet, daß pro Jahr und Quadratmeter 100 Mio. Bakteriensporen abgelagert werden. Das war der zweite wesentliche Hinweis auf den Ursprung dieser Bakterien. Offensichtlich muß dort eine so große Population existieren, daß eine kontinuierliche Versorgung möglich ist. Dafür kamen eigentlich nur Ölvorkommen und Ökosysteme der Erdkruste in Frage, in denen hohe Temperaturen ideale Lebensbedingungen für hitzeliebende Bakterien bieten.

Sollten diese thermophilen SRMs in arktischen Gewässern tatsächlich ihren Ursprung in unterseeischen Erdölquellen haben, dann würden die angewendeten Methoden auch einen Beitrag zur Ölexploration leisten können. Ein Aspekt, der für Loy im Rahmen seines FWF-Projektes nicht im Vordergrund steht – aber ein durchaus praktischer „Nebeneffekt“ sein könnte. ■

Ein Gebäude als Botschafter?

Die Olympischen Winterspiele in Vancouver sind in einem Bewerb bereits gewonnen: mit dem Österreich-Passivhaus mit Nachhaltigkeits-Gütesiegel.



Das Österreich-Haus ist traditionell beliebter Treffpunkt für Vertreter aus den Bereichen Sport, Medien, Wirtschaft und Politik aus aller Welt und damit auch wirkungsvoller Werbeträger für österreichische Gastfreundschaft und Qualität.

Bereits vor den Olympischen Winterspielen 2010 in Kanada erhält Österreich Medaillen: Das Österreich-Haus wurde als erstes Gebäude das internationale Gütesiegel für Nachhaltiges Bauen von der ÖGNI, der Österreichischen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen, verliehen. Ebenso hat das Österreich-Haus mit 983 (von 1000 möglichen) Punkten die höchste klima:aktiv Auszeichnung erreicht. Die BOKU Wien hat das Österreich-Haus wissenschaftlich begleitet und gemeinsam mit Drees & Sommer auditiert. Bauherr des Österreich-Hauses ist die Austrian Passive House Group (APG), ein Zusammenschluß von fünf Passivhaus-Pionieren aus Vorarlberg und Tirol. Planer sind Treberspurg & Partner Architekten.

Ein Gebäude als Botschafter?

Das Österreich-Haus ist traditionell beliebter Treffpunkt für Vertreter aus den Bereichen Sport, Medien, Wirtschaft und Politik aus aller Welt und damit auch wir-

kungsvoller Werbeträger für österreichische Gastfreundschaft und Qualität. Hier spielt das gesellschaftliche Ereignis eine ebenso zentrale Rolle wie die aktuelle ORF-Berichterstattung aus dem Österreich-Haus, in dem auch das Sendestudio untergebracht ist.

Bauherr des Österreich-Hauses ist die APG, die das Haus mit großem Idealismus errichtet hat. Zur APG haben sich die drei Vorarlberger Unternehmen Sohm Holzbau-technik, drexel und weiss energieeffiziente Haustechniksysteme, das Ingenieurbüro Erich Reiner sowie die beiden Tiroler Firmen Optiwin und zweiraum Werbeagentur zusammengeschlossen. Der architektonische Entwurf wurde von Treberspurg & Partner Architekten gesponsert. Ebenfalls eine Sponsorleistung war die wissenschaftliche Begutachtung, welche durch die BOKU-Arbeitsgruppe Ressourcenorientiertes Bauen und dem Wiener Büro Drees & Sommer eingebracht wurde.

Für die Olympischen Winterspiele in Vancouver hat das Gebäude eine besondere

Botschafterrolle. Das Österreich-Haus ist nicht nur das einzige Nationenhaus bei diesen Winterspielen, sondern auch das energieeffizienteste Gebäude, das jemals bei Olympischen Spielen errichtet wurde. Damit ist das Bauwerk ein Symbol für Kanada und die Welt, wie Energiefragen aktiv gelöst werden können und wie eine Nachhaltige Entwicklung verwirklicht werden kann.

Aber damit nicht genug: Dieses Vorzeigeprojekt für den Innovationsvorsprung der österreichischen Bau- und Immobilienwirtschaft kann bereits mehrere Auszeichnungen vorweisen. Das Österreich-Haus wurde vom Lebensministerium als klima:aktiv-Passivhaus ausgezeichnet. Das Audit der BOKU Wien ergab hervorragende Bewertungsnoten hinsichtlich Energieeffizienz und Bauökologie. Von den insgesamt erreichbaren 1000 Punkten wurden jetzt schon 983 Punkte erzielt. Bei Durchführung der geplanten Luftgütemessung können sogar 1000 Punkte erreicht werden.

Wissenschaft & Technik

Eine weitere Auszeichnung wurde am 29. Jänner feierlich von der ÖGNI an den Bauherren übergeben: Das internationale Gütesiegel für nachhaltiges Bauen (DGNB) – die erste Auszeichnung dieser Art für ein österreichisches Gebäude. Es berücksichtigt neben ökologischen Kriterien auch Lebenszykluskosten, soziokulturelle Merkmale und die Qualität der Planung und Ausführung, also alle Aspekte einer Nachhaltigen Entwicklung.

Die ÖGNI

ist ein Verein mit 139 Mitgliedern, welche am 29. September 2009 von 125 Gründungsmitgliedern (z.B. PORR, STRABAG, CA Immo, ATP) gegründet wurde. ÖGNI ist als „Austrian World Green Building Council“ Mitglied der weltweiten Dachorganisation „World Green Building Council“. Die Non-Profit-Organisation ist eine Initiative der Branche, um nachhaltiges Planen, Bauen und Bewirtschaften in Österreich zu fördern. Das Zertifizierungssystem DGNB bildet eine ausgezeichnete Grundlage zur Bewertung von Gebäuden und ist zugleich ein hervorragendes Instrument für die Planung. Es ist bisher das einzige „Rating Tool“ für Nachhaltige Gebäude, das auf wissenschaftlichen Grundlagen basiert und in Übereinstimmung mit den aktuellen Normungsaktivitäten der EU entwickelt wurde. Die länderübergreifende Vergleichbarkeit ist aufgrund meßbarer Performance-Indikatoren gegeben.

Die Universität für Bodenkultur ist mittlerweile auch ein Kompetenzzentrum für Klimaschutz und Energiefragen. Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist ein strategisches Ziel der Universität und die BOKU ist die einzige österreichische Universität mit einem zertifizierten EMAS - Umweltmanagementsystem. Nachhaltigkeitsforschung ist nicht nur interdisziplinär sondern transdisziplinär. Die Bauforschung integriert Fragen der Nutzer bzw. Bewohner sowie der Planungspraxis und liefert wissenschaftlich begründete und praktisch anwendbare Antworten für diese Akteure.

Die BOKU-Arbeitsgruppe „Ressourcenorientiertes Bauen“ ist eng verknüpft mit Experten aus der Praxis, welche seit Jahrzehnten erfolgreiche Solararchitektur und Green Buildings realisieren. Eines dieser Planungsbüros ist Treberspurg und Partner Architekten. Die sorgfältige Begutachtung und Evaluierung bestehender Demonstrationsgebäude ist immer mit einem wertvollen Erkenntnisgewinn verbunden, der sowohl in der universitären Lehre als auch in der Planung zukünftiger Gebäude einfließt.



Foto: Neue Heimat Tirol / Christof Lackner

Das größte Passivhaus-Areal Österreichs mit 354 Wohnungen wurde am Innsbrucker »Lodenareal« errichtet und im September 2009 den Bewohnern übergeben

Erstmals in der Geschichte der olympischen Nationenhäuser wurde mit dem Österreich-Haus ein Fast-Nullenergiehaus realisiert. Es besteht hauptsächlich aus natürlichen Baumaterialien und erfüllt die Kriterien des Passivhaus-Baustandards. Österreich hat beim energieeffizienten Bauen weltweit die Nase vorne. Pro Einwohner gibt es hierzulande mehr als 10 Mal so viel Passivhausfläche wie beispielsweise in Deutschland, dem Zweitgereihten in der Liste aller Länder und führend in der Anzahl der realisierten Passivhäuser. Weiters ist das heimische Gewerbe, die Industrie und die Forschung seit vielen Jahren eine weltweit bedeutende Größe im Bereich Erneuerbarer Energie, Solaraktives Bauen und Biomasse-Heizungen. Ein Aushängeschild dieses Know-hows wurde in den letzten Monaten anlässlich der Green Olympic Winter Games Vancouver 2010 in Whistler errichtet. Das Österreich-Haus ist eine Botschaft an die Welt, welche erprobten Lösungen im Baubereich bereits bestehen, um aktiven Klimaschutz zu betreiben und die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen.

Partner des Österreich-Hauses ist die IG Passivhaus Österreich (IGPH), die diese Kooperation mit der Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde zwischen Günter Lang, Geschäftsführer der IG Passivhaus Österreich und Erich Reiner, Repräsentant der APG offiziell besiegelte. Diese Partnerschaft wird von insgesamt 101 Mitgliedsbetrieben – meist KMU – aus dem Kreise der IG Passivhaus Österreich mitgetragen. Durch intensive Forschung, Entwicklung und Weiterbildung hat die IG Passivhaus wesentlich dazu beigetragen, Österreich in der Passivhaus-Liga zur internationalen Nummer 1 zu machen. „Das Österreich-Haus verschafft dem Passivhaus-Standard nun zum ersten Mal eine weltweite Aufmerksamkeit, die sonst nur ganz großen Marken vorbehalten ist. Für uns ist das eine einmalige Chance, einem breiten Publikum das Potenzial der Passivhäuser, den Know-how Vorsprung Österreichs auf diesem Gebiet und die Vorzüge, die dieser Baustandard für die Wohnqualität mit sich bringt, aufzuzeigen“, so Günter Lang. ■

<http://www.oesterreichhaus.at>

Vermeer »Die Malkunst«

Spurensicherung an einem Meisterwerk – Eine Ausstellung des Kunsthistorischen Museums von 26. Januar bis 25. April 2010

Der seit ihrer Wiederentdeckung durch Thoré-Bürger in den 1860er Jahren stets wachsende Ruhm von Johannes Vermeers „Malkunst“ erfährt einen ersten Höhepunkt während der so genannten Wanderausstellung der Kunstschätze aus Österreich, die nach dem Zweiten Weltkrieg von 1946 bis 1954 durch ganz Europa und Nordamerika reiste. Bis zu 24.142 Besucher am Tag bewunderten das Gemälde an neun Stationen der Schau in Amerika. Insgesamt wurde die Ausstellung bis 1954 in 21 Städten gezeigt.

Der sich bereits 1950 in New York abzeichnende fragile Zustand des Gemäldes erlaubte es jedoch nicht, die „Malkunst“ zur großen monographischen Ausstellung von 1995/96 in Den Haag und Washington, D.C., erneut auf Reisen zu schicken. Damals entschied man sich für eine Restaurierung des Gemäldes im Kunsthistorischen Museum, die durch Prof. Hubert Dietrich, unterstützt durch den Chemiker Dr. Werner Jütte, in den Jahren 1995 bis 1998 durchgeführt wurde. Während sich die „Malkunst“ als eines der begehrtesten Gemälde der abendländischen Kunst etablierte, das Besucher aus aller Welt täglich ins Kunsthistorische Museum führt, wurde das Bild nach Abschluß der Restaurierung Ende der 1990er Jahre innerhalb von etwas mehr als fünf Jahren auch zu acht Ausstellungen verliehen, die in Washington, Moskau, New York, London, Madrid, Tokyo, Kobe und Den Haag stattfanden.

Vor eineinhalb Jahren entfachte sich eine Debatte um die erneute Verschickung der „Malkunst“ nach Japan, und Fragen zum Erhaltungszustand des Gemäldes kamen vermehrt auf. Eine neue Untersuchung der „Malkunst“, die eine präzise Bestandsaufnahme des Erscheinungsbildes sowie ein besseres Verständnis des Erhaltungszustandes ermöglichen sollte, stellte sich als eine Notwendigkeit und zugleich als eine Chance dar, eine bis dahin fehlende Studie zur Maltechnik dieses Schlüsselwerks im Oeuvre Vermeers durchzuführen. Man entschied sich in diesem Zusammenhang zur Einbeziehung einer internationalen Fachkollegenschaft, die im Juni 2009 zu einem Kolloquium nach Wien eingeladen wurde. Für die Analyse der im Bildgefüge der „Malkunst“ zu beobachtenden Prozesse konnte Prof. Jaap Boon, Jaap



© Kunsthistorisches Museum Wien

Johannes Vermeer, »Die Malkunst«, um 1666/68, Öl auf Leinwand, 120 x 100 cm

Enterprise, Amsterdam, gewonnen werden, der seit vielen Jahren international auf diesem Gebiet tätig ist. Für den kunsthistorischen Bereich stand Arthur K. Wheelock, National Gallery of Art, Washington D.C., Pate; er hatte bereits im Zuge der Vorbereitungen zur Vermeer Ausstellung 1995/96 regen Anteil an den Untersuchungen am Gemälde, die im Vorfeld der Restaurierung stattfanden, womit sich nunmehr ein Kreis schließt.

Die Ergebnisse der Forschungen am Bild münden nun erstmals in eine Ausstellung zu Vermeers Hauptwerk im Kunsthistorischen Museum selbst, die erste Fokus-Ausstellung, die Vermeers Demonstrationsstück jemals

gewidmet wurde. Die Konzentration auf Vermeers „Malkunst“ erfolgte bewußt und versucht, in gewisser Weise der ursprünglichen Intention des Bildes und seines Schöpfers gerecht zu werden: Als Schaustück in Vermeers Atelier war das Meisterwerk dazu bestimmt, als herausragendes Zeugnis seiner Kunst von potentiellen Käufern und Kennern genau betrachtet und bewundert zu werden.

In der „Malkunst“ bedient sich Vermeer einer scheinbar realistisch wiedergegebenen Atelierszene, um einen allegorischen Sinngehalt zu vermitteln. Dabei bricht der Delfter Meister mit der seit der Renaissance bestehenden Tradition, die „Allegorie der

Kultur

Malerei“ in einer Einzelfigur darzustellen. Hier sitzt der Maler vielmehr an seiner Staffelei und beginnt, den Lorbeerkranz seines als Klio, Muse der Geschichte, kostümierten Modells auf die Leinwand zu bannen. Seit der Entstehung des Werkes zwischen 1666 und 1668 haben Ikonographie und Malweise zahllose Interpretationen hervorgerufen, die in der Ausstellung thematisiert werden. Einen aufschlußreichen, aber auch ästhetisch reizvollen Einstieg in die komplexe Ikonographie des Bildes bieten Requisiten, die den Gegenständen im Gemälde entsprechen; zudem ermöglicht die Präsentation einen direkten Vergleich zwischen den Objekten und deren Umsetzung in Malerei.

Kunsthistorische sowie technologische Fragestellungen fließen in der Schau zusammen, um der außerordentlichen Bedeutung der „Malkunst“ im Œuvre Vermeers auf komplementären Ebenen Rechnung zu tragen. Eine Spurensicherung als unvoreingenommene Bestandsaufnahme am Bild sowie an allen bisherigen zugänglichen Analysen fand sowohl im Dickicht der Kunstgeschichtsschreibung zur „Malkunst“ als auch in den

Dokumenten zur Geschichte des Bildes selbst statt. Der Vorteil und das Privileg, das Gemälde über einen längeren Zeitraum aus nächster Nähe untersuchen zu können, erlaubten einen regen und fruchtbaren Austausch zwischen den Fachkollegen auf kunsthistorischem, restauratorischem und naturwissenschaftlichem Gebiet.

Als Ergebnis dieser Spurensuche zum Bild und an ihm sind u. a. neue Vorschläge zur Interpretation des Gemäldes sowie die erstmalige Präsentation der vollständigen Rekonstruktion der Landkarte zu verzeichnen, die Vermeer als Vorlage diente. Die Landkarte der 17 Provinzen von Claes Jansz. Visscher erscheint in Vermeers „Malkunst“ an der Rückwand des Ateliers. Diese Karte ist nach Westen ausgerichtet und zeigt die Niederlande vor der Teilung von 1648, was Anlaß zu politischen Deutungen gegeben hat, auf die in der Ausstellung eingegangen wird. Vermeer verwandelt die kolorierte Landkarte im Bild in ein Bravourstück illusionistischer Malerei, indem er die graphische Vorlage in Licht und Farbe auflöst. Dies zeigt sich auch in der Wiedergabe der zwan-

zig die Karte umgebenden Städteansichten.

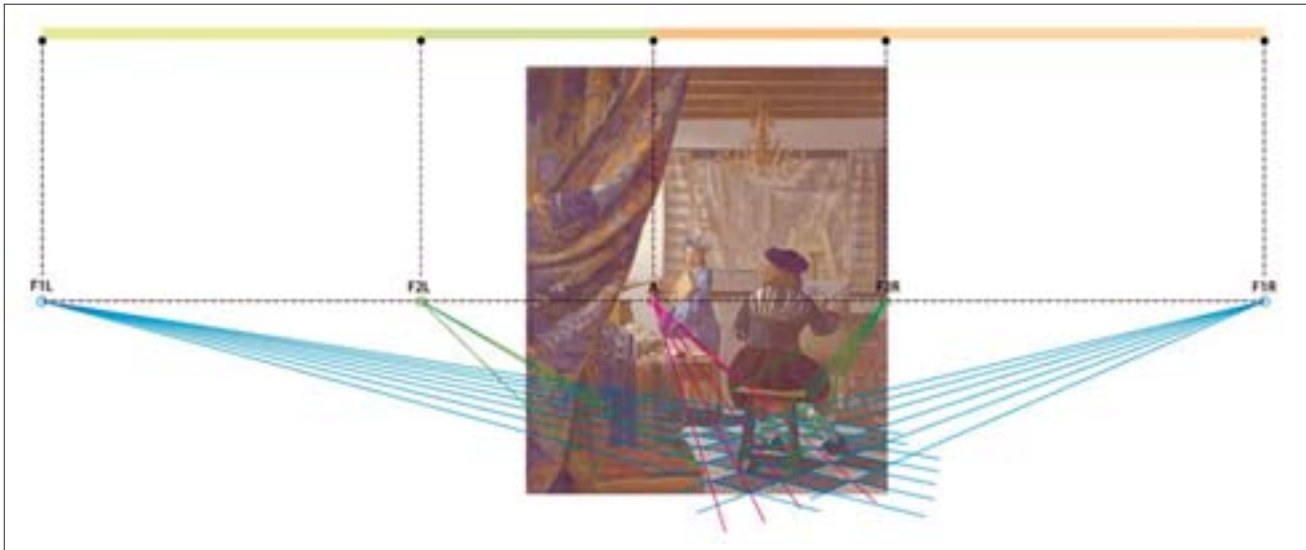
Der Aspekt der Kartographie, der im Bild eine große Rolle spielt, wird in der Ausstellung aufgegriffen und vor allem in Hinblick auf zwei Schwerpunkte thematisiert: die Karte der Niederlande und die Stadt Delft. Das KHM zeigt ein prachtvolles Exemplar von Blaeus „Atlas Maior“, der einen der Höhepunkte der Kartographie des 17. Jahrhunderts darstellt. Delft, die Geburts- und Wirkungsstätte Vermeers, ist v. a. durch die herausragende, wandfüllende „Kaart Figuratief“ von Johannes de Ram repräsentiert.

Ein in der Ausstellung gezeigter Leuchter aus Mechelen entspricht demselben Typus wie derjenige, den Vermeer in der „Malkunst“ dargestellt hat. Der Aufsatz mit dem Motiv des Doppeladlers regte zu zahlreichen historischen, konfessionellen und biographischen Interpretationen an, denen in der Ausstellung nachgegangen wird. (So wird hier vor allem die Richtigkeit der Identifizierung des Doppeladlers als heraldisches Symbol der Habsburger in Frage gestellt.) Zudem macht der pastose Farbauftrag das Motiv des Kronleuchters zu einem unvergleichlichen



© Paris, Bibliothèque nationale de France

Claes Jansz. Visscher, Landkarte mit den 17 Provinzen der Niederlande, bestehend aus 9 Teilen; 17. Jahrhundert, 111 x 153 cm



Johannes Vermeer, »Die Malkunst«; Konstruktionszeichnung für die im Bild angewandte Perspektive

künstlerischen Meisterwerk. Im Streiflicht aufgenommene Photographien dieses Details verdeutlichen Vermeers verblüffende Malweise.

Die in der Ausstellung präsentierte Tapiserie – eine sogenannte „Verdüre“ – kommt dem als Raumteiler verwendeten Behang in Vermeers „Malkunst“ farblich und motivisch sehr nahe. Der Betrachter der „Malkunst“ darf den gezeigten Innenraum nicht betreten, sondern nur einen Blick in das Atelier erspähen. Vermeer spielt hier auf den in der bildenden Kunst gängigen Topos des Vorhangmotivs an, das wiederum auf die berühmte antike Erzählung von Zeuxis und Parrhasios zurückgeht: Ein gemalter Vorhang ist so täuschend echt wiedergegeben, daß man versucht ist, ihn weiter aufzuschlagen, um das dahinter befindliche Motiv wahrnehmen zu können. Dieses Bildmotiv der Tapiserie erfährt in der bildenden Kunst auch als Motiv des Ent- und Verhüllens eine breite Rezeption. Das auf dem Tisch liegende Maler- bzw. Bildhauermodell in Vermeers „Malkunst“ wird zumeist als Maske gedeutet. Hier wird erstmals eine Identifizierung mit Apoll als Gott des Lichts, Anführer der Musen und Schutzpatron der Freien Künste, vorgeschlagen. Ein Teilabguß des „Apoll vom Belvedere“ repräsentiert in der Ausstellung die berühmte, insbesondere auch in den Niederlanden des 17. Jahrhunderts breit rezipierte antike Skulptur.

Anthonie Jansz. van der Croos' Malkischen, das einzige erhaltene Exemplar der Epoche Vermeers, bildet den Fokus der Präsentation der maltechnischen Analysen zum Bild. Im Zuge von neuen technologischen Untersuchungen konnten die von Vermeer



Tapiserie, Verdüre, Enghien, um 1570/80, 346 x 259 cm

Kultur

für die „Malkunst“ verwendeten Pigmente und Bindemittel weiter erforscht werden. Das Requisit wird zusammen mit den dazugehörigen Malutensilien gezeigt.

Ausgangspunkt der restauratorischen und technologischen Analysen der „Malkunst“ war die exakte Bestandsaufnahme des Zustandes. Die Untersuchungen zu den verwendeten Pigmenten sowie Bindemitteln und den im Bildgefüge stattfindenden Alterungsprozessen haben das Verständnis der Ursachen der Fragilität des Bildes wesentlich verbessert. In bezug auf die Maltechnik Vermeers sind die Entdeckung eines weiteren Perspektivpunktes sowie die Auffindung von feinen Umrißlinien unter der Malschicht mittels Infrarotreflektographie wesentlich; sie lassen neue Schlüsse in Hinblick auf die technischen Mittel zu, die für die Bildkonstruktion bzw. die Komposition verwendet wurden. Die Entdeckung der Datierung bedeutet einen weiteren wichtigen Erkenntnisgewinn aus dieser Studie. In Hinblick auf die von Vermeer verwendeten Pigmente und Bindemittel, die mittels Analysen nachgewiesen wurden, ist in der Ausstellung auch die Abfolge der Malschichten bei der Entstehung der Komposition veranschaulicht. Des weiteren erbrachte der Versuch einer Rekonstruktion der Komposition unter Einsatz einer Camera obscura im Zusammenhang mit Beobachtungen am Gemälde selbst aufschlußreiche Einblicke in die Debatte um die Verwendung optischer Geräte durch Vermeer.

Die ereignisreiche Provenienz des Gemäldes wird durch die Aufzeichnung der nachweisbaren Standorte des Bildes vom 17. Jahrhundert an über die Wirren des Zweiten Weltkrieges bis heute nachvollzogen. Diese Stationen werden anhand einer Weltkarte sowie von Dokumenten, Photographien und Porträts veranschaulicht. Erstmals werden historische Dokumente aus dem Gemeente Archief in Delft zusammen mit der „Malkunst“ präsentiert: Von ganz besonderer Bedeutung ist der Notariatsakt vom 12. März 1677, in dem Maria Thins, die Schwiegermutter des verstorbenen Vermeer, bezeugt, die „Malkunst“ von ihrer Tochter Catharina Bolnes als Anzahlung auf die Schulden der Familie Vermeer erhalten zu haben. Dieses Dokument ist eines von zwei Schriftstücken, die den wohl von Vermeer selbst gewählten Titel des Gemäldes überliefern (ein „[...] stuck schilderije, geschildert bij den voorn. Vermeer, waerinne wert uitgebeelt de Schilderkonst [...]). Ein weiteres Zeugnis aus Vermeers unmittelbarem Arbeits- und

© Amsterdam, Rijksmuseum



Malkasten, Anthonie Jansz. van der Croos zugeschrieben, 17. Jahrhundert, Holz und Ölfarbe, 21,2 x 36 x 23 cm

Wohnumfeld stellt das Nachlaßinventar vom 29. Februar 1676 dar, das u. a. die in seinem Atelier befindlichen Objekte aufzählt. Dieses Inventar zu zeigen, wurde erst durch eine Restaurierung möglich. Die Wiederentdeckung des in Vergessenheit geratenen Œuvres Vermeers im 19. Jahrhundert und die Rezeptionsgeschichte der „Malkunst“, die bis in die 1860er Jahre als Werk Pieter de Hoochs galt, wird unter anderem anhand der gegensätzlichen Sichtweisen von Thoré-Bürger und Jacob Burckhardt mit Schlaglichtern auf die wesentlichen Positionen bis heute exemplarisch dargestellt.

© Wien, Kunsthistorisches Museum



Detail aus »Die Malkunst«

Abschließend wird die herausragende Bedeutung des Gemäldes anhand seiner Rezeptionsgeschichte verdeutlicht. Die Reisetätigkeit von Vermeers „Malkunst“ nach 1945 stellt sich auch als Ansporn für die Rezeption des Bildes in der modernen Kunst heraus. Als Ikone der westlichen Malerei geriet das Bild immer wieder in den Fokus künstlerischer Betrachtung, die von einer ehrenvollen Hommage über ironische Pointierung bis zur bissigen Kritik reichte. Zeitgenössische Auseinandersetzungen mit dem Vorbild Vermeers bedienen sich ganz verschiedener Medien – Zeichnung, Graphik, Malerei, Skulptur, Zeichentrick und Film – und setzen sich alternativ mit dem ganzen Bild oder einzelnen Motiven der Komposition auseinander. Die von uns getroffene Auswahl an Werken moderner und zeitgenössischer Kunst (u. a. Maria Lassnig, Salvador Dalí, Saskia de Boer, George Deem, Gerhard Gutruf und Peter Greenaway) regt neue, aufschlußreiche Betrachtungsweisen des Originals an und verdeutlicht die weit reichende Bedeutung von Vermeers Malkunst und ihre Nachwirkung auf die Moderne. Die zeitlose Aktualität von Vermeers „Malkunst“ wird schließlich durch ein Kunst- und Modeprojekt illustriert. Vier Künstler bekamen im Vorfeld zur Ausstellung die Vorgabe, ausgehend von der Kleidung des Malers im Bild eine Variante des Schlitzwamses zu kreieren. Dabei entstanden Arbeiten, die als feierliches Entree und zugleich Abschluß der Ausstellung inszeniert werden.

Für den Katalog wurden Spezialisten der unterschiedlichsten Disziplinen eingeladen, das Bild in seinen zahlreichen Facetten zu beleuchten. <http://www.khm.at>

»TABAK in der KARIKATUR«

Qualm und Rauch im Karikaturmuseum Krems bis 7. April 2010



Gerhard Haderer, *Raucher im Eck*, oJ – © Gerhard Haderer, 2009

Als sich Sir Walter Raleigh – Seefahrer, Dichter und Günstling von Königin Elisabeth I. – in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts lässig eine Pfeife ansteckt und das herbe Aroma des Tabaks im Mund schmeckt, kreiert er einen Trend. Er macht das Rauchen salonfähig.

Zeitsprung. April 2008. Das neue Rauchergesetz.

Verschämte und Beklemmte treiben sich in Ecken rum, inhalieren ihre Zigaretten und ernten böse Blicke. Raucher sind wie neue Outlaws. Ein Gesetz teilt die Gesellschaft.

Mit dem Abziehen des Rauches kommt ein alter Diskurs: Egal ob geschnupft, gekaut oder geraucht – seit Beginn seiner Verbreitung sorgt Tabak für geteilte Meinungen. Und damit für den zündenden Stoff aus dem Karikaturistenträume gemacht sind. Das Karikaturmuseum Krems präsentiert vom 15. November 2009 bis 7. April 2010 in Zusammenarbeit mit der Sammlung JTI/ Austria

Tabak eine umfassende Ausstellung zum Thema „TABAK in der KARIKATUR“. Im Rahmen dieser Ausstellung werden ca. 160 Werke, großteils aus der Sammlung JTI/ Austria Tabak, aber auch aus den Beständen des Wilhelm-Busch-Museums Hannover, aus dem Karikaturmuseum Krems/ Sammlung des Landes Niederösterreich und aus Privatbesitz präsentiert. Vertreten sind Künstler wie William Hogarth, Honoré Daumier, Wilhelm Busch, Fritz Schönpflug, Edward Sorel, Rudi Klein, Manfred Deix, Tex Rubinowitz, Gerhard Haderer, Achim Greser & Heribert Lenz und viele andere.

Der inhaltliche Bogen der Ausstellung spannt sich vom 17. Jahrhundert, als erste satirische Flugschriften die unterschiedlichen Formen des Tabakkonsums kommentierten, bis hin zur aktuellen Raucher-/ Nichtraucherdebatte. Dabei geben historische Werke einen Überblick über die gesellschaftliche Rolle und die Entwicklung des Tabak-

konsums in Europa. Thematisiert werden im historischen Kontext die unterschiedlichsten Formen des Konsums (Schnupfen, Kauen, Rauchen), die Schädlichkeit übermäßigen Gebrauchs, gesellschaftliche Konventionen, die mit Tabakkonsum in Verbindung gebracht werden, aber auch die Emanzipation der Frau im Zusammenhang mit Tabak.

Zeitgenössische Arbeiten belegen die Aktualität des Themas, vor allem auch in Anbetracht des momentan sehr kontrovers diskutierten Rauchverbotes innerhalb der EU. Im IRONIMUS-Kabinett werden parallel dazu 50 ausgewählte Arbeiten von IRONIMUS präsentiert, eine Auswahl aus den Publikationen No Smoking (1958) und Des Rauchers Lust (1990).

Die KuratorInnen der Ausstellung sind Sabine Fellner und Georg Thiel. Zur Ausstellung ist ein Katalog im Residenz Verlag zum Preis von 16,90 Euro erschienen. ■

<http://www.karikaturmuseum.at>

Madness & Modernity. Kunst und Wahn in Wien um 1900

Um 1900 war Wien in der medizinischen Erforschung psychischer Erkrankungen europaweit führend – heute verbindet man damit vor allem Sigmund Freud und seine epochalen Schriften zur Psychoanalyse – von 21. Januar bis 2. Mai 2010.



© Wien Museum

Im Jahr 1907 wurden die Nieder-Österreichischen Landes-Heil- und Pflegeanstalten für Geistes- und Nervenkrankhe – Am Steinhof eröffnet, damals das größte und modernste psychiatrische Krankenhaus Europas. Das Kurhaus, um 1907; Erwin Pendl.

Doch Freuds revolutionäre Sichtweise der menschlichen Psyche war nur ein Ansatz unter vielen, zahlreiche Wiener Künstler und Architekten beschäftigten sich unabhängig von Freud in ihrem Werk mit „Geisteskrankheit“ und Psychiatrie.

Ob es um die Planung von Nervenheilanstalten oder das Porträtieren von PatientInnen ging: Es scheint, als hätten das „Verrückte“ und der „Wahnsinn“ eine geradezu magische Anziehungskraft besessen. Dieses Interesse wurde von dem verstörenden Gefühl des großstädtischen Bürgertums begleitet, in „nervösen“ Zeiten zu leben. Ängste vor psychischen Erkrankungen gingen Hand in Hand mit der Furcht vor der modernen Stadt mit ihren neuen Technologien und Arbeitsbedingungen sowie der Beschleunigung des Lebens. Diese bewußte Erfahrung von Modernität gab der Erforschung des „Wahnsinns“ einen zusätzlichen Impuls.

*Ritter v. Janikowski, 1909
Oskar Kokoschka; Privatsammlung,
Courtesy Neue Galerie New York
© Fondation Oskar Kokoschka /
VBK Wien, 2010*



Kultur



Speisesaal im Sanatorium Purkersdorf, 1905; Josef Hoffmann

Londoner »Gastspiel«

Die Ausstellung „Madness & Modernity. Kunst und Wahn in Wien um 1900“ wurde von den Kunsthistorikerinnen Gemma Blackshaw und Leslie Topp für die Wellcome Collection in London konzipiert – ein Museum, das Medizingeschichte in einen breiteren kulturellen Kontext einbettet. Die erfolgreiche Präsentation wird inklusive der Ausstellungsgestaltung (Architekt: Calum Storr, Grafik: Lucienne Roberts) übernommen. Als deklarerter und mitunter auch kontroversieller Blick von außen auf ein spezifisches Phänomen der Wiener Kultur beleuchtet „Madness & Modernity“ die Beziehungen zwischen Psychiatrie und bildender Kunst, Architektur und Design und zeigt zugleich, wie stark die Moderne unsere Einstellung gegenüber psychischen Erkrankungen geprägt hat.

Ausstellungsrundgang

Die Ausstellung gliedert sich in sechs Abschnitte. Als Einführung in das Thema werden Aspekte des Wahns im Wien des 18. Jahrhunderts beleuchtet, als Franz Xaver Messerschmidt seine berühmten „Charakterköpfe“ schuf. Um 1900 wurden sie wiederentdeckt und als Ausdruck seines „schauerlichen Wahnlebens“ angesehen. 1784 wurde unter Kaiser Joseph II. im Wiener Allgemeinen Krankenhaus der „Narrenturm“ zur besseren Unterbringung „gefährlicher Irrer“ errichtet. Im Lauf des 19. Jahrhunderts wandelten sich die Ansichten über die adäquate Unterbringung psychisch Kranker, sodaß hundert Jahre später Einrichtungen wie der „Narrenturm“ eine sowohl faszinierende als auch abstoßende Wirkung ausübten.

Im folgenden Kapitel geht es um das moderne psychiatrische Krankenhaus: Im Jahr 1907 wurden die Nieder-Österreichischen Landes-Heil- und Pflegeanstalten für Geistes- und Nervenranke – Am Steinhof eröffnet, damals das größte und modernste psychiatrische Krankenhaus Europas. Der Gesamtplan stammte von Otto Wagner, der am höchsten Punkt des Areals die berühmte Kirche St. Leopold errichtete. Mit seiner rationalen Anlage erweckte das psychiatrische Krankenhaus den Anschein idealer Urbanität. Für den Kritiker Ludwig Hevesi schimmerte „auf dem langen Hügelrücken [...] in der hellen Sommersonne eine weiße Stadt“.

Freuds Couch wieder in Wien

Der dritte Abschnitt stellt unterschiedliche therapeutische Ansätze vor, die auch für leichtere Fälle relevant waren: Denn um 1900 hatte die wohlhabende Wiener Gesellschaft das Gefühl, in einem „nervösen“ Zeitalter zu leben, Psychiater verschrieben Erholungsaufenthalte in Nervenheilanstalten außerhalb der Stadt. Josef Hoffmann gestaltete mit dem 1904/05 errichteten Sanatorium Purkersdorf einen idealen Rückzugsort zur Entspannung der Großstädter (und ein bedeutendes Gesamtkunstwerk im Sinne der Wiener Werkstätte).

Zur selben Zeit vollzog Sigmund Freud einen radikalen Bruch mit der gängigen Lehrmeinung, indem er unbewußte und verdrängte Wünsche, Träume und Gedanken zum Ausgangspunkt seiner Therapie machte. Sie fand auf der berühmten Couch und in einem Ambiente statt, das von der klinischen Hygiene des Purkersdorfer Sanatoriums weit entfernt war. Als ein absolutes Highlight der

Ausstellung ist ein Teppich mit zwei Kissen von Freuds Couch erstmals wieder in Wien zu sehen, Leihgeber ist das Sigmund Freud Museum in London. Auch ein seltenes Gerät zur Bewegungstherapie, wie sie im Sanatorium Purkersdorf praktiziert wurde, wird gezeigt.

Im vierten Kapitel wird das Thema „Kunst und Wahn“ am Beispiel Egon Schieles beleuchtet. Dessen Selbstporträts zeugen von einer intensiven Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper. Eine Ursache für die spezifische Form der Körperdarstellung wird häufig in Schieles traumatischen Jugenderfahrungen gesehen. Von Bedeutung waren aber wohl auch Fotografien von „Geisteskranken“. Sie dienten nicht nur der Forschung, sondern auch als Quellenmaterial für Künstler auf der Suche nach neuen Darstellungsmöglichkeiten des menschlichen Körpers.

Moderne Porträts – Abbilder des »Wahnsinns«?

Im fünften Abschnitt präsentieren die Kuratorinnen ihre zentrale These zum Einfluß des „Wahnsinns“ auf die Porträtkunst um 1900. mit Hilfe von Porträts konnten junge Künstler an Aufträge gelangen und den Markt auf ihre Arbeit vorbereiten. Solche Arbeiten waren also ein Mittel, das strategisch eingesetzt werden konnte, um auf sich aufmerksam zu machen. Der Skandal, den etwa Oskar Kokoschkas Porträts entfachten, machte sich nicht zuletzt an dem „Krankhaften“ fest, das konservative Kritiker in diesen Bildnissen zu entdecken glaubten. Dabei wurde die Darstellung von Personen als „krank“ oder gar „verrückt“ offenbar ganz bewußt eingesetzt, die Aufregung war inszeniert.

Im sechsten Abschnitt stehen künstlerische Arbeiten von zwei Insassen psychiatrischer Anstalten im Fokus. Aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sind nur wenige Werke von Patientinnen und Patienten erhalten, zum Beispiel von Josef Karl Rädler und einer gewissen „Frau St.“, die mit Leihgaben aus Privatsammlungen sowie aus der Sammlung Prinzhorn vertreten sind. Im Gegensatz zu den modernen Künstlern, die gerne als Exzentriker wahrgenommen wurden und gerade dadurch einen Markt für ihre Werke schufen, blieben die PatientInnen mit ihrer Kunst in der abgeschlossenen Welt der Anstalt isoliert. Zu einem intensiven Kontakt zwischen diesen unterschiedlichen künstlerischen Sichtweisen kam es damals nicht. ■

<http://www.wienmuseum.at>

Tatiana Trouvé

Il Grande Ritratto – Kunsthaus Graz – 6. Feber bis 16. Mai 2010

Das Kunsthaus Graz freut sich, mit Tatiana Trouvés *Il Grande Ritratto* die erste österreichische Soloausstellung einer der führenden Künstlerinnen einer jüngeren Generation vorzustellen. Trouvé (geboren 1968 in Cosenza, Italien, lebt und arbeitet in Paris) ist Trägerin des prestigeträchtigen Prix Ricard (2001) und des Prix Marcel Duchamp (2007) und war an zahlreichen Schauen weltweit beteiligt, wie unter anderem an der Biennale in Venedig (2005), am Centre Georges Pompidou, Paris (2008), an der Manifesta7 (2008) und jüngst erst am migros museum für gegenwartskunst, Zürich (2009). Ihre Arbeiten (hauptsächlich großformatige Installationen, Skulpturen und Zeichnungen) definieren, was die Künstlerin selbst als „Wege, Welten zu schaffen und Wege, in der Welt zu sein“ bezeichnet.

Mit ihrer monumentalen und speziell für das Kunsthaus Graz geschaffenen Installation „*Il Grande Ritratto*“ hat Tatiana Trouvé die untere Ausstellungsebene des Kunsthause (Space02) in ein wahrlich subjektives Reich verwandelt: eine innere, post-apokalyptische Landschaft mit räumlicher Autonomie und Kraft, die vom Science-Fiction-Roman „*Il Grande Ritratto*“ (1960) des italienischen Meisters der literarischen Neavantgarde, Dino Buzzati, inspiriert ist – einer unheimlichen Geschichte über Wissenschaft und Liebe, Fiktion und Realität, Heimlichkeit und Träume, eine Verquickung von Leidenschaft, Raum und Utopie. Buzzatis Œuvre, das zwischen magischem Realismus und sozialer Entfremdung oszilliert, bildet dabei den Kontext für Trouvés radikale Darstellung von Raum und Zeit, die wiederum die Reise der Betrachtenden durch den Raum weniger in eine physische, als in eine psychische Erfahrung verwandelt. Ihr „*Il Grande Ritratto*“ konzentriert sich darauf, eine Zone verwischter Grenzen zwischen Innen und Außen zu schaffen: In einem schon beinahe wahnsinnigen Akt der räumlichen Rekonfiguration dekonstruiert die Künstlerin den Raum, sättigt ihn, kondensiert ihn und verlangsamt ihn. Die Installation zeigt performative und partizipatorische Qualitäten: Indem die Besucherinnen und Besucher durch den Raum gehen, werden sie Teil der Landschaft, die die Autonomie des Ausstellungsraums stört und ihre

eigene räumliche und zeitliche Grammatik verhängt, mit kleinen Gärten, mit Steinen und Pflanzen, mit einer Wucherung von Säulen, die einen anderen räumlichen Rhythmus generieren, mit Kabeln, die sich durch die Luft spannen, surrealen Arbeitsplätzen und bizarren automatischen Liften ... Trouvés Raum ist eine Art „Antiraum“; eine alternative Umgebung, in der alle normalen räumlichen und zeitlichen Koordinaten entweder negiert oder suspendiert werden: Die Skulpturen agieren als Prothese des Gebäudes und ein paar Objekte sind in den Zustand der Levitation versetzt, sind zum Teil in ihrer Bewegung angehalten oder hinterfragen die Behandlung von Maßstab und Perspektive durch die Künstlerin. „*Il*

Grande Ritratto“ ist jedoch alles andere als ein Portrait von Chaos. Im Gegenteil ist es ein Abbild von Präzision und formaler Einheit, das ein neues und erfrischendes Empfinden von Raumwahrnehmung und -verständnis schaffen will.

Der Katalog zur Ausstellung besteht aus einem ausführlichen Bildteil sowie aus einer Sequenz kritischer Texte sowohl von der Künstlerin selbst als auch von Louise Neri, Maria Gough, Francesca Pietropaolo, Dieter Roelstraete, Pamela M. Lee, einem kuratorischen Text von Adam Budak und einer Einleitung von Peter Pakesch. Der Katalog ist um 29,90 Euro in deutscher und englischer Sprache erhältlich. ■

<http://www.museum-joanneum.at>



Foto: André Morin

Tatiana Trouvé, *Untitled*, 2008; Courtesy Galerie Emmanuel Perrotin

»Wunderkind« Gustav Mahler

Gustav Mahler (1860-1911): »Das Wichtigste in der Musik steht nicht in den Noten.« – Die Gustav Mahler Gedenkjahre 2010/2011

Gustav Mahler wurde im Juli 1860 als Kind jüdischer Eltern in Kalischt, heutige Tschechische Republik, geboren. Als zweitältestes von insgesamt 14 Kindern verbrachte er seine Jugendjahre überwiegend in der mährischen Stadt Iglau. Mahler war hochbegabt: Mit sechs Jahren gab er bereits Musikunterricht und mit 15 ging er ans Konservatorium nach Wien. Gerade einmal 20, begann er eine beispiellose Karriere als Dirigent und Operndirektor. Über Laibach, Kassel, Prag, Leipzig, Budapest und Hamburg führte ihn sein Weg schließlich nach Wien an die Hofoper, die heutige Staatsoper.

Während seiner Wiener Jahre 1897-1907 war Gustav Mahler auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Im bis dahin traditionellen Opernbetrieb leitete er bahnbrechende Reformen ein: Er räumte auf mit antiquierten Bühnendekorationen und starr posierenden Sängern. Er fügte Bühnenbild, Handlung und Musik zu einem dramatischen Ganzen zusammen; seine Neuerungen waren der Beginn der modernen Operninszenierung.

In Wien erfüllten sich aber auch Mahlers private Sehnsüchte. Er ließ sich taufen und konvertierte zum Katholizismus, auch aus Furcht vor antisemitischen Hindernissen. Im März 1902 heiratete er Alma Schindler, die er leidenschaftlich verehrte. Sie war von Mahler als Persönlichkeit und Dirigent fasziniert. Obwohl Alma selbst Künstlerin war und im Umfeld von Gustav Klimt und Max Klinger aufgewachsen war, bestand Mahler darauf, daß Alma sich nur mehr ihren Aufgaben als Ehefrau und Mutter widmete.

Mit den beiden Töchtern Maria Anna (*1902) und Anna Justine (*1904) verbrachte das Ehepaar die Sommermonate gemeinsam. Mahler war während dieser Zeit aber so

vollkommen in seine Kompositionen vertieft, daß sie nur selten etwas gemeinsam unternahmen. Auch der tragische Tod der älteren Tochter im Jahr 1907 verstärkte die Bindung zwischen Gustav und Alma Mahler nicht.



Gustav Mahler

1908 wechselte Mahler an die Metropolitan Opera in New York, kehrte aber 1911 nach Wien zurück, wo er am 18. Mai starb. Alma Mahler spielte später als Gastgeberin eines Künstlersalons eine bedeutende Rolle in der Gesellschaft, heiratete den Architekten Walter Gropius und später den Dichter Franz Werfel, doch dazu später mehr.

Mahlers Werk

Mit Stilbrüchen und ironischen Anspielungen schlug Gustav Mahler die Brücke vom 19. ins 20. Jahrhundert. Seine zehn Sin-

fonien und Liederzyklen markieren einen Wendepunkt der Musikgeschichte. Und das, obwohl sich Mahler nur zwei Monate im Jahr dem Komponieren widmete, in den Sommerferien. Dabei diente ihm vor allem die Natur als Inspirationsquelle. In Steinbach am Attersee zog sich Mahler während der Sommerfrische zum Komponieren zurück. Hier entstand in seinem berühmten Komponierhäuschen die 2. und 3. Sinfonie.

Den Großteil seiner Werke schuf Mahler allerdings in der „Villa Mahler“ in Maiernigg am Wörthersee in den Sommern 1900 – 1907. Dort schrieb er die 4., 5., 6., 7., und 8. Sinfonie und die „Kindertotenlieder“. Noch heute inspirieren Mahlers emotionale Klangwelten Filmkomponisten wie etwa Ennio Morricone und John Williams.

Mahler in Österreich

Ob Hölleengebirge oder Wörther See – Gustav Mahlers Werke sind tief mit österreichischen Landschaften verbunden. Und die Landschaften mit Mahlers Musik.

Nach vielen Stationen eines bewegten Dirigentenlebens – von der Kurkapelle Bad Hall über Prag, Leipzig, Budapest und Hamburg – erlangte Gustav Mahler 1897

die in Europa herausragende Stellung eines ersten Kapellmeisters und Hofoperndirektors in Wien. Kein Wunder, daß der vielbeschäftigte Mann nur in der spielfreien Zeit, den großen Sommerferien, zum Komponieren kam. Mahler war extrem lärmempfindlich, weshalb er Urlaubsdomizile in großer Abgeschiedenheit weitab vom geschäftigen Trubel Wiens bevorzugte.

Das erste dieser Domizile befand sich am oberösterreichischen Attersee. Der damalige Kapellmeister am Hamburger Stadttheater residierte in den Sommermonaten der Jahre

Kultur

1893 bis 1896 im „Gasthof zum Höllengebirge“ (heute Föttinger) in Steinbach. Gesellschaft leisteten ihm seine Geschwister Justine, Emma und Otto sowie die Geigerin Natalie Bauer-Lechner. Am Vormittag blieb der „Ferienkomponist“, wie er sich selbst nannte, auf seinem Zimmer und schrieb. Nach dem Mittagessen unternahm man gemeinsame Spaziergänge oder stattete mit dem Dampfer Bekannten in Nußdorf oder in Seewalchen Besuche ab, wobei Mahler stets sein Notizbuch für spontane Einfälle mit sich führte. Am Attersee entstanden Teile der zweiten und die gesamte dritte Sinfonie.

Trotz des beschaulichen Lebens wurde der Lärmpegel im Gasthof durch einkehrende Wanderer manchmal zu hoch. Also beschloß Mahler bereits im ersten Sommer am Attersee, direkt am Ufer ein eigenes Komponier-Häuschen errichten zu lassen. Ab 1894 machte er sich hier an die Vertonung der dramatischen Landschaft, wie er seinem Freund Bruno Walter bei einem Spaziergang am Fuße des steil aufragenden Höllengebirges ironisch erklärte: „Sie brauchen gar nicht mehr hinzusehen, das habe ich alles schon wegkomponiert.“

Im Sommer 1896 kam es allerdings zu einem Zerwürfnis mit dem neuen Pächter des Gasthofes und Mahler kehrte nicht mehr an den Attersee zurück. Sein Komponierhäuschen diente lange Jahre als Waschküche, Schlachthaus und sogar als Sanitäranlage eines Campingplatzes. Im Jahr 1985 wurde durch die Internationale Gustav Mahler Gesellschaft und die Familie Föttinger eine Gedenkstätte eingerichtet, wo seither ganzjährig Originaldokumente, Fotos, Noten und Mahlers Klavier zu besichtigen sind.

Mahler verbrachte die folgenden Sommer ebenfalls im Salzkammergut, weiter südlich diesmal, im Ausseerland. In Bad Aussee wurde er freilich von den Klängen der Kurkapelle gestört, und bei seiner damaligen Vertrauten Natalie Bauer-Lechner beschwerte er sich: „Diese sechs Wochen sind für mich die wichtigsten des Jahres. Ich kann die Ferien nicht genießen und warten bis mich der Heilige Geist besucht wie jemand anders. Das Ende des Urlaubs hängt wie ein Damoklesschwert über mir! Was für ein armer Kerl ist doch ein Musiker!“ Als ruhiger erwies sich der Sommer in Altaussee, wo noch heute in der von Regisseur Gernot Friedl bewohnten „Brudervilla“ Mahlers Klavier steht.

Im Juni 1901 bezog Mahler – nun bereits hoch bezahlter Operndirektor und Dirigent – sein eigenes Ferienhaus in Maiernigg in Kärnten. Die „Villa Mahler“ stand direkt am



Komponierhäuschen von Gustav Mahler in Maiernigg am Wörthersee



Fotos: Österreich Werbung

Wörthersee, ein sympathisches, typisches Sommerfrischehaus der Jahrhundertwende mit einer überdachten Veranda und einem großzügigen Balkon. Von hier aus konnten Gustav Mahler und – ab 1902 – seine Frau Alma einen großartigen Blick über den See genießen.

In Kärnten entstanden, zahlreiche von Mahlers Hauptwerken: Die 5., 6., 7. und 8. Sinfonie sowie die „Kindertotenlieder“ nach Gedichten von Friedrich Rückert.

Um ungestört arbeiten zu können, ließ Mahler nach dem Atterseer Vorbild im Wald nahe der Villa ein Komponierhäuschen erbauen. Der schlichte Raum war nur mit einem Schreibtisch, einem Sofa und einem Klavier ausgestattet. Hier arbeitete Mahler vormittags. Der Nachmittag gehörte dem Vergnügen. Mahler war sehr sportlich und

widmete sich je nach Laune dem Schwimmen, Rudern oder Bergwandern, wobei er laut Alma ein beachtliches Tempo vorlegte: „Ich mußte über Zäune klettern, durch Hecken kriechen. Meine Mutter besuchte uns in dieser Zeit. Sie war entsetzt: Mahler hatte uns auf einen Berg geschleppt, auf den man kaum hinauf konnte.“ Freilich, nicht alle Sommer am Wörthersee verliefen harmonisch und schön. 1907 starb die fünfjährige Tochter der Mahlers, Maria, in Maiernigg an Diphtherie. Mahler, tief getroffen, verkaufte das Haus.

Das Komponierhäuschen am Wörthersee ist heute wie jenes am Attersee ein kleines Museum. Hier kann man, wie einst Gustav Mahler, den „genius loci“ auf sich wirken lassen, sämtliche Werke des Komponisten hören und in einer umfangreichen Mahler-

Kultur

Bibliothek blättern. Briefe, Postkarten, Partituren sowie Fotos, darunter viele Originale, ermöglichen eine Zeitreise in die Jahrhundertwende.

Alma Mahler machte sich 1908 auf die Suche nach einer neuen Sommerresidenz und wurde in Alt-Schludersbach bei Toblach in den Sextener Dolomiten fündig. Im Trenkerhof, einem großen Bauernhaus, standen den Urlaubern 11 Zimmer und zwei Veranden zur Verfügung. Die herrliche Berglandschaft mit ihren Sommerwiesen und Lärchenhainen inspirierte Mahler, der wieder in einem eigens errichteten Rückzugs-Häuschen „Das Lied von der Erde“, die 9. Sinfonie sowie das Fragment der 10. Sinfonie komponierte. Der abgelegene Bergbauernhof aus dem 16. Jahrhundert beherbergt heute ein Gustav Mahler-Museum, und auch das im Wald gelegene einfache Holzhäuschen, das Mahler als Kompositorstube diente, kann besichtigt werden.

Und auch, wenn der Trenkerhof heute in Südtirol steht – es gab keinen anderen Komponisten, dessen Werk so von österreichischen Landschaften geprägt wurde wie Gustav Mahler. Wobei dieser, sollte es hart auf hart gehen, seine geliebte Sommerfrische gegen Wien eingetauscht hätte, wie er einmal ironisch bemerkte: „Wenn die Welt einmal untergehen sollte, ziehe ich nach Wien, denn dort passiert alles 50 Jahre später...“

Mahler und seine Zeitgenossen

Die Jahrhundertwende in Wien gehört zu den spannendsten Epochen – hier tummelten sich die Genies und hinterließen ihre Spuren bis heute.

Der eine prägte die Musikgeschichte, der andere die Geistesgeschichte; beide waren Österreicher, doch ihre erste und einzige Zusammenkunft fand nicht in Österreich statt, sondern in den Niederlanden: Hier begegneten einander Gustav Mahler und Sigmund Freud. Gustav Mahler erlebte im Sommer 1910 die schwerste private Krise seines Lebens. Eben hatte er entdeckt, daß seine Frau Alma eine Liebesbeziehung zu dem jungen Architekten Walter Gropius unterhielt. Sigmund Freud befand sich gerade in der süd-holländischen Stadt Leiden auf Urlaub. Mahler wollte sich an den inzwischen weltbekannten Vater der Psychoanalyse wenden, scheute keine Mühe und begab sich nach Leiden. Dort legte er sich freilich nicht auf die sprichwörtliche psychoanalytische Couch, sondern unternahm einen mehrstündigen Spaziergang mit dem Psychiater. Auch ein gemeinsames Abendessen ist überliefert.



»Oft denk ich, sie sind nur ausgegangen...« – handschriftliches Notenblatt Mahlers

Mahler und Freud trafen zwar in Holland zusammen, wohnten aber in Wien – wie so viele wichtige Persönlichkeiten dieser Zeit. Ohne sich in Übertreibungen zu versteigen, kann man sagen, daß Wien in zwei Epochen als Geisteshauptstadt Weltgeltung besaß: Einmal zwischen etwa 1780 und 1830 – um nur drei Namen zu nennen: Mozart, Beethoven, Schubert. Und einmal ein Menschenleben später, rund um die Jahrhundertwende, als das Habsburgerreich eine letzte Blüte erlebte, während sensible Naturen dessen Untergang schon ahnten.

Das Erbe der Wiener Jahrhundertwende beeinflusst die Kunst bis heute: Mahler und

Schönberg revolutionierten die Musik, Hugo von Hofmannsthal, Hermann Bahr, Peter Altenberg, Arthur Schnitzler und Karl Kraus führten die Literatur ins zwanzigste Jahrhundert. Ernst Mach und Sigmund Freud sind aus der Geschichte der Philosophie nicht wegzudenken. Die Architekten Otto Wagner, Josef Hoffmann und Adolf Loos prägen das Erscheinungsbild von Wien bis heute. Die Maler Richard Gerstl, Oskar Kokoschka und Egon Schiele sowie Gustav Klimt und sein Kreis um die Secession (mit dem darauf prangenden Motto „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit“) bilden das Herz von einmaligen Sammlungen Wiener Museen.

Kultur



Foto: Österreich Werbung

Gustav Mahlers Notenblatt mit dem Schlußakkord der 7. Sinfonie, geschaffen in Maiernigg am Wörthersee.

Das Belvedere etwa besitzt die weltweit größte Sammlung von Gemälden Gustav Klimts.

Das Jahr 1900 bildet eine Art Meilenstein jener Epoche: Sigmund Freud veröffentlichte in Wien sein bahnbrechendes Werk „Die Traumdeutung“. Die Novelle „Leutnant Gustl“ von Arthur Schnitzler erschien in der „Neuen Freien Presse“. Die Oper „Es war einmal...“ von Alexander Zemlinsky wurde an der Hofoper unter der Leitung des Komponisten uraufgeführt. Direktor der Hofoper, heute Wiener Staatsoper, war zu jener Zeit Gustav Mahler, und Alexander Zemlinsky war nur einer der zahlreichen Verehrer von Mahlers Frau.

Alma Maria, geborene Schindler, verwitwete Mahler, geschiedene Gropius, verwitwete Werfel, fasziniert und polarisiert bis heute. Für Theodor Adorno war sie schlicht „das Monstrum“, die Schriftstellerin Gina Kaus meinte, sie sei „der schlechteste Mensch, den ich gekannt habe.“ Nobelpreisträger Elias Canetti äußerte sich abwertend über sie, Erich

Maria Remarque bewunderte ihre Trinkfestigkeit: „Die Frau ein wildes, blondes Weib, gewalttätig, saufend.“ Gustav Klimt dagegen schrieb: „Alma ist schön, ist klug, geistreich, sie hat alles was ein anspruchsvoller Mann von einem Weibe verlangen kann.“ Sein Malerkollege Oskar Kokoschka verfiel ihr in einer selbsterstörerischen Liebe, und ihr letzter Ehemann Franz Werfel nannte sie die „Lebensspenderin, Hüterin des Feuers“. Diese charismatische Frau fasziniert bis heute, wie man an dem seit 1996 gespielten internationalen Erfolg von Joshua Sobols Revue „Alma – A Show Biz ans Ende“ sehen kann.

Alma, damals in einer Liebesbeziehung mit Alexander von Zemlinsky, lernte Gustav Mahler bei einer Soirée im Salon von Bertha Zuckerkandl kennen. An jenem Abend waren unter anderem auch Burgtheaterdirektor Max Burckhard sowie die Maler Carl Moll und Gustav Klimt anwesend. Alma war von dem Komponisten wie elektrisiert: „Ich muß sagen, er hat mir ungemein gefallen“, schrieb

sie in ihr Tagebuch, „allerdings furchtbar nervös. Wie ein Wilder fuhr er herum im Zimmer. Der Kerl besteht nur aus Sauerstoff. Man verbrennt sich, wenn man ihm zu nahe kommt.“ Von seiner Musik war sie deutlich weniger angetan, sie nennt sie „herbes Zeug“. Dennoch, Alma verließ Zemlinsky und heiratete den um 19 Jahre älteren Mahler – und war ab jenem Zeitpunkt eine unglückliche Ehefrau, die im Schatten ihres berühmten Mannes verkümmerte und ihrer eigenen Kompositionstätigkeit nicht mehr nachging.

Bei einem Kuraufenthalt im steirischen Ort Tobelbad lernte sie schließlich den erst 27 Jahre alten Architekten und späteren Bauhaus-Gründer Walter Gropius kennen. Zwischen den beiden entstand eine verzehrende Liebesbeziehung, die erst durch eine „freud-sche Fehlleistung“ von Gropius aufflog. Am 29. Juli 1910 kam es in Mahlers Ferienhaus in Toblach zur Katastrophe. Gropius schrieb seiner heimlichen Geliebten einen glühenden Brief voller Anspielungen auf ihre

Kultur

Liebesnächte, adressierte den Brief jedoch irrtümlich an „Herrn Direktor Gustav Mahler, Toblach, Tirol“. Mahler erlitt einen seelischen Zusammenbruch und begab sich Ende August 1910 nach Leiden, wo es zum Zusammentreffen mit Freud kam.

Ob Sigmund Freud dem verzweifelten Gustav Mahler helfen konnte, ist nicht klar überliefert. Freud berichtete ein Vierteljahrhundert später: „Wir haben in höchst interessanten Streifzügen durch sein Leben seine Liebesbedingungen, insbesondere seinen Marienkomplex (Mutterbindung) aufgedeckt; ich hatte Anlaß, die geniale Verständnisfähigkeit des Mannes zu bewundern.“ Mahler telegraphierte an Alma: „Unterredung interessant. Aus Strohalm Balken geworden.“ Ein knappes Jahr nach der Begegnung mit Freud starb Mahler – ausgerechnet an Gropius' Geburtstag – an Herzschwäche. Freuds Honorarnote in der Höhe von 300 Kronen hat er nie beglichen. ■

Kultur rund um Mahler

Österreichisches Theatermuseum
Ausstellung »Gustav Mahler und Wien«

Anläßlich des 150. Geburtstags von Gustav Mahler wird das Österreichische Theatermuseum von 11. März bis 3. Oktober 2010 die Sonderausstellung Gustav Mahler und Wien zeigen.

Geplant ist, die Rolle, die Wien mit allen seinen Institutionen im Leben von Gustav Mahler spielte, die seine Person und sein Schaffen geprägt haben, zu dokumentieren. Umgekehrt soll aber auch darauf hingewiesen werden, welchen Einfluß Gustav Mahler auf Wien hatte, dies während der Zeit seines Wirkens als Direktor der Wiener Hofoper und lange nach seinem Tod, bis in die heutige Zeit.

Das Konzept der Ausstellung sieht eine Gliederung in „3 Sätze“ vor, die von einem Präludium und einem Postludium umrahmt werden; zwischen dem 1. und 2. Satz beleuchtet ein „Interludium“ Mahlers Wanderjahre, die für sein Wirken als Direktor der Hofoper von großer Bedeutung waren.

Die Ausstellung wird in Kooperation mit der Österreichischen Nationalbibliothek, dem Wien Museum und der Internationalen Gustav-Mahler-Gesellschaft geplant.

<http://www.theatermuseum.at>

Mahler Contemporary

Im Gustav-Mahler-Jubiläumsjahr 2010 veranstaltet das Musikforum Klagenfurt-Viktring in Kooperation mit dem Art Manager Manfred Paul Westphal das hochkarätige

Musik-, Kunst- und Medienfestival „Mahler Contemporary“ im Juli 2010 (voraussichtlich 9.-18.7.).

Auf dem Programm stehen zeitgenössische Mahler-Adaptionen aus den Bereichen Jazz und Klassik. Eine großflächige Video-Performance einer Mahler-Symphonie, zwei assoziierte Kunstausstellungen sowie ein kleines, aber feines Mahler-Filmfestival ergänzen das Programm.

Geplante Veranstaltungsorte sind der Arkadenhof und der Freskensaal im Stift Vik-



Das Grab Gustav Mahlers
am Grinzing Friedhof

ring sowie das Mahler-Komponierhäuschen in Maiernigg unter Einbeziehung der traditionellen Wörthersee Schifffahrt.

Durch eine Alpen-Adria-Kooperation mit weiteren Wirkungsstätten des Komponisten ergänzen die Mahler-Musikwochen in Toblach/Dobbiaco und Veranstaltungen in Slowenien das Festival.

Ein Mahler-Kulturbus bringt Einheimische und Gäste zu den jeweiligen Mahler-Wirkungsstätten und zu Konzerten in Kärnten, Italien und Slowenien.

<http://www.musikforum.at>

Wien Tourismus

Der Wien Tourismus forciert im Mahler-Jahr auf <http://www.mahler.wien.info> die

Pressearbeit. Es wird Grundinformationen auf Deutsch und Englisch geben. Ansonsten fokussiert Wien Tourismus eher auf Wien um 1900 und bezieht dabei Mahler mit ein.

Theater an der Wien

Unter dem Titel „3 Adieux“ hat das Theater an der Wien ein Ballett von Anne Teresa De Keersmaecker und Jérôme Bel mit Musik von Gustav Mahler auf dem Programm. Premiere ist am 28. März 2010.

<http://www.theater-wien.at>

Konzerthaus

Das Konzerthaus widmet Gustav Mahler in der Saison 2010 vier Konzerte: Termine: 15. Febr., 25. und 27. März sowie 30. Mai 2010.

<http://www.konzerthaus.at>

Gustav Mahler Gesellschaft

Die Gustav Mahler Gesellschaft bietet einen ausgezeichneten Überblick über alle Konzerttermine zu Gustav Mahler im Ausland.

<http://www.gustav-mahler.org/mahler/events-f.cfm>

Schauraum »Mahler in Österreich«

Mahler ist im „Haus der Musik“ im 1. Bezirk ein eigener Raum gewidmet, der von seinem Großneffen Peter Mahler gestaltet wurde. Freunde der zeitgenössischen Bildenden Kunst finden hier Arnulf Rainers „Totenmaskenübermalung Gustav Mahlers“.

<http://www.hdm.at>

Komponierhäuschen

Museum in Maiernigg

<http://www.gustav-mahler.at>

Komponierhäuschen

Steinbach am Attersee

<http://www.mahler-steinbach.at>

Arnold Schönberg Center

Musikmanuskripte des Komponisten befinden sich im Archiv des Arnold Schönberg Centers, das übrigens ein wahrer Geheimtipp für Musikkennner ist.

<http://www.schoenberg.at>

Friedhof Grinzing

Wer Mahler an seiner letzten Ruhestätte besuchen will, fährt auf den Friedhof Grinzing. Hier sind Mahler und seine Tochter Maria Anna begraben, schräg gegenüber von Mahlers Frau und Witwe Alma Mahler-Werfel und deren Tochter Manon Gropius.

<http://www.friedhofewien.at>

Wiener Festwochen 2010

Freitag, 14. Mai, 21.20 Uhr, am Rathausplatz mit dem ORF Radio-Symphonieorchester Wien unter der Leitung von Cornelius Meister



Foto: Österreich Journal

Im Musikverein finden von 9. Mai bis 20. Juni Festwochenkonzerte der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien statt.

Die Eröffnung der heurigen Wiener Festwochen am 14. Mai steht im Zeichen des Finales der Eurovision Young Musicians Competition - international einer der bedeutendsten Wettbewerbe klassischer Musik.

Verbunden mit dem zentralen Anliegen, den kulturellen Austausch über Ländergrenzen hinaus zu fördern, um junge Talente zu entdecken und auszuzeichnen, sind aufstrebende Künstler bis 19 Jahre aus Europa eingeladen, daran teilzunehmen. Daß das Finale des Bewerbs, der seit 1982 alle zwei Jahre stattfindet, europaweit im Fernsehen übertragen wird, ist einzigartig.

Nach 2006 und 2008 bereits zum dritten Mal im Programm der Festwochen-Eröffnung treten vor der stimmungsvollen Kulisse des festlich beleuchteten Rathauses und zehntausenden Besuchern die sieben europäischen Finalisten im musikalischen Wettstreit gegeneinander an. Wer beste junge Musikerin, bester junger Musiker des Jahres 2010 wird, entscheidet eine international besetzte Jury.

Als Kontrapunkt zu den klassischen Musikwerken der Wettbewerbsteilnehmer bietet der Eröffnungsabend hochdramatische, stimmungsgewaltige Chormusik und mitreißende World Music vom Feinsten, furios interpretiert von renommierten Musikern und Ensembles, die mit großer Besetzung die Bühne auf dem Rathausplatz ausfüllen werden.

Es spielt das ORF Radio-Symphonieorchester Wien unter Cornelius Meister, der ab Herbst 2010 neuer Chefdirigent und Künstlerischer Leiter des RSO Wien sein wird. Christoph Wagner-Trenkwitz führt als Moderator durch den Abend.

Festwochenkonzerte 2010

der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien von 9. Mai - 20. Juni im Musikverein Wien

Sie sind Brüder im Geiste, Robert Schumann und Gustav Mahler – die beiden Komponisten, die auf dem Programm des Eröffnungskonzerts für die Wiener Festwochen 2010 stehen. Was sie im Innersten verbindet,

ist die Musik als Lebensnotwendigkeit im tiefstmöglichen Sinn. Leben und Not steckt darin, aber auch die Kraft, solche Not zu wenden. Mahler schrieb davon, als er den Schluß seiner Fünften Symphonie in eigenen Worten skizzierte: „genesen, ausgelassene Fröhlichkeit ... Schluß wahnsinnig vor Freude und Glücksgefühl“.

Schumann und Mahler – zwei Komponisten, die das Musikjahr 2010 prägen. Und zwei Komponisten, die dem Musikverein seit je nahe waren. Schumann, 1810 geboren, war Ehrenmitglied der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien. Mahler, fünfzig Jahre jünger als Schumann, besuchte hier das Konservatorium, erlebte Uraufführungen seiner Werke in diesem Haus und stand hier selbst am Dirigentenpult. Solche Naheverhältnisse prägen die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien und kommen auch im Musikvereinsprogramm für die Festwochen 2010 besonders zum Tragen – etwa dann, wenn Friedrich Cerha, auch er Ehrenmitglied der Gesellschaft der Musikfreunde in

Foto: RK / Christian Fürthner



Die Festwocheneröffnung lockt jährlich Zigtausende Menschen auf den Rathausplatz.

Wien, ein Auftragswerk für die Gesellschaft komponiert, das bei einem Festwochenkonzert mit dem ORF RSO Wien zur Uraufführung gelangt. Bertrand de Billy wird dieses Konzert dirigieren: ein Musiker, der in den vergangenen Jahren viel für die Musikstadt Wien geleistet hat. Mit einem weiteren Festwochenkonzert – Honeggers „Jeanne d’Arc“ steht hier auf dem Programm – verabschiedet er sich als Chefdirigent des Radio-Symphonieorchesters Wien.

Richard Strauss – auch er war dem Musikverein als Ehrenmitglied eng verbunden – bildet ebenfalls einen Schwerpunkt unserer Festwochenkonzerte. Unter ihrem Chefdirigenten Fabio Luisi setzt die Sächsische Staatskapelle die Serie ihrer Richard-Strauss-Konzerte im Musikverein fort, gekrönt vom Rosenkavalier-Schlußterzett. Ist ein Traum... und traumhaft, denke ich, ist auch die Ergänzung dieser Konzerte durch das Gastspiel der Münchner Philharmoniker, die unter Christian Thielemann Strauss’ Alpensymphonie spielen. Ein weiterer Traum wird schließlich wahr, wenn Nikolaus Harnoncourt Mozarts Traum des Scipio (Il sogno di Scipione) dirigiert. Ein großes Orchester-gastspiel bei den Festwochen erwartet Musikfreunde auch mit dem Pittsburgh Symphony Orchestra, das erstmals mit seinem neuen Chefdirigenten Manfred Honeck nach Wien kommt. Mit den Gästen aus Amerika reist Anne-Sophie Mutter nach Wien, um das Brahms-Violinkonzert zu spielen.

Festwochen für Freunde der Klaviermusik sind ebenfalls selbstverständlicher Bestandteil unseres Programms, diesmal mit Soloauftritten von Hélène Grimaud, Radu Lupu, Maurizio Pollini, Rudolf Buchbinder

und Emanuel Ax. Seiji Ozawa dirigiert das schon zur Tradition gewordene Konzert des Webern Symphonieorchesters der Wiener Musikuniversität, deren Anfänge auf das Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde zurückgehen.

Die Wiener Philharmoniker sind bei den Wiener Festwochen mit Riccardo Muti, Daniele Gatti, Mariss Jansons und Valery Gergiev höchst prominent vertreten. Mit dem Verdi-Requiem unter ihrem Chefdirigenten Fabio Luisi sorgen die Wiener Symphoniker für einen weiteren Höhepunkt der Festwochenkonzerte. Mit Michael Schade und seinem Programm Wien, Wien nur du allein klingen am 20. Juni die Festwochen im Musikverein aus.

Thomas Angyan, Intendant der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien
<http://www.musikverein.at>

Wiener Festwochen Kooperationen

*Festival Impulse:
Präsentation des Preisträgers*

Das renommierte Theater Festival Impulse zeigt alle zwei Jahre in Bochum, Düsseldorf, Köln und Mülheim an der Ruhr die interessantesten Theaterabende, die in Deutschland, Österreich und der Schweiz außerhalb der Stadttheaterstrukturen produziert wurden. Die Auswahl treffen Scouts und eine aus Kuratoren, Künstlern und Journalisten besetzte Jury. Während des Festivals wird zudem eine Preisträger-Produktion gekürt.

Als beste Produktion deutschsprachiger freier Bühnen hat Othello c’est qui am 6. Dezember 2009 den ersten Preis des Theaterfestivals Impulse gewonnen. Die Inszenie-

rung des Regie-Duos Monika Gintersdorfer und Knut Klaben wird damit 2010 beim Internationalen Theater Festival Rotterdam, dem Berliner Theatertreffen und den Wiener Festwochen zu sehen sein. Das Zwei-Personen-Stück mit den Schauspielern Cornelia Dörr und Franck Edmond Yao setzt sich vor dem Hintergrund des klassischen Othello-Stoffes mit kulturellen Unterschieden und Eigenarten auseinander.

Die Wiener Festwochen zeigen die Preisträger-Produktion am 16. und 17. Mai im brut im Künstlerhaus.

Institut für Theater, Film- und Medienwissenschaft, Universität Wien

Seit 2007 gibt es eine Kooperation mit dem Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien. Diese ist als Unterstützung eines praxisorientierten Austausches mit den Wiener Festwochen und den von ihnen eingeladenen internationalen Künstlern gedacht. Es gibt spezielle Veranstaltungsangebote rund um Festwochen-Produktionen, die von Studierenden und Lehrenden auch für laufende Lehrveranstaltungen genutzt werden können.

Max Reinhardt Seminar, Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Zum dritten Mal werden Künstler des Festwochen-Programms ihre Stücke speziell den Schauspiel- und Regiestudierenden vermitteln. Neben Vorstellungsbesuchen werden spezielle Workshops und Diskussionsveranstaltungen angeboten.

*Wiener Festwochen
Lounge im Looshaus*

Im Zentrum Wiens, in der ehemaligen Schneiderei im Looshaus, richten die Wiener Festwochen erstmals eine Lounge ein. Am 22. April wird dem Publikum ein architektonisch außergewöhnlicher Raum mit Festwochen-Literatur, Audio- und Videoaufnahmen und internationalen Tageszeitungen eröffnet. Gemeinsam mit Hauptsponsor Raiffeisen und der Hauptbücherei Wien wird ein eleganter Lesesaal rund um das Thema Wiener Festwochen geschaffen. Die Besucherinnen und Besucher sind eingeladen, sich über das Programm beraten zu lassen und in Ruhe in Texten und Programmbüchern zu blättern.
*Looshaus, Michaelerplatz 3, 1010 Wien,
Eingang Herrengasse
22. April - 12. Juni, Mo - Fr (werktags)
10-18 Uhr; Sa 10-15 Uhr
Eintritt frei
<http://www.raiffeisenbank.at/festwochen>*

Lisztomania 2011

Wunderkind, Klaviervirtuose, Frauenschwarm und Hexenmeister der Konzertsäle Europas: Franz Liszt ist eine der schillerndsten Musiker-Persönlichkeiten der Romantik. Mit seinem gigantischen Oeuvre zählt Franz Liszt zu den historisch bedeutendsten Komponisten. 2011 jährt sich sein Geburtstag im burgenländischen Raiding – das zu Liszts Lebenszeit noch zu Ungarn gehörte – zum 200. Mal. Aus diesem Anlaß präsentieren das Land Burgenland und die beteiligten Kulturbetriebe das Konzert- und Ausstellungsprogramm und die Werbekampagne im Gedenkjahr.

„Mit dem Bau des Konzerthauses in Raiding, der Neugestaltung des Museums im Geburtshaus sowie einer Neuausrichtung des jährlichen Festivalprogramms haben wir in den vergangenen Jahren die Grundlagen für eine Intensivierung der Liszt-Pflege im Burgenland geschaffen, die im Liszt-Jahr ihren Höhepunkt mit einem umfassenden Musik- und Ausstellungsprogramm erreichen wird. Das Leben und Werk des großen Meisters soll bei Lisztomania 2011 sowohl an seinem Geburtsort als auch im ganzen Land gezeigt und dargestellt werden. Mit diesem besonderen Kulturjahr werden sowohl die künstlerischen als auch die kulturtouristischen Bemühungen des Landes Burgenland fortgesetzt“, so Kulturlandesrat Helmut Bieler.

„Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, wir treten mit einem starken, vernetzten Team an“, präzisiert Kultur-Service Burgenland-Geschäftsführer Wolfgang Kuzmits. Die Kultur-Service Burgenland tritt im Liszt-Jahr als zentrale Koordinationsstelle auf und ist für die Konzeption und Umsetzung der Ausstellungen zuständig. Die Franz Liszt Gesellschaft Burgenland steuert mit ihrem Liszt Festival 2011 auf einen Höhepunkt zu und die Kulturabteilung des Landes Burgenland wird – ähnlich wie im Haydnjahr – dafür sorgen, daß im ganzen Land Sonderprojekte und Initiativen in die Lisztomania 2011 integriert werden können. Auch der Burgenland Tourismus ist im Sinne der Stärkung des burgenländischen Kulturtourismus ein wichtiger Partner.

Lisztomania ist keineswegs eine moderne Wortschöpfung – im Gegenteil: Heinrich Heine prägte den Begriff „Lisztomanie“ im Zusammenhang mit der berühmten Konzerttournee von Franz Liszt 1841/42 in Berlin. Franz Liszt pflegte ein exzentrisches Gehabe



Foto: Land Burgenland

v.r.: LR Helmut Bieler, Johannes Kutrowatz, Eduard Kutrowatz, Wolfgang Kuzmits, Josef Wiedenhofer und Gerhard Winkler

auf der Bühne, absolvierte seine vielbejubelten Auftritte in Kostümen und verstand es, sein Publikum zu Begeisterungstürmen hinzureißen. Vor allem die Damenwelt verehrte ihn beinahe hysterisch. Ein Phänomen, das ihn zum ersten Superstar der Musikgeschichte macht.

Das Konzertprogramm

„Le Concert c'est moi“ – „Das Konzert bin ich“, schrieb Franz Liszt am 4. Juni 1839 in einem Brief an die Fürstin Christina Belgiojoso in Paris, und unterstrich damit seine Bühnenpräsenz mit dem Alleinherrschaftsanspruch eines absoluten Monarchen. Die Intendanten des Liszt Festivals Raiding, Johannes und Eduard Kutrowatz, setzen 2011 im Liszt Zentrum mehrere Schwerpunkte: einen Klavierzyklus, einen Orchesterzyklus, einen Lied- und Vokalzyklus, Projekte und Uraufführungen sowie Gedenkkonzerte. Diese werden in vier Blöcken im Januar, März, Juni und Oktober aufgeführt. Die Eröffnung am 27. Jänner 2011 ist zugleich der Auftakt zu Lisztomania 2011.

Ausstellungen an sechs Schauplätzen

„Le petit Litz“ – Wurzeln eines Genies

Das Liszt-Haus in Raiding feiert den jungen Virtuosen am Beginn seiner phänomenalen Laufbahn als pianistisches Wunderkind: Liszts Herkunft, die Vater-Sohn-Beziehung und die ersten Konzertreisen bis hin zu zwei prägenden, frühen Erfahrungen, „Religion“ und „Zigeuner“, sind das Thema.

Wunderkind - Taufe und Weissagung

Die Pfarrkirche Unterfrauenhaid inszeniert Liszts Taufe und den Mythos, der sich um seine Geburt rankt – eine Zigeunerin prophezeite seine Ankunft im Gefolge des „großen Cometen“ von 1811. Zudem wird sich die Pfarrkirche in einen stimmungsvollen Hörraum verwandeln.

Lisztomanie – Der Hexenmeister am Klavier

Das Landesmuseum Burgenland widmet sich dem Leitthema „Lisztomania“. Die Schau umfaßt die Jahre von 1838 bis 1847, in denen Liszts Ruf als größter Virtuose aller Zeiten wächst, er sein (vor allem weibliches) Publikum in den Bann zieht und in zahlreichen Ländern Konzerte gibt.

Neutöner – Hofkapellmeister in außerordentlichen Diensten

Die Ausstellung im Haydn-Haus Eisenstadt zeigt Liszts Bedeutung als Hofkapellmeister in Weimar und sucht damit einen Bezug zu Haydns Rolle als fürstlicher Kapellmeister herzustellen. Sie umfaßt die Jahre 1848 bis 1860.

Vivat Liszt!

Die Burgenländische Landesgalerie wird zeitgenössische Künstler aus europäischen Orten einladen, die wichtige Lebensstationen Liszts waren. Sie werden Franz Liszt visuelle Geburtstagsgrüße senden.

Abbé Liszt – Mensch und Musik im Spannungsfeld des Glaubens.

Das Diözesanmuseum Eisenstadt wirft einen Blick auf Liszts Religiosität.

<http://www.lisztomania.at>

Romy Schneider. Wien – Berlin – Paris

Ausstellung im Museum für Film und Fernsehen,
Berlin von 5. Dezember 2009 bis 30. Mai 2010

Die Ausstellung „Romy Schneider. Wien – Berlin – Paris“, die das Museum für Film und Fernsehen seit 5. Dezember 2009 in seinen Räumen präsentiert, dokumentiert die wechselhafte Karriere Romy Schneiders, die Ende der 1950er Jahre nicht mehr Sissi sein wollte und in den 1970er Jahren als Star des französischen Kinos gefeiert wurde.

Romy Schneider haderte öffentlich mit ihren Rollen in Deutschland und ging nach Paris, um Frauen zu spielen, die ihrem schauspielerischen Können und ihren Ansprüchen gerecht wurden. Anfang der 1970er Jahre ließ sie sich in Frankreich nieder und avancierte zu einem der größten Stars des französischen Kinos, wurde mehrfach ausgezeichnet und drehte mit fast allen großen Regis-



Alain Delon und Romy Schneider in LA PISCINE/DER SWIMMINGPOOL, F/I 1969



Romy Schneider, Venedig 1957, während Dreharbeiten zu SISSI - SCHICKSALSJAHRE EINER KAISERIN, A 1957



Romy Schneider und Claude Sautet bei den Dreharbeiten zu UNE HISTOIRE SIMPLE/EINE EINFACH GESCHICHTE, F 1978

seuren und Schauspielern jener Zeit. Paparazzi verfolgten die Schauspielerin auf Schritt und Tritt und dokumentierten ihre Schicksalsschläge für die internationale Boulevardpresse, als deren Opfer sich Romy Schneider zeitlebens fühlte. Im Mai 1982 starb Romy Schneider in Paris. Bis heute

zählt sie zu den Weltstars des Kinos, sie wird von Millionen Fans in aller Welt verehrt. Die Hommage, die auf einer Ausstellungsfläche von 450 m² im Filmhaus zu sehen ist, thematisiert ebenso die Rollen- und Image-

wechsel der Schauspielerin wie ihre Darstellung in den Medien.

Bilder aus Film, Presse und Privatleben werden nach wiederkehrenden Motiven gruppiert und mit Filmausschnitten kombi-

Foto: Max Scheler, Quelle: Max Scheler Estate, Hamburg

Foto/Quelle: Filmarchiv Austria, Wien

Foto/Quelle: Yves Sautet, Paris

Kultur

niert. Medieninstallationen zeigen das Wechselspiel zwischen Projektion und aktiver Selbstinszenierung. Ergänzend werden Plakate, Kostüme, Korrespondenzen und Fanartikel präsentiert.

Zahlreiche Fotos von Romy Schneider, ihren Filmpartnern und ihrer Familie aus den 1950er und 1960er Jahren, bisher weitgehend unbekannt, stammen aus den Sammlungen der Deutschen Kinemathek. Zusätzlich werden Leihgaben von anderen Institutionen und Privatpersonen zu sehen sein, etwa von den Fotografen F.C. Gundlach und Robert Lebeck sowie aus dem persönlichen Archiv des Filmregisseurs Claude Sautet.

Die Ausstellung zeigt auch zwei Kostüme aus dem Fernsehfilm „Romy“ (Regie: Torsten C. Fischer, D: Jessica Schwarz) einer SWR-Koproduktion, die am 2009 im Ersten ausgestrahlt wurde. Beide Ausstellungsstücke – ein Chanel-Kostüm und ein Abendkleid mit Mantel – sind den Originalen nachempfundene Entwürfe von der Kostümbildnerin Barbara Baum und wurden von der Firma Theaterkunst hergestellt. Sie veranschaulichen Wendepunkte in Leben und Karriere der Schauspielerin:

Anfang der 1960er legte Romy Schneider ihr Mädchen-Image ab und präsentierte sich als souveräne und verführerische Frau. Merkmal dieser Verwandlung ist der Look von Coco Chanel, den sie dem italienischen Regisseur Luchino Visconti verdankte. Visconti, der seit den 1930er Jahren mit Coco Chanel befreundet war, brachte Romy Schneider in das berühmte Atelier in der Rue Cambon. Das Ergebnis: Ein erwachsener Stil, der die Selbstbestimmtheit und Erotik der Schauspielerin unterstreicht. Romy Schnei-



Romy Schneider und Michel Piccoli während der Dreharbeiten zu *LA VOLEUSE*/SCHORNSTEIN NR 4, R: Jean Chapot, F/BRD 1966



Romy Schneider und Magda Schneider in *DIE HALBZARTE*, R: Rolf Thiele, A 1959

der sagte später: „Es gibt drei Menschen, die mein Leben entscheidend verändert haben: Alain, Visconti und Coco Chanel.“

Das zweite Kostüm aus dem Fernsehfilm ist einer Robe nachgeschneidert, die Schneider in ihrem letzten Spielfilm „La Passante du Sans-Souci“ („Die Spaziergängerin von Sans-Souci“, F/BRD 1982, Regie: Jacques Rouffio) trug. Es unterstreicht die tragische Schönheit der Schauspielerin kurz vor ihrem Tod: ein eng anliegendes, funkelndes Silberpaillettenkleid mit einem blaugrau schillernden transparenten Abendmantel aus Organa.

Zur Ausstellung ist ein Katalog im Henschel Verlag erschienen. Eine begleitende Filmreihe im Kino Arsenal ist für das Frühjahr 2010 geplant. Die Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit. ■

<http://www.deutsche-kinemathek.de>

45 Millionen sahen das Neujahrskonzert 2010

Der ORF übertrug das Neujahrskonzert aus dem Wiener Musikverein live, 74 TV-Stationen in 70 Ländern weltweit hatten es übernommen.



Fotos: ORF/Alji Schaffler

Ein Blick in den wohl schönsten Konzertsaal der Welt: Der Goldene Saal im Wiener Musikverein, von den Wiener Gärtnern und österreichischen Floristen geschmückt mit 30.000 Blüten aus San Remo.

Am 1. Jänner 2010 war der Goldene Saal des Musikvereins zum bereits 52. Mal Schauplatz des „Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker“. Nach dem großen Erfolg von 2008 hatte der französische Dirigent Georges Pretre zum zweiten Mal das wohl populärste Konzert der Welt geleitet. Auf dem Programm standen Werke der Familie Strauß sowie von Hans Christian Lumbye und Otto Nicolai. Für die Balletteinlagen wurde live in das Kunsthistorische Museum Wien geschaltet, die Kostüme hatte der große italienische Meister der Haute Couture, Valentino, entworfen, den Pausenfilm gestaltete Hannes Rossacher. ORF 2 zeigte das Konzert erstmals in HD und wieder in Dolby Digital 5.1, online wurde das Konzert österreichweit erstmals als Live-Stream angeboten.

GD Wrabetz: »Echte Sensation«

„Es ist ein Neujahrskonzert mit einigen ORF-Premieren“, so ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz bei der Präsentation des Programms. „Besonders erfreulich ist, daß

die Zuseherinnen und Zuseher von ORF 2 das Konzert erstmals im neuen High-Definition-Standard erleben können.“ Eine „echte Sensation“ sei es, „daß der legendäre Modeschöpfer Valentino für die Kreation der fantasievollen Kostüme für die beiden Live-Balletteinlagen gewonnen werden konnte“ und damit dank ORF sein Ballett-Debüt überhaupt feiert. „Das Neujahrskonzert mit Live-Ballett und Pausenfilm ist längst zu einer Visitenkarte des ORF geworden, die jährlich in die ganze Welt getragen wird. Wir sind sehr stolz, daß auch im 52. Jahr die Zusammenarbeit mit den Wiener Philharmonikern so gut funktioniert.“

Pretre: »Immer sehr berührt«

Dirigent Georges Pretre sei immer sehr berührt, wenn er das Neujahrskonzert dirigiere. „Das Einzigartige daran ist, daß es sich an die ganze Welt richtet. Die Musik der Familie Strauß ist keine leichte Muse, sie ist eine zweistündige Liebeserklärung an die Welt“, so der Stardirigent.

Hellsberg: »Werbung für klassische Musik«

„Das Konzert wird in 70 Ländern teils live, teils zeitversetzt übertragen“, so Clemens Hellsberg, Vorstand der Wiener Philharmoniker. „Es ist so, daß wir mit diesem Konzert Werbung für klassische Musik machen wollen. Es ist eine besondere Freude, daß nicht nur große Länder dabei sind, sondern auch Länder wie Trinidad oder die Mongolei.“ Mit dem Konzert wollen die Philharmoniker „auch französische Werke der Sträube präsentieren. Auch der Rivale der Sträube, Jacques Offenbach, kommt selbst mit einer Ouvertüre zu Wort“ (Anm.: „Die Rheinnixen“). Mit Hans Christian Lumbye sei ein Komponist gespielt worden, der „noch nie beim Neujahrskonzert zu hören war“.

Valentino: »Große Ehre, dabei zu sein«

Für Modeschöpfer Valentino ist seine Arbeit für das Neujahrskonzert 2010 „eine große Ehre. Ich bin sehr aufgeregt, daß ich

Kultur

zum ersten Mal dabei sein kann. Am liebsten würde ich die Kostüme für das Neujahrskonzert-Ballett jedes Jahr entwerfen. Ich liebe die Straußmusik sehr, Wien ist die Stadt der Musik“, meint Valentino, der jedes Jahr das Konzert im Fernsehen verfolgt.

52. TV-Übertragung aus dem Wiener Musikverein

Zum bereits 52. Mal übertrug ORF 2 das Neujahrskonzert live, 74 TV-Stationen in 72 Ländern weltweit übernahmen das Konzert 2010. Mit 14 Kameras im Musikverein, neun Kameras im Kunsthistorischen Museum sorgten die Regisseure Karina Fibich (Musikverein) und Michael Beyer (Kunsthistorisches Museum) für höchsten Kulturgenuß für die TV-Zuschauer zu Hause. Durch das TV-Programm führte ORF-TV-Kulturlady Barbara Rett, die Ö1-Hörer begleitete Christoph Wagner-Trenkwitz.

Zwei Live-Balletteinlagen im Kunsthistorischen Museum im Valentino-Design

Als Reverenz für den Dirigenten Georges Pretre waren die Sizilianerin Eleonora Abba-

gnato und der Pariser Nicolas Le Riche eingeladen, um in den Räumen der Antikensammlung des Kunsthistorischen Museums zur Polka Mazur „Ein Herz, ein Sinn“ von Johann Strauß Sohn einen Pas de deux zu tanzen. Die beiden Künstler zählen zu den wichtigsten Solisten der Pariser Oper Palais Garnier. Das Ballett der Wiener Staatsoper und Volksoper tanzte ebenso live zum Walzer „Morgenblätter“, ebenfalls von Johann Strauß Sohn. Die Choreographie stammte von Renato Zanella. Eleonora Abbagnato trug eine Robe im typischen Valentino-Rot, ihr Partner Le Riche begleitete sie im eleganten Frack mit roter Schärpe. Die Damenkostüme des Balletts der Wiener Staatsoper und Volksoper beeindruckten von mädchenhaft bis verführerisch in den Farben Rosa bis Grau/Blau. Gefertigt wurden die Kostüme in den ART for ART Kostümwerkstätten in Wien unter der Regie von Kostümchefin Annette Beaufays.

»Pausenfilm«: Hannes Rossacher blickte hinter die Kulissen

Der Pausenfilm „Inside“ führte in diesem Jahr hinter die Kulissen der Produktion des

Neujahrskonzerts. Hannes Rossacher verfolgte mit der Kamera die Arbeit an den Kostümen in Wien und Paris, die ersten Probenarbeiten des Orchesters und der Ballette, den enormen Aufwand der Technik sowohl im Musikverein als auch im Kunsthistorischen Museum bis hin zur Generalprobe. Der Film wurde also in letzter Minute vor der Live-Übertragung fertiggestellt.

30.000 Blüten aus San Remo

Der Goldene Saal des Wiener Musikvereins wurde wieder von den Wiener Gärtnern und österreichischen Floristen mit mehr als 30.000 Blüten aus San Remo geschmückt. Während des Walzers „An der schönen blauen Donau“ konnten die ZuseherInnen den Verlauf der Donau von ihrem Ursprung bis zur Mündung in das Schwarze Meer verfolgen. Die Stationen waren Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien und Rumänien.

CD und DVD zum Neujahrskonzert waren bereits wenige Tage danach verfügbar; im Internet unter:

<http://shop.orf.at>

<http://www.musikverein.at>

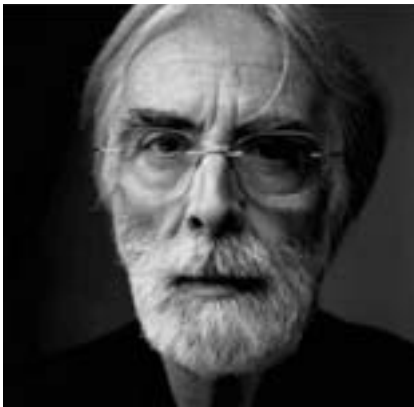
<http://www.wienerphilharmoniker.at> ■



»Das Einzigartige daran ist, daß es sich an die ganze Welt richtet. Die Musik der Familie Strauß ist keine leichte Muse, sie ist eine zweistündige Liebeserklärung an die Welt«, so der Stardirigent Georges Pretre.

Golden Globes für Michael Haneke und Christoph Waltz

Gleich zwei Österreicher wurden dieses Jahr mit Golden Globes der Hollywood Foreign Press Association gewürdigt.



Michael Haneke

Foto: Brigitte Lacombe Photo

Der österreichische Film gewinnt international immer mehr Anerkennung: In der Nacht zum 18. Jänner wurde Michael Haneke in Los Angeles als Regisseur für „Das weiße Band“ als den besten fremdsprachigen Film und Christoph Waltz als bester Nebendarsteller in Quentin Tarantinos Film „Inglourious Basterds“ ausgezeichnet. Beide, Haneke und Waltz, aber auch „Das weiße Band“-Kameramann Christian Berger, wurden am 2. Feber für einen „Oscar“ nominiert.

Das weiße Band

Ein Dorf im protestantischen Norden Deutschlands, 1913/14. Vorabend des ersten Weltkriegs. Der Film erzählt die Geschichte des vom Dorflehrer geleiteten Schul- und Kirchenchors und zeigt seine kindlichen und jugendlichen Sänger und deren Familien: Gutsherr, Pfarrer, Gutsverwalter, Hebamme, Arzt, Bauern – ein Querschnitt eben. Seltsame Unfälle passieren und nehmen nach und nach den Charakter ritueller Bestrafungen an. Wer steckt dahinter? Das Buch zum Film stammt von Haneke, der auch Regie führte.

<http://www.dasweisseband.at>

Inglourious Basterds

Im deutsch besetzten Frankreich muß Shosanna Dreyfus (Mélanie Laurent) mit ansehen, wie ihre Familie durch den Nazi-Oberst Hans Landa (Christoph Waltz) brutal hingerichtet wird. Nur knapp kann sie ent-

kommen und flieht nach Paris. Zur gleichen Zeit formt Offizier Aldo Raine (Brad Pitt) eine Elitetruppe aus jüdischen Soldaten, die gezielte Vergeltungsschläge gegen Nazis und Kollaborateure durchführen soll. Gemeinsam mit seinen acht Männern wird er in Frankreich abgesetzt, um dort unterzutau- chen und in Guerilla-Einsätzen Nazis zu jagen und zu töten. Schon bald werden sie von den Deutschen als „Die Bastarde“ ge- fürchtet... Quentin Tarantino wagte sich an ein schwieriges Thema, das er mit großen Stars genial inszeniert hat.

<http://www.ingloriousbasterdstailer.com>

Bundeskanzler Werner Faymann gratu- lierte den beiden österreichischen Filmschaf- fenden Michael Haneke und Christoph Waltz zu ihren Preisen: „Diese Würdigung zweier außerordentlicher Leistungen wird vielen Kulturschaffenden aus Österreich Ansporn und Motivation sein sowie den Weg für wei- tere Erfolge ebnen.“

Michael Hanekes als bester fremdspra- chiger Film ausgezeichnetes Werk „Das weiße Band“ habe ihn persönlich tief beein- druckt, so der Bundeskanzler weiter. Er wünsche dem Regisseur ebenso wie dem Schauspieler Christoph Waltz für seine Rolle in Quentin Tarantinos „Inglourios Basterds“ nunmehr auch alles Gute in Hinblick auf die kommende Oscar-Verleihung.

Auch Kulturministerin Claudia Schmied sprach von einem großen Triumph, den die beiden Österreicher Michael Haneke und Christoph Waltz bei der 67. „Golden-Globe“- Gala in Los Angeles feiern konnten. „Mi- chael Haneke gehört zu den weltweit besten Regisseuren, der aussagekräftiges Kino pro- duziert und sich nicht scheut, sensible The- men in den Mittelpunkt seiner filmischen Erzählung zu stellen. Der Preis an Christoph Waltz zeigt den Reichtum an Talenten, aus dem die europäische und österreichische Filmwirtschaft schöpfen kann.“

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz: „Sich freuen und gratulieren sind bereits lieb- gewonnene Konstanten, wenn es um Michael Haneke und „Das weiße Band“ geht. Nach den



Christoph Waltz

Foto: »HFFA« and »Golden Globe Awards«

Auszeichnungen in Cannes und beim Euro- päischen Filmpreis setzt Haneke mit diesem einzigartigen Erfolg seinen Triumphzug fort, dessen nächste Station womöglich der Film- olymp im Kodak Theater sein wird. Eine herz- liche Gratulation gebührt weiters Christoph Waltz für den Golden Globe als bester Ne- bendarsteller in „Inglourious Basterds“. Die- se Erfolge positionieren einmal mehr Öster- reich als Filmland erster Güte und verdeut- lichen die wichtige Rolle des ORF als größ- ter Auftraggeber des heimischen Films, den wir natürlich auch in Zukunft bestmöglich finanzieren und fördern werden.“

„Traumlandung in der Traumfabrik, bes- ser geht's nicht“, freut sich Wiens Kultur- stadtrat Andreas Mailath-Pokorny über den großen Erfolg von Michael Haneke und Christoph Waltz in Hollywood. „„Das weiße Band“, dieser dichte und eindrucksvolle Film über die Auswirkungen struktureller Gewalt auf die Gesellschaft, wird zu Recht weltweit verstanden und gewürdigt. Mit dem weißen Band ist Haneke ein wirklich großer Film gelungen“, drückte Mailath seine Freude dar- über aus, daß der Filmfonds Wien diesen Film unterstützen konnte. Er gratulierte auch Chri- stoph Waltz zu seiner fulminanten Neben- rolle, „mit der er längst zum Hauptdarsteller und Aushängeschild des Films „Inglorious Bastards“ wurde. Ich gratuliere herzlich und hoffe, die Golden Globes sind ein gutes Omen für den Oscar“, schloß Mailath. ■

20 Millionen Euro für Österreichs Filmwirtschaft

»Kreativitätsprämie« stärkt Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Films und macht Österreich attraktiver für internationale Produktionen

Um die erfolgreiche Filmbranche zu stärken, lanciert das Wirtschaftsministerium das Fördermodell „Filmstandort Österreich“. Insgesamt stehen dafür 20 Millionen Euro zur Verfügung. Davon werden schon heuer fünf Millionen Euro ausgeschüttet. „Mit dieser Kreativitätsprämie stärken wir den Filmstandort Österreich und können die Abwanderung von Filmschaffenden aus wirtschaftlichen Gründen verhindern. Know-how und Wertschöpfung bleiben so im Land. Zugleich wird Österreich für internationale Koproduktionen und Kofinanzierungen mit einem heimischen Partner attraktiver“, betonte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner am 21. Jänner bei der Präsentation des Fördermodells mit Danny Krausz, dem Obmann des WKÖ-Fachverbandes Filmindustrie, sowie dem Schauspieler Karl Markovics. „Diese Initiative schärft in der Öffentlichkeit das Bewußtsein dafür, daß die österreichische Filmwirtschaft kein Almosen-Empfänger ist, sondern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor“, freute sich Markovics.

Dank „Filmstandort Österreich“ wird es künftig erstmals auch auf der Bundesebene Film-Unterstützungen geben, die an objektiv nachvollziehbare wirtschaftliche Kriterien gekoppelt sind und nicht an die subjektive Entscheidung eines Beirats oder einer Jury. Ein weiterer Vorteil: Durch die kurze Frist von sieben Wochen, innerhalb der Förderentscheidungen fallen müssen, können Projekte schneller gefördert werden. Dazu kommt: Angesichts der hohen Umweltrentabilität von Filmproduktionen wird auch der heimische Tourismus profitieren. So lassen sich laut Studien bis zu 20 Prozent der Touristen von Filmen bei ihrer Urlaubspaltung beeinflussen.

Eine zentrale Voraussetzung für eine Förderung ist, daß die österreichischen Herstellungskosten mindestens 25 Prozent der förderungsfähigen Kosten betragen. Die maximale Unterstützung für ein Einzelprojekt liegt bei 25 Prozent der förderfähigen Herstellungskosten bzw. bei 15 Prozent des jährlichen Budgets von „Filmstandort Österreich“. Vorbild für diese Regelung war das deutsche Rabattmodell. „Der Dienstleistungs-



Foto: BMWF/HBF/Hartl

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (m.) präsentiert gemeinsam mit Danny Krausz (li.), dem Obmann des WKÖ-Fachverbandes Filmindustrie, sowie dem Schauspieler Karl Markovics das neue Fördermodell Filmstandort Österreich.

sektor wird immer wichtiger. Das deutsche Beispiel zeigt, daß die Hebelwirkung zwischen den Förderausgaben und den folgenden Investitionen enorm ist“, sagte Mitterlehner. Von 2007 bis 2009 wurden in Deutschland 302 Produktionen mit 172 Millionen Euro gefördert, was einen wirtschaftlichen Effekt von 1,1 Milliarden Euro ausgelöst hat.

In Österreich werden programmfüllende Kinofilme mit mindestens 79 Minuten Spielzeit bzw. Kinderfilme mit 59 Minuten Spielzeit unterstützt. Allerdings müssen die Herstellungskosten eines solchen Films bei mindestens einer Million Euro liegen, bei Dokumentationen 200.000 Euro.

Nach der notwendigen Notifizierung durch die Europäische Kommission soll „Filmstandort Österreich“ schon im Juli 2010 starten. Unmittelbar nach der positiven Rückmeldung aus Brüssel können die Förderanträge elektronisch beim Austria Wirtschaftsservice (aws) eingereicht werden, das die Vergabe mit der Austrian Business Agency und dem Wirtschaftsministerium abwickelt.

Filminstitut: Meilenstein in der Filmfinanzierung erreicht

Mit der Schaffung des neuen Finanzierungsmodells „Filmstandort Österreich“ als zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit für

Kinofilme wurde eine langjährige Lücke im Räderwerk der Filmfinanzierung in Österreich geschlossen.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind strategische Investitionen gefragt, die das Potential haben, echte Nachhaltigkeit zu entwickeln und breite Wertschöpfung zu erzielen. Die Filmwirtschaft als Kernbereich der Content-Industrie ist eine der wenigen Wachstums- und Zukunftsbranchen schlechthin. Film kreiert nicht nur Kultur und stärkt und visualisiert unsere Identität, er schafft auch tausende Arbeitsplätze, generiert hunderte Millionen an volkswirtschaftlichen Umsätzen und damit auch zusätzliches Steueraufkommen. Gerade jetzt in den anhaltend breiten Erfolg des österreichischen Films in Form eines direkten Zuschuß-Modells zu investieren, macht daher als strategische wirtschaftspolitische Lenkungsmaßnahme Sinn, stärkt den Filmstandort und stimuliert die Produktion.

Das neue Fördermodell wird daher ein Katalysator für die Filmwirtschaft sein, der die bestehende Filmförderung bestens ergänzt. Die dafür zur Verfügung gestellten Beträge sind ein guter Anfang und Resultat budgetärer Realität, deren Spielraum sich in den Folgejahren aber hoffentlich noch erweitern wird. ■

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Lilia Skala (Lilia Skalla)

SchauspielerIn

Lilia Skala wurde am 28. November 1896 in Wien als Lilia Sofer geboren. Ihre Eltern, der jüdische Vater Julius Sofer und die katholische Mutter Katharina Skalla, gehörten der komfortablen Wiener Mittelklasse an. Sie offenbarte früh ihren Wunsch, sich der Bühne zuzuwenden, nahm jedoch den Eltern zuliebe ein Hochbaustudium auf, ohne ihr vorrangiges Ziel außer Acht zu lassen. Nach dem Erwerb des Ingenieur-Diploms an der Technischen Universität Dresden (erstes weibliches Mitglied der österr. Ingenieur- und Architektenkammer), kurzer praktischer Tätigkeit in Wien (Bau von Kinderheimen) und einer Zeit als Hausfrau, begann sie 1928 die früheren Ambitionen auf eine Darstellerkarriere zu verwirklichen. Sie galt als Offenbarung. Ihr Weg als Lilia Skalla führte nach einer Audition bei Max Reinhardt über das Deutsche Volkstheater und die Kammerspiele in Wien, nach Prag, Königsberg und Basel und dazwischen immer wieder nach Wien. Sie spielte unter den Direktoren Rolf Jahn, Josef Jarno, Rudolf Beer und an der „Josefstadt“ bei Hans Thimig, daneben fanden sich kleinere Aufgaben im heimischen Film. Anfang der 30er-



Alle Fotos: Archiv Ulrich

Lilia Skala in der Rolle der Mutter eines jungen Mörders in der Episode »Their Own Executioners« aus der NBC-TV-Serie »Kraft Suspense Theater« von 1964

Jahre heiratete sie Louis Erich Skala. Die nach dem „Anschluß“ Österreichs an Nazideutschland 1938 einsetzende Tyrannei (L. E. Skala war zeitweilig inhaftiert) veranlaßte das Ehepaar mit ihren zwei Söhnen, getrennt und zu verschiedenen Zeiten, das Land zu verlassen. Über England erreichte die Familie 1939 mittellos, ohne Englischkenntnisse und entwurzelt das Fluchtziel Vereinigte Staaten.

Aufgrund der Sprachschwierigkeiten und des Akzents bestand anfänglich wenig Hoffnung auf Rückkehr in die geliebte Profession. Die Immigrantin nahm in New York Fabrikarbeit an, sammelte Erfahrungen bei Kurzauftritten im Ensemble der Österreichischen Bühne, bei Day Time Radio und stand im Dezember 1941 am Cort Theatre in Fritz Rotters und Allen Vincents Drama „Letters to Lucerne“ erstmals wieder im größeren Rahmen auf den Brettern, die für sie die Welt bedeuteten. Dies war der Beginn einer bis 1990 andauernden und vielbewunderten Karriere in den USA, die von Kritikern als „definition of success“ klassifiziert wurde. Die attraktive Künstlerin, nun Lilia Skala, betreut von der William Morris Agency, reüssierte an der New Yorker Theatermeile und auf Tournée (wie auch später in einem Dutzend Filmen) in prononziertem Englisch, in Stücken wie „Many Moons“ (1947), als Anne Franks Mutter in „The Diary of

Serie »Österreicher in Hollywood«



Lilia Skala als Mother Maria und der für seine Rolle mit dem Academy Award ausgezeichnete Sidney Poitier in Ralph Nelsons Produktion »Lilies on the Field«

Anne Frank“ neben Joseph Schildkraut und Susan Strasberg (1956), unter der Regie des aus Wien angereisten Burgtheaterdirektors Adolf Rott als Mrs. Peachum in der deutschsprachigen Fassung der „Dreigroschenoper“ von Brecht/Weill (1965) und in der Rolle des Fräulein Schneider in Christopher Isherwoods Musical „Cabaret“ (1970).

Ein erster Versuch, in Hollywood Fuß zu fassen, scheiterte 1943. Zehn Jahre später waren die Aussichten erfreulicher, als 20th Century-Fox mit einer Offerte in die Film-metropole lud. Mit der Gestaltung der Grand Duchess Sophie of Luxembourg konnte Lilia Skala in der Verfilmung des Irving Berlin-Musicals „Call Me Madam“ zusammen mit Ethel Merman ihren vorangegangenen 18 Monate langen Broadway-Erfolg von 1950 bis 1952 wiederholen. Die warmherzige und sympathische Darstellung einer kirchenbauenden Nonne in „Lilies of the Field“ („Lilien auf dem Felde“), einem Streifen aus der Kategorie der „sleeper“ mit Sidney Poitier, brachte ihr 1963 triumphale Anerkennung und im Jahr darauf die Nominierung zum Golden Globe der Hollywood Auslandsprese (HFPA) und zum Academy Award für die beste Nebenrolle ein. Um den Part der Mother Superior in Ralph Nelsons preisgekrönter, von Filmjournalisten gelobten und finanziell erfolgreichen Low Budget-Produktion

übernehmen zu können, hatte Lilia Skala, eine Frau, die „Türen öffnen konnte“, eine mehrmonatige Theatertournee aufgegeben. Mit dem Erhalt des Exhibitors International Laurel Awards zählte sie 1964 zu den „Top Ten of Personalities of the Year“. Der Erfolg führte zu ihrer umgehenden Verpflichtung durch den Produzenten und Regisseur Stanley Kramer für die ambitionierte, mit einem hochkarätigen Ensemble internationaler Kinostars besetzte Literaturverfilmung der Columbia „Ship of Fools“ („Das Narrenschiff“, 1965), nach dem Roman von Katherine Anne Porter. Im selben Jahr wirkte Lilia Skala neben Maria Schell in dem von den Vereinten Nationen produzierten TV-Special über eine Flüchtlingsfamilie „Who Has Seen the Wind?“ mit. Zu weiteren Streifen, in denen sie in herausragenden Rollen zu sehen war, zählen u.a. die Agentenparodie „Caprice“ (mit Doris Day, 1967) von Centfox, der Episodenfilm „Roseland“ („Der Tanzpalast“, 1977), der ihr 1978 eine nochmalige Golden Globe-Nominierung bescherte, das brillante Disco-Märchen der Paramount „Flashdance“ (1983) und der Thriller „House of Games“ („Haus der Spiele“) von 1987.

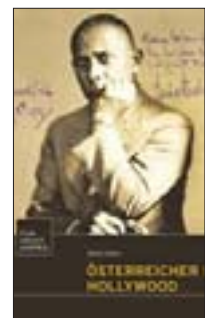
Besonders bei der Television fand die in Elmhurst im New York Area lebende, kreative Komödiantin von den Anfangsjahren des Mediums bis zur Aufgabe des Metiers eine

kontinuierliche Präsenz. Sie gefiel in perfekten Charakterisierungen als „regular“ oder Gaststar in über 70 Episoden aus bekannten Serien wie „Guiding Light“, „Lux Video Theatre“, „Justice“, „Climax!“, „Producer's Showcase“, „Naked City“ oder „Ironside“. Für ihre großartige Performance in der viel beachteten TV-Produktion „Eleanor and Franklin“, die auf dem gleichnamigen Buch von Joseph P. Lash basierende Geschichte der Roosevelts, erhielt sie 1976 in der Kategorie „Best Supporting Actress“ eine Nominierung zum Emmy Award.

Wenn jedoch Rollenangebote ausblieben, arbeitete „Lilia“ gelegentlich an der Theaterkasse des New York City Centers, um Phasen der Untätigkeit zu vermeiden. 1990 stand sie im 95. Lebensjahr in dem Kriminalfilm „Men of Respect“ („Mann mit Ehre“), eine Anlehnung an den „Macbeth“-Stoff, letztmalig vor einer Kamera. Lilia Skala, Star am New Yorker Broadway und in Hollywood, starb am 18. Dezember 1994 in Bay Shore, Long Island, New York. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über 12jährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüberhinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten, zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1; <http://www.filmarchiv.at>

Ein geistreicher Landstrich

Schnaps und Edelbrände in Oberösterreich

Von Silvia Pfaffenwimmer.



Zur zünftigen Jause mit heimischen Schmankerln kommen im Genußland Oberösterreich edle Brände aus den besten Früchten auf den Tisch.

Foto: OÖ. Tourismus/Röbl

Schnaps oder nicht Schnaps – das ist im Land ob der Enns keine Frage. Ob als krönender Abschluß eines guten Essens, als „Runden“-Getränk beim Plausch mit Freunden oder als Heilmittel bei Unpäßlichkeiten aller Art – Hochprozentiges hat immer einen Platz im Leben der Oberösterreicher. Wobei das Wort „Schnaps“ den Köstlichkeiten, die heute ins Glas kommen, längst nicht mehr Genüge tut. Vielmehr handelt es sich dabei um feinste Spirituosen, die mit handwerklicher Finesse, Fingerspitzengefühl und Sinn für das Gute destilliert werden. Oberösterreichs Schnapsbrenner gehören zu den besten der Welt.

Wie etwa Hans Reisetbauer aus Axberg. „Mit mir kann man über alles diskutieren, nur nicht über Qualität“, sagt der Edelbrenner, der mit seiner kompromisslosen Haltung die heimische Schnapslandschaft von Grund

auf verändert hat. Gemeinsam mit Weggefährten gründete er Mitte der 90er-Jahre das „Edelbrandforum“, das zum Motor für den Höhenflug heimischer Spirituosen wurde. Feinste Früchte, moderne Brenntechnik, Innovationsgeist und die Reisetbauer eigene Beharrlichkeit ergeben Brände, die ihresgleichen suchen. Bereits zum fünften Mal wurde der Axberger heuer von einem renommierten Gourmetführer zum „Meisterbrenner des Jahres“ gewählt. Neben bewährten Destillaten betritt Reisetbauer beim Schnapsbrennen gerne auch einmal Neuland: Sein „Single Malt Whisky“ und sein „Blue Gin“ sind mittlerweile Verkaufsschlager.

Weltbeste Brenner

Ein weiterer Fixstern am heimischen Edelbrandhimmel ist Josef Hochmair aus Wallern, wie Reisetbauer mehrfacher „Mei-

sterbrenner“ und Gewinner der „Destillata“, einer jährlich in Österreich stattfindenden internationalen Edelbrand-Prämierung. Mehr als 50 Sorten werden auf Hochmairs „Malznerhof“ erzeugt, von diversen Getreidebränden bis hin zu exotischen Destillaten wie Karotten- oder Mangobrand. „Brennen kann man alles, was Stärke oder Zucker hat, also süß ist. Das würde sogar mit Tomaten oder Sellerie funktionieren“, sagt Josef Hochmair. Der Prozeß, der beim Brennen abläuft, ist freilich immer derselbe. Zunächst wird das Lesegut – meist Obst – gereinigt, aussortiert, zerkleinert und gegebenenfalls mit etwas Wasser vermischt. Dann muß das ganze ohne Verzögerung zur Gärung gebracht werden. Das funktioniert am besten bei einer Temperatur von 18 bis 20 Grad und mit Hilfe von Reinzuchtheffen, die den Zucker im Lesegut in Alkohol umwandeln. Das kann

ÖJ-Reisetip

bis zu zehn Tage dauern, je nachdem, wie viel Zucker die Hefen „aufzufressen“ haben. Ist die Gärung abgeschlossen, kommt die Maische in den Brennkessel und wird erhitzt. Und hier beginnt die eigentliche Kunst des Schnapsbrennens, „denn die meisten Fehler passieren nach der Gärung“, so Hochmair.

Bei rund 80 Grad gehen Wasser und Alkohol getrennte Wege: Der Alkohol verdampft, wird wieder heruntergekühlt und so zur hochprozentigen Spirituose, die mit Wasser verdünnt und schließlich abgefüllt wird. Nicht nur das Können und Wissen der Brenner hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verbessert, auch die Technik macht heute vieles leichter. Der Experimentierfreude sind keine Grenzen gesetzt und so finden sich in Oberösterreichs Spirituosenlandschaft heute neben althergebrachten Destillaten auch originelle Neuschöpfungen wie Honigbrand, Topinamburbrand oder Ingwergeist.

Rezepte aus der Klosterküche

Seit jeher ein Hort erlesener Schnapskultur sind Oberösterreichs Klöster. Befaßten sich doch die Mönche als erste mit der Erzeugung von Schnaps und Likören, nachdem die Mauren das Wissen um die Destillation im Mittelalter nach Europa gebracht hatten. Und noch heute kann man hinter Stifts- und Klostermauern so manch trinkbaren Schatz heben, der nicht nur der Seele, sondern auch der Gesundheit gut tut. Auch im Stift Reichersberg nahe der bayerischen Grenze versteht man sich aufs Brennen. Zuständig dafür ist Alfred Thanecker, der Vater des derzeitigen Propstes Werner Thanecker. Mit seinen 77 Jahren hat er viel Er-



Foto: Reisetbauer

Der Meisterbrenner Hans Reisetbauer aus Axberg gehört zu den führenden Produzenten von Edelbränden höchster Qualität.

fahrung in der Destillation, ruht sich jedoch nicht auf herkömmlichen Rezepturen aus. Besonders angetan haben es ihm Sorten, die in Vergessenheit zu geraten drohen. Und so kann man im Klosterladen und in der Stiftsvinotek unter anderem Brände vom Klarapfel, vom Lederapfel und von der Kletzenbirne verkosten und kaufen. Weiters im Angebot sind diverse

Weinbrände und Liköre, die Rezepte dafür stammen aus dem Fundus der Klosterbibliothek.

Der süße Bruder des Schnapses

Wie die Schnapsproduktion ist auch die Likörherstellung in Oberösterreich weit ver-

breitet. Besonders in ländlichen Gegenden ziehen zur Sommerzeit noch heute viele Einmachgläser die Fensterbänke. In ihnen reifen Nuß-, Weichsel- und andere Schnäpse ihrer Trinkbarkeit entgegen. Wobei es sich bei diesen landläufig Schnaps genannten Flüssigkeiten eigentlich um Liköre handelt. Obst, Gewürze, Kräuter und Zucker werden in Alkohol angesetzt und geben an diesen ihre Inhalts- und Geschmacksstoffe ab. Im Fachjargon wird dieser Vorgang Mazeration genannt.

Einer, der sich ganz besonders gut auf die Produktion von Nußlikör versteht, ist Robert Linsbod. Mehrere tausend Flaschen feinsten Nussgeists verlassen Jahr für Jahr seine



Vom Obst zum Brand: Nur das beste Obst aus Oberösterreich ist die Grundlange für edle Destillate.

Foto: OÖ. Tourismus/Röbl

ÖJ-Reisetip

Informationen

Qualitätsbrand Reisetbauer
4062 Kirchberg-Thening
Tel.: ++43 / (0)7221 / 63690
<http://www.reisetbauer.at>

Augustiner Chorherrenstift Reichersberg
4981 Reichersberg
Tel.: +43 / (0)7758 / 2313-0
<http://www.stift-reichersberg.at>

Nußbach Destillery
4542 Nußbach
Tel.: ++43 / (0)7587 / 8312-0
<http://www.nussbach.com>

Brennerei Hochmair
4702 Wallern an der Trattnach
Tel.: ++43 / (0)7249 / 48765
<http://www.malznerhof.at>

„Hochprozentig geistlich“ heißt es hingegen für alle, die zwischen 27. 4. bis 7. 11. 2010 am Gruppen-Tagesprogramm mit Besuchen bei Hochmair, der Evangelischen Kirche und der Oö. Landesausstellung teilnehmen.

Gruppenreisefolder kostenlos anfordern bei
Oberösterreichische Tourismus Info
Tel. ++43 / (0)732 / 221022
info@oberoesterreich.at
<http://www.oberoesterreich.at>

Foto: Nußbach Destillery



Der Nußbacher Nußgeist wird in der Nußbach Destillery in höchster Qualität hergestellt. Die Nüsse werden in einem Apfel- oder Birnenbrand angesetzt.

„Nußbach Destillery“ im idyllischen Kremstal. Wobei sich der „Geist“ nur im eng umgrenzten Gebiet der Gemeinde Nußbach so nennen darf, überall anders muß er als Likör deklariert werden. 80 Nußbäume liefern Linsboden den Rohstoff für seine hochprozentige Köstlichkeit, mit der er heuer beim Internationalen Spirituosenwettbewerb (ISW) in Deutschland einen ersten Platz erreichte.

Angesetzt werden die Nüsse und Gewürze in selbstgebranntem Birnen- und Apfelbrand. Die Destillery steht Besuchern offen, so kann man sich vor Ort ein Bild von der hohen Kunst der Likörherzeugung machen. Und sich mit einem kräftigen Schluck Nußgeist etwas Gutes tun. Denn nicht umsonst meint ein Sprichwort: „Es gibt mehr alte Schnapstrinker als alte Ärzte“. Wohl bekomm's! ■



Der moderne Verkostungsraum der Brennerei Hochmair in Wallern an der Trattnach.

Foto: Hochmair

»Via Culinaria«

Genußwege im SalzburgerLand – Auf sieben Touren das ganze Jahr kostbare Genießeradressen erkunden



Als kulinarischer Wegweiser führt die »Via Culinaria« mit 7 Genußrouten quer durch das SalzburgerLand.

Foto: SalzburgerLand

Flächendeckenden Genuß versprechen die sieben Touren der neuen „Via Culinaria“ quer durch Stadt und Land Salzburg. Die Genußwege für Feinspitze, Naschkatzen, Fischfans, Fleischtiger, Hüttenhocker zur Winterszeit, Käsefreaks, Biervorkoster und Schnapsfreunde führen durch Salzburger Genuß- und Ferienregionen: auf dem Weg liegen 65 Hauben-Restaurants, 13 Betriebe mit Michelin Sternen, 21 Almen und Bauernhöfe, 14 Konditoreien, 36 Lebensmittelproduzenten und 21 originelle Gasthöfe mit bürgerlicher Küche. Und damit jede Menge Kulinarik-Höhepunkte.

Das Verkosten lokaler Spezialitäten und das Genießen feiner Köstlichkeiten gehört zum Urlaub wie der Fotoapparat oder das Postkarten-Schreiben. Auf ewig erinnert man sich an das romantische Dinner unter Kastanienbäumen, an den gemütlichen Sonntagnachmittag bei Kaffee und Apfelstrudel, an die Käseverkostung am Bauernhof und an die urige Almjause nach einer ausgiebigen Wanderung.

Genüßlicher Urlaub das ganze Jahr: Küche und Köche im SalzburgerLand

Unvergeßliche Momente also sind es, welche die sieben Genußwege der neuen und einzigartigen „Via Culinaria“ in sich bergen. Wurde das SalzburgerLand lange Zeit als kulinarischer Geheimtipp unter Insidern gehandelt, ist es nun offiziell: nirgendwo sonst läßt es sich so wunderbar und vor so prachtvoller Kulisse schlemmen wie hier.

Der in Salzburg unvergleichlich großen Dichte an Restaurants, Almen, Lebensmittelproduzenten und Genußmöglichkeiten ist es zu verdanken, daß die Initiative auf die ganzjährige Nutzung des breiten Angebots abzielt. Eine besondere Auszeichnung erfährt die „Via Culinaria“ durch ihren Schirmherrn, den vielfach gefeierten „Koch des Jahrhunderts“ und gebürtigen Salzburger Eckart Witzigmann.

Touren mit »Umsteigemöglichkeit«

Die sieben Genußwege führen kreuz und quer durch Stadt und Land Salzburg und eig-

nen sich gut für besonders ehrgeizige Feinschmecker. Wer es lieber gemütlich angeht und sich über die Abwechslung am Speiseplan freut, der kann etwa vom „Genußweg für Fischfans“ auf den „Genußweg für Käsefreaks“ oder auf den „Genußweg für Naschkatzen“ wechseln oder schlemmt sich durch eine ausgewählte Region. In beliebiger Reihenfolge, je nach Jahres- oder Tageszeit und individuellen Gelüsten.

Tour Nummer 1: Genußweg für Feinspitze

Das SalzburgerLand hat die höchste Dichte an Haubenlokalen in ganz Österreich. Noch dazu steht hier mit Johanna Maier eine der weltbesten Köchinnen am Herd. Auf dem „Genußweg für Feinspitze“ werden 19 Haubenrestaurants in fünf Gauen passiert. Darunter das Ikarus im Hangar7, das Mesnerhaus in Mauterndorf, der Döllner in Golling, das Pfefferschiff zu Söllheim bei Hallwang oder das Restaurant der Gebrüder Obauer in Werfen.

Tour Nummer 2: Genußweg für Fischfans

In Salzburgs Seen, Flüssen und Bächen tummeln sie sich, die vierzehn verschiedenen Fischarten der Region: von der Bachforelle über die Reinanke bis hin zum Waller. Die Genuß-Tour für wahre Fischfans wartet mit sieben Adressen im Flachgau und zwei Adressen im Pinzgau auf. Räucherfische in der Schloßfischerei des Schloß Fuschl, Alpenlachs, Fischsuppe, -sülze oder -speiße sind immer eine kleine Sünde wert.

Tour Nummer 3: Genußweg für Naschkatzen

Original Salzburger Mozartkugel, Lungauer Schafmilchschokoladen, Bio-Ziegenmilchschokoladen, Edelpralinen, Apfel-Holunder-Schokoladentafeln, Konfitüren, Eiskreationen und klassische Mehlspeisen lassen die Herzen aller Naschkatzen höher schlagen. 17 Adressen gilt es auf dieser Tour zu erkunden: von der Konditorei über das Café bis hin zum Chocolatier und zur Confitserie. Die ideale Ergänzung zu einer ausgiebigen Sightseeing-Tour in der Mozartstadt Salzburg.

Tour Nummer 4: Genußweg für Bierverkoster und Schnapsfreunde

Das SalzburgerLand kann als echtes Bierland bezeichnet werden, und vielfach wird die Stadt Salzburg als Bierhauptstadt Österreichs gehandelt. Aber auch Hochprozentiges „mit Auszeichnung“ wird hier gebraut. Auf der Strecke liegen zehn Brauereien und Brauerei-Gaststätten und sechs Schnapsbrennereien.

Tour Nummer 5: Genußweg für Käsefreaks

Mit einem Anteil von 50 Prozent Bio-Bauern ist das SalzburgerLand europäischer Spitzenreiter im Bereich Bio-Landwirtschaft und ein wahres Eldorado für Käseliebhaber. Schmackhafter Ziegenkäse und Schafskäse, feiner Heumilchkäse, würziger Rauchkuchl- und traditioneller Bergkäse erwartet Käsefreaks an den 14 Adressen. Weitere Höhepunkte: ein Besuch in der Schaukäserei Schledorf, eine Wanderung von Alm zu Alm mit dem Käsesommelier, um das Tennengauer Almkäsegeheimnis zu lüften, der Erwerb des Käse Diploms oder eine Käseverkostung.

Tour Nummer 6: Genußweg für Fleischtiger

Mit Köstlichkeiten wie dem Tennengauer Berglamm, dem Pinzgauer Rind, Tauern-



Foto: SalzburgerLand / Rupert Mühlbacher

Haubenküche im SalzburgerLand: Nacht der 20 Gänge in Mauterndorf

lamm, Kitz, Wild oder Bio-Schwein kommen Fleisch-Feinschmecker im SalzburgerLand voll auf ihre Kosten. An den 17 Adressen entlang des Genußweges werden Schmankerl wie Schweinsbrat in der Rein, Tafelspitz, Kaiserschnitzerl, Lammrücken, Reh-, Gams- und Wildschweinschinken oder Hirschsalamì serviert.

Tour Nummer 7: Genußweg für Hüttenhocker

„Gourmet im Schnee“ – so lautet das Motto auf den ausgewählten Skihütten im SalzburgerLand. Traditionsreiche und urige Skihütten, aber auch moderne Genuß-Lounges locken mit regionalen Schmankerln

und frisch gekochten Spezialitäten ohne daß auf gepflegte Tischkultur und gehobene Küche verzichtet werden muß. Die meisten der 16 Hütten sind auch im Sommer bewirtschaftet.

Feinkostladen SalzburgerLand

Zehn ausgezeichnete Genußregionen gilt es im SalzburgerLand zu entdecken. Und schon ihre Namen verleiten zum Schwärmen: der Bramberger Obstsafft, der Flachgauer Heumilchkäse, die Lungauer Eachtling (spezielle Kartoffelsorte), der Pinzgauer Bierkäse, das Pinzgauer Rind, die Salzkammergut Reinanken (spezielle Fischart), der Tennengauer Almkäse, das Tennengauer Berglamm, das Walser Gemüse und das Pinzgauer Kitz.

Eine 80-Seiten starke Broschüre zur »Via Culinaria«

Die übersichtlich gestaltete Broschüre zur „Via Culinaria“ bietet einen guten Überblick über die sieben Touren, die gesamte kulinarische Bandbreite und die Höhepunkte in allen Regionen. Eine zusätzliche Faltkarte mit allen Wegen und Genußpunkten erleichtert die Orientierung. Genußpunkte markieren die wichtigsten Stationen in den einzelnen Bezirken und entlang der farbig eingezeichneten Themenrouten. Die Broschüre enthält darüber hinaus Ausflugsziele, Besichtigungstipps, Hintergrundgeschichten und die Adressen und Kontaktdaten aller 163 „Via Culinaria“-Betriebe. Die Broschüre erschien in der 1. Auflage im Frühsommer 2009 und wird beständig erweitert und ergänzt. ■

<http://www.via-culinaria.com>



Foto: SalzburgerLand / Helge Kirchberger

Kulturgenuß pur auf der »Via Culinaria«